

Von der Revolution bis zum Frieden von Versailles

Gustav
Stresemann



**INDIANA
UNIVERSITY
LIBRARY**



S 4012

By

Von der Revolution bis zum Frieden von Versailles

Reden und Aufsätze
von
Dr. Gustav Stresemann



1919
SK

Staatspolitischer Verlag G. m. b. H. / Berlin

DD 231

. S 83 A 34

Staatspolitischer Verlag G. m. b. H., Berlin
Übertragung und alle anderen Rechte vorbehalten

Copyright 1919 by

Staatspolitischer Verlag G. m. b. H., Berlin
(Formel für den Urheberschutz in den Vereinigten Staaten
von Nordamerika)

Druck von Ernst Maudisch in Freiberg in Sachsen

JOHN W. WILSON LIBRARY

Inhaltsverzeichnis und Sachregister befinden sich am Schluß dieses Bandes

Die nachfolgenden Aufsätze sind, soweit nichts anderes bemerkt ist, der von dem Verfasser herausgegebenen Wochenschrift „Deutsche Stimmen“ entnommen. Ihre auf vielfache Anregung erfolgte Zusammenstellung und Zusammenfassung mit verschiedenen während der Zeit von der Revolution bis zum Frieden von Versailles gehaltenen Reden soll ermöglichen, die Auffassung des Verfassers über wichtige Gegenwartsfragen auf der Grundlage der Entwicklung dieser so ereignisreichen Zeitspanne erkennen zu lassen.

Berlin, Oktober 1919.

DD 231

. S83 A34

In der Ära des parlamentarischen Systems.

Reichsumbau bei drohendem Sturm. — Fehler der äußeren, Versäumnisse der inneren Politik. — Folgen der verschleppten Wahlreform. — Mehrheits- statt Sammelministerium. — Parlamentarismus. — Die Nationalliberale Partei und das parlamentarische System. — Ihre Kriegsziele. — Kraft im Unglück.

8. 10. 1918.

6-18-65

Das Deutsche Reich hat eine grundlegende Umgestaltung seiner politischen Leitung erfahren. Es ist gewissermaßen über Nacht von der bisherigen Regierungsform zu der des parlamentarischen Systems übergegangen, und diese Entwicklung, so hat sein neuer Reichskanzler in seiner Programmrede erklärt, könne niemals rückgängig gemacht werden. Eine neue Epoche in Deutschlands innerer Geschichte beginnt mit dem 30. September 1918, dem Tage des kaiserlichen Erlasses, der davon spricht, daß Männer, die vom Vertrauen des Volkes getragen sind, in weitem Umfange an den Rechten und Pflichten der Regierung teilnehmen sollen. Eine neue Epoche beginnt aber auch seit der Rede des neuen Reichskanzlers auf dem Gebiete der Außenpolitik mit der an Wilson ergangenen Bitte um Friedensvermittlung und dem Angebot eines deutschen Waffenstillstandes. Das alte Deutschland, das Bismarcks Meisterhand nach der Gründung des Reiches erschaffen hatte, hat in den Stürmen des fünften Herbst-Winters nicht standgehalten, und in wenigen Tagen ist eine Entwicklung vollzogen worden, zu deren organisatorischem Aufbau andere Völker Jahrzehnte gebraucht haben. Von außen aber türmen sich die Wetterwolken auf, und ein Sturm heult um das Deutsche Reichsgebäude, daß manchen die Furcht angeht, ob wir nicht auch außenpolitisch einer Zukunft entgegengehen, die uns statt des erhofften größeren Deutschlands zwingt das Letzte daran zu setzen, um Reich und Volk in seiner Existenz zu schützen.

Im Lichte dieser großen Fragen erscheint alles klein, was die letzten Wochen sonst gebracht haben und was unter anderen Ver-

Veranlassung zu tiefem Nachdenken gegeben hätte. Wie
Rebel ferner Erinnerung erscheinen heute die Wochen, in denen
man davon sprach, ob Graf Hertling der rechte Mann an der Spitze
des Reiches sei, wo man darüber nachsann, ob der sachliche Unter-
grund einer Krise gegeben wäre und ob hinter dieser Krise lediglich
der Wunsch einiger Persönlichkeiten stände, Rache für empfangene
Kränkung zu nehmen und deshalb einen Wechsel eintreten zu lassen.
Was war in den letzten Wochen geschehen? Der Reichstag ist am
13. Juli 1918 auseinandergegangen. Er stand unter dem Eindruck
des Hochgefühls der erreichten militärischen Erfolge und in der
Erwartung kommender großer Entscheidungen im Westen. Aller-
dings war es schon ein schlechter Auftakt zu diesen
kommenden Kämpfen, daß der Staatssekretär des Äußeren, Herr
von Kühlmann, sie mit den Worten begleitete, daß der Sieg der
Waffen uns den Frieden nicht würde erringen können. Es gibt
viele, die schon nach den ersten Fehlschlägen der Offensive raunten
und flüsterten: Der Mann hat doch recht gehabt. Aber selbst wenn er
recht gehabt hätte, wenn er Hellseher gewesen wäre, um zu wissen,
daß unsere eigenen Offensivvorstöße mißlingen würden, und daß es
der Zusammenfassung der militärischen Kraft unserer Gegner und
ihrer gewaltigen Überlegenheit an technischen Mitteln gelingen würde,
uns zurückzudrängen und uns den Sieg streitig zu machen, so wäre
er niemals berechtigt gewesen, dem zur Entscheidung aufgerufenen
kämpfenden Heere den Glauben an den Sieg, der die Voraussetzung
der Erhaltung des kämpfenden Willens ist, zu nehmen. So weit
die Weltgeschichte reicht, werden wir niemals einen politischen oder
militärischen Feldherrn finden, der vor weltgeschichtlichen Entscheidungen
den Siegeswillen der Kämpfenden herabminderte statt ihn aufs Höchste
zu entflammen. Als Hannibal von der Unterredung mit Scipio vor
der Schlacht bei Zama in sein Zelt zurückkehrte, da werden seine
Gedanken vielleicht mehr an dem Ring gehangen haben, der das
Gift enthielt, das den nimmermüden Kämpfern gegen Roms Ober-
herrschaft später bei dem König Preusias von Bythinien dem Tode
zuführte, als bei Gedanken des Sieges, weil die Aussicht für ihn,
den Sieg zu erringen, nach menschlichem Ermessen eine sehr geringe
war. Als er aber vor seinem Heere stand, da hat er ihm den sicheren
Sieg vor Augen geführt, da hat er zu seinen alten Soldaten und zu
den neuen Streitern gesprochen und sie angefeuert, um noch einmal

Karthagos Schicksal zu retten und den Glauben an seine sieggewohnte Feldherrnkunst nicht zusammenbrechen lassen. Als ein anderes Bild aus der Geschichte hat Walter von Molo den großen Preußenkönig in seinem „Friedericus“ gezeichnet, den Preußenkönig, der den ihm mit mehrfacher Übermacht gegenüberstehenden Feind angreift, dem sich das Herz zusammenkrampft bei dem Gedanken, daß auf schier uneinnehmbaren Bergesrücken die gewaltige artilleristische Überlegenheit des Feindes ihm gegenübersteht, dem der Bericht über die Kapitulation eines Teiles seiner Armee gebracht wird, den sein Staatsminister und sein Bruder kniefällig anflehen, Frieden um jeden Preis zu schließen, der die Nachricht erhält, daß seine Hauptstadt von den Feinden besetzt sei, in dessen Quartier meuternde Soldaten eindringen und dem, damit alles in ihm zusammenbrüche, die Todesnachricht der vielgeliebten Schwester gebracht wird und in dem doch der Geist der Entschlossenheit über alle ihm entgegenstehenden Zweifel siegt, und der für die Entscheidungsschlacht die eine Parole und das eine Feldgeschrei ausgibt: **Vittoria und unser sicherer Sieg!** So haben die Feldherrn aller Zeiten gehandelt von dem Kampfe der Speere und Schwerter an bis zum Kampfe der Mörser und Handgranaten. Von einer Taktik, die davon spricht, daß politische Staatsmänner vor weltgeschichtlichen Entscheidungskämpfen, in denen es sich um Weltenschicksale handelt, den Zweifel an dem Siege vor der ganzen Welt ausgesprochen haben, war vordem nichts bekannt. Deshalb mußte diese den Siegeswillen des zur Entscheidungsschlacht aufgerufenen deutschen Millionenheeres niederdrückende Rede Rühlmanns zurückgewiesen werden, deshalb ist sie im Reichstage zurückgewiesen worden, aus diesem Grunde mit Schied Herr von Rühlmann aus seinem Amte.

* * *

Herr von Rühlmann ist auch jetzt nicht zurückgerufen worden, als es sich um die Neubildung der Regierung handelte. Alles, was sich außenpolitisch begeben hat, was uns zu schmerzlicher Entsagung veranlaßt, das ist zunächst herbeigeführt durch jenen, einem Dammrutsch gleichenden Zusammenbruch Bulgariens, der die Lösung des Vierbundes brachte, unseren Zusammenhang nach Asien loderte, unsere Bundesgenossen schwächte und uns vor die Gefahr stellte, den weiteren Kampf ganz allein ohne jeden Helfer, ohne jeden Freund gegen 22 Nationen und ihr Kriegsmaterial

weiterführen zu müssen. Jener Zusammenbruch Bulgariens aber hing auf das Engste zusammen mit der Politik des Friedens von Bukarest, der neben Czernin von Kühlmann geschlossen wurde. In den „Deutschen Stimmen“ vom 14. Juli dieses Jahres war in der „Politischen Umschau“ wörtlich gesagt:

„Die deutsch-bulgarischen Beziehungen sind leider in letzter Zeit so starken Belastungsproben ausgesetzt gewesen, daß man nicht mit Unrecht in dieser Beziehung einen Grund für die schnelle Erledigung des von Herrn Kühlmann gestellten Abschiedsgesuches wird suchen müssen. Gerade die bulgarische Politik Kühlmanns ist letzten Endes mit eine Ursache seines Sturzes gewesen. Aus den bulgarisch-türkischen Differenzen wußte der Staatssekretär keinen Ausweg, und die Kommentare der bulgarischen Presse über die Erregungen der nationalen Körperschaften nahmen ein Ausmaß an, das für unser Verhältnis zu Bulgarien wenig erfreulich war.“

Schon aus diesen Julibetrachtungen ging hervor, wie gespannt unsere Beziehungen zu Bulgarien durch jenen Bukarester Frieden waren, der dem treulosen Rumänien Bessarabien sicherte und dem verbündeten Bulgarien seine Dobrudschawünsche nicht erfüllte, sondern in der Form des gemeinsamen Besitzes an der Dobrudscha eine Lösung suchte, die den Keim künftiger Zwietrachten in sich tragen mußte. Der Sturz von Radoslawoff war die Folge dieser kurz-sichtigen Politik. Mit ihm schied eine starke Persönlichkeit aus dem politischen Leben Bulgariens aus, die bei allen Fehlern persönlicher Art, die auch diesem bulgarischen Staatsmanne anhafteten, doch das feste Fundament des deutsch-bulgarischen Bündnisses war. Malinows ententistische Gesinnung war bekannt, die Bemühungen des trotz Warnung der Obersten Heeresleitung in Sofia geduldeten amerikanischen Generalkonsuls, Bulgarien vom Bierbund abzubringen, ebenfalls. Der aus Sofia zurückkehrende Vizepräsident des Reichstags, Paasche, berichtete in einer nationalliberalen Fraktions-sitzung, wie schwer das Bündnis gefährdet sei durch die sich immer mehr von uns abwendende Stimmung des Volkes und trug diese Sorgen auch dem Reichskanzler vor. Bulgarische Politiker wandten sich in der Reichshauptstadt hilffeslehend an die Abgeordneten, deren Sympathien für Bulgarien bekannt waren und baten um schnelle Lösung der Dobrudschafrage, damit die Gegner des Bündnisses nicht die

Oberhand gewinnen. Eines der führenden Mitglieder der österreichisch-deutschen Aristokratie warnte mich zwanzig Tage vor dem bulgarischen Zusammenbruch vor den Umtrieben Malinows und forderte erhöhte Wachsamkeit unserer Diplomatie in Wien und Sofia. Alle diese Mitteilungen sind an die verantwortlichen Stellen weitergegeben worden. Noch läßt sich nicht übersehen, wie weit diejenigen ihre Pflicht taten, denen die Aufgabe zufiel, über Deutschlands Interessen in Bulgariens Hauptstadt zu wachen. Noch läßt sich auch nicht übersehen, inwieweit die militärische Leitung von falschen Voraussetzungen ausging, als sie den Hilferufen der Salonikifront nicht die genügende Beachtung schenkte. Diese Fragen treten aber auch zurück hinter der Bedeutung, die der Tatsache des völligen Zusammenbruchs Bulgariens selber für die Zukunft zukommt.

*
*
*

Diese Bedeutung zeigt sich innerpolitisch in der Notwendigkeit der Zusammenfassung aller Kräfte der Nation, um gemeinsam die Verantwortung für das Kommende gegenüber dem deutschen Volke, der deutschen Geschichte und der Weltgeschichte zu tragen. Der Ausdruck dieses gemeinsamen Willens wäre ein Koalitionsministerium von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken gewesen. „Der Gedanke einer Koalitionsregierung“, so ist in dem Aufsatz der „Deutschen Stimmen“ über die „Herbstkrisis“ einst ausgeführt worden, „hat führende Kreise des Parlaments schon zu Bassermanns Lebzeiten beschäftigt. Bassermann hat selbst wiederholt dem Gedanken Ausdruck gegeben, daß man an dem großen Gegensatz nicht vorbeikomme zwischen den wirtschaftlichen, technischen und geistigen Leistungen unseres Volkes auf der einen Seite und dem Versagen unserer politischen Vertreter nach innen und außen auf der anderen Seite. Mit welcher Schärfe er der Regierung unter Bethmann gegenüberstand, ist ja weit über die Kreise seiner engeren Freunde hinaus bekannt. Mit ihm zusammen ist von den verschiedensten Seiten die Frage erörtert worden, ob nicht in diesem Kriege innerpolitisch die Reibungen am besten zu erledigen seien, wenn die Parteiführer in die Regierung einträten, dadurch die Möglichkeit hätten, sich auch über die außenpolitischen Fragen zu unterrichten, den Konnex zwischen der Regierung und Volksvertretung aufrecht zu erhalten, die Tagung des Parlaments dadurch von Krisen loszulösen,

daß die Fraktionen wüßten, ihre Führer seien zu jeder Zeit in der Lage, in die Regierungsgeschäfte und in die Auslandspolitik Einblick zu nehmen. Der ganze Gedanke der Aufhebung des Artikels 9 der Verfassung entstammte diesem Gedanken. Leider wurde er von vornherein von konservativer Seite nur mattherzig unterstützt oder aus grundsätzlicher Erwägung zurückgewiesen. Auch hier berührten sich wieder die Extreme. Die Konservativen hatten ebenso eine Scheu vor dem Neuartigen, einer Aufgabe ihres alten Widerstandes gegen die Parlamentarisierung der Regierung, wie die Sozialdemokratie gegen die Aufgabe ihrer früheren grundsätzlichen Opposition gegen die Mitarbeit im Staate.“

In demselben Aufsatz war damals darauf hingewiesen worden, daß die konservative Partei sich von dem Gedanken des Koalitionsministeriums ausgeschaltet hätte, weil sie es nicht verstanden hatte, zur rechten Zeit in der Frage der Wahlreform den Boden der neuen Zeit zu betreten. Am 27. März 1917, vor mehr als anderthalb Jahren, hat der Verfasser dieser Zeilen im Reichstag die Wahlreform als dringend notwendig gefordert und an Herrn von Bethmann das Ersuchen gerichtet, die Initiative in dieser Frage bei der Regierung zu behalten. In dieser Staatsrede wurde damals ausgeführt:

„Wenn irgendwo zwischen Staat und Volksvertretung und den verschiedenen Parteien Spannungsmomente bestehen, dann tut man gut, wenn man sich einmal zu ihrer politischen Reform bekennt, auch selbst die Initiative zu ergreifen. Je eher man dies tut, umso eher ist auch der preußische Ministerpräsident in der Lage, Bestrebungen, die seiner Meinung nach gegen das Staatsinteresse verstoßen, entgegenzutreten, als wenn er derjenige ist, der sich der Initiative anderer gegenüber sieht und dem man für seine Initiative Dank nicht mehr schuldig ist.“

Heute sind die Dinge dahin gekommen, daß sich die konservative Partei und leider auch einzelne Teile der Nationalliberalen Partei in eine Situation begeben haben, in der man ihnen Dank nicht mehr schuldet, wenn sie sich in zwölfter Stunde zu dem gleichen Wahlrecht bekennen. Hätten sie den Mut gehabt, sich zu der damaligen Zeit kühn zu dem Gedanken einer freiheitlichen Wahlreform zu bekennen,

dann wären niemals so starke Trennungsmomente innerpolitisch in unser Volk hineingetrieben worden, als wie es sich in der Folge ergeben hat. Der Redner der Nationalliberalen Partei, der damals die schleunige Bornaahme der Wahlreform forderte, ist wegen dieser Rede Gegenstand heftigster Anfeindungen, namentlich aus dem eigenen Lager, geworden. Noch jüngst als er in Saarbrücken der konservativen Partei und der Großindustrie zurief, sie möchte sich auf den Boden des gleichen Wahlrechts stellen und Realpolitik statt Illusionspolitik treiben, da das gleiche Wahlrecht ja doch komme und sie sich nicht durch dessen Ablehnung unvolkstümlich machen dürften, da haben einige wenige Blätter zu geradezu niedrigen persönlichen Anwürfen ihre Zuflucht genommen, um diesen Mahnruf zu übertönen. Wenige Wochen später haben die westfälischen Nationalliberalen sich einmütig für das gleiche Wahlrecht erklärt. Eine Genugtuung für den Angegriffenen, aber eine sehr bittere Genugtuung vom Standpunkt der Sache aus.

Denn diese wiederholten Mahnungen an die konservative Partei, die Zeichen der Zeit zu verstehen und sich der innerpolitischen Reform nicht zu versagen, waren ja nicht herausgeboren aus Haß oder Abneigung gegen die konservative Partei, sondern aus der Erwägung, daß diejenigen Parteien, die wie die konservative und die nationalliberale außenpolitisch so oft zusammengestanden hatten, auseinandergerissen werden würden, wenn innerpolitisch ein zu großer Spalt zwischen ihnen kasse. Das ist noch auf dem letzten Preußentag ausgeführt worden. Nun ist es dahin gekommen, wohin es kommen mußte. Nachdem man sich bis zum letzten Augenblick in konservativen Kreisen gegen das gleiche Wahlrecht gestellt hatte, mußte die konservative Partei ausscheiden, als es sich darum handelte, die Sozialdemokratie für den Eintritt in die Regierung zu gewinnen. Denn heute bringt die sozialdemokratische Partei mit diesem Eintritt in die Regierung parteitaktisch ein Opfer. Sie muß ihren eigenen Bestßstand gegen die Unabhängigen verteidigen, und diese wird sie die Mitverantwortlichkeit an der Regierung bitter fühlen lassen, zumal sie eine sehr schwere Erbschaft mit übernimmt. Die Sozialdemokratie wollte sich nicht noch weiter damit belasten, Arm in Arm mit der konservativen Partei vor der Öffentlichkeit der Welt zu erscheinen. Das gab den Ausschlag dazu, daß statt eines Koalitionsministeriums ein Mehrheitsministerium gebildet wurde, das die

Nationalliberalen als rechten Flügel sieht und das links bei der Sozialdemokratie abschließt. Dieses neue Ministerium ist die Fortbildung der Parlamentarisierung, die durch die Arafertling, Payer, Friedberg eingeleitet wurde. Deutschland erlebt sein erstes Ministerium des parlamentarischen Systems und seine ersten sozialdemokratischen Minister. Die Nationalliberale Fraktion hat sich ihrerseits grundsätzlich mit dem Eintritt der Sozialdemokratie in das Ministerium einverstanden erklärt, wie sie dies bereits im Frühjahr 1917 getan hatte, als sie im Reichstag aussprechen ließ, daß sie die gleiche Berechtigung auch für die Sozialdemokratie fordere und nicht verstände, warum man deren Intelligenz brach liegen lasse. Darüber hinaus aber mußte die Fraktion und die Partei auch zu der Frage des parlamentarischen Systems Stellung nehmen und hat es in dem Sinne getan, daß sie sich der Mitarbeit in diesem Ministerium nicht versagte. Vielleicht ist es in diesem Zusammenhange nicht ohne Interesse, an das zu erinnern, was in Zeiten, in denen leidenschaftliche Erregung und Sorge uns noch nicht umtrausten, über diese selbe Frage in meiner Rede am 27. März 1917 ausgeführt wurde.

„Meine politischen Freunde haben niemals das parlamentarische System als Parteiforderung erhoben. Wir haben darüber sehr lebhaftere Auseinandersetzungen in unseren eigenen Reihen. Aber die Erfahrungen des Weltkrieges müssen uns doch zur Überprüfung unseres Regierungssystems veranlassen. Es erscheint mir auch fraglich, ob wir das Recht haben, auf die demokratisch regierten Länder gewissermaßen herabzusehen, als wenn sie nicht in der Lage wären, die Aufgaben, die sie sich staatlich gestellt haben, ebenso zu erfüllen wie wir. Aus der Debatte des Herrenhauses klang ein Entsetzen heraus über die Begriffe parlamentarische System, Stärkung der Rechte des Parlaments. Man sagte, das bringe die Kronrechte in Gefahr und führe zur Republik. Bestenfalls spricht man auch in unseren bürgerlichen Kreisen davon, daß das ein System der Gleichmacherei, ein System der Advokatenregierung wäre, das schließlich zu innerer Fäulnis und zum Niederbruch führte. Wenn das richtig wäre, dann könnten doch die Dinge nicht so gegangen sein, daß England ein großes System von Bündnissen mit allen möglichen Völkern gelangt, während wir Völker als Gegner gegen uns fechten sehen,

mit denen wir mehr als drei Jahrzehnte hindurch verbündet waren, so daß wir schließlich den Krieg diplomatisch verloren hatten, als er militärisch erst begann.

Nein, die Dinge liegen doch so, daß wir in diesem Weltkrieg haben erleben müssen, daß das parlamentarische System einen engen Kitt und Zusammenhang zwischen Volk, Regierung und Staat schafft, wie ich das im Frieden für die Zeit eines die Grundlagen der Staaten erschütternden Krieges nicht für möglich gehalten hätte. Es scheint mir auch, daß die politischen und diplomatischen Amateure, die aus diesem System hervorgingen, unseren zünftigen Diplomaten an diplomatischer Geschicklichkeit nicht nachgestanden haben, daß wir aber sehen müssen, daß ihnen auch in der Organisation ihres eigenen Landes Erfolge beschieden gewesen waren, die uns zu großen Kraftanstrengungen zwangen, um uns den Sieg nicht aus den Händen gleiten zu lassen.

Auf eines möchte ich hinweisen, was unser verehrter Führer Bassermann wiederholt in unserem Kreise ausgeführt hat, wenn er über diese Ideen sprach. Das ist der große Gegensatz in den letzten Jahrzehnten, der in Deutschland besteht zwischen der gewaltigen Entwicklung unserer Wirtschaftskräfte und unserer geistigen Potenzen im Innern auf der einen Seite und den damit nicht Schritt haltenden politischen Erfolgen auf der anderen Seite. Dieses Deutschland hat in seinen letzten Jahrzehnten diese gewaltige wirtschaftliche Entwicklung durchgemacht, steht an der zweiten Stelle des Welthandels, ist das erste Industrieland der Welt. Seine Industriekapitäne, Persönlichkeiten ersten Ranges, überall, wo sie bekannt sind, weit über unsere Grenzen hinaus als solche anerkannt, unsere Technik, unsere Chemie, unsere Geisteswissenschaften, auch unsere Landwirtschaft in bezug auf das, was sie dem Boden mehr abringt — alles an der Spitze der Entwicklung. An Persönlichkeiten kann es uns in Deutschland doch nicht fehlen, und trotzdem sehen wir, daß gegenüber dieser glanzvollen Entwicklung, die doch schließlich den Reiz der anderen hervorrief, die politischen Vorteile meist auf Seiten unserer Gegner waren, daß sie es ganz anders verstanden, sich Sympathien zu erwerben, daß sie es verstanden, uns einzutreiben, daß wir einen Existenzkampf kämpfen müssen, wie wir ihn heute hier durchmachen. Wenn wir gegenüber dieser glanzvollen Entwicklung im Innern doch politische Niederlagen nach außen und im Innern trotz unserer vorbildlichen

Sozialpolitik ein stetiges Anwachsen der radikalen Elemente sehen, dann muß irgendwo ein politischer Systemfehler sein, und dann muß man einmal nachforschen, ob es da nicht Dinge gibt, die der Änderung bedürfen. Dann kommt man über so große Fragen nicht mit dem Satz hinweg: Hand weg von dem alten Preußen!

Wo diese Fehler lagen, das ist ja wiederholt gesagt worden, ist auch von uns oft zum Ausdruck gebracht worden: Dieses mangelnde Verständnis für die Seelenstimmung anderer Völker, das mangelnde Verständnis für die Seelenstimmung des eigenen Volkes, mangelndes Verständnis für die Wirkung politischer Maßnahmen; glänzende Ressortminister, die eine vorzügliche Ressortarbeit leisten, denen aber manchmal der politische Blick mangelt. Wenn ein Parlament gestärkt wird, so daß nach außen hin die Verantwortung mehr auf seinen Schultern ruht, dann sehe ich darin keine Schmälerung der Rechte der Regierung, auch keine Schmälerung der Kronrechte. Kein Monarch ist stärker nach außen hin als derjenige, der darauf hinweisen kann, daß hinter ihm und seiner Regierung die Mehrheit seines Volkes steht. Daß Deutschland für eine Entwicklung in der Richtung der Stärkung parlamentarischer Rechte nicht reif wäre, das kann doch niemand behaupten. Die Erziehungsarbeit des Krieges hat uns politisch weitergebracht. Die Menschen draußen und die Menschen drinnen haben nun bald drei Jahre lang Zeit, von Tag zu Tag nachzudenken über das Verhältnis des einzelnen zum Staat. Sie haben ihre Pflicht als Staatsbürger erfüllt, sie haben manchmal Unerträgliches ertragen, weil der Staatsgedanke in ihnen mächtig war. Und wenn man fürchtet, daß irgendwie in diesem Parlament vielleicht gerade nach diesem Kriege sich große demagogische Kräfte geltend machen könnten, die auch gegen das Aftbewährte anstürmten, dann umgürte man das Parlament mit größerer Verantwortlichkeit, und man wird die Demagogie zum Teufel jagen. Wer für das, was er zu vertreten hat, verantwortlich ist, ist in ganz anderer Weise fähig, Gesetzesarbeit zu tun, als wenn jemand, unverantwortlich, in der Lage ist, Opposition zu machen, ohne jemals in die Lage versetzt zu werden, das von ihm theoretisch Vertretene auch praktisch zu vertreten.“

Was damals galt, gilt unzweifelhaft auch heute. Gegenüber denen, die davon sprechen, daß die alten Formen fallen, muß

doch auch betont werden, daß sie uns in diesem Weltkriege nicht das gegeben haben, was wir von ihren früher bewährten Einrichtungen erwarteten. Sie haben uns weder den Zusammenhang zwischen der Seelenstimmung des Volkes und der starken Führung nach außen gegeben, noch die Anspannung aller technischen Kraft der Nation in dem furchtbaren Verteidigungskampf, den wir zu führen hatten. Der Munitionsminister Lloyd George hat für England mehr geleistet, als Deutschland vor dem Hindenburgprogramm leistete. Der U-Bootbau ist vernachlässigt worden, und viele andere Fehler haben wir vielleicht mit einem Stück Zukunft unseres Vaterlandes zu bezahlen. Man sehe unsere Stellung nach außen, die allein schon genügte, um die Frage aufzuwerfen, ob unsere Regierung berechtigten Ansprüchen genügte, und wird den Satz verstehen: der Ruf nach der Parlamentarisierung war der Aufschrei des deutschen Volkes gegenüber dem Niederbruch seiner Diplomatie. — Eine neue Regierungsform ist gekommen; ob sie sich bewähren wird, steht noch dahin. Aber sie konnte nur kommen, weil vorher innerlich das zusammenbrach, was uns bis dahin als höchstes Werk reifster Staatskunst erschien. Ob es zusammenbrach als Organisation oder zusammenbrach durch den Mangel starker Persönlichkeiten, das bleibe dahingestellt, der Zusammenbruch selbst kann nicht geleugnet werden.

* * *

Man sagt im Lande, die Haltung der Nationalliberalen Fraktion in diesen letzten Tagen der Entscheidung sei eine schwankende gewesen und sie habe in wenigen Tagen einen völligen Umschwung ihrer Anschauungen vollzogen. Dieser Umschwung habe schon eingeseht in der Zustimmung zur Kriegszielpolitik der Regierung, er sei dann weiter zum Ausdruck gekommen in den Richtlinien der Fraktion und schließlich in der Zustimmung zu dem Mehrheitsprogramm, das in einigen Punkten noch weiter gegangen sei, als die Richtlinien, die die Fraktion kurz vorher aufgestellt hatte. Das ist an sich wohl richtig. Aber wenn Weltgeschehnisse von ungeheurer Tragweite im Verlaufe von zwei Wochen einstürmen, dann wäre es töricht, sich der Folgerungen daraus zu entziehen. Noch kann die Geschichte dieser letzten Wochen nicht geschrieben werden. Nur einiges sei gleichsam notizweise festgehalten. Einmal die Kon-

ferenz, die am 21. August 1918 unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten von Payer stattfand, und die in einer Darlegung des Staatssekretärs des Äußeren auf die Waffenmüdigkeit Bulgariens, auf die Kriegsmüdigkeit Österreichs hinwies. Für den, der die Zusammenhänge zwischen den Dingen kennt, sei hingewiesen auf den deutlich erkennbaren Zusammenhang der Ausführungen Payers in Stuttgart und der kurz darauf folgenden Friedensaktion Burians. In den Konferenzen der Mehrheitsparteien mit dem Reichskanzler und gegenüber der Nationalliberalen Fraktion erfolgte auf Anfragen damals bereits die Erklärung der Obersten Heeresleitung, daß das von der politischen Leitung aufgestellte Kriegszielprogramm von ihr gebilligt wurde. Die Nationalliberale Fraktion, die, auch als wir auf der Höhe unserer militärischen Leistungen standen, am 25. Juni 1918 im Reichstag durch ihren Sprecher erklären ließ, daß sie sich nicht auf den Standpunkt zu stellen vermöge, der Krieg sei verloren, wenn wir dieses oder jenes Kriegsziel nicht erreichten, sondern daß sie sich gegebenenfalls, sobald wir zum Frieden kämen, hinter die Oberste Heeresleitung und die politische Leitung stellen würde, wenn sich diese über ihre Kriegsziele einig geworden wäre, handelte nur folgerichtig, wenn sie angesichts der Übereinstimmung aller verantwortlichen Faktoren über die in der Payerschen Rede zum Ausdruck kommende Kriegszielpolitik auch in ihrer ersten Fraktionsitzung die Folgerungen aus dieser Haltung zog. Die Hohnworte, die in Blättern der Linken daraufhin erfolgten, waren ganz deplaciert. Wer die Geschichte der Nationalliberalen Partei verfolgt, wird sich entsinnen, daß gerade ihre ganze Entstehung damit zusammenhängt, daß sie die Folgerungen aus weltpolitischen Geschehnissen zog, während die Fortschrittliche Partei an dem alten Dogma auch dann noch festhielt, als der Griffel der Weltgeschichte Tatsachen niedergeschrieben hatte, die dieses Dogma ins Wanken brachten. Die Nationalliberale Partei zog die Folgerungen des Sieges von Königgrätz, die Fortschrittliche Volkspartei blieb beim Dogma. Was sich damals vollzog, zeigt sich auch heute in der Tatsache, daß der Fraktion weltgeschichtliche Taten mehr bedeuten als papierne Programme.

Gewiß war der Schritt von den alten Beschlüssen des Zentralvorstandes zu den Richtlinien der Partei ein weiter, und eine Divergenz bestand wieder zwischen diesen Richtlinien und dem Mehrheitsprogramm, aber dazwischen lag der Schritt Burians, dazwischen lag

der bulgarische Zusammenbruch, und dazwischen lagen Erklärungen unserer verantwortlichen Stellen über die weltpolitische Lage, die inzwischen zu einem Friedensschritt geführt haben, der alles umstürzt, was bisher an Kriegszielpogrammen in Deutschland vertreten worden ist, und der doch ein Schritt ist, dem keine Partei im Reichstag, auch die konservative Partei nicht, widersprochen hat. An diesen Dingen vorbeizugehen oder sich auf alte Beschlüsse demgegenüber zu berufen, wäre töricht gewesen, wäre hinweggeweht worden vom Brausen des Weltgeschehens.

Die Bedeutung des neuen Friedensschrittes herabzumindern, geht nicht an. Was uns dazu geführt hat, diesen Schritt tun zu müssen, das kann heute noch nicht dargestellt werden. Wie bitter es vielen ums Herz gewesen ist, als dieser Schritt geschah, das werden die Freunde im Lande sich denken können. Niemals wäre er mit Zustimmung der Partei geschehen, wenn nicht alle verantwortlichen Stellen sich über seine Notwendigkeit klar gewesen wären. „Das heutige Friedensangebot“, so schreibt die „Kölnische Volkszeitung“, „ist getragen von der Zustimmung des ganzen deutschen Reichstags, von der äußersten Linken bis zur äußersten Rechten. Auch die Konservativen stimmten ihm ebenso zu wie die äußerste Linke. Das neue Friedensangebot ist veranlaßt und gebilligt durch den Wunsch und Rat der Obersten Heeresleitung zu Wasser und zu Lande, des Kaisers, der ganzen Regierung und der ganzen Volksvertretung.“

Es wird nicht an Stimmen fehlen, die nach diesem erfolgten Friedensschritt nunmehr diejenigen verhöhnen wollen, die früher von einem Frieden sprachen, den der deutsche Sieg uns geben sollte. Wir gehören zu denen, die diese Hoffnung hegten, und wir schämen uns dieser Hoffnungen nicht. Wenn es ein Verbrechen war zu glauben, daß das deutsche Schwert uns den Sieg erringen würde und daß aus diesem Sieg der Frieden entspringe, dann haben wir dieses Verbrechen zu tragen mit Millionen der Besten des Volkes und mit Männern fast aller Parteien. Noch in der letzten großen Junisitzung des Reichstags hat der Führer des Zentrums, der heutige Staatssekretär Gröber, ausgesprochen, „das Schwert hat uns den Frieden im Osten gebracht, es wird uns auch den Frieden im Westen bringen.“ Und wenn die letzte Volkskraft aufgerufen werden muß,

um Reich und Thron, Heimat und Herd, Volk und Freiheit zu verteidigen, dann wollen wir den Glauben an diesen Sieg erst recht nicht fallen lassen, trotz allem, was wir erlebt haben und was vieles zusammenriß, an das wir im Innersten unserer Seele glaubten. Wir müssen es jetzt ertragen, daß der Haß und Hohn unserer Feinde aus England, Frankreich, Italien und Amerika zu uns tönt und müssen ertragen, was noch viel bitterer ist, daß unsere Freunde leiden, die draußen an uns glaubten. Ein altes Buch kommt mir dabei in den Sinn. Der Achtzehnjährige las es einst als Primaner, und die Worte, die der träumende nordische Dichter darin niederschrieb über die Unterliegenden, blieben im Laufe der Jahre in seinem Gedächtnis haften und traten ihm vor Augen, als er den Hohn der Auslands-
 presse über das deutsche Friedensangebot über sich ergehen lassen mußte. „Glauben Sie mir“, so sagte Hierrild zu dem mit ihm über das Christentum debattierenden Niels in Jacobsens Niels Uyhne, „glauben Sie mir, es liegt ein verführerisches Glück für den Menschen darin, für eine Idee zu kämpfen, die durchdringt, während es so demoralisierend ist, zur verlierenden Minorität zu gehören, welcher das Leben durch die Richtung, in welcher es sich entwickelt, Schritt für Schritt, Punkt für Punkt unrecht gibt. Es kann nicht anders sein, denn es ist so bitterlich trübe, das, wovon man bis in die innerste Seele überzeugt ist, daß es Wahrheit und Recht sei, — diese Wahrheit von dem elendsten Troßknecht des siegenden Heeres verhöhnt und geschlagen zu sehen, sie mit Schimpfnamen belegt zu hören, und nichts tun zu können, als sie noch treuer zu lieben, mit noch tieferer Ehrfurcht im Herzen vor ihr zu knien und ihr schönes Antlitz ebenso strahlend schön, ebenso voll Hoheit und unsterblichem Licht zu sehen, — wieviel Staub auch gegen ihre weiße Stirn aufgewirbelt werden mag, wie dicht die giftigen Dünste sich auch um ihre Glorie sammeln mögen. Es ist bitterlich trübe, daß unsere Seele unvermeidlich Schaden dadurch nehmen muß, denn es liegt so nahe, sich das Herz müde zu lassen, die kalten Schatten des Verachts um sich heraufzubeschwören und schmerzsmüde die Welt ihren Gang gehen zu lassen. — Allerdings, wenn man das in sich hat, daß man, anstatt das Leichtere zu wählen, nämlich sich selbst aus jeder Verbindung mit dem Ganzen zu ziehen, aufrecht stehen bleiben und mit angespannten Kräften, mit wacher Sympathie alle vielschneidigen Schwertstiche der Niederlage Schlag auf Schlag ertragen, und keine

schwache Hoffnung doch vor dem Sinken bewahren kann, indem man auf die dumpfen Laute horcht, die einen Umschlag der Zeit verkünden; wenn man nach dem schwachen, fernen Schein zu spähen vermag, der — vielleicht — einmal den Tag bringt; ja, wenn man das in sich hat!“

Wir wollen nicht zu denen gehören, die Schmerzensmüde die Welt ihren Gang gehen lassen, sondern wir wollen mit angespannten Kräften und mit wacher Sympathie auf die dumpfen Laute horchen, die einen Umschlag der Zeit verkünden und nach dem letzten schwachen Schein spähen, der uns Erfüllung dessen zu geben vermag, was wir von einer trotz allem großen Zukunft unseres deutschen Volkes hoffen und wollen gegenüber den elenden Trostknechten der Gegner nur mit noch tieferer Ehrfurcht im Herzen an den Ideen hängen, die wir, und nicht die schlechtesten im Lande, einst mit Recht gehegt haben und hegen durften.

Was die Zukunft bringen mag? Wer vermag es zu sagen. Schon die nächsten Stunden, nachdem diese Zeilen niedergeschrieben sind, können Weltenschicksale bringen. Heute gilt für das, was da kommt, für das, was diejenigen zu tun haben, die an verantwortlichen Stellen stehen, das Wort, das, eine große Lebenswendung vorausführend, einst Deutschlands größter Dichter aussprach: „Wie von unsichtbaren Geistern gepeitscht gehen die Sonnenpferde der Zeit mit unseres Schicksals leichtem Wagen durch und uns bleibt nichts als mutig gefaßt die Zügel festzuhalten und bald rechts, bald links, vom Stein hier, vom Sturz da, die Räder wegzulenkten. Wohin es geht, wer weiß es? Erinnert er sich doch kaum, woher er kam.“

Berlin, 8. Oktober 1918.

Waffenstillstand und Wilsonprogramm.

Vorzeitiger Herbst. — Ursachen des militärischen und politischen Zusammenbruchs. — Ludendorff und die Politik. — Parlamentarismus und Kriegstechnik. — Ein Karthago-Schicksal?

Der Tiergarten verbindet den Westen der Reichshauptstadt und seine westlichen Vororte mit seiner Arbeits- und Gehirnzentrale im Zentrum. Wenige Hunderte, die die Hast der Arbeit gerade nicht dazu zwingt, sich der durch Elektrizität bewirkten schnellen Beförderung der Untergrundbahn und Straßenbahn anzuvertrauen, sieht man an jedem Morgen den Weg durch den Tiergarten nach dem Brandenburger Tor zu beschreiten. Viele Hunderte, in der Gesamtheit aber jeder doch einzeln, so daß hier die Fünfmillionenstadt Groß-Berlin die beinahe einzige Gelegenheit bietet, ohne Lärm und Hast sich zu ergehen und nicht nur geschäftig und geschäftlich dahinzustürmen. Wer vor wenigen Wochen diesen Weg ging, dem mußte auffallen, wie außerordentlich schnell diesmal der Herbst ins Land gekommen war. Wo man noch bei dem letzten Durchschreiten gewohnt war, ein Bild prächtiger Sommerlandschaft zu sehen, das nur hie und da eine gewisse Müdigkeit ausstrahlte, künftig fallende Blätter gewissermaßen andeutend, da war jetzt auf einmal ein Treiben von weißen Blättern, wie von Floden im Schneesturm. Kahle Äste begannen sich auszubreiten, gelblich-bräunlich war alle Blätterfärbung geworden, dazu pfiß ein kalter Herbststurm. Der Fuß schritt auf einem Blätterteppich, der ständig dichter wurde. Wer daran dachte, daß vor ganz kurzer Zeit hier alles in strahlendem Sommerlaub stand, hatte vielleicht die Empfindung, als wenn sein Fuß über ein Grab verwelteter Hoffnungen dahinschritte und ihn an die große Vergänglichkeit alles Seins gemahnte.

Dem deutschen Volk sind die Hoffnungen, die es auf eine siegreiche Entscheidung des Weltkrieges gesetzt hatte, ebenfalls in dem politischen Herbstwettersturm hinweggeweht worden und auch in

seinem Empfinden kann und will der Widerstreit nicht schweigen zwischen dem, was eben noch war und dem, was geworden ist. Das Volk kommt über die quälenden Zweifelsfragen nicht hinweg, wie das alles so hat kommen können, und es ist begreiflich, daß hie und da auch ein Ruf aufflammt, ob man denn das Volk absichtlich im Dunkel gelassen hätte, ob die militärische und politische Leitung und die Männer des Reichsparlaments, die die Dinge doch übersehen haben mußten, wirklich nur das Streben gehabt hätten, das deutsche Volk bis zum letzten Augenblick im Unklaren zu lassen. Die Frage ist berechtigt und sie erfordert Beantwortung. Denn wäre es so, daß man derartig mit einem Volke wie mit dem deutschen gespielt hätte, dann wäre die schärfste Strafe nicht groß genug für diejenigen, die dieses frevelhafte Spiel mit einer Volksseele auf ihrem Gewissen hätten.

Über denken wir noch einmal zurück! Wir haben doch nicht geträumt, daß es Sommer war, sondern die Sonne schien doch und erwärmte uns mit ihren Strahlen. Wir haben doch nicht geträumt, daß das Russenreich zusammenbrach und daß wir der bis dahin an zwei Fronten gewaltigen Übermacht standhielten und nun in die Lage versetzt wurden, alle unsere Kraft zu vereinigen, um im Westen gegenüber der Entente zum erstenmal in diesem Weltkriege mit der ganzen Kraft Deutschlands anzugehen. Wir haben doch nicht geträumt, daß wir im Frühjahr mächtig vorwärts kamen in unseren Offensiven. Es war doch keine Einbildung von uns, daß Paris unter deutschem Feuer stand. Wir standen doch auf dem Wege nach Amiens und Compiègne, der Geist unserer Truppen war der beste, mächtige Siege, erst in Italien, dann an der Westfront schienen das Ende, und zwar das militärisch siegreiche Ende des Krieges einzuläuten. Unsere Heeresberichte sagen es uns und die Heeresberichte der Gegner dazu, die französische und neutrale Presse sagt es uns, wie Paris in Angst schwebte unter dem Eindruck, daß die Deutschen vor den Toren erscheinen und den Einmarsch in die Hauptstadt Frankreichs erzwingen.

Zwischen jener Zeit und der Gegenwart liegen wenige Monate, und in dieser Gegenwart, der traurigsten deutscher Geschichte, erörtert das Zentralorgan der Sozialdemokratie bereits die bedingungslose Kapitulation der deutschen Armee, um die Zerstörung deutschen Landes durch Einmarsch der Feinde an allen Flanken zu verhindern. Ist es

wahr, daß das deutsche Volk systematisch getäuscht worden ist, oder was ist in jener kurzen Zeit vorgegangen, um diesen größten Umschwung aller Weltvorgänge herbeizuführen?

Dieser Umschwung hängt nicht in erster Linie mit der Veränderung unserer militärischen Lage im Westen zusammen. Gewiß, dort scheiterte am 15. Juli die großangelegte deutsche Offensive und gleichzeitig drang der Gegenstoß Fochs tief in die deutschen Linien ein. Der amerikanische Kraftaufwand machte sich hier zum erstenmale in seiner ganzen Größe geltend. Auf Grund der Hilferufe Frankreichs hatten die Vereinigten Staaten eine Höchstleistung der Beförderung von Truppen herbeigeführt und in zwei Monaten fünfhunderttausend Mann nach dem europäischen Festlande herübergebracht. Durch diese Kraftanstrengung der Vereinigten Staaten wurde zunächst die Berechnung der Obersten Heeresleitung über den Haufen geworfen, die mit derartigen Verstärkungen auf der Gegenseite nicht rechnen konnte. Wir brauchen dabei nicht einmal an das Wort des Staatssekretärs von Capelle zu erinnern, der die militärische Hilfeleistung Amerikas mit Null bezeichnet hatte. Auch als man erkannt hatte, daß hier ein allerdings gar nicht entschuldigbarer Irrtum des Staatssekretärs des Reichsmarineamtes vorlag, hatte man doch mit der starken amerikanischen Hilfe nicht in diesem Ausmaße gerechnet. In der Öffentlichkeit ist der Gedanke, daß das Volk belogen worden sei, hauptsächlich darauf begründet worden, daß man von einer Vernichtung der Fochschen Reserven gesprochen, während nunmehr Foch zu einem großen Gegenstoß ausgeholt hätte, was er ohne ausreichende Reserven nie hätte tun können. Die Wendungen der W. T. B.-Berichte von der Zermürbung der Fochschen Reserven sind auch im Frühjahr sicherlich übertrieben gewesen, aber immerhin muß bei Beurteilung dieser Berichterstattung doch daran gedacht werden, daß die Sendung von 500 000 Mann amerikanischer Truppen in zwei Monaten naturgemäß dem Gegner ein neues Reserveheer schaffen mußte, das nun in Aktion trat. Unsere durch die feindlichen Panzerwagen zunächst ziemlich erschütterte Widerstandskraft mußte sich in neuen Stellungen Halt suchen. Ein fortgesetzter Rückzug begann, der zunächst bis an die Siegfriedlinie fortgesetzt werden sollte. Hier Widerstand zu leisten, gewissermaßen Winterquartier zu beziehen und im Frühjahr den Kampf aufzunehmen, das war etwa die Situation, die der Reichstag anfaß, als er im Herbst wieder zusammentrat.

Diese Situation war gewiß gegenüber den Hoffnungen, die man im Sommer hegen konnte, eine wesentlich ungünstigere, aber doch keineswegs eine verzweifelte, die den Siegeswillen des Volkes herabgestimmt hätte. Deshalb ist es vollkommen irrig, anzunehmen, daß etwa die Volksvertretung den Ernst der Lage der Öffentlichkeit verschwieg und nun mit einem Male das Volk vor einen Zusammenbruch gestellt hätte, der ohne Nervenerschütterung für die öffentliche Meinung gar nicht hinzunehmen war.

Nein, das Neue, das hinzukam, das war die Erschütterung der politischen und dann der militärischen Front des Bierbundes. Schon am 21. August 1918 hatte der in seinen Mitteilungen an die Parteiführer sehr aufrichtige Staatssekretär v. Hingze davon gesprochen, daß Österreich-Ungarn unter allen Umständen die Absicht habe, zum Frieden zu kommen, und daß die Bulgaren der Meinung seien, sie hätten in diesem Kampfe genug getan. Hingze fügte damals hinzu, daß auch Deutschland auf einen baldigen Frieden bedacht sein müsse, daß man alle Fäden anknüpfen würde, die etwa zum Frieden führen könnten. Ebenso aufrichtig wie diese Mitteilungen, war aber auch die von ihm vertretene Auffassung der Regierung, daß man ein neues Friedensangebot unter keinen Umständen machen dürfe, da man ein solches Friedensangebot nur auf der Höhe der militärischen Kraft erlassen könnte, während es in Zeiten weichender Kampfkraft den Eindruck der Schwäche machen muß. Wir begannen deshalb einmal jene Redeoffensive, die namentlich an die Rede des Staatssekretärs Dr. Solf anknüpfte und gleichzeitig versuchten wir anscheinend bestimmte Führer wegen Anbahnung des Friedens auszustreden, um, wenn möglich, während des Winters diesen Frieden zu erreichen, soweit der Feind sich davon überzeugt hätte, daß unsere Front nicht zu durchbrechen wäre, und daß mit uns die Bundesgenossen standhielten.

Diese letzte Voraussetzung wurde aber schon erschüttert durch den Friedensschritt, den Burian ohne uns und gegen uns vornahm. Das von Hingze bereits angekündigte Friedensbedürfnis Österreichs machte sich in einem Sonderschritt der österreichischen Regierung geltend, im Bierbund knisterte es im Gebälk. In den Kreisen der Parteien des deutschen Reichstags sah man hierin eine Erschütterung unserer Ein-

heitsfront und empfand deutlich das Bestreben, auch unsererseits bald positive Schritte in bezug auf Herbeiführung des Friedens zu tun. Da kam das Ereignis, von dem aus eigentlich die ganze Situation der Gegenwart sich herleitet, nämlich der Durchbruch der Front der bulgarischen Armee. Der militärische Mitarbeiter der Bostfischen Zeitung, Herr von Salzmänn, hat die Erschütterung der Salonikfront als den Durchbruch durch das Zentrum der europäischen Stellung des Vierbundes bezeichnet. Die bulgarische Armee löste sich auf, in wenigen Tagen war Bulgarien aus einem Bundesgenossen ein Feind des Vierbundes geworden. Weshalb wir nicht vorher Truppen geschickt haben, um den bulgarischen Widerstand zu stärken, ob wir falsch berichtet wurden, oder ob tatsächlich unsere militärische Lage eine so angespannte war, daß wir keine Truppen entbehren konnten, das alles wird einmal erst später festgestellt werden. Von diesem Tage aber begann der Niederbruch des Vierbundes im Weltkriege. Jedem einzelnen stand vor Augen, daß der Übergang Bulgariens in das Lager der Entente unsere Stellung in Rumänien aufs schwerste erschüttern mußte, daß das Bündnis mit der Türkei wahrscheinlich verloren, das Bündnis mit Österreich-Ungarn gefährdet wäre, und daß es jetzt ums Ganze ginge.

In dieser Situation erachtete die Oberste Heeresleitung einen Waffenstillstand und ein Gesuch um Frieden für notwendig. Diese Tatsache zu verschleiern hat gar keinen Sinn, nachdem sie von den verschiedenen Seiten im Reichstag, d. h. vor der Öffentlichkeit der ganzen Welt ohne Widerspruch mitgeteilt worden ist. Trotzdem man die ganze Situation als äußerst gespannt ansah, traf die Parteien diese Mitteilung wie ein Keulenschlag. Dabei war, wie nun aber auch hinzugefügt werden muß, diese Stellungnahme der Obersten Heeresleitung in keiner Weise mit einer verzweifelten Stimmung an der Westfront begründet, sondern lediglich mit einer Betrachtung über die Gesamtlage, die darin ausmündete, daß bei einer weiteren Fortsetzung des Krieges die deutsche Siegesmöglichkeit angesichts der Verstärkung der Gegner unwahrscheinlich geworden wäre und in keinem Verhältnis zu dem Einsatz stand, der durch eine längere Fortdauer des Weltkrieges eingegangen würde. Das Halten der Westfront in der Zwischenzeit hat bewiesen, daß die Oberste Heeresleitung die Lage richtig gewertet hatte. Bis heute besteht eine akute Gefahr der Westfront nicht. Alle Gerüchte in der niedergebroschenen Heimat,

die von Meuterei und Zusammenbruch des Heeres sprachen, haben sich als Chimäre erwiesen. Insofern ist lediglich der Widerspruch zu lösen zwischen einem gewissen Druck, der auf baldige Vornahme des diplomatischen Schrittes an Wilson drang und der militärischen Lage, die zu einer baldigen Erledigung dieses Schrittes keine Veranlassung bot.

Jedenfalls war aber eine Situation gegeben, die nicht etwa die demokratischen und sozialistischen Elemente der neuen Regierung, sondern die Oberste Heeresleitung an der Spitze der Bestrebungen auf Abschluß der Kämpfe sah. Daß diese Bestrebungen der Obersten Heeresleitung weitgehend und richtig waren, hat die weitere Entwicklung der Dinge gezeigt. An den Sonderverhandlungen der Türkei ist wohl kaum noch zu zweifeln. In Ungarn ein Volksrat von Sozialisten und Ententeanhängern gebildet, in Prag ein Sturm auf deutsche Plakate und Straßenschilder und ein Jubelhymnus auf das befreite Böhmen, das gänzlich zerfallene Österreich und schließlich Andrássy als Kündiger des Bündnisses mit dem Deutschen Reiche, das ein anderer Andrássy einst mit Bismarck zusammen unauflöslich geknüpft zu haben glaubte! Ob der Weg von der Loslösung der Bundesgenossenschaft bis zur offenen Feindschaft bei den Türken und bei den Völkern der Habsburgischen Monarchie nicht auch noch vorgenommen wird, wer vermag es zu wissen? Duster steht die Zukunft vor uns, allein und von allen verlassen kämpfen wir, das Volk der Nibelungen-treue, auf dem Schlachtfelde gegen eine Übermacht ohnegleichen. Das war der Ausgang der Augusttage 1914! Das war in wenigen Worten der Übergang vom Sommer unserer Hoffnungen zu den Herbstestagen, in deren Nebeln wir das alte Deutschland Bismarckscher Verfassung zu Grabe trugen und in denen unsere Zukunftshoffnungen verblaßten.

*
*
*

Es paßt zu diesem Gesamtbilde, daß nun auch am 26. Oktober General Ludendorff aus der Obersten Heeresleitung ausgeschieden ist. Es scheint, als sollte dem deutschen Volke nichts erspart bleiben. Noch ist bis zum Augenblick nicht klar zu sehen, was dieses Ausscheiden herbeiführte. Daß es der Widerspruch gegen die Verfassungsänderungen war, vermag derjenige nicht anzunehmen, der da weiß, wie unvooreingenommen Ludendorff politischen Fragen gegenüber stand.

Man hat in Deutschland das Märchen von dem Reaktionär Ludendorff erfunden. Derjenige, der zuerst dieses politische Märchen politisch mißbrauchte, war der Reichskanzler Bethmann Hollweg, der immer, wenn er in politischer Not war, entweder eine Rede gegen die Reaktion vom Zaune brach oder sich als den vergewaltigten Mann hinstellte, der gegen reaktionäre Einflüsse von anderen Stellen sich nicht zu wehren vermochte, ohne zu ahnen, daß darin die schärfste Kritik seiner selbst gelegen hätte, wenn es richtig gewesen wäre. Ich habe das erste und einzigemal, als ich Ludendorff sehr ausführlich sprechen konnte, gerade Fragen politischer innerer Neuordnung mit ihm erörtert. Das war im Juni 1917, als ich wegen einer im Reichstag gehaltenen Rede, in der ich die sofortige Vornahme des preußischen Wahlrechts und die Parlamentarisierung im Reiche unter starker Hervorhebung der Lichtseiten des parlamentarischen Systems forderte, in der Öffentlichkeit scharf angegriffen wurde. Damals habe ich dem General Ludendorff vor Augen geführt, daß gerade die militärische Behörde das größte Interesse daran haben müßte, die Sozialdemokratie in die Regierung einzubeziehen und daß ein Mann, wie Dr. David als Staatssekretär des Reichsarbeitsamts — ich dachte mir damals diese Stellung durch ihn etwa besetzt — ihm viel mehr Gewähr dafür zu bieten vermöge, daß zwischen der Militärbehörde und den Rüstungsarbeitern ein gutes Verhältnis herrsche, als ein bürokratisches Reichswirtschaftsamtsamt, und habe ihm weiter die Idee, die ich in meiner Rede „Neue Zeiten“ damals bezüglich des Aufbaues des parlamentarischen Staates entwickelte, nicht vorenthalten. Ludendorff, weit davon entfernt, reaktionäre Ansichten zu vertreten, hatte gegen eine politische Neuordnung gar nichts einzuwenden und erklärte seinerseits: „Wir brauchen Ruhe hinter der Front. Wenn Sie uns die durch Eintritt der Sozialdemokratie in die Regierung zu schaffen glauben, so sind wir die Letzten, die sich dem widersetzen.“ Auch in der Frage des angeblichen Protestes der Obersten Heeresleitung gegen die Vornahme von Neuwahlen zum Preußischen Abgeordnetenhaus ist von rechts und von links mit dem Namen Ludendorff viel Mißbrauch getrieben worden. Es liefen Leute umher, die sich rühmten, Briefe von Ludendorff in der Rocktasche zu besitzen, obwohl sie in Wirklichkeit nichts als eine höfliche Empfangsbestätigung besaßen, die zum Kern der Sache gar nicht Stellung nahm und nicht von Ludendorff persönlich herrührte. Wenn sich die Oberste Heeresleitung auf den

Standpunkt stellte, daß sie bei einer Offensive, die nur von einer einheitlichen Seelenstimmung der ganzen Armee getragen sein konnte, keine politische Erregung in der Heimat brauchen könne und sich deshalb gegen die Vornahme von Ersatzwahlen zum Abgeordnetenhaus wandte, so handelte sie ebenso richtig, wie zu jener Zeit, als der Kampf gegen Rumänien die Anspannung aller Kräfte erforderte, und als deshalb die Oberste Heeresleitung die Bitte ergehen ließ, von einer Aufrollung der U-Bootfrage und damit der Erregung eines großen innerpolitischen Kampfes um diese Frage abzusehen, weil sie die Rückwirkung dieses Kampfes auf die Front fürchtete. Abgesehen von diesen Eingriffen, bei denen das militärische Interesse in Betracht kam, hat sich Ludendorff von parteipolitischer Einseitigkeit ferngehalten. So wäre er auch mit dem neuen Kriegskabinett und trotz der Verfassungsänderungen wohl an der Spitze des Heeres mit geblieben, wenn nicht die gesamte Situation der letzten Wochen nach den verschiedensten Richtungen Schwierigkeiten ergeben hätte, die in der Beurteilung des gegenüber den Wilsonschen Notizen einzunehmenden Standpunktes wie in einer wechselnden Beurteilung der militärischen Lage ebenso lagen, wie in vielleicht zutage tretenden Verschiedenheiten der Auffassungen der militärischen Führung bei dieser Lage. Jedenfalls war es ein ganzer Komplex von Fragen, der eine Spannung dem zwischen General Ludendorff und der gegenwärtigen Regierung geschaffen hatte, ohne daß jedoch, wie es in einzelnen Zeitungen dargestellt wird, etwa das Kriegskabinett die Beseitigung des Generals Ludendorff gefordert hätte. Eine solche Beseitigung wäre von dem Vertreter der nationalliberalen Partei im Kriegskabinett niemals gutgeheißen worden. Das Dunkel über diese Tage in Deutschland wird sich auch einmal lichten, bis dahin wird man gut tun, mit seinem Urteil zurückzuhalten.

Letzten Endes ist ja der Kampf um Ludendorff weniger ein Kampf um den Heerführer, denn in der Bewertung des von der Heerführung Geleisteten ist sich trotz der Fehlschläge der letzten Woche das deutsche Volk wohl einig und wird sich einig — als ein Kampf zwischen Militärgewalt und Zivilgewalt. Hier objektiv Stellung einzunehmen und niemandem Unrecht zu tun, ist nicht leicht. Auf der einen Seite haben auch wir in der nationalliberalen Partei die Willkür einzelner Generalkommandos bitter empfunden und ziemlich allgemein ist die Auffassung, daß die Militärherrschaft in besetzten Gebieten neben vielem wirtschaftlich Guten politisch unendlich viel Verfehltes mit sich

gebracht hat. Man sprach davon, daß Ludendorff der Diktator des Reiches auch in politischen Dingen gewesen sei. Wer das sagt, der klagt damit nicht Ludendorff an, sondern die politische Leitung, die dies niemals hätte dulden dürfen. Es gibt nichts Klägliches, als eine politische Regierung, die fortwährend mit verweinten Augen herumläuft, weil sie von den Militärs vergewaltigt werde! Mögen die Leute sich doch entweder nicht vergewaltigen lassen oder ihr Portefeuille zur Verfügung stellen. Es ist schon so, daß der über-
ragende Einfluß Ludendorffs schließlich darin begründet war, daß er durch seine Person ein Zentrum der Kraftenergie darstellte, dem die politische Leitung meist nur Mittelmäßigkeiten an Befähigung und Tätigkeitsdrang entgegenzusetzen vermochte.

Dadurch war diejenige Stellung Ludendorffs geschaffen worden, welche man als die eines heimlichen Kaisers bezeichnet hatte. Die Schnelligkeit seiner Auffassungsgabe, die militärische Art, empfangene Anregungen als Befehle weiterzugeben und nicht in Erwägungen stecken zu bleiben, wie die Zivilbürokratie, schaffte seinem Wirken jenen außerordentlichen Einfluß, den es bis in die letzten Tage sich erhielt. Ob dieses politische Wirken immer die richtigen Wege gegangen ist, vermag heute niemand zu sagen. Daß das Gegeneinanderspielen von Militär- und Zivilgewalt einer einheitlichen Ordnung weichen mußte, wird jedermann anerkennen müssen. Wie dies vom liberalen Standpunkt aus Rudolf von Bennigsen in den Briefen an seine Frau schon Ende 1870 unmißverständlich zum Ausdruck gebracht hat. Auch Bismarcks Klagen über die Militärs sind bekannt. Freilich, ein Bismarck wußte auch im Frieden von Nikolsburg seine Politik durchzusetzen, während bei uns die Zivilgewalt vor der Militärgewalt kapituliert. Aber all diese Streitpunkte sind nicht eine Anklage gegen Ludendorff, sondern zeigen nur das Versagen des politischen Systems in den Persönlichkeiten, die seine Träger waren. Über alles das aber, was der Tag an Gegensätzen über die Auffassung der Person Ludendorffs gebracht hat, wird das stehen, was jeder ihm dankt. Kleine Geister, die heute hämisch von „Ludendorffs Glück und Ende“ schreiben und reden und seine Beiseitigung gar noch als einen Erfolg der Volksfreiheit hinstellen wollen, werden in ihrem Namen nicht mehr gekannt sein, wenn der Name Ludendorffs zusammen mit dem Hindenburgs durch die Jahrhunderte und Jahrtausende gehen wird als Ver Sinnbildlichung großer Männer, die das höchste geleistet haben,

was jemals ein Volk von den Führern seiner Heere verlangen konnte: siegreich die Heimat zu schützen gegen den Ansturm der Welt und mit unterlegenen Kräften Siege zu erkämpfen, die für alle Zeiten um die deutschen Waffen einen Lorbeer winden, den auch feindliche Geschichtsschreibung ihnen nicht entreißen kann und entreißen wird vor der richtenden Geschichte der Menschheit.

* * *

Die Ausführungen, die ich in meiner Reichstagsrede vom 22. Oktober über ein Versagen unserer Kriegstechnik auf gewissen Gebieten gemacht habe, sind Gegenstand sachlicher und parteipolitisch gefärbter Angriffe geworden. Man hat die Ausführungen, in denen ich darauf hinwies, daß wir uns kriegstechnisch von den Amateuren des Kriegshandwerks, England und Amerika, schlagen lassen mußten, so aufgefaßt, als wenn hierin eine Kritik an der Obersten Heeresleitung und an der Heerführung überhaupt liegen sollte. Das ist als Liebedienerei gegenüber dem Auslande und als eine unverantwortliche Schwächung der Kampfesfreudigkeit der Armee gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt und weiterhin als Undankbarkeit gegenüber unseren Heerführern hingestellt worden.

Hätten meine Worte den Sinn gehabt, der ihnen beigelegt wird, so würde ich die Kritik für berechtigt finden. Denn ich bin der Auffassung, daß unsere Heerführung eine glänzende gewesen ist und daß das deutsche Volk gar nicht dankbar genug dafür sein kann, daß die Männer, die fast immer ein zahlenmäßig und technisch unterlegenes Heer führten, 50 Monate hindurch den Feind vom eigenen Lande ferngehalten haben. An dieser Beurteilung unserer Feldherren vermag auch der Rückzug im Westen nicht das Geringste zu ändern, vielmehr ist die Disziplin, mit der dieser Rückzug durchgeführt wurde, und die feste Art, wie sie dabei das Heer in der Hand behalten, lediglich ein neues Zeichen der Überlegenheit ihres Geistes auch in schwieriger Situation. Im übrigen hätte ich geglaubt, daß die Verehrung für die Männer der Obersten Heeresleitung, denen ich so oft im Namen der nationalliberalen Partei Ausdruck geben konnte, mich vor dem Verdacht schützen mußte, sie etwa in diesem Augenblicke zu verlassen, wo das Kriegsglück ihnen nicht hold gewesen ist oder wo politische und persönliche Abneigungen, die wir nie mitgeteilt haben, sich gegen sie erheben.

Nun ist aber doch auch das Gebiet der Kriegstechnik ein ganz anderes als das der Heerführung. Was ich kritisiert habe, bezieht sich in der Hauptsache auf die Zeit vor dem Inkrafttreten des Hilfsdienstgesetzes, hatte also gar nichts mit der heutigen Obersten Heeresleitung zu tun. Mir ist noch deutlich jener Totensonntag in der Erinnerung, an dem eine Besprechung bei Dr. Helfferich stattfand, in der uns die Grundzüge des Hilfsdienstgesetzes, das man damals noch Zivildienstpflicht nannte, vorgelegt worden. Die Begründung für diese Zivildienstpflicht ging davon aus, daß auf dem Gebiete der Rüstung für das Heer ein Vielfaches von dem geleistet werden müßte, was bis dahin geleistet worden war. Es wurde auf das hingewiesen, was England auf diesem Gebiete getan hätte. Ich darf hier an die Verhandlungen des Hauptausschusses erinnern, in denen eine Rede des englischen Ministers Mr. Montagu an das englische Parlament verlesen wurde, in der ausgeführt worden war, daß Deutschland in der Lage gewesen wäre, England und Frankreich im zweiten Kriegsjahre militärisch in die schwierigste Lage zu bringen, wenn es die unendlichen Hilfsquellen seiner Industrie rechtzeitig genug vollkommen in den Dienst der Munitionsherstellung gestellt hätte. Deutschland habe aber diese Zeit ungenutzt vorübergehen lassen und England sei dadurch in der Lage gewesen, die Unterlegenheit, in der es sich gegenüber Deutschland auf diesem Gebiete befunden hätte, wieder wettzumachen. Auf eine in der Konferenz bei Dr. Helfferich vorgebrachte Anfrage, wie denn ein solches Versagen deutscherseits auf diesem Gebiete möglich gewesen sei, kam damals die Antwort: ja, wir haben eben keinen Lloyd George gehabt, der unsere Industrie so organisiert hätte wie es in England geschehen ist.

Mir steht die Erinnerung an jene Sitzung deshalb so deutlich vor Augen, weil sie für mich der Anlaß zu einem intensiven Nachdenken über das parlamentarische System wurde. Und im Zusammenhang mit den damals angestellten Erwägungen habe ich von dieser Frage auch bei der Beratung über die Neuordnung der Verfassung in Deutschland gesprochen. Ich hatte die Empfindung, daß Deutschland diesen Krieg schon deshalb gewinnen müsse, weil es mir unmöglich erschien, daß das parlamentarische System in Frankreich, Italien und England einen derartig engen Zusammenhang zwischen Regierung und Volk schaffen könne, wie er mir zur Durchführung eines Krieges psychologisch notwendig erschien. Andererseits aber erwartete ich auch,

wir mindestens auf dem Gebiete der Kriegstechnik durch die Konzentration unserer Kraft auf militärischem Gebiet den Ländern parlamentarischen Systems so unendlich überlegen wären, daß sie gegen uns organisatorisch-militärisch nicht auskommen könnten. Und nun mußten wir erfahren, daß England, das vordem ein stehendes Heer nicht gekannt hatte, nicht nur den Übergang zum stehenden Heere während des Krieges durchführte, sondern auch die Munitionsbeschaffung und Herstellung in einer solchen Weise löste, daß die erste Tat Hindenburgs und Ludendorffs die sein mußte, das Versäumnis auf dem Gebiete der Munitions-herstellung einzuholen und die Produktion durch das Hilfsdienstgesetz entsprechend zu steigern. Unter dem Eindruck dieser Ereignisse habe ich übrigens nicht erst in meiner letzten Reichstagsrede, sondern bereits im Frühjahr 1917 im Plenum vor dem Hauptausschuß dem Gedanken Ausdruck gegeben, daß wir keinerlei Veranlassung mehr hätten, vom deutschen Standpunkt aus auf das parlamentarische System in den feindlichen Ländern mit Verachtung herabzusehen, nachdem wir an diesem Hauptbeispiel gesehen hätten, wie auch unter diesem System ein Volk zur äußersten Kräfteanstrengung fähig und aus seiner Mitte hervorgegangene tüchtige Leute in der Lage seien, die Höchstleistung einer Nation im Kampfe für ihre Existenz und Freiheit uns entgegenzustellen.

Man kann natürlich gegen diese ganze Beweisführung anführen, daß ja mit dem Augenblick, in dem Hindenburg und Ludendorff an die Spitze der Heere traten, auch kriegstechnisch das Beste geleistet wurde, und daß es sich deshalb bei dieser Vergangenheitskritik nicht um ein System, sondern um Persönlichkeiten gehandelt habe. Aber auch wer diesen Weg geht, kommt wieder zum selben Ausgangspunkt zurück, denn daß ein Mann wie Hindenburg, dem wir verdanken, daß die Russen nicht schon Weihnachten 1914 in Berlin standen und der in den Siegen im Westen das Feldherrngenie eines Hannibal klar erwiesen hatte, unnütz im Osten auf kleinem Frontabschnitt vergeudet und erst zur Führung der Armee berufen wurde, als die größte Not drängte, das war auch ein Ausfluß desjenigen Systems persönlicher Gewalt in militärischen Dingen, das die Vergangenheit kennzeichnete. Ein System übrigens, das gerade mit Bezug auf diese Personenfrage in jener Zeit von niemandem schärfer und rückhaltloser kritisiert worden ist als von konservativer Seite. Nur daß man auf

jener Seite die Folgerungen zu ziehen vergaß, als es sich darum handelte, die Wiederkehr derartiger Vorkommnisse zu verhindern.

In dem Augenblick, in dem diese Zeilen niedergeschrieben sind, werden die Mitteilungen über die Waffenstillstandsbedingungen der Entente erwartet. Erst wenn diese vorliegen, kann und wird die große Entscheidung des deutschen Volkes erfolgen. Mit einem ehrlichen Waffenstillstand, der, wie es in einer unserer früheren Noten hieß, den gegenwärtigen Kräftezustand im Westen beläßt, wird das deutsche Volk ebenso einverstanden sein, wie es sich schließlich damit einverstanden erklärt hat, daß die 14 Punkte Wilsons zur Grundlage für die Friedensverhandlungen gemacht werden. Uns darüber hinaus ein Karthagischicksal zu bereiten, wird und muß von allen abgewiesen werden, die daran festhalten, daß ein Volk ohne Ehre ein Volk ohne Zukunftsentwicklung ist, weil Selbstachtung die Voraussetzung für alles große, gemeinsame Schaffen darstellt. Nicht durch die Änderung der Kommandogewalt wird der Geist des Heeres erschüttert, wohl aber durch die Annahme einer Kapitulation, die ohnegleichen in der Geschichte wäre nach dem Stand der Dinge, wie er sich auch heute trotz aller Anerkenntnis des Ernstes der weltpolitischen Situation militärisch vor unseren Augen darstellt. Wir werden aber vertrauen können, daß die, die unser Volk führen, in dem gegebenen Augenblick auch über diese Auffassung des Volkes sich klar sein werden, die weit in das Land leuchtet, auch aus den Kundgebungen, die vielfach von Anhängern aller Parteien jetzt im Lande veranstaltet worden sind und in dem Rufe zum Ausharren für die schlimmste Zeit ausklingen.

Wir erleben jetzt neben der größten militärischen Weltkrisis auch die größte Revolution aller Völker, einen Umsturz der Geister, dem nichts aus der Vergangenheit an die Seite zu stellen ist. Ob die Wogen auch zu uns herüberdringen werden, die die Staaten auseinanderreißen und die Arbeiter- und Soldatenräte an Stelle der bisher bestehenden Gewalten setzen? „Nicht dem Deutschen geziemt es, die fürchterliche Bewegung fortzuleiten“, hat Goethe einst im Hinblick auf die französische Revolution in den wunderbaren Schlußworten von Hermann und Dorothea ausgesprochen, und wie ein Mahnruf an die Gegenwart klingen uns die Worte entgegen,

mit denen sich Herrmann der Zeit, in der wie in der unseren „Grundgesetze lösen sich auf der festesten Staaten“ und alles sich regt „als wollte die Welt, die gestaltete, rückwärts sich lösen in Chaos und Nacht sich auf und neu sich gestalten“ sich mit den Worten entgegenwirft: „Wir wollen halten und dauern! Dies ist unser, so laßt uns sagen und so es behaupten. Denn es werden noch stets die entschlossenen Völker gepriesen, die für Gott und Gesetz, für Eltern, Weiber und Kinder stritten und gegen den Feind zusammenstehend erlagen.“

Wenn Wilson und der Entente durch die öffentliche Meinung Deutschlands klar wird, daß die Deutschen zu diesen entschlossenen Völkern gehören, so werden wir zu dem Frieden gelangen, den unsere Regierung in ihrem ersten Angebot erstrebte. Tritt aber zu unserem diplomatischen Niederbruch der Niederbruch der öffentlichen Gefinnung, dann ist ein Ende nicht abzusehen.

Berlin, 31. Oktober 1918.

6. 11. 18

Um Kaiser und Reich.

Das Unerträglich. — Clemenceau's Psychologie. —
Scheidemanns Denkschrift. — Kaiser und Kaisertum.

Das rasende Tempo der Entwicklung hält an. Jeder Tag fast zeigt ein anderes Gesicht. Was ist alles in diesen letzten Tagen in den einstmaligen Ländern des Habsburgischen Kaiserreiches vor sich gegangen! In welchem Verhältnis steht Kaiser Karl heute noch zu seinen Völkern? Leben wir mit Ungarn und dem tschechischen Staate im Frieden oder nicht? Haben wir neue Fronten an der bayrischen und sächsischen Grenze zu erwarten? Werden die Waffenstillstandsbedingungen, deren Bekanntgabe wir in den nächsten Tagen erwarten, ein Vorbote des Friedens sein, oder reißten sie das Volk zur letzten Verteidigung zusammen? Alles wirbelt so wild durcheinander, daß man vergeblich versucht, von einem festen Gesichtspunkte aus den leitenden Grundgedanken in alle dem zu finden, was sich in zusammenstürzenden Staatskörpern um uns herum begibt und nach neuer Gestalt ringt. Solange nicht gewisse Tatsachen sich fester konsolidieren, wird man gut tun, keine Konjunkturalpolitik zu treiben, zumal die Erörterung mancher Themata, wie desjenigen des künftigen Verhältnisses zu Deutsch-Osterreich auch vom taktischen Gesichtspunkte aus eine vorzichtigeren Behandlung verdient, als wie sie an manchen Stellen vorgenommen wird.

Die Ereignisse, die dergestalt auf das deutsche Volk eingestürzt sind, sind wohl die furchtbarste Nervenprobe, die je ein Volk durchzumachen hatte. Nach langem, erbittertem Kampfe zu unterliegen, Schritt für Schritt zurückzuzweichen, um schließlich zu sagen, „Wir können nicht mehr“, das ist erträglich. Aber mit voller Berechtigung an eine große Zukunft seines Vaterlandes nach weltgeschichtlichen Siegen zu glauben und dann beinahe vor dem Gedanken der Kapitulation zu stehen, das ist mehr als ein Volk ertragen kann, das, wie selbst Clemenceaus Organ „L'Homme libre“ zugab, Entbehrungen

unterworfen war, die keine andere Nation ertragen hätte, selbst wenn sie die Hoffnung auf den Endsieg gehegt hätte (*l'Allemagne a été soumise à des restrictions qu'aucune autre nation n'aurait tolérées, même avec l'espoir du triomphe*). Und man liest und versteht in diesem Zusammenhang die Todesanzeige, in der in Braunschweig die Gattin des Generalleutnants Alborn bekannt gibt, daß ihr 82-jähriger Gatte, ein Mitkämpfer des Jahres 1870, in tiefer Trauer und Verzweiflung über die seinem deutschen Vaterlande angetane Schmach am Fuße des Bismarckstandbildes im 82. Lebensjahre in den Tod gegangen ist.

Alles, was sich zusammenstürzend um uns entwickelt hat, knüpft an die militärische Erkenntnis an, daß wir Waffenstillstand und Friedensverhandlungen einleiten mußten. Deutschland war der Kern des Vierbundes, die Macht, auf deren Unererschütterlichkeit all die anderen gebaut hatten, die Verbündeten sowohl, wie viele Neutrale und wie viele neu entstandenen Staatswesen, die sich jetzt auch neu orientieren und den Siegern im Weltkrieg, der Entente, sich zuwenden müssen. Aus Österreich-Ungarn kommen jetzt Nachrichten, daß die militärische Lage Österreichs gar nicht so bedrohend gewesen wäre, um die militärische Kapitulation zu rechtfertigen, daß aber das Herausziehen der ungarischen Truppen von der italienischen Front eben diese Katastrophe herbeigeführt hätte. Ob dies richtig ist, ist im Augenblick nicht festzustellen, wäre es aber richtig, dann zeigt es nur den Wert der Imponderabilien der Weltpolitik auch in militärischer Hinsicht. Man faßte die Bitte um Waffenstillstand als Deutschlands Zusammenbruch auf, und damit war nichts mehr zu halten. Der Glaube an den Sieg war dahin. Clemenceau wußte, was er tat, als er in den Wandelgängen des Palais Bourbon in einer Zeit, als die Kanonen Pariser Häuser zerstörten und die französischen Heere unter Zurücklassung von Gefangenen und unübersehbarem Kriegsmaterial zurückfluteten und die Hauptstadt bedroht schien, bei seiner stereotypen Redensart blieb: „Es steht alles glänzend“. Unsere deutsche Objektivität hätte einen Staatsmann, der in dieser Situation so gesprochen hätte, im Hohne des Parlaments erstickt lassen. Politische Psychologie ist immer das Schwächste in unserer an sich schon sehr mangelhaft vorwärtsgekommenen politischen Entwicklung gewesen. Ein solcher Mangel an politischer Psyche ist es auch, wenn sozialdemokratische Blätter und wenn auch ein liberales Blatt Mitteldeutschlands schon

vor Tagen davon sprach, daß jeder weitere Widerstand in Deutschland gegen die Waffenstillstandsbedingungen nutzlos sein würde. Nehmen wir einmal an, daß die Dinge wirklich so ständen, daß ein Aufruf zur nationalen Verteidigung nicht mehr möglich ist, weil er auf passiven oder aktiven Widerstand derjenigen stieße, die aufgerufen werden sollen. An den Vorgängen in Kiel und Hamburg gemessen, hat gewiß der eine oder der andere das Recht, diese Möglichkeit zu erwägen. Aber was gehört für ein Fehlblick dazu, in einer Zeit, in der die Alliierten in Versailles über die Deutschland aufzuerlegenden Waffenstillstandsbedingungen verhandeln, und in der ausländischen Presse fortgesetzt davor gewarnt wird, den Bogen nicht zu überspannen, weil sonst das deutsche Volk den Kampf noch Jahre hinaus fortsetzen würde, in dieser Zeit in einer deutschen Zeitung davon zu sprechen, daß ein Widerstand unmöglich ist oder zum mindesten die Schwierigkeiten dieses Widerstandes in den Vordergrund zu stellen! Man rührt jetzt die Schuldfrage an. Möge man, wenn man das tut, nicht vorbeigehen, ohne in einem interessanten Kapitel einmal festzustellen, wie und mit welchen Mitteln in England, Frankreich und den Vereinigten Staaten von Amerika der Kriegswille bis zum letzten aufgepeitscht und aufrechterhalten worden ist, während man bei uns den Zweifel an der Gerechtigkeit unserer Sache durch die Aufrollung der Frage von Deutschlands Schuld am Weltkriege nährte und schon in jeder Bestärkung des deutschen Siegeswillens den Ausfluß des Chauvinismus sah. Wende man auch ein Kapitel der Frage zu, ob Deutschland es verstanden hat, dem ganzen gigantischen Kampf seines Volkes eine Idee zu geben, während die Entente in ihren, wenn auch vorgegaukelten Idealen der Völkerbefreiung so wunderbar verstand, den Weltkrieg als den Aufmarsch der Demokratie aller Länder erscheinen zu lassen; derselben Demokratie, die jetzt den Gewaltfrieden erzwingt, der im schroffsten Widerspruch zu allen Idealen der Völkervereinigung steht.

Falsche Psychologie ist auch die Leidenschaftlichkeit, mit der jetzt vor den Waffenstillstandsverhandlungen die Kaiserfrage erörtert wird. Die Sozialdemokratie hat nach Blättermeldungen durch den Staatssekretär Scheidemann eine Denkschrift verfassen lassen, in der sie den Nachweis zu führen versucht, daß die Abdankung des Kaisers Deutschlands Situation in der jetzigen Phase des Weltkrieges wesentlich verbessern würde. Die Bekanntgabe dieser Tatsache der Scheidemannschen

Denkschrift und der daran sich anknüpfenden Presseerörterungen ist übrigens nicht auf den „Vorwärts“, sondern auf ein bürgerliches Blatt der Reichshauptstadt zurückzuführen, das sich die Veröffentlichung der interessanten Neuigkeit nicht entgehen lassen wollte, unbeschadet um die zeretzende Wirkung, die diese Erörterung haben mußte. In dem heutigen Tage tritt die sozialdemokratische Fraktion zusammen, um zu der Frage der Erzwingung der Abdankung des Kaisers Stellung zu nehmen. Vor uns rollt sich die Frage auf, ob ein solcher Beschluß der Fraktion dazu führen muß, dem Beschluß Kraft zu geben. Die Macht ruht bei der Sozialdemokratie in weitem Maße. Ihr Verdienst um die Aufrechterhaltung des vaterländischen Verteidigungswillens der deutschen Arbeiterschaft soll nicht verkannt werden. Möge sie aber den Bogen nicht überspannen! Sie verlegt in ihrer Forderung hier zunächst das demokratische Prinzip, auf das sie sich sonst beruft, wonach die Minderheit nicht das Recht hat, der Mehrheit des Volkes Bedingungen zu stellen. Die Sozialdemokratie aber ist in der Abdankungsfrage nur die Minderheit des deutschen Volkes, Kritik an der Persönlichkeit des Kaisers ist oft geübt worden, auch von national-liberaler Seite, und Bassermanns Rede in den Novemberdebatten war eine Anlagerede gegen den Träger der Krone. Aber höher als berechtigte Kritik an dem Monarchen in vielem, was uns auf der Seele brennt, ist die Idee des deutschen Kaisertums, die wir uns nicht rauben lassen wollen und die bleiben muß, wenn wir aus dem Chaos der Gegenwart eines herausretten wollen in die Zukunft: die Einheit des Reiches. Diese Reichseinheit, die den Traum des deutschen Liberalismus seit den Freiheitskriegen über die Paulskirche hinweg bis zur Parlamentarisierung des deutschen Kaiserreiches bildet, kann in einem Bundesstaat, der aus 22 Dynastien besteht, nicht durch den demokratischen Gedanken und nicht durch den republikanischen Gedanken, auch nicht allein durch die Wucht wirtschaftlicher Tatsachen erhalten bleiben. Die Kaiserkrone auf dem Haupte des Königs von Preußen mit dem Titel des deutschen Kaisers, das war der von Bismarck erdachte Grundbau des deutschen Reiches, der bisher alle Stürme des Weltkrieges überdauert hat und auch den Frieden überdauern muß. Diejenigen, die sich zu diesem Grundbau bekennen, müssen daran festhalten, ihn nicht erschüttern zu lassen. Denn diejenigen, die über den Kaiser hinweg auch mit der Abdankung des Kronprinzen als mit etwas Selbstverständlichem rechnen, die wollen ein Kind auf den Kaiserthron er-

heben, und in der Farblosigkeit der Regentschaft die Symbole der unwägbaren Seelenempfindungen, die mit dem Kaisertum zusammenhängen, erschüttern. Diese in Wirklichkeit kaiserlose Zeit wäre die Aushöhlung des monarchischen Gedankens in Deutschland. Eine solche Kaiserherrschaft eines Kindes, gezwungen herbeigeführt, würde auch den Monarchisten wenig übrig lassen von dem, was ihnen Symbol des Kaisertums ist. Wenn jetzt der Orkan des Weltkrieges die Abdankung des Kaisers erzwänge, da würde in Zukunft ein Windhauch die Regentschaft hinwegfegen und übrig bliebe nicht einmal die Republik Deutschland, sondern die demokratische Republik Preußen. Gerade aus den Kreisen unserer süddeutschen Parteigenossen mehrten sich die Kundgebungen, die darauf hinweisen, daß festgehalten werden soll und muß an dem deutschen Kaisertum als Repräsentant der deutschen Volks- und Reichseinheit. In diesem Sinne hat Baden, Bayern und Hessen durch seine nationalliberalen Vertreter zu uns gesprochen. Einig sind wir in dieser Frage erfreulicherweise mit den führenden Organen des Zentrums, die in einer nationalliberalen Empfindung erfreuender und erfrischender Weise sich zu dem Gedanken der Reichseinheit und des Kaisertums bekennen. Ob der einmütige Widerstand der beiden Mittelparteien ausreichend sein wird, um die Bestrebungen hintan zu halten, die auf Abdankung des Kaisers und damit auf die Erschütterung des Kaisertums hingingen, das vermag in dieser gärenden Zeit niemand zu sagen. Aber wenn in den Stürmen dieser Tage, in denen das Unbegreiflichste für unser Empfinden Ereignis ward, und in der russische Vorgänge in beinahe photographischer Treue in einer deutschen Hafenstadt sich wiederholten, auch das alte mehr als tausendjährige Panier monarchischer Staatsform in Deutschland zugrundegehen sollte, so ist es unsere Pflicht, bis zum letzten Augenblick für dieses Panier einzutreten gegenüber einer Zeit und Gegenwart, die in der fieberhaften Aufpeitschung ihrer Nerven das Maß für die Entwicklung verloren zu haben scheint und in der man auch heute nach einer Kraft rufen möchte, die „der Zeit dem tollgewordenen Renner“ in die Zügel falle, damit das Gesunde einer freiheitlichen Entwicklung in Deutschland nicht durch die Grenzenlosigkeit des Radikalismus überwuchert wird und uns dadurch zum Abgrund des Bolschewismus führt. Aus einer längst der Geschichte angehörenden Parlamentszeit wurde einst berichtet, daß ein Redner, der von dem Gedanken des einheitlichen deutschen Erbkaisertums abwich, während

seiner Rede im Ausschuß einen kleinen Zettel von einem Kollegen erhielt, der einst mit ihm das Schwarzrotgoldene Band der Burschenschaft getragen hatte, einen Zettel, der die Dichter-Worte enthielt: „Wir wollen den Schwur nicht brechen, nicht Buben werden gleich, wollen predigen und sprechen von Kaiser und von Reich“. Die Parlamentschronik jener vergangenen Zeit berichtet, daß der Redner unter dem Eindruck dieser Worte, vor denen der Burschenschaftszirkel stand, in Tränen ausbrechend seine Rede unterbrochen habe, um seinerseits nicht dazu beizutragen, die Ideale umzustürzen, die ihm einst vor Augen standen und das Sinnbild bester deutscher idealer Bewegung in Zeiten gewesen sind, in denen deutsche Geistesgröße das ersetzte, was deutscher Macht fehlte. Heute sollen wir die deutsche Macht erhalten, die uns die Reichseinheit verbürgt. Geben wir, wenn wir das wollen, nicht leichtfertig auf, was Inbegriff nationalliberalen Denkens und Fühlens durch ein halbes Jahrhundert gewesen ist. Es handelt sich nicht um die Person, sondern um das System. Stürzt der Kaiser, dann wankt auch das Kaisertum. Principiis obsta!

Über Ludendorffs Abdankung war in der letzten politischen Umschau gesprochen worden. Ein neutrales Urteil spricht Oberst Egli in den Baseler Nachrichten über den von seinem Amte geschiedenen deutschen Heerführer aus. „Viele wollen“, so schreibt er, „Ludendorff heute lediglich als Gewaltmenschen hinstellen, und doch gibt es Züge in seinem Bilde, die ihn anders erscheinen lassen. Im Laufe der Kriegsjahre hat er vielfach Gelegenheit gehabt, mit Offizieren zu sprechen, die dienstlich mit ihm in nähere Beziehung getreten sind. Sie alle waren darin einig, daß Ludendorff immer nur für die Sache gearbeitet hat, in deren Dienst er stand und niemals persönliche Ziele und eigene Vorteile verfolgte. Das mußten auch seine Feinde anerkennen. Er ging völlig in seiner Pflicht auf, verlangte aber das Gleiche von seinen Mitarbeitern. Für die Größe, die in diesem Zurücktreten des eigenen Ich liegt, fehlt das Verständnis. Kommende Geschlechter werden noch von Hindenburg und Ludendorff erzählen, wenn die Namen aller derer vergessen sind, die dem abdankenden General heute Steine nachwerfen.“

Berlin, 6. November 1918.

12. 11. 1918

Der Umsturz.

Abdankung der Dynastien. — Diktatur des Sechsmän-
rates. — Der Römerfriede. — Der Tod Albert Ballins
des Grafen Schwerin-Löwitz.

Von dem „rasenden Tempo der Entwicklung“ war in der letzten Politischen Umschau gesprochen. Das Wort sagte nicht zuviel. 2 Tage sind seitdem ins Land gezogen, und eine der größten Umwälzungen ist vor sich gegangen. Der Kaiser und Kronprinz haben die Krone entsagt, eine große Anzahl deutscher Bundesfürsten, viele in diesem Augenblick schon alle, haben freiwillig für sich und die ganze Dynastie abgedankt oder sind zur Abdankung gezwungen worden. Der Reichstag, das Parlament des freiesten Wahlrechts der Welt, ist von Soldaten besetzt, und die Abgeordneten sind außerstande, zusammenzutreten, um als Volksvertreter zu wirken. Am 15. November muß ein neuer Kriegskredit von 15 Milliarden aufgenommen werden, der der verfassungsmäßigen Zustimmung bedarf. Niemand weiß, ob und wann die inzwischen abgesagte Tagung des Reichstages stattfinden wird, oder ob wir einer Entwicklung entgegengehen, die uns in der Schaffung von Arbeiter- und Soldatenräten russische Zustände bringt, wie wir auch erfreulicherweise noch am Abgrund des Bolschewismus vorbeigekommen sind.

Das deutsche Bürgertum außerhalb der Sozialdemokratie sieht sich gegenwärtig fast zur Einflußlosigkeit verurteilt. In einigen Bundesstaaten wirken bürgerliche Politiker in den Ministerien mit, im wesentlichen handelt es sich aber dabei nur um sachliche Arbeitsministerie, der politische Einfluß liegt in den Händen der Sozialdemokratie innerhalb welcher der Kampf um die Vorherrschaft stattfindet. In der Zwischenzeit wurden die Waffenstillstandsbedingungen der Enten bekannt, die an Furchtbarkeit alles übertreffen, was jemals einer besiegten Volke auferlegt worden ist. Der Feind vor den Toren, zur Einmarsch in das zur Okkupation überlassene Gebiet bereit, scho

heute drohend mit dem Einmarsch in ganz Deutschland, „um Ordnung zu schaffen“! Transportkrisis und Hungersnot vor der Tür! Das große Problem der Demobilisierung ungelöst! Im Innern Bruch mit den jahrhundert- und jahrtausendelangen monarchischen Überlieferungen! Straßenkämpfe in der Reichshauptstadt und eine Ansprache Liebknechts vom Balkon des Schlosses der Hohenzollern in Berlin — ist die Gegenwart, in der wir leben, eine Gegenwart, von der niemand zu sagen weiß, ob sie geordneten Zuständen wieder Platz machen wird oder ob sie zum zeitweiligen Chaos führt.

Wir vermögen unsererseits zu den Ereignissen noch nicht Stellung zu nehmen. Was in diesen letzten Tagen auf uns eingestürmt ist, verlangt nach leidenschaftsloser Betrachtung und Würdigung. Es ist auch unmöglich, mit dem Sturmschritt der Ereignisse überhaupt Tempo zu halten. Wer weiß, ob das, was sich heute als Diktatur des Sechsmännerrates darstellt, morgen noch vorhanden ist? Der sozialdemokratische Führer, Ebert, gibt sich gewiß alle Mühe, die Entwicklung vor einem sich überstürzenden Radikalismus zu bewahren. Er hat auch den Gewaltstreich rückgängig gemacht, mit dem die Spartakusgruppe sich eines Berliner Zeitungsunternehmens bemächtigt hatte und deren Drucker zwang, ein bolschewistisches Organ herauszugeben. Auch die Sicherheit der Kriegsanleihe, für die die sozialdemokratische Mehrheitsfraktion mit den Unterschriften von Ebert und Scheidemann noch kürzlich garantierte, ist durch eine Erklärung der neuen Regierung bestätigt worden. Aber was ist heute noch von irgendwelcher Dauer? Unsere Aufgabe ist, alles zu tun, um Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten und uns vor einem Chaos zu bewahren. Völlig falsch wäre es deshalb auch, daran Kritik zu üben, daß die Beamenschaft sich der neuen Regierung zur Verfügung gestellt hat und weiter arbeitet. Die schwerste Pflichterfüllung ist der Sieg über das eigene Empfinden. Wir begrüßen es, daß eine Persönlichkeit, wie Oberst Röth, seine Kraft als Staatssekretär für das Demobilisierungswesen zur Verfügung stellt, um dafür zu sorgen, daß die wirtschaftlichen Vorgänge sich in Ruhe vollziehen, und wir verstehen, daß deshalb Beamte wie Krause und Schiffer auf ihrem Posten bleiben, die im Gegensatz zu den Verhältnissen stehen, welche durch die rote Flagge vom Brandenburger Tor gekennzeichnet werden. Besonnenheit und Pflichterfüllung bis zum Äußersten, das wollen wir unsererseits uns bewahren und hinüberretten, auch wenn um uns herum die festesten

Grundmauern einstürzen, an deren Unererschütterlichkeit wir fest geglaubt hatten.

Die Waffenstillstandsbedingungen liefern Deutschland wehrlos dem Feinde aus. Wo sind bei diesen Waffenstillstandsbedingungen irgendwelche Gesichtspunkte, die an einen Verständnissfrieden, Völkerbund und andere hohe Ideale erinnern? Es sind genau dieselben Bedingungen, die Rom Karthago im dritten punischen Krieg auferlegte: Auslieferung der Waffen, Auslieferung der Flotte. Als die Auslieferung erfolgt war, verlangte Rom die Niederreißung der Stadt, die Berlegung vom Meere, das die Lebensader für Karthagos Wohlfahrt war. An den Kampf zwischen Rom und Karthago ist oft in diesem Weltkrieg erinnert worden. Karthagos Schicksal war verdient. Es unterlag gegenüber dem Staatsgeiste Roms. Als Hannibal vor den Toren Roms stand, zitterten seine Senatoren nicht, sondern wiesen jeden Gedanken an den Waffenstillstand ab, von dem einen Gesichtspunkte ausgehend, an den Sieg zu glauben bis zum Letzten. Karthago unterlag, weil es seelisch nicht durchhielt. Bei uns hat die Front im Felde bis zum letzten Augenblick in einer Weise gekämpft, daß das größte Heldenlied der Weltgeschichte nicht ausreichen würde, um die Taten zu besingen, die dort getan worden sind. Im Innern aber brach die Heimat rudweise zusammen. Nur wenige Soldatenräte fanden sich noch in dem durch die neue Lage zur Ausichtslosigkeit verurteilten Einspruch gegen die Waffenstillstandsbedingungen zusammen. Man kämpft nicht nur mit dem Schwert, sondern auch mit dem Herzen. Ist erst die Widerstandskraft des Herzens gebrochen, dann wird das Schwert stumpf. Suchen wir die große Linie der Volksempfindung in diesem Kriege, dann werden wir sagen müssen, daß das Bestreben der Deutschen nach abwägender Objektivität, das sich in Selbstanlagen eines Teiles der Bevölkerung in der Schuldfrage kundgab, nicht standhielt gegenüber der berechnenden, kalten Realpolitik Englands und dem aufschäumenden Chauvinismus Frankreichs. Wie weit die alten Gewalten, die diese Empfindungen in Frankreich und England verkörpern, gegenüber den weltbewegenden Umwälzungen der Gegenwart standhalten werden, müssen allerdings die nächsten Wochen zeigen.

Der Leiter des größten deutschen Schiffahrtsunternehmens, einstmals der größten Schiffahrtsgesellschaft der Welt, Generaldirektor Albert Ballin, ist am 9. November in Hamburg verstorben. Ob richtig ist, wie erzählt wird, daß ein Schlaganfall seinem Leben ein Ende gemacht hat, der ihn ereilte, als man das Gebäude der Hapag stürmte, ist im Augenblick, bei dem Fehlen von authentischen Mitteilungen aus dem Lande, nicht festzustellen. Es wäre gewissermaßen ein Sinnbild seines Lebens, daß er den Geist aufgab, als er sah, daß sein Lebenswerk im Begriff war, unter den Anstürmen der Gegenwart zusammenzubrechen. Wie stolz waren wir einst darauf, zwei der größten Schiffahrtsgesellschaften der Welt unser eigen zu nennen. In den Kolossen der Hapag und des Lloyd, in dem „Imperator“, „Bismarck“ und „Vaterland“ sahen wir gewissermaßen die Versinnbildlichung des mächtigen deutschen Volkes, das in der Friedenswirtschaft aufgewachsen war, zu unendlicher Entwicklung. Treu haben die Hanseaten während der Kriegsjahre ausgehalten, gekämpft und geharrt auf neue Zeiten, in denen der deutsche Kaufmann wieder ringen würde um seinen Platz an der Sonne. Ob viel übrig bleiben wird von dem, was dieser Kaufmannsgeist geschaffen hat, das ist schwer zu sagen. Trübe, dunkel und grau sieht der Himmel aus auch für die deutsche Schiffahrt. Wer die Friedensbedingungen als Tatsache hinnehmen muß, der kann und muß erwarten, daß die Friedensbedingungen noch härter sein werden, daß sie unter Umständen die Hingabe des Restes der uns gebliebenen Handelsflotte, die Übereignung industriellen Eigentums in sich schließen können. Daß der Mann, der an der Spitze der Hapag stand, mit schweren Sorgen in die Zukunft sah und Jahr um Jahr ein Stück zusammenbrechen sah von dem, was er an Hoffnungen der Wiederaufrichtung des alten Ruhmes der Flagge seiner Gesellschaft sich vorgestellt hatte, — wer will ihm das verdenken? Nur war er trotzdem nicht der Mann, als den ihn ein Teil der Öffentlichkeit ansieht, nämlich schwachmütig, verzagt und zu jedem Kompromiß von vornherein entschlossen. Wäre das der Grundzug seines Wesens gewesen, dann hätte er sein eigenes Unternehmen nicht zu dieser Blüte gebracht. Er war ein großzügiger, weitsichtiger Mann von schnellem Entschluß, von durchdringendem Verstand, die Konjunktur einer Lage schnell erfassend, vieles wagend, darum vieles erringend. Gegenüber dem mehr in den Bahnen konservativer Entwicklung geführten Norddeutschen Lloyd versinnbildlicht er

gewissermaßen den vorwärtsstürmenden Kapitalismus in seinem Betriebe. Auch er war ein Mann, der in Weltteilen dachte. Sein kluger Rat wurde früher auch vom Kaiser oft in Anspruch genommen. Auch in den letzten Monaten konnte er den Kaiser noch einmal persönlich sprechen. Man hat in der Tagespresse erzählt, daß er dem Kaiser geraten habe, sich mit England zu verständigen. Nach der Erinnerung aus meinem letzten Gespräch mit Ballin möchte ich das insofern bezweifeln, als Ballin lange vor dem Waffenstillstandsgeſuch mir gegenüber den Gedanken ausſprach, daß man ſich direkt mit Wilson in Verbindung ſetzen müſſe, um von dort aus mit der Entente in Fühlung und zum Frieden zu kommen. Ob er die von dieſer Aktion erhoffte Wirkung in der weiteren Entwicklung der Dinge erfüllt geſehen hätte, darf wohl nach der Annahme der Waffenstillstandsbedingungen bezweifelt werden. Wir ſehen, wie die Dinge heute noch liegen, einem Gewaltfrieden entgegen, den die Entente diktirt. Wäre es nicht ſo, wäre man zu Friedensverhandlungen gekommen, dann wäre Ballin gewiß ein guter Unterhändler für viele Fragen geweſen und hätte inſondere ſeine engliſchen Beziehungen für uns ausnutzen können. Allerdings galt er ja auch in der Außenwelt als Vertreter des deutſchen wirtſchaftlichen Imperialismus, und zu weitgehenden Kriegszielen, die über die flandriſche Küſte hinausgingen, hat auch er ſich in den Zeiten bekannt, als der Gedanke des deutſchen Sieges feſt in uns wurzelte. Wie es denn überhaupt in der Welt ſo iſt und bleiben wird, daß der Sieger ſeinen Sieg benützt, um die Macht dauernd zu feſtigen, die Unterlage der Größe ſeines Staates iſt. So wie der Heimgegangene die Macht und Größe ſeines Unternehmens gefeſtigt hat nach den großen geſchäftlichen Siegen, die ſein Geiſt der Hapag errang.

Den Generaldirektor Ballin haben viele Menſchen gekannt. Den Menſchen Ballin nur wenige. Dieſe aber haben ſeine Güte und Großzügigkeit, ſeine Liebenswürdigkeit im Verkehr ſtets auf das höchſte geſchätzt und werden ſie dankbar in Erinnerung behalten. Eine Erinnerung nun an vergangene Zeiten werden auch die Tage ſein, die ein kleinerer Kreis auf der Kieler Woche auf den Dampfern der Hapag mitmachte, von Ballin als Gäſte geladen. Wie oft ſind da geſchichtliche Momente an denen vorübergezogen. Noch ſehe ich vor meinem Geiſte Herrn von Riederlen-Wächter vom Fallreep der „Hohenzoollern“ herunterſteigen nach einer Unterredung mit dem Kaiſer, an

die sich die Entsendung des „Panther“ nach Agadir angeschlossen. Sehe mich in Gedanken um Mitternacht neben Ballin auf Deck des Hapagdampfers hin- und herschreitend und die Chancen abwägend, die eine kriegerische Verwicklung im Anschluß an die Marokkofrage mit sich bringen würde, höre auch heute noch das Wort, das er damals sprach: „Ich konnte dem Kaiser nicht abreden, ich bin fest davon überzeugt, daß England den gegebenen Moment benützt, um uns zu vernichten. Wir sind England zu groß geworden, das duldet England nicht. Ich sehe in einem Kriege mit England das meiste aufs Spiel, aber ich bin überzeugt, daß es sich nur darum handelt, den Krieg zu verzögern, daß es aber unmöglich ist, ihn zu vermeiden.“

Das letzte Mal hat die Kieler Woche im Jahre 1914 stattgefunden. Wunderbar sonnige Tage lagen über dem Kieler Hafen, die englische Flotte war zu Gast gekommen, englische Offiziere und Matrosen wechselten die Mühenbänder mit denen der Deutschen. Wir standen auf der Kommandobrücke des englischen Kriegsschiffs „Centurio“ und blickten von dort über den Kieler Hafen. Ein Sonntag in Sommerlust und Freude lag hinter uns, als plötzlich eine seltsame Mär sich verbreitete von der Ermordung eines österreichischen Erzherzogs, die in irgend einem bosnischen Winkel von einem Revolutionär vollzogen sein sollte. Wie ein Lauffeuer verbreitete sich das Gerücht an Bord der Schiffe, Torpedoboote eilten und überbrachten die Mitteilung an Bord der Yacht des Kaisers. Wenige Minuten später gingen die englischen und deutschen Flaggen auf Halbmast, der Ball an Bord wurde abgefagt, dem österreichischen Sektionschef Riedl stattete der Bürgermeister von Hamburg das Beileid Hamburgs zu dem Verluste ab, der Österreich-Ungarn betroffen hatte. In allen Seelen war eine Empfindung von der Tragik des Hauses Habsburg, des Kaisers Franz Josef, dem nichts erspart blieb. Aber es lag eine gewitterschwüle Stimmung in der Luft, von der man nicht wußte, woher sie kam, die aber vorhanden war und bewirkte, daß man die Koffer packte in der Empfindung, man müsse nach Hause eilen, um zur Stelle zu sein, wenn der Strahl aus einer Wolke zuckte, den man erwartete, ohne eigentlich zu wissen, weshalb er kommen mußte. Vierundzwanzig Stunden nach diesem Sonntag verließ die englische Flotte den Kieler Hafen. Ihr Wunsch, durch den Kaiser-Wilhelm-Kanal zu fahren, wurde ihr abgeschlagen. Irre ich nicht, dann lautete das Abschiedswort des englischen Admirals, als er den Hafen

verließ: „Wir waren Freunde in der Vergangenheit, sind Freunde in der Gegenwart und wollen Freunde bleiben in der Zukunft.“ Vier Wochen später entlud sich das Wetter des Weltkrieges, in dem am 11. November 1918 der letzte Schuß abgefeuert wurde, dessen politische Auswirkungen sich heute in revolutionären Umwälzungen in Deutschland und — wer weiß? vielleicht in Bälde in ähnlichem Maße selbst in der Welt unserer siegreichen Feinde zeigen werden.

Eine neue Zeit beginnt. Was sie uns bringen mag, niemand vermag es zu sagen. In Albert Ballin geht ein Träger der alten Zeit zugrunde, ein Mann, der in seiner Eigenart ebenso der Ausdruck des Zeitalters war, das nun zur Rüste geht, wie jener Präsident des preußischen Abgeordnetenhauses, Graf Schwerin = Löwicz, den man in den letzten Tagen zu Grabe trug und dessen Leichenbegängnis die letzte repräsentative Manifestation des alten Deutschland und Preußen gewesen ist. Vielleicht gilt von ihm, dem Vertreter der alt-preußisch-konservativen Geistesrichtung das Wort aus der Verteidigungsrede des Sokrates: „Mir ist jetzt dieses Geschick nicht zufällig zugefallen, sondern das ist mir klar, daß es jetzt das Beste für mich war, zu sterben und Ruhe und Frieden zu bekommen. Es ist nun Zeit, daß wir von himmen ziehen, ich um zu sterben und Ihr um zu leben. Wessen Los aber das Bessere ist, Eures oder meins, das weiß Niemand als Gott.“

Berlin, 12. November 1918.

Die neuen Parteien.

Von der Deutschen Volkspartei. — Programme und Männer.
— Strömungen in der alten Nationalliberalen Partei. —
Zusammenbruch und Charakter.

In der Zeit, in der alles zerbrach, was uns für unsere Staatsanschauung und politische Orientierung fest fundiert erschien, sind nun auch die alten Parteien zerbrochen. Der „Vorwärts“ zwar rühmt sich, daß eine Flagge stand gehalten hat, nämlich diejenige der Sozialdemokratie. Aber das ist doch auch nur äußerlich, denn die Sozialdemokratie selbst hat die größte Umwandlung an sich erfahren und hat am ehesten von allen Parteien die Scheidung der Geister erlebt, die in der Begründung der Unabhängigen Sozialdemokratie zum Ausdruck kam. Die übrigen Parteien gehören nun der Vergangenheit und der Geschichte an. Die Konservative Partei und die Gruppe, die sich bisher in der deutschen Fraktion zusammenfand, rufen auf zur Gründung einer Deutschnationalen Volkspartei. Das Zentrum hat seinem alten Namen den Untertitel „Christliche deutsche Volkspartei“ zugefügt, das Gros der Nationalliberalen Partei hat mit Einschluß von Führern der Fortschrittlichen Volkspartei die Deutsche Volkspartei gegründet, deren Aufruf in der heutigen Nummer der „Deutschen Stimmen“ abgedruckt ist, und andererseits haben bekannte Mitglieder der Nationalliberalen Partei sich mit dem Gros der Fortschritts-Partei unter der Sinzufügung demokratischer Elemente, die sich bisher um das „Berliner Tageblatt“ und „Die Welt am Montag“ scharten, eine Deutsche Demokratische Partei gegründet. Die alten Parteiformen lösen sich auf. Jeder nimmt neu Stellung zu den Ereignissen und noch läßt sich keineswegs übersehen, ob das, was sich gegenwärtig als Parteikonstellation darstellt, endgültig sein wird, ob eine weitere Zersplitterung oder eine weitere Konsolidierung der Grundlage eines Zusammengehens aller bürgerlichen Parteien erfolgen wird. Nur das eine steht fest, daß in dem Wirrwarr der heutigen Situation der Geschlossen-

heit der sozialdemokratischen Macht keine ähnliche Geschlossenheit des Bürgertums im weiteren Sinne zu erreichen war. Das ist das bedauerlichste Fazit, was zunächst als Ergebnis der ersten Wochen der Umwälzung für unser innerpolitisches Leben zu buchen ist.

*
*
*

Über die Vorgänge, die zur Gründung der Deutschen Volkspartei geführt haben, soll an dieser Stelle nicht eingehend gesprochen werden. Das Rundschreiben, das wir den „Deutschen Stimmen“ beilegen, gibt Aufschluß über die gehaltenen Verhandlungen. Man versucht mit großer Beflissenheit die Meinung zu verbreiten, als wenn letzten Endes Personenfragen der Einigung im Wege gestanden hätten. Das ist eine völlig unrichtige Darstellung. Wenn nach einer Umwälzung ohnegleichen der Ruf nach neuen Männern erschallt, so wird es keine Partei geben, die sich diesem Rufe entgegenstellt. Aber soweit demokratisches Empfinden in Frage kommt, wird es sich darum handeln, daß ein auf demokratischer Grundlage gebildeter Parteitag die endgültige Organisation einer Partei bestimmt und die Männer kürt, die des Vertrauens der Mehrheit sicher sind. Das sollte unter demokratisch gerichteten Elementen als der einzige Weg erscheinen, der gegeben ist. Wird dazu gefordert, daß bis zu dieser Entscheidung die bisher Führenden im Hintergrund bleiben, so wüßten wir nicht, welcher politisch denkende Kopf sich dieser Aufforderung entziehen sollte. Von nationalliberaler Seite ist deshalb auch dieser von einigen Stellen erhobenen Forderung niemals widersprochen, sondern nur gefordert worden, daß dieselbe Enthaltensamkeit auf der anderen Seite auch von solchen Männern geübt würde, die genau so von dem Widerstreit der Meinungen umbrandet sind wie die Parlamentarier, die man jetzt als Stützen des alten Systems hinstellt und die man beiseitigen will, weil das alte System zusammengebrochen sei.

*
*
*

Im übrigen aber wird es wohl so sein, daß man im Lande die neuen Parteigebilde nach den Persönlichkeiten betrachtet, die Träger dieser Programme sind. Denn wenn nicht alles irrt, werden sich die Programme aller bürgerlichen Parteien grundlegend kaum viel unterscheiden. Selbst die Deutschnationale Volkspartei, welche das Erbe des konservativen Gedankens angetreten hat, bewegt sich schließlich in

den Hauptfragen in ähnlichen Bahnen, wie manche Grundgedanken der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei. Wollte man daher nach Programmpunkten gehen, so würde man zur Sammlung des gesamten Bürgertums als Forderung kommen müssen. Viele schelten diejenigen, die einer solchen Sammlung skeptisch gegenüberstehen. Aber vergessen kann man zwei Gesichtspunkte nicht. Noch stehen Hunderttausende unschlüssig, ob sie den Weg zum Sozialismus mitgehen, oder ob sie bei den bürgerlichen Parteien bleiben sollen. Erschallt der Kampfruf; hie Sozialdemokratie, hie Bourgeoisie — und so würde der Kampfruf vom „Vorwärts“ sicher ausgegeben werden — dann würden viele der falschen Auffassung sein, der Zusammenschluß des Bürgertums sei lediglich unter dem Gesichtspunkt des Schutzes der Kapitalisten erfolgt und er würde durch demagogische Kampfweise in das Lager der Gegner hinübergetrieben werden. Andererseits täusche man sich auch darüber nicht, daß der Deutsche immer Individualist war und bleiben wird. Wenn der Rausch der Zugkraft großer Ideen verflogen ist, besinnt er sich auf die ihm eigenen persönlichen Gedankengänge und ist eher zur Mitarbeit zu bewegen, wenn er im kleineren Kreise Gleichgesinnte findet, als daß er in weitgezogenen großen Kreisen diejenigen ertragen soll, die abseits dieser Gedankenwelt stehen. Dazu kommt, daß das Verhältniswahlsystem, unter dem wir in die nächsten Wahlen eingehen werden, bei weitem nicht die Gefahr der Zersplitterung in dem Maße in sich birgt, wie dies bisher der Fall war, wo konkurrierende bürgerliche Parteien Gefahr liefen, sich aus der Stichwahl herauszudrängen, während bei einem Verhältniswahlsystem alle Mehrheiten berücksichtigt werden. So wird man mit dem Bestehen mehrerer Parteien rechnen müssen, falls nicht Ereignisse eintreten, die alles als provisorisch erscheinen lassen, was bisher geschaffen ist, und grundstürzend Neues gebären. Denn wer will heute sagen, wie die Welt in 14 Tagen aussehen wird?

* * *

An sich können deshalb diese Neubildungen vor sich gehen, ohne daß Haß und persönliche Erbitterung diejenigen zu trennen braucht, die voneinander scheiden. Herr Dr. Jund, der aus der National-liberalen Partei ausgeschieden ist, hat das im Leipziger Tageblatt in beherzigenswerten Worten zum Ausdruck gebracht, als er von denen

sprach, die bisher in einer Gemeinschaft miteinander gearbeitet haben, sich gegenseitig getragen und ertragen haben und die aus sachlichen Beweggründen nunmehr auf getrennten Wegen marschieren. Schon in der bisherigen Nationalliberalen Partei war eine einheitliche Auffassung nicht gegeben. Herr von Richthofen vertrat stets eine andere Auffassung als die Parteileitung, und was zu allen Zeiten in der Partei des nationalliberalen Bürgertums vorhanden war, durchzog sie auch während der Kriegstürme: ein linker Flügel, der etwa im wesentlichen dem Gedankengange der früheren Freisinnigen Vereinigung nahestand und auch starke Berührungspunkte mit gewissen Ideen des Sozialismus hatte, jedenfalls eine enge Fühlung mit ihm anstrebte, der Kern durch die Mitte gebildet, in dem die Wählermassen evangelisch so zusammengesetzt, wie das Zentrum auf katholischer Seite, und ein rechter Flügel, der die Brücke zum Konservatismus schlagen wollte. Das alles strebt jetzt auseinander. Die einen gehen mit den Gruppen, die weiter links stehen als selbst die Fortschrittliche Volkspartei, in ihrer Mehrheit auch in dem Zusammenarbeiten mit dem Leiter des Berliner Tageblattes und der Welt am Montag keine Bedenken sehen, und andere, die der Meinung sind, daß ein großer Gegensatz der Staatsanschauung und kulturellen Anschauung sie von dieser Gruppe trennen. Möge man diese Dinge doch leidenschaftslos betrachten! Wer recht hat oder recht gehabt hat — wo ist der unparteiische Gerichtshof, der das entscheiden will? Aber an dem Gegensatz der Auffassungen selbst ist doch kein Zweifel. Ob er für die Wahlen zur Nationalversammlung zu überbrücken sein wird, ist mehr eine taktische Frage von provisorischer Bedeutung. Denn daß die Geister sich später wieder scheiden werden, unterliegt keinem Zweifel. Deshalb soll auch in dieser Zeitschrift, die bisher Sammelpunkt für das weite Gros des Nationalliberalismus gewesen ist, nicht gescholten und nicht angeklagt werden. Die Not des Vaterlandes ist viel zu groß, als daß Klopffechtereien uns irgend weiterbrächten. Wirken wir jeder in der Stelle und der Partei, zu der uns unser Empfinden zieht, für die Wiederaufrichtung unseres Vaterlandes, das schlimmere Zeiten als jetzt kaum erlebt hat.

*
*
*

Denn dieses Deutsche Reich ist heute ohne den festen Untergrund, auf dem wir sicher stehen und in die Zukunft sehen können. Die

neue Freiheit, von vielen bejubelt, hat sich als eine Diktatur herausgestellt, in der die Minderheit der Mehrheit die Gesetze vorschreibt. Die alte Ordnung ist aufgelöst, aber eine neue ist nicht an ihre Stelle getreten. In einer nationalliberalen Versammlung in Berlin sprach ein Führer der neuen Demokratischen Partei davon, daß man doch mit einem Ruf der Befreiung den Zusammenbruch des alten morschen Systems begrüßen muß. Gewiß war manches — nicht alles — morsch. Aber das, was uns jetzt entgegentritt, das darf wahrlich nach den bisherigen Taten den Anspruch nicht erheben, uns Besseres geboten zu haben. Ein Mitglied der russischen Sowjet-Regierung, das nicht zum Bolschewismus gehörte, sagte mir einst in einem Gespräch: Man wird die alten Kräfte wieder brauchen, denn Niederreißen ist leicht, aber Aufbauen ist schwer. Wir sehen vorläufig nur das Niederreißen. Die Befehlsgewalt im Heere ist aufgelöst, und schon sehen wir unsere Flanken im Osten schutzlos polnischem Begehren freigegeben. Schutzlos sind unsere Truppen, zusammengehalten einst durch die alte Ordnung, aus Warschau und Brüssel zurückgezogen. Unsere wirtschaftliche Kraft, schon genügend geschwächt durch die Besetzung wichtiger Industriebezirke im Osten und Westen, treibt weitestgehender Schwächung durch ungerechtfertigte Forderungen zu, welche die produktive Tätigkeit lähmen. Unsicherheit über die wirtschaftliche Zukunft lähmt jede Energie für die Übergangszeit. Im Innern Kompetenzstreitigkeiten zwischen den verschiedenen Gewalten dazu unerhörte Rechtsbrüche einer zu allem entschlossenen revolutionären Gruppe: wahrlich wir gehen in eine dunkle Nacht, und kein Stern zeigt uns vorläufig eine freundlichere Zukunft.

* * *

In einer Veröffentlichung, die Prinz Max von Baden erlassen hat und auf die im Zusammenhang mit den Vorgängen der letzten Woche noch zurückzukommen sein wird, hat er mit einer Mahnung geschlossen, daß das deutsche Volk im Unglück nicht charakterlos werden möge. Das ist wohl das, was uns allen die Seele am tiefsten bedrückt, daß wir all das Unglück, das auf uns eingestürzt ist, wenigstens mit Würde ertragen möchten. Ist es würdig, wenn die Kreuzzeitung 48 Stunden nach der Revolution die Umschrift um das Kreuz, dem sie den Namen verdankt, „Mit Gott für König und Vaterland“ nicht mehr aufrecht erhält? Ist es nicht

kläglich, wenn von den Hotels der Reichshauptstadt die roten Fahnen wehen! Sehen wir nicht Leute, die während des Kriegs, auch wenn er sie nicht auf das Schlachtfeld geführt, als Delegierte charitativer Organisationen Kriegsorden sammelten, sich jetzt als wilde überzeugte Republikaner gebärden? Fast alle brechen den Stab über Ludendorff. Sollte man sich nicht dessen erinnern, was er uns gewesen ist und das in Ruhe abwägen gegenüber dem, was er gefehlt haben mag? Wenn Männer verschiedener politischer Anschauung sich trennen, so ist das zu ertragen und braucht persönliche Gefühle nicht zu verletzen. Aber bitter schwer wird es, darüber hinwegzukommen, daß diejenigen, die 4 Jahre hindurch eine Politik mitgemacht haben, die sich auf unsere Siegeshoffnung stützte, die für den unbeschränkten U-Bootkrieg eintraten, die im Alldeutschen Verband lange während der Kriegszeit verblieben, jetzt den Dolch gegen diejenigen zücken, die dieselbe Auffassung vertreten haben, und sich hinstellen, als hätten sie nie andere Gedanken vertreten, als die jetzt kursmäßigen. Noch harret Clio mit dem Griffel, um die Geschichte des deutschen Volkes während des Weltkrieges zu schreiben. Es scheint mir, als wenn die Frage der Haltung der Heimatfront während des Krieges eines der wichtigsten Kapitel in dieser Geschichtsschreibung sein wird und als wenn diejenigen, die der Meinung gewesen sind, daß ein Volk, welches den Kampf gegen eine gewaltige Übermacht führt, den Glauben an den Sieg und die sittliche Idee des Krieges bis zum Letzten aufrecht erhalten müsse, gerechtfertigt vor dieser Geschichtsschreibung stehen werden.

Berlin, 26. November 1918.

10. Dez. 1918

Liberalismus oder Demokratie.

Letzte Sitzung des Zentralvorstandes der Nationalliberalen Partei. — Zwischen dem ersten und zweiten Aufruf der Demokratischen Partei. — Demokratische Taktik. — Irrungen und Wirrungen der Einigungsbestrebungen. — Notwendigkeit der Deutschen Volkspartei. — Wesensunterschiede von Liberalismus und Demokratie. — Neue Probleme. — Belastete Persönlichkeiten.

An dem Tage, an dem diese Zeitschrift in die Hände unserer Leser gelangt, tritt in Berlin die voraussichtlich letzte Zentralvorstandstagung der nationalliberalen Partei Deutschlands zusammen. Ein Gebilde, an dem während des Zeitraums eines halben Jahrhunderts führende Geister des deutschen politischen Lebens gebaut haben, geht in den Stürmen des Weltkrieges unter. Es vollzieht sich in diesem Untergang gewissermaßen eine zwangsläufige Erscheinung der deutschen Geschichte: dem Untergang des Deutschen Reiches in der Form, in der Bismarck es erstehen ließ, folgt der Untergang der Partei der Reichsgründung. Die Traditionen der Nationalliberalen Partei haben wenig mit der Gegenwart gemein. Kaiser und Reich waren von nationalliberaler Auffassung untrennbare Begriffe. In den nationalen Forderungen nach einem starken Heere und einer starken Flotte, nach kolonialer Betätigung, nach einer machgebietenden Stellung unter den Weltvölkern lag der Kernpunkt der nationalliberalen Anschauung, lagen diejenigen Gesichtspunkte, die immer wieder die Partei zusammenhielten, so oft auch wirtschaftliche und soziale Fragen sie zu sprengen drohten. In diesen nationalen Forderungen lag das Gemeinsame zwischen den sonst sich bekämpfenden rechten und linken Gruppen, und der Gedanke des Imperialismus, von Bassermann führend vertreten, war auch der Gedanke des Jungliberalismus, der einstmals den Führer oft anklagte, die Zeichen der Volksseele in anderer Hinsicht nicht richtig zu deuten. Jetzt, wo nach Ansicht vieler die nationalen Fragen nicht mehr geistig die Partei zusammenfassen

können, wo ihr Programm in dieser Beziehung zerfezt am Boden liegt, treiben die Gegensätze auseinander und die verschiedenen Gruppen suchen eine neue politische Heimat. Die einen glauben sie im Anschluß an die neue Deutsche Demokratische Partei zu finden, die anderen haben die Deutsche Volkspartei errichtet, die im Anschluß an die Zentralvorstandssitzung in ihrer Zielsetzung und in ihrer Führung für ganz Deutschland aufgerichtet werden wird.

* * *

Die Begründung der Deutschen Demokratischen Partei ist in der Öffentlichkeit zunächst mit großer Zustimmung begrüßt worden. Man sah darin die erste Regung des deutschen Bürgertums gegen den unerträglichen Terror einer sozialdemokratischen Herrschaft und begrüßte eine Vereinigung, die anscheinend erstrebte, die bürgerlichen Kräfte im Kampf gegen die sozialistische Unterdrückung auf demokratischer Grundlage zusammenzufassen. Nachdem alles zusammengestürzt war, wollte man neues errichten. Viele waren mit den alten Parteien — nicht nur mit der nationalliberalen, sondern mit allen — unzufrieden, sie wünschten neue Persönlichkeiten, neue Kräfte sich regen zu sehen. Der Aufruf der Partei gab nur in einzelnen Punkten zu Beanstandungen Anlaß. Nur wenige allerdings wußten, daß schon bei diesem Aufruf große Mühe notwendig war, um das zu ändern, was zunächst dem Geiste derer entfloßen war, die zu neuer Sammlung aufrufen wollten. In dem ersten Entwurf dieses Aufrufes stand an der Spitze der Satz von dem entsetzensreichen Kriege, „in den politische Spieler und ruchlose Brandstifter das deutsche Volk gestürzt haben.“ Man erkennt in diesem Satze deutlich den Geist der Selbstanlage gegen Deutschland, der unser Volk vergiftet und nervenlos gemacht hat. Auch das Bekenntnis zum Republikanismus hatte ursprünglich eine andere Form als diejenige, die dann gewählt wurde. Die einseitige Zusammensetzung der ersten Unterzeichner des Aufrufes wurde durch Hinzufügungen und Streichungen gemildert. So entstand ein Aufruf, der von guten Namen getragen war, Einseitigkeiten milderte und abstreifte und Tausende draußen im Lande hinter sich vereinigte. Denn wenn der Gedanke des Aufrufes gewesen wäre, das Bürgertum auf demokratischer Basis zu einigen, dann verdiente dieser Grundgedanke mindestens bis zur Nationalversammlung die Förderung

eines jeden. Aber schon die ersten Verhandlungen erwiesen, daß den geistigen Vätern dieses Aufrufes dieser Gedanke ganz fern lag. Es ist nicht richtig, daß die Nationalliberale Partei geschlafen und das Gebot der Stunde nicht erkannt hätte. Schon am Revolutionstag, dem 9. November, habe ich mit Fischbeck über ein Zusammengehen des Liberalismus bei den Wahlen zur Nationalversammlung, über eine etwaige Verschmelzung der beiden liberalen Parteien gesprochen und auf deren baldige Vornahme immer wieder gedrängt. Die beiden liberalen Parteien sind dann auch über das Programm, das sie gemeinschaftlich aufstellen wollten, ebenso wie über die provisorische Leitung einer vereinigten Partei bald einig gewesen. Diese Einigkeit zerbrach erst, als die Verhandlungen mit der neugegründeten demokratischen Gruppe begannen. Die Brutalität, mit der diese Verhandlungen von Herrn Professor Weber geführt wurden, ist nicht gut zu übertreffen. Man wollte politisch und moralisch nicht dadurch belastet sein, daß die neue Partei etwa als vereinigte liberale Partei angesehen würde, da die alten Parteien völlig bankrott gemacht hätten. Man rühmte sich, eine neue Ethik zu besitzen, und man wollte festlegen, wer berechtigt sei, in der neuen Partei mitzuwirken. Ganze Gruppen nicht nur von führenden Persönlichkeiten, sondern von Wählermassen sollten außerhalb dieser Partei bleiben. Zweimal hat die Frankfurter Zeitung in unmißverständlicher Weise zum Ausdruck gebracht, daß lediglich der linke Flügel der Nationalliberalen Partei für die Verschmelzung reif sei. Wörtlich sagt sie noch nach den letzten von Friedberg geführten Verhandlungen:

Wir haben von vornherein den Standpunkt vertreten, daß für jeden, der sich zu den Grundsätzen der neuen Demokratie bekennt, die Tore weit aufgemacht werden müssen, daß aber unter keinen Umständen die Partei zum politischen Unterschlupf für Parteikörper gemacht werden darf, die ihrer ganzen inneren Verfassung und ihrer bisherigen Haltung nach den notwendigen Reinigungsprozeß an sich selber noch nicht vorgenommen haben. Daß dies geschehe, ist die sittliche und unerbittliche Voraussetzung jeder fruchtbringenden Zusammenarbeit in der neuen Partei. Was innerlich uns nach bisheriger Leistung wesenfremd ist, muß ausgeschieden werden; aufnahmefähig und aufnahmefähig ist wirklich nur der linke Flügel der alten nationalliberalen Partei. Was von ihr übrig bleibt, muß sich nach anderer Richtung orientieren. In der demokratischen Partei ist kein Platz dafür.

Man könnte einwenden, daß diese Auffassung der Frankfurter Zeitung die demokratische Partei nicht bindet. Aber inzwischen er-

fahren wir von den in Baden geführten Verhandlungen, daß dort eine Einigung ebenfalls nicht zustande gekommen ist und zwar angesichts der von fortschrittlicher Seite erhobenen Forderungen. Dabei haben die badischen Nationalliberalen, soweit die Erinnerung der letzten Jahre reicht, immer auf linksnationalliberalem Standpunkt gestanden. In Hamburg haben die Führer der Fortschrittlichen Volkspartei nach der Revolution sich geweigert, mit den Nationalliberalen auch nur in der Frage der Sicherung des Eigentums zusammenzugehen; in Hannover verweigerte die Fortschrittspartei die Bildung eines Bürgerausschusses als bürgerliche Partei und betonte ostentativ, sie betrachte sich nicht als linken Flügel des Bürgertums, sondern als rechten Flügel des Sozialismus. Unter der Maske der Vereinigung des gesamten Liberalismus betrieb man das Werk der Zerstörung der Nationalliberalen Partei. Der rechte Flügel sollte zu den Konservativen hinübergetrieben werden, die Mitte politisch heimatlos bleiben, die Linke unter starker Kontrolle demokratischer Elemente in der demokratischen Partei Unterschlupf finden. Zu dieser Selbstzerstückelung konnte sich die Partei nicht hergeben; auch nicht, nachdem Friedberg in den lange geführten Einigungsverhandlungen zwar eine gewisse Verstärkung in den Ausschüssen der Demokratischen Partei erreichte, im übrigen aber die „Verschmelzung“ auf einer Grundlage schloß, die als volle Unterwerfung der Nationalliberalen Partei unter die demokratische Partei angesehen werden muß.

Irrungen und Wirrungen kennzeichnen die Einigungsbestrebungen. Die Außenwelt verstand nicht, daß die Organisationen im Lande sich gegen eine Einigung aufbäumten, die doch eben erst durch Wolffs Telegraphenbüro ganz Deutschland mitgeteilt war. Sie konnte schließlich weder ahnen, noch wissen, daß die Landesorganisationen von diesen Einigungsverhandlungen gar keine Kenntnis hatten, ja daß man selbst den in Berlin erreichbaren führenden Persönlichkeiten erst dann Gelegenheit zur Äußerung über diese Einigung gegeben hatte, als die Wolff-Notiz bereits an die Blätter gegeben und eine Stellungnahme dazu nicht mehr möglich war. Auch der offizielle Einspruch des stellvertretenden Vorsitzenden der Nationalliberalen Partei gegen die Unterwerfungsbedingungen wurde von Friedberg nicht mehr berücksichtigt. Unter diesen Umständen blieb es Aufgabe der nationalliberalen Parteioorganisationen, für die Fortführung der Gedankenarbeit der Partei sich zur Wehr zu setzen und den Neuauf-

bau der Partei auf dem Boden der Landesorganisationen selbst aufzunehmen.

Gegen diese Wiederaufnahme der eigenen Parteibegründung erhoben sich in der Öffentlichkeit und bei vielen Gutgesinnten schwere Bedenken. Ganz allgemein begegnete man dem Gedankengange, daß die Sorgen der Gegenwart so groß wären, daß demgegenüber alle Parteizersplitterung zurückzutreten habe. Sehr gut! Wenn dies richtig wäre, verehrte Freunde, dann müßte man aber zu einer ganz anderen Schlussfolgerung kommen, als zur Gründung einer demokratischen Partei. Dann müßte der Zusammenschluß des ganzen Bürgertums das Ziel der Anstrengungen sein. Wäre das richtig? Ich glaube kaum. Ein Aufmarsch des gesamten Bürgertums auf der einen Seite gegen die Sozialdemokratie auf der anderen Seite würde sicherlich viele, die auf der Grenzlinie zwischen beiden stehen, in das Lager des Sozialismus treiben, und die Sozialdemokratie hätte im Kampf gegen die „kapitalistische Bourgeoisie“ die zugkräftigste Wahlsparole, die sie sich nur zu wünschen vermöchte. Das wird von vielen gegeben, aber sie fordern, daß mindestens der Liberalismus als solcher jede Zersplitterung vermeide. Es dürfte neben dem Zentrum nur noch zwei Parteien im republikanischen Deutschland geben: eine rechte und eine linke. Jede Zersplitterung nütze nur dem gemeinsamen Feind, der Sozialdemokratie. Auch diese Deduktion ist wahltechnisch nicht mehr zutreffend. Sie wäre vielleicht zutreffend, wenn es sich noch um das alte Wahlssystem handelte, bei dem eine Zersplitterung von Parteien den Verlust von Wahlkreisen mit sich zöge, weil die eine Partei die andere aus der Stichwahl herausdrängte. Bei dem Verhältniswahlrecht, bei dem fast jede Minderheit zu ihrem Rechte kommt und durch verbundene Listen der Ausschaltung eines berechtigten Einflusses entgegengewirkt werden kann, fällt dieses Bedenken zunächst einmal fort. Man kann im Gegenteil sagen, daß das Bestehen mehrerer Parteien eine sozialistische Mehrheit nicht fördert, sondern hemmt; denn bestände bei der Wahl nur eine demokratische und eine konservative Liste, und enthielten beide die Namen prononzierter Persönlichkeiten, so würde es Hunderttausende geben, die bei der Wahl zu Hause blieben, weil sie sich weder für die eine, noch für die andere Liste entscheiden könnten. Der Deutsche ist

im Grunde seines Herzens auch politisch Individualist. So sehr augenblicklich die Wogen der Demokratie hochgehen, so wird doch niemand darüber im Zweifel zu sein brauchen, daß es im Laufe der politischen Entwicklung im evangelischen Deutschland stets drei Parteien geben wird: eine Partei der Rechten, mit christlich-sozialem Einschlag, eine Partei der Linken bis zum weitestgehenden Radikalismus, und dazwischen eine Mittelpartei, welche weder radikal nach rechts, noch radikal nach links sein will, sondern bewußt dem Ausgleich der Interessen zustrebt. Wann immer auch die Differenzen in der alten Nationalliberalen Partei gegeneinander aufbäumten, so entsann man sich des oft gesprochenen Wortes: wenn die Nationalliberale Partei nicht bestände, dann müßte sie geschaffen werden. Das galt für die Vergangenheit, das gilt auch für die Gegenwart. Zweimal hat man versucht, die Nationalliberale Partei mit der Demokratie zu verschmelzen: beide Male haben sich die weitesten Kreise der Nationalliberalen Partei aufgebäumt und niemand würde vermögen, auf längere Dauer das Bestehen einer selbständigen deutschen Mittelpartei auch im Zeitalter der Republik und der Demokratisierung unseres öffentlichen Lebens zu verhindern.

Denn zwischen Demokratie und Liberalismus bestehen weitgehende Wesensunterschiede, die auch durch eine Revolution dem Auge des Beschauers zwar zeitweilig verhüllt werden können, die deshalb aber doch vorhanden bleiben. Der Vorsitzende des Würzburger Nationalliberalen Vereins, Universitätsprofessor Dr. Binder, schreibt darüber in der „Rölnischen Zeitung“ mit Recht:

Die Kluft, die die beiden Richtungen des sogenannten Liberalismus trennt, ist ungemein breit und tief. Es handelt sich ja nicht um mehr oder weniger geringfügige Schattierungen einer und derselben Weltanschauung, sondern im Grunde um zwei voneinander gänzlich verschiedene Freiheitsbegriffe, für die ein gemeinsamer Sammelname wie das Wort Liberalismus besser gar nicht existieren würde. Gemeinsam ist ihnen nur das Negative und der geschichtliche Ursprung; der Kampf gegen die politische Rechtlosigkeit und die Opposition gegen eine längst überwundene Staatsform. Die politischen Ziele aber gehen auseinander; denn die Demokratie denkt sich als Träger des Staatswesens die einheitliche, ungegliederte Masse des Volkes, der sie die Herrschaft im Staate, die sämtlichen Gewalten, zuzuwenden sucht, während die Staatsauffassung des Liberalismus durchaus entgegengesetzt ist und vielleicht mit dem alten Schlagwort der „Teilung der Gewalten“ charakterisiert werden kann. Hierin liegt das eigentliche Trennende der beiden „Richtungen“ und

nicht in dem Maße der dem einzelnen zu gewährenden politischen Rechte, noch auch in dem größeren oder geringeren Umfange der zu erstrebenden sozialpolitischen Reformen. Das Liebäugeln der bürgerlichen Demokratie mit der Sozialdemokratie, wenigstens der gemäßigten Richtung, die gegenwärtig noch im Besiz der Macht ist und die Regierung in der Hand hat, begreift sich so nicht als eine augenblickliche Zufälligkeit, bedingt durch die politische Situation, sondern als eine in der inneren Verwandtschaft der beiden Parteien begründete wesentliche Notwendigkeit. Es ist kein Zweifel: die Kluft, die die Demokraten und Nationalliberalen trennt, ist tiefer und grundsätzlicher als die zwischen Demokratie und Sozialdemokratie. Dies wird vor allem durch das schließliche Ergebnis der Einigungsverhandlungen zwischen Demokraten und Nationalliberalen in Berlin bewiesen. Die Demokraten haben keine Bedenken getragen, die überwiegende Mehrzahl der Nationalliberalen von sich abzustoßen, um eine radikal demokratische Partei gründen zu können, die es ermöglichen wird, die Fühlung zwischen der bürgerlichen und der sozialistischen Demokratie aufrechtzuerhalten.

Freilich ist zu behaupten, daß damit ein großer und wichtiger Teil unseres Bürgertums seine gegenwärtige Aufgabe verkennt. Es ist zu besorgen, daß der Weg nach links, den die bürgerliche Demokratie unter Führung der Berliner und des Herrn Dr. Quidde zu betreten gedenkt, sie rettungslos in die Arme der Sozialdemokratie führen wird, die, mag sie sich nun evoluttonistisch oder revolutionistisch gebärden, doch jedenfalls niemals darauf wird verzichten können, an der Verwirklichung der sozialistischen Idee zu arbeiten, zumal ihr diese jetzt in greifbare Nähe gerückt erscheinen muß, nämlich unter Umsturz der gegebenen Gesellschaftsordnung den Staat der Proletarier zu errichten. Es macht wenig aus, ob es der radikalen Gruppe der Unabhängigen Sozialisten gelingen wird, die jetzigen Regierungssozialisten in Bälde zu verdrängen und den Umsturz gewaltsam durchzuführen; früher oder später wird sich auch die gemäßigte Partei wieder auf ihr Programm besinnen müssen; sie wird schon durch die Masse ihrer Anhänger gern oder ungern bald genug und sehr energisch daran erinnert werden. Unsere Demokraten bürgerlicher Richtung aber gehören den erwerbenden und besitzenden Ständen an; für sie ist Eigentum nicht Diebstahl, sondern Ziel und Frucht ihrer Lebensarbeit, und das Erbrecht das Mittel, diese Frucht ihren Kindern zu hinterlassen und diese dadurch vorwärtszubringen. So wird sie sich besinnen müssen, ob sie „den Zug nach links“ wirklich mitmachen kann und will, und freilich sich auch fragen müssen, ob, wenn dieser Zug wirklich im Wesen der Demokratie begründet sein sollte, eine bürgerliche Demokratie noch einen Sinn hat; ob man, um es deutlich zu sagen, überhaupt noch Demokrat sein kann, ohne Sozialdemokrat zu werden. Mit anderen Worten: Der Weg, den die Logik der Ereignisse dem Bürgertum zeigt, führt nicht nach links, sondern nach rechts, von der Demokratie zum Liberalismus, als zu der Weltanschauung, die bei aller Anerkennung der politischen Freiheit des Einzelnen und der sozialen Aufgaben des Staates gewillt und geeignet ist, die bestehende Gesellschaftsordnung zu verteidigen.“

Wir haben dem, was hier von hoher Warte über diese Wesensunterschiede gesagt wird, nichts hinzuzufügen. Viele aber werden meinen, das sei nur Theorie, und gerade die Praxis der Gegenwart verlange ein Hintanstellen dieser Theorie gegenüber den praktischen Fragen der Gegenwart. Aber auch, wenn wir uns auf den Boden der Gegenwartsprobleme stellen, dann finden wir in vielen nicht die gemeinsamen Grundlinien mit der demokratischen Partei. Am ehesten vielleicht noch mit ihrem Programm oder mit den Richtlinien, die sie in den nächsten Tagen herausgeben wollen, obwohl auch hier schon der Widerspruch klar wird. Nachdem Dr. Friedberg zum großen Erstaunen vieler seiner Freunde sich mit dem ersten Aufruf der Demokratischen Partei einverstanden erklärt hat, stellt das „Berliner Tageblatt“ mit Genugtuung fest, daß die Befenner zu diesem Aufruf damit die Republik im Wahlkampf anerkannten und sich gegen jede Reaktion zu verteidigen hätten. Im Lager der Deutschen Volkspartei war man sich darüber klar, daß man sich auf den Boden der gegebenen Tatsache stelle, daß im übrigen aber die grundsätzliche Auffassung, ob jemand nach seiner Überzeugung Monarchist oder Republikaner sei, keine Scheidung innerhalb der Partei hervorzubringen habe. Es gibt plötzlich im deutschen Reiche unendlich viele Republikaner, die mit Inbrunst anbeten, was sie vordem verdammten, und verdammen, was sie vordem, ach wie so inbrünstig anbeteten! Aber es gibt auch Hunderttausende und Millionen, die ihre im Laufe eines Lebens erworbene Überzeugung nicht wie ein Taschentuch zu wechseln vermögen. Wir hatten im Frieden wie im Kriege in Deutschland Republikaner, die dem Kaisertum Deutschland ihre Dienste weihten, wir werden in der Republik Deutschland Monarchisten haben, die sich der Republik zur Verfügung stellen. Aber zu denen, die wie einer der Mitbegründer der Demokratischen Partei darüber jubeln, daß das alte, morsche System zusammengebrochen sei, zu denen gehören wir nicht, und die ersten Ergebnisse der Revolution sind auch wirklich nicht so überwältigend, daß sie uns veranlassen müßten die Zeiten zu verfluchen, die trotz allem und allem die Zeiten der Größe und Macht, des Ansehens unseres deutschen Volkes und Reiches gewesen sind. Hätten wir im letzten Kampf an der Marne im Juli gesiegt, dann würde auch vielleicht das alte System manchem gar nicht so morsch vorgekommen sein. Es hatte seine vielen Fehler und brach an den Übertreibungen seiner Fehler zusammen; aber sich

mit drei Kreuzen von dem alten Deutschland abzuwenden, alles zu zerstören und niederzureißen und nicht anzuerkennen, wieviel Bewährtes in den Revolutionstagen mit zugrunde gegangen ist, dazu liegt für einen großen Teil des deutschen Volkes keinerlei Veranlassung vor. Und das scheidet uns zunächst einmal grundsätzlich von denen, die da glauben, daß wir einer neuen, großen Zeit entgegengehen, weil wir die republikanische Staatsform besitzen.

Gerade die republikanische Staatsform bedarf starker Kautelen, wenn sie uns nicht statt eines Volksstaates einen mammonistisch-kapitalistischen Staat bescheren soll. An sozialem Empfinden hat es die alte Nationalliberale Partei gegenüber anderen Gruppen des Liberalismus niemals fehlen lassen. Dem Kampf für eine vernünftige Sozialpolitik war Bassermanns Leben geweiht. Gern hat er erzählt, daß er keine erhebendere Stunde erlebt hätte als die, in der hintereinander die verschiedensten Arbeiterorganisationen ihm im Reichstagswahlkampf in Saarbrücken ihr Vertrauen zum Ausdruck gebracht hätten. Wenn man gegen mich oft eingewendet hat, daß ich als früherer Syndikus eines Industriellenverbandes unfrei in meiner sozialpolitischen Betätigung wäre, so darf ich demgegenüber darauf hinweisen, daß unfrei nur ist, wer sich unfrei machen läßt. Ich habe in industriellen Kreisen als erster für die Pensionsversicherung der Privatbeamten geworben, bin in meiner ersten Reichstagsrede für die Tarifverträge eingetreten, habe mich im Kampf zwischen den verschiedenen Arbeitgeberorganisationen 15 Jahre vor der Revolution für gemeinsame Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften eingesetzt und bin dafür von manchen Teilen der Großindustrie heftig befehdet worden. Aber ich habe in dem alten Deutschland, mochte es auch zu seinem Unheil an dem Dreiklassenwahlrecht und Bevormundungssystem zulange festhalten, doch immer den Hört gegen die Überspannung der Herrschaft des mobilen Kapitals gesehen und erachtete es nicht als einen Zufall, daß just dieses Deutschland in Sozialpolitik und sozialer Finanzpolitik führend voranging. Eine Zusammenfassung der produktiven Stände und ihre Verständigung mit Angestellten und Arbeitern auf der Grundlage neuer moderner Rechtsformen erscheint notwendig gegenüber dem Experiment der Sozialisierung unserer Wirtschaft auf der einen Seite und gegenüber der gerade in der Republik viel eher möglichen Herrschaft des mobilen Kapitals auf der anderen Seite. Das Bestehen einer Mittel-

partei scheint mir eine gute Möglichkeit, gegenüber Einseitigkeiten, die hier leicht auftreten können, einen Ausgleich herbeizuführen.

Ist es ferner wichtig, daß alles das, was einst in der National-liberalen Partei unter dem Gesichtspunkte der nationalen Fragen zusammengefaßt war, für die Gegenwart und die Zukunft seine Berechtigung verloren hätte? Gerade in einem unterdrückten, wehrlosen, dem Haß und der Rachsucht seiner Feinde hilflos ausgesetzten Deutschland ist die Bewahrung des nationalen Gedankens noch in höherem Maße Lebensaufgabe der Politik als im alten Deutschland. Freilich, Heer und Flotte wird unter ganz anderen Gesichtspunkten gewertet werden als früher, obwohl an die Weltabrüstung kaum zu glauben ist. Notwendig aber ist das Bewahren des nationalen Empfindens gegenüber den internationalen Strömungen, die stärker als je ihr Haupt erheben. Sie würden eine Berechtigung in sich tragen, wenn der Gedanke eines Völkerbundes gleichberechtigter Nationen Wirklichkeit würde. Die Menschen, die an den deutschen Sieg glaubten, werden heute im besten Falle Illusionisten genannt. Aber sind diejenigen, die an den Völkerbund gleichberechtigter Nationen dachten, durch die Ereignisse der letzten Monate nicht viel mehr als Illusionisten gekennzeichnet? Schon ist man soweit, daß englische Staatsmänner davon sprechen, der Deutsche dürfe den englischen Boden nicht mehr betreten. Wenn die Friedensbedingungen den Waffenstillstandsbedingungen entsprechen, dann wird Deutschland wirtschaftlich und politisch ein Skavenland sein. Möge es dann wenigstens nicht geistig der Sklave anderer Nationen werden, möge es sich sein deutsches Bewußtsein erhalten, möge es, sobald sich ihm die Möglichkeit dazu bietet, seinen Anspruch erheben auf eine kolonialistische Betätigung, möge es die Aufrechterhaltung kultureller Zusammengehörigkeit mit den Deutschen im Auslande erstreben, möge es an geistigen Werten seines Deutschbewußtseins sich in dem Maße stärken, wie es an politischer Bedeutung zurückgegangen ist.

Auch in dieser Frage kommt es vielleicht nicht auf programmatische Unterschiede an. Aber täusche man sich doch über das Eine nicht: die Programme aller jetzt entstandenen Parteien werden nicht viel Unterschiede aufweisen. In dem, was zunächst geschehen soll, sind ja alle einig. Programmatisch könnte man die ganze deutsche Nation mit Ausnahme der Spartakusleute jetzt in den vier Worten einen: Friede, Brot, Arbeit, Ordnung. Aber wenn es an den Aufbau des

Reiches geht und an seinen inneren Ausbau, dann werden richtunggebend für die Zukunft sein die Persönlichkeiten, welche Träger dieser Ideen sind. Mit denen, die nach Hamburger Berichten in der dortigen Demokratischen Partei erklärten, das Lied „Deutschland, Deutschland über alles“ dürfte nicht mehr gesungen werden, haben wir geistig keine Berührungspunkte. Hier scheiden sich die Geister. In einer Versammlung des Dresdner Rationalliberalen Vereins sprach ein führender sächsischer Politiker den Satz aus: „Eine Partei, die Theodor Wolff und mich umfaßt, ist innerlich eine Unwahrheit.“ Darin liegt im tiefsten Kern die Berechtigung für das Bestehen der Deutschen Volkspartei. Der Satz enthält keinen Angriff gegen die darin genannte Persönlichkeit. Welche Anschauung Deutschland zum Heile führt, darüber mag die Geschichte urteilen. Aber daß die Anschauungen des „Berliner Tageblatt“, dessen große Macht bekannt ist, grundsätzlich von denjenigen getrennt ist, welche bisher Wesensaufassung des Rationalliberalismus waren, wird niemand bestreiten. Bestreitet schließlich die andere Seite auch gar nicht. Genau wie die „Frankfurter Zeitung“ sagt, daß nur für einen linken Flügel Raum sei in der neuen Demokratischen Partei, so wünscht auch die führende Gruppe der demokratischen Partei gar nicht mit denen zusammenzugehen, von denen sie innerlich die Empfindung hat, daß sie nicht zu ihnen gehöre. Deshalb braucht man sich gegenseitig nicht zu schmähen und kann den Wahlkampf so führen, daß die Stoßkraft gegenüber dem Sozialismus — soweit man ihn in allen Teilen der Demokratie überhaupt als Gegner ansieht — nicht geschwächt wird.

*
*
*

Wer will denn heute überhaupt die Probleme alle erfassen, die im neuen Deutschland gestellt werden? Wie ist denn der wirtschaftliche Aufbau gedacht? Wie soll die Stellung der Landwirtschaft im neuen Deutschland sein? Wie denkt man sich den Ausbau des Reiches in der Frage seiner endgültigen Verfassung? Mit dem Wort Republik ist ja auch nichts gesagt. Die Republik kann einen Präsidenten haben, dem sie weitgehende Gewalt gibt; sie kann andererseits, lediglich auf das parlamentarische System gestellt, der Reichstagsmehrheit die führende Gewalt fast restlos übergeben. Sie kann zentralistisch alles umfassen oder sie kann föderalistisch nach Stammeseigenart das neue Reich aufbauen: alles fließt, und niemand weiß,

ob nicht überhaupt eine ganz neue Partei- und Fraktionsbildung einsehen wird, sobald erst die Wahlen gewesen sind. Soll man eine Organisation von Grund auf zerstören, um sie später neu aufbauen zu müssen? Ist es nicht besser, daß diejenigen, welche in den Grundfragen sich einig sind, für sich bleiben und einen Kern bilden, an den sich später vielleicht manche wieder anschließen werden, die sehen, daß ihres Bleibens bei einer alles zusammenfassenden Partei nicht sein wird? Blicke man doch nur auf die kulturellen Fragen! Die Verbindung von Kirche und Staat ist auch heute noch das Glaubensbekenntnis der überwiegenden Mehrheit des deutschen christlichen Volkes. Ist die demokratische Partei bereit, hieran festzuhalten, oder will sie sich der sozialistischen Forderung, Trennung von Kirche und Staat, fügen? Hat sie bis heute gegen diese Trennung Einspruch erhoben, wie es die hannoverschen Nationalliberalen in ihrer Rundgebung getan haben? Wollen wir zusehen, wie die deutsche Bauernschaft restlos in das Lager der rechten Parteien hinübergetrieben wird, weil keine Partei da ist, die ihr eine Heimstätte für ihre Anschauungen bietet? Wohin wir blicken, vermehren sich die Probleme, über welche die Anschauungen auseinander gehen und sich oft scheiden. Hello von Gerlach auf der einen Seite, und Hieber-Stuttgart auf der anderen Seite, das ist eine Verbindung von Wasser und Feuer, die nicht auf die Dauer bestehen kann. Niederreißen ist leicht, und aufbauen ist schwer. Wer sich dagegen wehrt, daß alles niedergerissen wird von dem einst so stolzen nationalliberalen Bau, ehe man weiß, was an seine Stelle kommt, der treibt nicht Zerplünderungs-, sondern aufbauende Politik für die Zukunft.

* * *

Bleibt noch ein Wort zu sagen über die belasteten Persönlichkeiten, die annexionistische Kriegsziele verfolgt haben, und denen deshalb bedeutet wird, daß in das neue Deutschland nicht solche Persönlichkeiten passen, die in einer Partei hervortreten würden. Mit Verlaub! Wer ist denn dann nicht belastet? Viele von denen, die an führender Stelle in der demokratischen Partei stehen, sind für ein größeres Deutschland mit derselben Entschiedenheit eingetreten wie die Herren, auf die der Bannstrahl gezückt wird. Als die sechs Wirtschaftsverbände sich zusammantaten, um gemeinsame Grundlinien der Außenpolitik festzustellen, da hat neben dem Zentralvorstand Deutscher

Industrieller auch der Deutsche Bauernbund und sein politisch linksstehender Führer an den Bestrebungen der Verbände mit gearbeitet. Aber wir brauchen gar nicht bei nationalliberalen Personen zu bleiben. Wer Zettelkastenpolitik treiben will, der kann leicht hundert Aussprüche von fortschrittlichen Politikern ausfindig machen, in denen sie sich für einen Frieden, der Deutschland Gebietserwerb und Kriegsentzündung brächte, ebenso aussprechen wie nationalliberale Führer. Die Erklärung des Herrn Spahn im Namen aller bürgerlichen Parteien des Reichstags forderte, daß Belgien wirtschaftlich, politisch und militärisch fest in unserer Hand bliebe. Herr Erzberger hat Belgien für Deutschland gefordert als Bollwerk gegen englische Drohungen. Herr von Bayer hat als Vizekanzler noch in einer seiner letzten Reden kurz vor dem Niederbruch des deutschen Heeres ausgesprochen, daß für den Osten das alte Wort gilt: Halte, was du hast! Die Unabhängigen fordern ja heute schon, daß auch Scheidemann und David als belastete Personen zurücktreten; Scheidemann, der von deutschen Siegen in den ersten Jahren des Krieges auch wiederholt gesprochen hat und der sich dagegen verwahrte, den Satz ausgesprochen zu haben: „Jeder trage seine eigenen Lasten“. Wenn dann die Spartakusleute nächstens Haase vorhalten werden, daß er auch die Kriegskredite vom 4. August 1914 mit bewilligt hat, dann wird man schließlich dazu kommen, nur noch Viethnecht und Rosa Luxemburg als unbelastete Persönlichkeiten anzusehen. Der Unterschied in den Kriegszielen liegt ja schließlich darin, ob der eine oder der andere länger die Hoffnung auf den deutschen Sieg festgehalten hat. Nach der Frühjahrsoffensive gab es viele Fortschrittspolitiker, die von der Juli-Resolution 1917 weit abrückten, und der Abgeordnete Müller-Meiningen verwandte eine ganze Broschüre darauf, um festzustellen, daß diese Resolution Gebietserwerb und Kriegsentzündung nicht ausschließe. Als wir auf der Höhe der militärischen Erfolge standen, wurde im Juni 1918 meinerseits zum Ausdruck gebracht, daß der Krieg nicht für verloren anzusehen sei, wenn dieses oder jenes Kriegsziel nicht erreicht wäre. Damals hat gerade die „Frankfurter Zeitung“ darauf hingewiesen, daß diese Erklärung der nationalliberalen Fraktion sehr bedeutsam wäre — heute stellt man es so hin, als wenn die nationalliberale Fraktion ohne Rücksicht auf die realpolitischen Tatsachen sich einer Illusionspolitik hingegen hätte.

Im übrigen ist das Urteil darüber, welche Politik die richtige war, doch bis heute nicht gesprochen. Ob ein Verständigungsfrieden zu anderer Zeit möglich war, steht bis zur Gegenwart noch nicht fest. Das Auswärtige Amt hat bis in die letzten Tage daran festgehalten, daß niemals ernsthaft vom Ausland der Frieden erstrebt worden wäre. Andererseits wird man aber erst später erfahren, ob nicht ein längeres Durchhalten uns einen ehrenvollen Frieden ermöglicht hätte. Dieses längere Durchhalten aber ist unmöglich gemacht worden durch die Selbstzerfleischung in der Schuldfrage und durch die Zerfetzungsarbeit in der Heimatfront, die gerade bei denjenigen lag, welche jeden als Chauvinisten hinstellt, der der Meinung ist, daß man in einem Kriege, bei dem es um Sein oder Nichtsein ging, den Siegesgedanken bis zum Letzten aufrecht erhalten müßte. Eine sozialistische Zeitschrift war es, die kürzlich davon sprach, die Geschichte werde einmal darüber entscheiden, ob Ludendorff zu verdammen wäre, oder ob man ihm den immergrünen Lorbeerkranz um die Stirne winden würde. Die Ansicht des Tages schwankt leicht zwischen dem Hosanna und dem Crucifige. Erst das nachprüfende Urteil objektiver Geschichtsschreibung wird uns ermöglichen, die Geschehnisse selbst im Lichte der zweifelsfreien Tatsachen zu würdigen.

Berlin, 10. Dezember 1918.

Das alte und das neue Deutschland. *)

Die beiden Wege zum Wiederaufbau. — Schnelle Charakterwandlungen. — Von der Frühjahrsoffensive bis zum Waffenstillstand. — Kühlmann und Clemenceau. — Die Parteien und die Kriegsziele. — Das alte System und seine Fehler, das neue und seine Verbrecben. — A. u. S.-Räte. — Politische und wirtschaftliche Fragen. — Kirche und Staat. — Flaggenwechsel. — Die Parteiarbeit der Zukunft. — Vorwärts über Gräbern.

Wir sind gegenwärtig ein Volk in Not. Wir stehen vor einem schweren Niederbruch all unserer Hoffnungen und Erwartungen. Ich darf sagen, aller unserer Hoffnungen und Erwartungen, denn selbst diejenigen, die dem Kriegsausgang skeptisch gegenüberstanden, haben niemals erwartet, daß ein derartiger Waffenstillstand, daß derartige Friedensbedingungen, wie sie uns voraussichtlich auferlegt werden dürften, uns jemals beschieden sein könnten. Aber wir dürfen über dem, was uns bedrückt, nicht vergessen, den Blick in die Zukunft zu richten und am Wiederaufbau unseres Vaterlandes mitzuarbeiten. Zwei Wege zeigen sich zu solchem Aufbau.

Die einen stellen sich auf den Standpunkt: Was vergangen ist, kehrt nicht wieder, das sog. alte System war vollkommen morsch und faul und ist zusammengebrochen an seinen eigenen Sünden. Wir wollen ein neues Deutschland aufbauen nach ganz neuen Grundsätzen, wir brauchen keine Fundamente der Vergangenheit dazu, sondern wenn es wohnlich sein soll für das deutsche Volk, dann muß das neue Deutschland von neuen Baumeistern gebaut werden auf neuem Grund, mit neuem Material. Die Andern sagen: Die Lehren der Vergangenheit sind dazu da, damit man aus ihnen lernen soll,

*) Nach der in Osnabrück in den Sälen der Stadthalle am Dienstag, 19. Dezember 1918 in einer von der Deutschen Volkspartei veranstalteten Versammlung gehaltenen Rede. — Nach dem in der Osnabrücker Zeitung (Verlag J. G. Risling, gegr. 1707) erschienenen Bericht.

um aus der Erkenntnis dessen, was die Geschichte uns lehrt, Lehren zu gewinnen für die Zukunft. Niemals hat sich der Übergang eines Volkes von einer Regierungsform in die andere so vollzogen, daß zwischen Vergangenheit und Gegenwart keine Brücke mehr bestand. Laßt uns hinweg tun, was sich nicht bewährt hat, aber laßt uns hinüber nehmen in die Zukunft, was bestehen geblieben ist in seiner Wertung für unser Volksleben, für unsere Wirtschaft.

Um Ihnen über meine Stellungnahme keinen Zweifel zu lassen, bekenne ich zunächst, daß ich durchaus zu den Anhängern dieser zweiten Anschauung gehöre, daß ich der Meinung bin, daß wir uns nun nicht bei all dem rasenden Tempo der Entwicklung der Verhältnisse, das wir durchmachen, von den Sensationen der Gegenwart dahin treiben lassen dürfen, alles, was in der Vergangenheit da gewesen ist, restlos als nicht mehr bestehend anzusehen und nicht anzuerkennen, daß neben manchem, das nicht mehr des Bestehens wert war, auch manches Bewährte und Gute hinweggeschwemmt worden ist von der Flut der Revolution.

Lassen Sie uns deshalb von diesem Standpunkt aus, ehe wir Gegenwart und Zukunft erörtern, einen Blick auf die Vergangenheit werfen. Ich ergreife dazu um so lieber die Gelegenheit, weil doch eine Legendenbildung bei uns eingesetzt hat, die manches in einem falschen Lichte zeigt, und weil diejenigen, die in den Parteien führend diese letzte Zeit erlebt haben, manches mit anderen Augen anschauen, als der Betrachter im Lande.

Die Zeiten, die wir durchleben, haben manche seltsame Charaktererscheinungen gezeitigt. Manche Leute, die vordem stolz waren auf ihre Hoflieferantenwappen, waren die ersten, die es mit rotem Tuch umhüllten, manche, die Byzantiner waren in der Zeit des Kaisertums, sind sehr schnell zu Byzantinern des republikanischen Gedankens geworden, als er das Kaisertum verdrängt hatte, manche, die zu denen auffahen, die Führer unseres Volkes waren, als es noch auf der Höhe der Macht stand, werfen nun Steine auf sie, nachdem sie ihre frühere Macht nicht mehr besitzen. Es ist für mich kein erfreuliches Zeichen, daß jetzt so viele Denkschriften von Staatsmännern erscheinen, die alle zu beweisen versuchen, daß sie es nicht gewesen seien, die irgend schuld seien an dem Zusammenbruch, und ihre Anklagen gegen einen Mann richten, der bisher darauf verzichtet hat, zu antworten. Ich darf mich gegenüber der Einseitigkeit,

mit der hier Vorwürfe auf einen Mann, der das Hirn unserer Heerführung gewesen ist, geschleudert werden, auf ein objektives Urteil beziehen, das in einer sozialdemokratischen Zeitung, in der „Glocke“ gestanden hat. Ein Sozialdemokrat hat an dieser Stelle vor wenigen Wochen gesagt: ob wirklich die Welt und die Geschichtsschreibung einstmals Ludendorff verdammen oder ob sie ihm den ewig grünen Lorbeerzweig eines der hervorragendsten Feldherrn der Weltgeschichte um die Stirn winden wird, das wollen wir heute nicht entscheiden, sondern das wollen wir der Geschichtsschreibung der Zukunft überlassen. — Denn eines wird so vielfach jetzt ganz falsch dargestellt, es wird so dargestellt, als habe dieser Feldherr kein Augenmaß gehabt für das Erreichbare, als sei er in blindem Siegesvertrauen immer vorwärts gegangen, bis er plötzlich vor dem Abgrund gestanden sei. Die das sagen, wissen vielleicht das eine nicht, daß es Ludendorff war, der vor der Frühjahrs-Offensive der Regierung nach der Reichshauptstadt schrieb, er brauche mehr Truppen, er müsse dringend ersuchen, die Altersgrenze hinaufzusetzen, er müsse dringend ersuchen, mit dem Reklamierwesen in der Heimat aufzuräumen, er lehne die Verantwortung ab, wenn diese Forderungen nicht erfüllt würden.

Trotz dieser seiner Mahnung hat man nicht gewagt, diese Schritte zu tun. Als die Frühjahrs-Offensive trotzdem mit dem glänzenden Siege unserer Truppen endete, als wir vor Compiègne standen, als unsere Kanonen Paris bedrohten, da hat derselbe Ludendorff Parteiführern gesagt: Wir haben glänzend gesiegt, aber ob wir noch einmal siegen werden, wenn es sich erneut um die Entscheidung des Weltkriegs handelt, das vermag ich nicht zu garantieren. Jetzt sind wir auf der Höhe unserer militärischen Erfolge. Schließt Frieden, wenn Ihr könnt.

Damals habe ich, dem man vorwirft, daß ich unerreichbare Kriegsziele aufgestellt hätte, in einer Rede am 26. Juni 1918, als wir auf der Höhe unserer militärischen Erfolge standen, im Namen der nationalliberalen Reichstagsfraktion in scharfer Abgrenzung gegenüber dem Grafen Westarp erklärt: Meine politischen Freunde halten den Krieg nicht für verloren, wenn dieses oder jenes Kriegsziel nicht erreicht wird, sondern wir sind bereit, die Verantwortung für den Frieden auf uns zu nehmen, wenn er

geschlossen werden kann, und wir werden die Oberste Heeresleitung und die Regierung unterstützen in dem Bestreben, zum Frieden zu kommen.

Damals hat die „Frankfurter Zeitung“, die mich jetzt so heftig angreift, gesagt, es sei doch bedeutsam, daß der Führer der National-liberalen angesichts dieser militärischen Kriegslage auf Kriegsziele verzichte und zum Frieden mahne. Die Zeitung hat hinzugefügt: Bei den Beziehungen Dr. Stresemanns zur Obersten Heeresleitung dürfen wir wohl annehmen, daß er diese Rede nicht gehalten hätte, wenn er sich nicht in Übereinstimmung mit der Obersten Heeresleitung befände. Ich möchte das deshalb anführen, weil man, glaube ich, in der Öffentlichkeit Zweierlei mit einander verwechselt, nämlich einmal Reden, in denen der Siegesgedanke hervorleuchtet und Reden, in denen Kriegsziele aufgestellt werden. Von Kriegszielen hinsichtlich des Westens, die wir uns gewünscht hätten, wenn sie möglich gewesen wären, sind wir abgerückt in einem Augenblick, in dem wir militärisch so glänzend standen wie nie, in dem Rußland niedergeworfen war und Paris vor Deutschland zitterte, weil wir das, was erreicht worden war, nicht aufs Spiel setzen wollten, gegenüber dem, was verloren gehen könnte. Aber, etwas anderes ist es, ob man den Siegesgedanken als solchen nach außen hin zum Ausdruck bringt. In derselben Rede, in der ich die Regierung zum Frieden gemahnt habe, in unmißverständlichen Worten, habe ich der festen Überzeugung vom deutschen Siege Ausdruck gegeben gegenüber dem Staatssekretär v. Kühlmann, der diesen Sieg bezweifelte. Denn ich halte es für unmöglich, einem Heere vor der entscheidenden Schlacht zu sagen, daß es nicht siegen könne. Es war eine vollkommene Unmöglichkeit, ein Heer zu führen und es zum Siege zu bringen, wenn ihm vorher gesagt wurde, daß der Sieg unmöglich sei. Das hat noch niemals irgend ein Feldherr getan, das hätte ja den vollkommenen Niederbruch der Stimmung bedeuten müssen, ehe überhaupt die Entscheidung gefallen war. Wie denken sie sich denn die Stimmung eines Heeres, dem man vor der entscheidenden Schlacht sagt, ihr werdet bluten, ihr werdet sterben, aber siegen könnt ihr nicht! Damals war es ja gerade die Oberste Heeresleitung, die uns auch im Hauptauschuß sagen ließ, daß der Zweifel an die Siegesmöglichkeit zu einem furchtbaren Stimmungsniederbruch im deutschen Heere führe und daß sie die größten Bedenken hinsichtlich der

Wirkungen habe, die von Reden ausgingen, in denen der Zweifel an der Siegesmöglichkeit ausgesprochen werde. Vergleichen Sie doch hier einmal die Taktik unserer Gegner mit unserer eigenen.

Damals stand es um Frankreich außerordentlich schlecht, und trotzdem ging Clemenceau in die Kammer und sagte den Abgeordneten: Es steht glänzend! Derselbe Clemenceau, der das richtige Wort gesprochen hat: In diesem Weltkriege, in dem ganze Völker mit einander ringen, nicht nur die Heere, da wird dasjenige Volk den Sieg davontragen, das eine Viertel Stunde länger als das andere an seinen Sieg glaubt!

Wir haben inzwischen aber über die Möglichkeiten, unter denen wir zum Frieden gelangen konnten, ein klassisches Zeugnis erhalten in den Darlegungen, die der frühere österreichische Ministerpräsident, Graf Czernin, kürzlich gemacht hat, und die leider von der deutschen Presse nur stückweise wiedergegeben worden sind. Graf Czernin, der am Siege verzweifelte, der aber trotzdem niemals öffentlich seinen Zweifel zum Ausdruck gebracht hat, erklärte dem Sinne nach in einer Rede, die in der „Neuen Freien Presse“ im Wortlaut jedem zugänglich ist: „Ich habe mich bemüht, den Frieden zu erreichen und wollte ihn erreichen auf der Grundlage des vorkriegerischen Bestandes Deutschlands, d. h. ich wollte den Verständigungsfrieden erreichen ohne Gebietsabtretung. Das ist mir nicht gelungen. Man war zwar bereit, Österreich-Ungarn einen Sonderfrieden zu gewähren. Aber man erklärte in der Entente, daß es gegenüber Deutschland nur das eine gäbe: Deutschlands Vernichtung.“

Gegenüber einem solchen Vernichtungswillen aber gibt es nur eins, zu kämpfen bis zum Letzten, um diese Vernichtung abzuwehren. Und wenn ich fortfahren darf, inbezug auf das, was dann zu dem Waffenstillstands-Angebot geführt hat, auf das, was man hingestellt hat, als den seelischen Zusammenbruch Ludendorffs, der plötzlich an allem verzweifelt sei, so darf ich darauf hinweisen, daß Ludendorff im August 1918 erneut zum Frieden geraten hat, daß am 23. August die Parteiführer bei Herrn von Hinke waren, der uns damals erklärte, er würde alle Fäden anknüpfen, um zum Frieden zu gelangen, daß aber alle Bemühungen, zum Frieden zu kommen, vergeblich gewesen sind, wie vorher. Dann kam der Oktober, als die Oberste Heeresleitung den Wunsch nach Einleitung von Waffenstillstands-Verhandlungen aussprach. Sie hat das nicht damit begründet, wie

in der Öffentlichkeit vielfach gesagt wird, daß die Front keine Stunde mehr hielte. Dieser Ausdruck ist später von einem politischen Minister getan worden. In dem uns vorgelegten Exposé der Obersten Heeresleitung war gesagt, unsere Verluste seien so groß, daß die Oberste Heeresleitung angesichts der Unmöglichkeit, anders, als sich rückwärts konzentrierend zu kämpfen, die Verantwortung für diese Verluste nicht mehr übernehmen wolle und aus diesem Grunde den Waffenstillstand empfehle. Dabei brachte sie aber gleichzeitig zum Ausdruck, sie könne an sich den Kampf weiterführen bis ins nächste Frühjahr und kämpfend langsam an den Rhein zurückgehen, und sie hoffte, daß, wenn uns unerträgliche Waffenstillstands-Bedingungen gestellt würden, das deutsche Volk dann aufflammen und den letzten Kampf mit aller Begeisterung aufnehmen würde.

Wir haben dann gesehen, daß diese letzte Hoffnung trog, zu tief war bei uns bereits der Niederbruch der Stimmung gegangen. Daraus entsprang die Annahme von Waffenstillstands-Bedingungen, an die die Oberste Heeresleitung damals nicht gedacht hat. Es kam allerdings hinzu die mangelnde diplomatische Vorbereitung des Schrittes des Waffenstillstandes und daß sofort das Wort von der Front, die nur noch Stunden hielte, durch die Lande ging, daß daraufhin unsere Bundesgenossen restlos zusammenbrachen, da auch zu ihnen die Darstellung übergriff, daß Deutschland militärisch nicht mehr weiter könne, das Deutschland, das doch der Kern des ganzen Bundes der Mittelmächte war, und das sie alle als den Hort ihrer Rettung, ihrer nationalen Sache ansahen, an den sie sich anflammernten. Der Weg, den wir von da ab gegangen sind, dieser Weg des Schmerzes und der Demütigung ist ja noch gar nicht ausgeschöpft bis zu Ende.

Leicht ist es, den Stein auf diejenigen zu werfen, die den Glauben an den deutschen Sieg gehabt haben. Aber wenn man das will, dann soll man doch auch so ehrlich sein, zuzugestehen, daß dieser Glaube an den deutschen Sieg Gemeingut der übergroßen Mehrheit des deutschen Volkes war, und daß, wenn dieser Glaube an den Sieg ein Verbrechen gewesen ist, Millionen der Besten des deutschen Volkes dieses Verbrechens sich schuldig gemacht haben. Und wenn diejenigen Missionisten gescholten werden, die auch der festen Überzeugung waren, daß, wenn der letzte Kampf noch einmal gewagt worden wäre, der Sieg sich an unsere Fahnen geheftet hätte, dann

sind Illusionisten doch auch diejenigen samt und sonders gewesen, die uns gesagt haben, wir brauchten nur die Hand auszustrecken zur Verständigung, um sofort als gleichberechtigtes Glied in den großen Völkerbund aufgenommen zu werden. Es sei der Wille unserer Feinde, einen Frieden des Rechts und der Gerechtigkeit mit uns zu schließen. Wo ist dieser Friede des Rechts und der Gerechtigkeit? Wir stehen vor dem furchtbarsten Gewaltfrieden, dem jemals ein Volk unterworfen worden ist. Und auch der Präsident der Vereinigten Staaten, auf den so viele ihre ganze Hoffnung gesetzt haben, hat ja erst vor kurzem erklärt, Deutschland müsse erst jahrelang Buße tun, ehe es verlangen könne, als gleichberechtigtes Volk neben anderen angesehen zu werden.

Wenn es möglich war, daß eine derartige Stimmung in der Welt uns gegenübersteht, so sind wir allerdings daran selbst nicht unschuldig. Denn wir erleben ja bis in die Gegenwart, daß wir fortgesetzt und mit Vorliebe den Dolch gegen die eigene Brust richten, daß wir uns in Selbstanlagen gegen das deutsche Volk erschöpfen und unseren Gegnern das Material liefern, mit dem sie unsere Schuld vor der Welt konstruieren.

Was soll das bedeuten, wenn der jetzige bayrische Ministerpräsident kürzlich Aktienstücke veröffentlichte, mit denen er den Nachweis führen will, daß Deutschland diesen Weltkrieg vorbereitet habe, daß es Österreich in den Kampf gegen Serbien hineingestoßen habe. Es ist doch eine etwas allzu naive Auffassung, anzunehmen, daß dieser Weltkrieg entstanden sei in der Zeit vom 1. Juli bis 30. Juli 1914. Man darf doch den äußeren Anlaß niemals mit der inneren Ursache verwechseln. Die innere Ursache dieses Weltkriegs war doch der Weltbund gegen Deutschland, der sich gegen Deutschlands wirtschaftlichen Aufstieg richtete, das war das Verhalten Englands, das Erstarken der alten haßerfüllten Revancheideen Frankreichs, das war der russische Drang nach Konstantinopel, der in dem Bündnis Rußlands mit Frankreich, in dem Bündnis der russischen Revolution mit der zaristischen Autokratie zum Ausdruck kam. Warum sprechen wir nicht davon, daß sibirische Truppen schon auf dem Wege nach Deutschland waren, ehe noch die Kriegserklärung an Deutschland ergangen war. Weshalb sprechen wir nicht davon, daß Frankreich Rußland eine Anleihe von Hunderten Millionen gegeben hat zu dem Zweck, strategische Bahnen nach Ostpreußen zu

bauen, und daß andererseits Frankreich die Gegenleistung übernommen hatte, die dreijährige Dienstzeit wieder einzuführen. Wenn wir den Krieg gewollt hätten, dann würden wir, das Volk der Organisation, ihn wohl besser organisiert haben. Dann würden wir nicht im Juli 1914 noch Hunderttausende von Doppelzentnern Getreide ins Ausland geschickt haben, dann würden unsere Vorräte an Chilisalpeter nicht so klein gewesen sein, daß wir ohne die inzwischen gemachten großen Entdeckungen der Chemie in unserer Munition zusammengebrochen wären. Dann hätten wir wohl nicht so viele unserer größten und schönsten Schiffe im Hafen von Newyork liegen gehabt.

Nach meiner Meinung hätten die Regierung und alle diejenigen, die es gut meinen mit Deutschland, jetzt die eine Pflicht, für ihr Vaterland einzutreten gegen die Beschuldigungen der Entente, anstatt unseren Feinden selber das Material zu liefern, mit dem sie uns als schuldig am Weltkrieg hinstellen können. Denn wenn die furchtbaren Friedensbedingungen, die man uns bieten wird, damit begründet werden, daß wir schuldig am Weltkriege wären, dann schaffen wir uns doch selber diese Bedingungen, wenn unsere Ministerpräsidenten jetzt derartiges Material veröffentlichen, wie es der Herr Kurt Eisner in München tat. Wir zerfleischen uns selbst vor der Welt in dem, was wir deutsche Objektivität nennen. Wir sind nach wie vor diejenigen, die, niederkniend vor dem Ausland, nur dessen Größe sehen, des eigenen Volkes nicht achten und damit unser Schicksal selber erschweren. Deshalb müssen wir bei dem Wiederaufbau unseres Volkes und unseres Reiches uns davor schützen, nun lediglich unsere Hoffnung auf den Geist kosmopolitischer Auffassungen zu setzen, der heute in Deutschland umgeht, und der ja dann berechtigt wäre, wenn er ein Echo bei den anderen fände.

Ich darf mit einem Wort zurückkommen auf das, was gegen die frühere Nationalliberale Partei und ihre Führung in bezug auf die Kriegsziele gesagt wird. Wenn man darauf hinweist, daß man sich in dem Erreichbaren geirrt habe, so ist das richtig, aber dann möge man doch einmal sagen, welche Partei in diesem weltgeschichtlichen Erleben sich nicht geirrt hätte. Ich habe doch die Erklärung mit gemacht, die der Abgeordnete Spahn für sämtliche Parteien und auch für die Fortschrittliche Volkspartei abgegeben hat, in der erklärt wurde, Belgien müsse militärisch, wirtschaftlich und politisch fest in unserer Hand bleiben. Herr Erzberger sagte: Belgien

geben wir nicht wieder heraus, denn das ist unser festes Bollwerk gegenüber England. Der Friede von Brest-Litowsk, der als Gewaltfriede hingestellt wird, der uns die alten deutschen Ostprovinzen bringen sollte, hat ja die Zustimmung aller bürgerlichen Parteien gefunden. Wie kommen denn die Herren Demokraten dazu, jetzt auf diejenigen zu schelten, die für Annexionen im Osten gewesen seien. Das Vorstandsmitglied der demokratischen Partei, der frühere Vizelanzler v. Payer, hat noch 14 Tage vor dem militärischen Zusammenbruch im Hauptauschuß gesagt, er halte in bezug auf den Frieden von Brest-Litowsk an dem alten, guten deutschen Sprichwort fest: Halte, was du hast. Er denke garnicht daran, unsere Eroberungen im Osten wieder herzugeben. Ja, wenn wir uns geirrt haben über das militärisch Erreichbare, dann sei man doch so ehrlich, zuzugestehen, in wie weitgehendem Maße wir uns alle geirrt haben. Man beruft sich darauf, man habe schon im Juli 1917 eingesehen, daß die Dinge so keinen guten Ausgang nähmen. Aber Herr Müller-Meinigen, der ja auch zur demokratischen Partei gehört, hat noch im Jahre 1918 eine Broschüre herausgegeben, in der er beweisen will, daß die Erklärung vom 19. Juli Annexionen und Kriegsschädigungen garnicht ausschließe. Er hat seine Freunde dagegen verwahrt, daß sie darauf verzichten wollten. Es ist doch auch noch nicht allzu lange geschichtlich her, daß Herr Scheidemann zu mir kam im Reichstag und sagte: „Herr Stresemann, wenn Sie noch einmal behaupten, ich hätte den Satz ausgesprochen „jeder trage seine eigene Last“, dann werde ich handgreiflich. Diesen Unsinn habe ich niemals gesagt.“ Also auch Herr Scheidemann nahm damals den Standpunkt ein, den unter den damaligen Verhältnissen der gesunde Menschenverstand forderte, vertrat auch den Gedanken, daß ein Sieg von uns genutzt werden müsse für Ausdehnung des deutschen Einflusses, der deutschen Macht und Größe, so, wie noch jedes Volk in der Weltgeschichte nach einem Siege, der mit solchen Opfern erkaufte werden mußte, seinen Vorteil ausgenutzt hat, und wie es heute unsere Feinde tun in einem Maße, das uns nie in den Sinn gekommen wäre. In diesem Gedanken sind auch einige gewesen alle unsere wirtschaftlichen Organisationen. Man stellt es jetzt vielfach gern so hin, als sei es besonders sündhaft gewesen, den Gedanken an eine Ausdehnung des deutschen wirtschaftlichen Einflusses nach außen hin zu vertreten. Aber unsere wirtschaft-

lichen Verbände hatten sich doch selbst darüber verständigt, was erreicht werden sollte, und zu diesen Verbänden gehörte auch der Deutsche Bauernbund mit Dr. Böhme und Wachhorst de Wente, der alle diese Forderungen nach Ausdehnung der wirtschaftlichen Macht Deutschlands genau so vertreten hat, wie der Zentralverband Deutscher Industrieller. Angriffe gegen uns, die wir uns geirrt haben sollen, können also nur berechtigt sein von denjenigen, die einen anderen Standpunkt stets eingenommen haben, nicht aber sind zu Vorwürfen berechtigt diejenigen, die unseren Standpunkt bis zum letzten Augenblick mit uns zusammen vertreten haben.

Nun lassen Sie mich zu dem kommen, was man den Zusammenbruch des alten Systems nennt. Das alte System in Deutschland ist praktisch zusammengebrochen durch die Revolution, aber wir müssen doch die Tatsache untersuchen, was daran mit Recht zusammengebrochen ist. Wir in der Nationalliberalen Partei waren nicht blinde Anhänger dieses alten Systems. Ich darf aus der Geschichte unserer Partei daran erinnern, daß die ersten Interpellationen über das persönliche Regiment des Kaisers von dem mir unvergeßlichen Führer und Freunde Ernst Bassermann ausgingen. Er hat damals, zur Zeit des Fürsten Bülow, schon den Finger auf die Wunde gelegt und erklärt, es ginge nicht mehr an, daß der Kaiser persönliche Politik treibe, es sei nötig, daß der Kaiser sich im Rahmen seiner verfassungsmäßigen Kompetenzen hielte. Ich erinnere daran, in welcher Weise Bassermann unsere Engherzigkeit in der Auswahl unserer diplomatischen Vertreter geißelte, und ich darf daran erinnern, wie oft ich selbst demselben Gedanken von der Tribüne des Reichstags aus Ausdruck gegeben habe. Mir steht heute noch vor Augen jener Disput lange vor dem Kriege, den ich mit Herrn v. Schön hatte, als ich ihm nachwies, in welcher Weise die Verachtung des bürgerlichen Elements in unserer Diplomatie und in der Regierung Platz griffe. Ich habe nachgewiesen, daß wir daran unter einem Erbübel litten, daß wir die Fähigkeiten zu gering und die gesellschaftliche Repräsentierungsfähigkeit zu hoch einschätzten, daß wir unter allen unsern Gesandten nur drei bürgerliche hätten und daß diese drei bürgerlichen Gesandten sich auf Plätzen befänden, von denen man glauben mochte, daß es dort nichts zu repräsentieren gäbe. Der eine dieser Gesandten saß in Lima, der andere in Asuncion, der dritte in Addis Abeba. Damals

habe ich neben diesen Dingen, die ins Humoristische schillern, immer wieder darauf hingewiesen, daß man in der Auswahl unserer Diplomaten nicht dem Zuge der Zeit folge, daß sie in Kreisen verkehrten, die keinen politischen Einfluß hätten, daß sie nicht wüßten, welche Macht jetzt in der öffentlichen Meinung die Presse bedeute, und daß sie sich oft fern hielten vom Verkehr mit maßgebenden Politikern und Parlamentariern, während das entgegengesetzte Verfahren unseren Feinden fortgesetzt große Erfolge brachte. Ich habe noch während des Krieges mich mit Erfolg darum bemüht, einen Botschafter von seinem Posten zu entfernen, nachdem ich im Auslande gesehen, wie er die Vertretung der deutschen Interessen auffaßte. Vor dem bulgarischen und österreichischen Zusammenbruch habe ich die Regierung beschworen, einen Wechsel in Wien eintreten zu lassen, nachdem ich das Telegramm kennen gelernt hatte, in dem unser Vertreter in Wien die Höhe seiner Auffassung dokumentierte, indem er meldete: Wir nehmen an, daß Bulgarien zur Entente gehen wird. Man legt dieser Tatsache aber keine entscheidende Bedeutung bei. Wir hatten damals alle die Empfindung: *finis germaniae*. Und von dieser Stelle eine solche Auffassung!

Die Überspannung des Prinzips des Gesellschaftlichen haben wir andererseits ebenso beobachten können in unserem Heere, im Offizierkorps unter einander und im Verhältnis des Offizierkorps gegenüber den Mannschaften. Militärs, die man in Potsdam nicht mehr sehen wollte, wurden, gewissermaßen zur Strafe, nach der Ostmark oder nach der Westmark geschickt, während doch, nach der Leistung gemessen, ein Posten an der russischen oder französischen Grenze mindestens so wichtig war, als in Berlin. Wir haben für das Verhältnis zwischen Mannschaften und Offizierkorps nichts davon gelernt gehabt, was einst einer der größten Schlachtenmeister und einer der größten politischen Genies aller Zeiten, Napoleon I., der in unserer Geschichtsauffassung vielfach sehr falsch dargestellt wird, genau so, wie die englische Legende deutsche Gestalten der Gegenwart durch die Northcliffe-Brille sieht, befolgt hat. Napoleon hat seine weltgeschichtlichen Erfolge dadurch erzielt, daß er den Aufstieg der Tüchtigen ohne Rücksicht auf gesellschaftliche Traditionen möglich machte. Frühzeitiger, als durch andere bürgerliche Parteien ist der Gedanke, daß dem Parlament als der Vertretung des Volkes eine größere Bedeutung gegeben werden müsse, als sie bis dahin in Deutschland üblich war,

durch die Nationalliberale Partei zur Geltung gebracht worden. Ich habe im Februar 1917 eine Rede für die Einführung des parlamentarischen Systems in Deutschland gehalten und bin Gegenstand heftigster Anfeindungen wegen meiner demokratischen Gesinnung gewesen. Ich habe auch auf die Gestalt Lloyd Georges hingewiesen, der aus dem Volke emporgestiegen war als der gewaltigste Organisator des Weltkrieges, vor dem unser altes System der Munitionserzeugung scheiterte, nachdem England seine Herstellung von Munition in der Zeit versiebzehnfachte, in der die unsrige zeitweilig vermindert wurde. Das geschah in einer Zeit, als es uns bei unseren kolossalen Hilfsmitteln nach eigenem Urteil englischer Parlamentarier möglich gewesen wäre, die englischen und französischen Streitkräfte durch eine Massenverwendung von Munition niederzukartätschen. Wir taten in der Munitionserzeugung nichts, den von England gewonnenen Vorsprung einzuholen, bis Hindenburg und Ludendorff das Hilfsdienstgesetz schufen. Immer dringender forderten wir, dem Parlament eine andere Stellung zu geben, auch Parlamentarier als Minister zu berufen. In meiner Rede vom Frühjahr 1917 habe ich dem Reichszkanzler v. Bethmann-Hollweg gesagt: Bringen Sie uns das gleiche Wahlrecht in Preußen, jetzt wird es Ihnen und dem Könige noch gedankt. Lassen Sie sich nicht solange drängen, bis Ihnen die Initiative aus der Hand genommen wird. Denn es kann auch eine Zeit kommen, in der es Ihnen niemand mehr danken wird, sondern in der es sich das Volk selber nimmt. Ich darf wohl für mich in Anspruch nehmen, daß ich mich, während ich mich zum nationalen Gedanken bekannte und zum Glauben an den deutschen Sieg, dessen ich mich niemals schämen werde, auch jederzeit für die Erweiterung der Volksrechte eingesetzt und früher die Zeichen der Zeit erkannt habe, als andere, die mich lange Zeit nur ziemlich lau unterstützten hatten.

Man hat davon gesprochen, daß die Oberste Heeresleitung sich der Auflösung des Abgeordnetenhauses im Zusammenhang mit der Wahlrechtsfrage widersetzt hätte, weil sie Angst gehabt hätte, der Geist der Truppen könne unter den inneren Kämpfen leiden. Ich habe darauf am 29. April 1918 an Ludendorff geschrieben und habe ihm in dringendster Weise erklärt, daß das Vertrauen zur Obersten Heeresleitung erschüttert werden könnte, wenn Hindenburg und Ludendorff Gegner des gleichen Wahlrechts wären, und daß damit gerechnet

werden müsse, daß dann auch die, die ihnen bisher treu gefolgt waren, in anderen Dingen ihnen völlig die Gefolgschaft versagen könnten.

Im übrigen ist die Wahlrechtsfeindlichkeit der Obersten Heeresleitung Legende.

An Einzelheiten des alten Systems sei Fehlerhaftes nicht beschönigt, die Überheblichkeit gewisser leitender Stellen, die Vielregiererei, die in Tausenden von Vorschriften sich breit machte, wirtschaftliches Leben unterband und überall einen bürokratisch hemmenden Einfluß zeitigte. Ein Verhängnis ist es gewesen, daß man z. B. seitens des Reichsmarineamts den U-Bootbau vorschrieb, statt es der Industrie zu überlassen, wie viele U-Boote sie bauen könnte. Als dann der neue Staatssekretär Ritter von Mann den umgekehrten Weg ging, da ergab sich die für uns erschreckende Tatsache, daß wir weit mehr U-Boote hätten herstellen können, als es geschehen ist, wenn wir der Industrie freie Betätigung gelassen hätten, die U-Boote so zu bauen, wie sie es in der Zusammenfassung ihrer Kraft von vornherein erstrebt hatte. Aus dieser Tatsache ergeben sich schwere Anklagen.

Wenn das alte System somit tatsächlich vieles enthielt, was wir als überlebt erkannt haben, so kann ich andererseits aber doch nicht anerkennen, daß nun alles faul und morsch und niederbruchsreif in Preußen und Deutschland gewesen wäre, und ich kann das namentlich nicht anerkennen, wenn ich die gegenwärtige Lage unseres Vaterlandes mit der der Vergangenheit vergleiche. In Berlin hat ein Mitbegründer der Demokratischen Partei gesagt: Wir alle haben doch ein Gefühl der Befreiung gehabt, nachdem am 9. November das alte System zusammengebrochen ist. Ich muß gestehen, daß mir ein solches Gefühl der Befreiung angesichts dessen, was inzwischen geschehen ist, niemals kam und auch nicht kommen dürfte. Ich habe die Empfindung, daß gegenüber der gegenwärtigen Lage unseres Vaterlandes das Wort allein die Verhältnisse schlagend kennzeichnet, das einst einer der Jünger Christi sagte: Herr hilf uns, wir versinken. Eins ist uns doch inzwischen wohl auch klar geworden, nämlich, daß Niederreißen leichter ist, als der Wiederaufbau. Man hat uns gesagt: Jetzt kommt das Zeitalter der Demokratie, jetzt wird das revolutionäre Volk seine Gesetze selbst in die Hand nehmen. Ja, Tatsache ist aber, daß es keine Zeit

der Autokratie gegeben hat, in der das deutsche Volk so wenig Anteil an der Gestaltung seiner Geschichte und so wenig ein Mitbestimmungsrecht gehabt hat, wie gegenwärtig das deutsche Volk gegenüber der Art, in der es jetzt regiert wird. Was gegenwärtig geschieht, ist die krasseste Autokratie, die es jemals in einem Reiche gegeben hat. Wir werden die Regierung unterstützen in ihrem Bestreben, Ruhe, Ordnung und Sicherheit zu gewährleisten, aber auch nur unter der Voraussetzung, daß sie wirklich diese Sicherheit bietet. Und hier stehe ich schon. Ich gehöre ja zu den nicht beneidenswerten Leuten, die in der Reichshauptstadt wohnen. Glauben Sie, daß es nicht ein außerordentlich niederdrückendes Gefühl ist, diese Zuchtlosigkeit mit ansehen zu müssen, die jetzt die Hauptstadt unseres deutschen Vaterlandes beherrscht. Wenn sich Studenten zusammen tun, um eine Studentenwehr zum Schutze der Regierung zu bilden, dann werden sie verhaftet. Aber Herr Liebknecht fährt mit Panzerautomobilen und Maschinengewehren in der Stadt umher, verhaftet Wachen usw., und niemand tut etwas gegen ihn. Scheidemann sagte vor wenigen Tagen, er halte Liebknecht für einen verrückten Menschen. Wenn das der Fall ist, dann befreie man die Öffentlichkeit von diesem verrückten Menschen. Dann lasse man diesem verrückten Menschen nicht die Möglichkeit, unser ganzes deutsches Volk in den Abgrund zu führen. Ich bin ganz damit einverstanden mit der Kritik, die Scheidemann neulich in Worte gekleidet, er sehe sich diese Verhältnisse nicht acht Tage lang mehr mit an, und der erklärt hat, es ginge nicht an, „Laufjungen mit Maschinengewehren in den Straßen herumlaufen und ruhige Bürger bedrohen zu lassen.“ Aber ich vermissen, daß man die Folgerung aus dieser Kritik tatsächlich zieht. Wohin kommen wir, wenn Berlin sich anmaßt, das Reich zu sein. Berlin ist nicht Deutschland.

Und dann etwas anderes: Es geht auch nicht an, daß die Regierung der Arbeiter und Soldaten erklärt, sie sei die Vertretung des deutschen Volkes. Das deutsche Volk besteht aus allen Ständen, und Volksbeauftragter darf nur der sich nennen, der vom ganzen Volke dazu beauftragt ist. Deshalb hätte es der Regierung wohl angestanden, den Reichstag einzuberufen, der ihr keine Schwierigkeiten gemacht hätte, sondern der nur eines wollte, die Regierung zu legalisieren, einen Beschluß zu fassen: Wir deutsche Volksvertretung, die

auf Grund des freiesten Wahlrechts der Welt gewählt ist, bestätigen, daß wir einverstanden sind mit der gegenwärtigen Regierung, wir schreiben die Nationalversammlung zum nächstmöglichen Termine aus und setzen die Bedingungen fest, unter denen gewählt werden soll.

Es ist doch unlogisch, daß die Regierung den Reichstag nicht aufzulösen wagt und gleichzeitig erklärt, er sei durch die Revolution erledigt. Ich finde mich in dieser Logik nicht zurecht. Vom Standpunkte der Sozialdemokratie aus würde man alles verstanden haben, wenn die vorläufige Regierung sich nur als provisorisch bestehend erklärt hätte, so, daß Ruhe und Ordnung gewährleistet werde, bis die gesetzgebende Körperschaft tagen würde. Statt dessen sehen wir nicht nur auf politischem, auch auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet eine Gesetzgebung, die in die tiefsten Grundlagen unseres ganzen wirtschaftlichen und geistlichen Lebens eingreift. Ja, hat sich denn jemals der Kaiser angemaßt, in der Weise zu regieren, hat es denn jemals einen Autokraten gegeben, der es gewagt hätte, seinem Volke eine Gesetzgebung aufzuerlegen, ohne irgend eine Instanz des Volkes nur zu fragen? Was wir erleben, ist nicht Demokratie, sondern Auflösung jedes Gedankens einer Demokratie. Die Sozialdemokratie erklärt, sie wolle die Nationalversammlung, aber die Schwierigkeiten seien groß. Da fällt eine Eigenschaft Scheidemanns auf, die ich schon immer an ihm beobachtet habe, er blickt bei allem, was er tut, nach links, und fragte sich bei jedem Satz: Was wird Haase dazu sagen? Auf der einen Seite erklärt man, die Nationalversammlung müsse schnell kommen, auf der anderen sagt man, man müsse erst den Arbeiter- und Soldatenrat fragen. Seltsam, bei dem Kirchengesetz hat man niemanden gefragt, den es angehen könnte, ob er damit einverstanden sei. Die Arbeiter- und Soldatenräte sind überhaupt keine Institution, die irgend berechtigt wäre, gesetzgebende Gewalt ausüben zu können. Sie haben heute schon den Beweis erbracht, daß sie nicht zu regieren imstande sind. Was in diesen fünf Wochen geschehen ist, ist das Bitterste, was in Deutschland nur vorkommen konnte. Wir sind durch den Krieg ein armes Volk geworden. Neben unseren eigenen Kriegsschulden kommen für uns noch die Entschädigungen an unsere Feinde hinzu. Und jetzt in dieser furchtbaren Not wird Nationalvermögen verschleudert in einer Weise, die geradezu empörend ist. Millionen fließen wieder in die Hände derselben Schiebergesellen, die sich seit Anfang des Krieges am Volke

bereichert haben und jetzt von neuem wie die Hyänen des Schlachtfeldes am Niederbruch des deutschen Volkes ihren Vorteil suchen. Stiefel, Pferde, ganze Proviantämter werden verschwindelt. Viele Truppen, die vier Jahre Krieg hinter sich haben, mußten zu Fuß marschieren, weil über die Eisenbahn anders disponiert worden war, weil man nicht mehr kennt, was früher unser Stolz war, die Zentralgewalt, die Unterordnung unter einen Willen. Seien wir uns doch darüber klar: Freiheit ist nicht Zügellosigkeit. Die Befehlsgewalt aufheben, ist sehr leicht, aber was damit erreicht wird, kann nur die Auflösung sein. Das sehen wir schauernd an Beispielen ohne Zahl. Jetzt haben wir keine Zentralgewalt mehr. Wir sind soweit gekommen, daß die unabhängige Republik Neuföln bei Berlin erklärt, sie nehme von der Regierung keinerlei Befehle entgegen. Anstelle der Befehlsgewalt ist die „freiwillige Unterordnung der Soldaten“ getreten, die, wenn sie wirklich erreicht werden könnte, die höchste Entwicklungsstufe der Menschheit darstellen würde. Immer aber, so lange wir Menschen sind, wird das praktische Leben von dem erstrebenswerten Ideal weit entfernt bleiben.

Über wirtschaftliche Dinge maßen sich jetzt Leute zu entscheiden an, die dafür nicht das geringste Verständnis haben. Man muß doch den Mut haben, hier gegen den Strom zu schwimmen und vor allem einmal zu sagen, daß Arbeit notwendig ist zum Wiederaufbau und daß es eine Unmöglichkeit ist, in einer Zeit, in der wir keine Transportmittel haben, demokratische Streiks auszuführen. Wie weit der Geist der Zuchtlosigkeit alles Maß übersteigt, zeigt die Drohung aus Rheinland-Westfalen, die Schächte zu zerstören, falls den gestellten Forderungen nicht nachgegeben wird.

Greift dieser Geist der Auflösung weiter um sich, so wird es uns gehen, wie es Rußland gegangen ist, dessen bolschewistischer Führer, Lenin, nach einem Jahre der Herrschaft des Arbeiter- und Soldatenrates neulich sentimental gesagt hat: Wir sind ja längst tot; es kommt nur niemand, uns zu begraben. Das ist heute Rußland, ein lebloser Körper, in denen die Städte Hungersnot leiden, Provinzen sich lösen, die Bauern mit Maschinengewehren ihr Getreide verteidigen. Zuchtlosigkeit statt Gesetzmäßigkeit und Ordnung, das ist das Ergebnis, wird es auch sein bei uns, wenn wir nicht verstehen, die Gesetzmäßigkeit wieder herzustellen, und deshalb erheben wir aus diesem Wirrwarr unser Recht auf die

Nationalversammlung gegenüber den Instanzen, die durchaus nicht das Recht haben, dem deutschen Volke Vorschriften zu machen.

Die Frage der Trennung von Kirche und Staat hat keine parteiische Regierung das Recht, allein von ihrem Standpunkt aus zu regeln. Wir Liberalen haben uns stets dagegen gewehrt, daß irgend jemandem ein Staatsamt verweigert würde, weil er nicht zur christlichen Kirche gehört. An dieser Freiheit des einzelnen, daß die Stellung zur Religion eine höchst persönliche Angelegenheit ist, wollen wir auch ferner festhalten. Wenn ich mir aber das Bild vor Augen führe, das Adolf Hoffmann in Preußen bietet, dann weiß man nicht, ob man lachen oder weinen soll. Ein Mann, dem es nicht gegeben war, richtig deutsch sprechen zu lernen, der wird an die Spitze des deutschen Bildungswesens gestellt. Ein Harnack, ein Wilamowitz — Möllendorf, unsere Hochschullehrer, unsere Kirchen und Schulen, unsere hochstehenden Volksschulen sollen ihre Direktiven von einem solchen Manne empfangen. Wir haben unsere politische Macht verloren, wir verloren unser militärisches Ansehen, unsere wirtschaftliche Kraft, aber eins müssen wir uns erhalten: Deutschland als geistige Potenz im Völkerleben. Mit Adolf Hoffmann an der Spitze des preussischen Kultusministeriums wird auch die noch in den Dreck getreten. Wenn jetzt das Ausland kommt und uns als das verächtlichste Volk der Welt hinstellt, dann wird es uns ja selber schwer, dagegen zu protestieren. Mit Hohn erfüllt es die Welt, einen Adolf Hoffmann als Machthaber über die geistige Entwicklung des Volkes der Dichter und Denker bestimmen zu sehen. Das hätte die Sozialdemokratie verhindern müssen, daran hätte sie ihre Nachgiebigkeit gegenüber der äußersten Linken scheitern lassen müssen. Konrad Haenisch, der zweite Kultusminister, hat erst jetzt erfahren, daß man in den Schulen der Reichshauptstadt die Weihnachtsfeier verboten hat. Weil Adolf Hoffmann die Weihnachtsfeier als ein christliches Fest ansieht, mit dem das gegenwärtige Deutschland nichts mehr zu tun hat. Das hat uns gerade noch gefehlt, daß auch der Tannenbaum als reaktionäres Zeichen der Gegenrevolution bezeichnet wird. Will man nun auch das deutsche Gemüt noch zerschlagen und das Beste aus der Seele der heranwachsenden Jugend, der Kinder reißen? Das geht uns denn doch zu weit, daß wir das preislos hingeben sollen, daß wir es uns gefallen lassen sollen, uns von Leuten, die selbst

nicht Christen sind, vorschreiben zu lassen, in welcher Weise wir unser Christfest zu feiern haben.

In der Frage der Stellung der Kirche gegenüber dem Staat ist nicht das Finanzielle das Entscheidende, sondern das Entscheidende ist, ob die sittliche Erziehung unseres Volkes weiter aufgebaut werden soll auf den sittlichen Lehren, die in unserer Religion enthalten sind, ob diese religiöse Erziehung ein Bestandteil der Gesamterziehung des Menschen sein soll. Ich sehe auch hier nur ein Zerstören, kein Aufbauen. Wir wollen den Religionsunterricht in den Schulen. Entscheidungen, die Herr Adolf Hoffmann darüber fällt, sind, wie ich jetzt ganz allgemein bemerken möchte, genau so wie alle Gesetze der gegenwärtigen Regierung vor dem tatsächlichen Willen des deutschen Volkes, der nur auf der Nationalversammlung zum Ausdruck kommen kann, null und nichtig, weil sie nicht auf Recht, sondern auf Gewalt beruhen.

Unverständlich ist es uns, wie man vom Standpunkte republikanischer Gesinnung die deutschen Farben verwarf. Ich habe es als eine der tiefsten Demütigungen empfunden, die dem deutschen Volke angetan werden konnte, daß man die deutschen Farben nicht mehr anerkennen wollte. Das ist ein Zeichen unserer mangelhaften politischen Erziehung. Mir sagte ein Amerikaner, daß man auch in Zeiten, in denen etwa einmal der Bolschewismus in Amerika zur Herrschaft käme, doch jeden zerreißen würde, der das Sternen- und Streifenbanner antastete. Die schwarz-weiß-rote Fahne war noch niemals eine Parteilahne, sondern die Fahne unseres deutschen Vaterlandes, unter der wir gegen eine ganze Welt gekämpft haben. Daß man eine Freiheits-Bewegung damit begann, die deutsche Fahne in den Staub zu ziehen, ist eine besondere Schmach, durch die wir uns im Auslande im höchsten Maße verächtlich gemacht haben. Niemals wird man ein Volk achten, das vor dem Symbol seiner Einheit selber keine Achtung hat.

Die Schwächlichkeit, die unsere Regierung zeigt, hat auch schon dazu geführt, daß wir vor der Gefahr stehen, noch mehr Land zu verlieren, als wir voraussichtlich schon verloren haben. Wir werden damit rechnen müssen, daß wir Elsaß-Lothringen verlieren, daß auf dem alten Straßburger Münster die Tricolore weht, und daß damit alles das verloren ist, was sich in unserer Seele mit dem Namen Straßburg verknüpft. Im Osten stehen wir jetzt vor der

Frage, ob die Polen in Oberschlesien einmarschieren, ob die Provinz Polen, auf der unsere Ernährung zum Teil mitberuht, in die Hände Polens kommen soll. Inzwischen sehen wir im Osten Deutsche im Verzweiflungskampf, um beim Vaterlande zu bleiben, bei dem sie keine Unterstützung finden. Staatssekretär v. Gerlach erklärte in Berlin, man müsse verstehen, daß die Polen jetzt glaubten, die Zeit ihrer Unabhängigkeit sei gekommen. Man müsse auch die Seele der Polen zu verstehen suchen. Ich bin der Meinung gewesen, daß wir das polnische Seelenleben und polnische Aspirationen ruhig den Polen überlassen können, daß aber deutsche Minister in erster Linie die Seele des deutschen Volkes kennen sollten.

Unsere Regierung prägte das Wort, daß sie sich nicht auf Gewalt stützen wolle. Ja, ist es denn etwas anderes, als Gewalt, wenn polnische Legionäre gegen unsere Ostmark ziehen. Der ganze Weltkrieg hat doch bewiesen, daß allein die Macht es ist, die sich durchsetzt, mit der Kraft, die wir noch aufzubringen vermögen, müssen wir zu retten versuchen, was noch zu retten ist.

Wenn wir Abschied nehmen mußten von dem alten Deutschland, so stehe ich doch auf dem Standpunkt, daß wir es trotz aller seiner Fehler in liebevoller Erinnerung bewahren werden, daß wir immer dankbar anerkennen werden, was das Deutschland der Hohenzollern uns war, eine liebevolle Erinnerung in grauer Gegenwart, vor einer ungewissen Zukunft.

Wenn wir nun kommen zu den Fragen des Wiederaufbaus, der hoffentlich einsetzen wird, so fassen wir bei dem Gedanken an die Neugestaltung zunächst ein Zweifaches ins Auge, zuerst die Nationalversammlung in ihrem ersten Teil, in dem sie den Frieden zu genehmigen hat, und dann die Nationalversammlung, die später neue Gesetze schafft. Handelte es sich nur um den ersteren Teil, dann brauchten wir eigentlich überhaupt keine Parteien, denn für die Zeit der nächsten acht Wochen gibt es nur ein Programm, über das sich alle einig sind. Das Programm umfaßt vier Worte: Friede, Brot, Arbeit, Ordnung. Das ist es, was wir zunächst brauchen. Das Hemd sitzt uns näher als der Rock. Die Entente erkennt unsere Regierung nicht an. Wenn wir den Frieden haben wollen, brauchen wir bald eine neue Regierung, dann brauchen wir die Aufhebung der Blockade, die Vereinbarung über die Rohstoffe.

Für die Parteitätigkeit der Zukunft werden Sie von mir nicht erwarten können, daß ich das ganze Programm unserer Volkspartei darlege. An der Reichseinheit müssen wir festhalten. Leider machen sich unter der Lodderwirtschaft, die gegenwärtig herrscht, verstärkte Bestrebungen zur Lostrennung vom Reiche geltend. Kein Mensch sieht mehr auf die Zentralgewalt. Man sieht jetzt, wie viel Wahres daran war, daß wir im Kaisertum das Symbol der Einheit erkannten. Das Gefühl des ganzen Deutschtums, das im Kaisertum das Zeichen seiner Einheit sah, können uns Haase und Landsberg nicht ersetzen. Deshalb müssen wir jetzt wieder kämpfen um die Reichseinheit. Zwar ist Berlin nicht Deutschland, aber wir müssen uns auch hüten, uns im Streben, von Berlin los zu kommen, um zu zersplintern. Wir wenden uns gegen den Gedanken eines neuen Rheinbundes, etwa unter französischem Protektorat. Wir müssen die Österreicher herzlich willkommen heißen. Das Streben zu uns ist dort leider seit dem 9. November längst nicht mehr in dem Maße vorhanden wie vorher. Gelingt es uns aber, die Deutsch-Österreicher an uns zu fesseln, dann kommen wir über manches hinweg, was wir nach anderer Richtung hin verloren haben, dann haben wir den großen Blod der 70 Millionen Deutschen inmitten Europas, von dem gilt, was der alte Bismarck gesagt hat: Da liegen wir denn wie ein Klotz inmitten Europas, an dem keiner vorbeigehen kann, den er beachten muß. Erreichen wir das, dann werden wieder andere Zeiten kommen, dann werden andere politische Konstellationen unsere Lage erleichtern. Der Widerstreit der Mächte wird nicht von der Welt verschwinden. Das sehen wir an dem Gerede vom Völkerbund und dem, was zur Verwirklichung davon in Aussicht steht. Wilson will ja jetzt, daß Amerika die stärkste Flotte baue, die die Welt jemals gesehen habe.

Deutschland braucht für die weitere Zukunft trotz allem noch nicht den Mut sinken zu lassen. Wenn es in Zukunft nicht wieder von schlechten Diplomaten beraten sein wird, dann wird es, wenn es will, auch wieder im Rate der Völker etwas bedeuten.

Vor allem auf wirtschaftlichem Gebiete werden sich im neuen Deutschland die Geister scheiden. Die Einen, Sozialisten und Salon-Sozialisten, wie Walter Rathenau usw., sehen das neue Deutschland aufgebaut auf einer Zusammenfassung aller großen industriellen Unternehmungen. Sie wollen monopolistische Staatsbetriebe oder Trusts,

die über hunderte von Millionen Kapital verfügen. Sie sagen, dann produzieren wir billiger. Die kleinen und mittleren Betriebe sollen stillgelegt werden, nur die großen, starken sollen bleiben. Etwa: Nitzsche überseht ins Wirtschaftliche. Der Weg vom Kapitalismus zum Überkapitalismus. Die heutige Regierung hat ja schon ohne Nationalversammlung Sozialisierungs-Kommissionen eingesetzt, die auf diesen glorreichen Weg führen sollen. Daß diese Entwicklung auf Kosten der starken, lebensfähigen Mittelschichten gehen würde, die mit eigenem freien Willen sich Bahn schaffen im Wirtschaftsleben, das ist mir ganz sicher.

Wir in der Deutschen Volkspartei wollen in offenem Gegensatz zu den sozialistischen Anschauungen die mittelständlerischen Kräfte in Stadt und Land, im kleinen Bürgertum, die ein selbständiges Gewerbe betreiben, erhalten und fördern. Wir sind der Meinung, daß noch immer das Volk am besten bestanden hat, dem die Möglichkeit des Aufstiegs des Einzelnen gegeben war. Wenn wir 1871 unsere volkswirtschaftliche Entwicklung nach den Gesichtspunkten einer J. E. G. gestaltet hätten, dann würden wir nicht unseren großen Aufschwung genommen haben.

Inwieweit die demokratische Partei sich nach dem einmal eingeschlagenen Wege unter dem übermächtigen Einfluß der Sozialdemokratie eine eigene Haltung bewahren wird, muß man abwarten. In einem scheiden wir uns deutlich von einander. Wir bekennen uns offen als bürgerliche Partei und als grundsätzliche Gegner der Sozialdemokratie. Wir sind der Meinung, daß wir alle Kräfte zusammenfassen müssen, um keine sozialistische Mehrheit über Deutschlands Geschicke verfügen zu lassen. Wir halten an unseren bürgerlichen Idealen unbedingt fest, in nationaler Hinsicht sowohl, wie in wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht. Darin unterscheiden wir uns grundsätzlich von der demokratischen Partei, deren Hauptführer, Professor Weber, es sich verbat, daß seine demokratische Partei eine bürgerliche Partei genannt werde. Der Führer der Demokraten in Hannover sagte: Wir sind nicht der linke Flügel des Bürgertums, sondern der rechte Flügel der Sozialdemokratie bzw. des Sozialismus.

Wir sind der Meinung, das Schicksal der deutschen Zukunft hängt davon ab, ob Deutschland jetzt eine sozialistische Regierung bekommen wird oder eine solche, in der auch die alten bürgerlichen Ideale volle Geltung haben. Da die Sozialdemokratie in dem Nebeneinander-

gehen mit der demokratischen Partei die bei weitem stärkere ist, so dürfte die demokratische Partei mit der Durchsetzung eigener Gedanken nicht viel Glück haben. Der Sozialismus empfindet international, wir haben im Gegensatz dazu die Überzeugung, daß das nationale Empfinden sich durchsetzen muß, wenn das Deutschtum in der Welt Geltung behalten soll. Wir haben die Empfindung, daß die kulturelle Richtung der „Frankfurter Zeitung“ und des „Berliner Tageblatt“ ausgesprochen kosmopolitisch ist, von dem Bestreben beseelt ist, möglichst viel von anderen Völkern aufzunehmen. Wir dagegen sind bestrebt nach Kräften unsere Eigenart zu betonen.

Es ist ja auch immer gesagt worden von maßgebender demokratischer Seite: Wir führen keinen Kampf nach links, sondern wir führen einen Kampf nach rechts. Ich glaube, daß von rechts her gar keine Gefahren drohen, stehe aber auf dem Standpunkt, daß wir von einer sozialistischen Welle bedroht werden, die aus Deutschland einen Zukunftsstaat machen will, der nach unserer Überzeugung jede persönliche Freiheit vollkommen unterdrückt. Wir stellen uns auf einen grundsätzlich gegnerischen Standpunkt und sind im Gegensatz auch zur demokratischen Partei der Ansicht, daß es gerade jetzt Zeit ist, das Nationalbewußtsein zu pflegen.

Wir müssen unser Unglück mit Würde tragen und versuchen, aus diesem Niederbruch wenigstens das Bewußtsein unseres Deutschtums in uns zu retten. Wir wollen die Entwicklung unserer kulturellen Eigenarten, wir wollen ein eigenes, unvergängliches Geistesleben. Will das Ausland uns ausschließen vom Kulturleben der anderen Welt, dann mag es das, wir haben dabei nicht das Meiste zu verlieren. Man hat uns Bedingungen auferlegt, wie Karthago, politisch machtlos, ohne Ansehen, wirtschaftlich bettelarm stehen wir da. Aber eins kann uns niemand nehmen. Wir können geistig reich sein in dem Bewußtsein eines kraftvollen Deutschtums trotz alledem. Wir wollen glauben an Deutschlands Zukunft. Grau und schwarz wird die Zukunft gewiß sein. Unser Leben wird in Zukunft nur dem Staate gehören. Wir alle werden schwer arbeiten müssen. Unser Leben wird im Wesentlichen darum gehen, daß das deutsche Reich seinen Verpflichtungen nachkommen kann. Aber der Blick in die Zukunft darf uns nicht niederdrücken. Wir müssen in einer hohen Geistigkeit einen neuen Inhalt zu gewinnen suchen. Unser Höchstes soll hinfort dem Volk und Staate gelten. In

das deutsche Volk sind wir hineingeboren, in ihm liegt für uns das reichste Leben der Welt. Es ist zwar nicht auch das schönste Land der Welt, es ist nicht das Land des blauen Himmels, der über Italien lacht, es ist nicht das Land der Sonne, sondern ein Land, in dem vielfach Nebel und Dunkelheit herrscht. Aber es ist unser Land, das Land unserer Sprache und Kultur, das Land unserer Seele, das Land unserer Väter, das Land unserer Kinder. Dieses unser Volk, dieses unser Land wieder groß und mächtig zu sehen unter den Völkern der Erde, dahin zu streben sei in Zukunft das Lebensziel jedes Deutschen. Das neue Deutschland in neuer Größe werden wir vielleicht nicht mehr erleben, aber die kommenden Geschlechter werden es erleben. Sorgen wir, daß der Weg dahin führt, Deutschland einmal wieder stolz und mächtig in der Welt zu machen, wie es war. Wir müssen hinwegkommen über den Niedbruch. Wir haben jetzt zu säen für eine ferne Zukunft. Mit Goethe sagen wir: Über Gräbern vorwärts! Hinweg in der Zukunft Reich. Stets bewußt sein soll sich unser Volk, für eine neue Zukunft zu arbeiten. Umbraust vom Haß der Welt wollen wir festhalten an dem, was uns von den alten Idealen des vergangenen Deutschlands geblieben ist und es hinüberretten in eine neue Zeit. Wir wollen uns bekennen zum Glauben an Deutschlands neuen Aufstieg.

27. 1. 1919.

Nationalversammlung und Parteien.

Der Ausfall der Wahlen. — Schwierigkeiten der Sozialdemokratie. — Demokratische Reform. — Verhältnis der Demokratie zur Sozialdemokratie. — Demokratie und Verfassung. — Erfolge der Deutschen Volkspartei. — Die Deutschnationalen. — Das Zentrum.

Die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung klären in gewisser Beziehung das Bild der politischen Entwicklung im Innern. Sozialdemokratie und Deutsche demokratische Partei werden in der deutschen Nationalversammlung die Mehrheit bilden, welche das erste parlamentarische Ministerium für Deutschland stellen wird. Die Gefahr einer sozialistischen Mehrheit ist abgewendet worden, obwohl die Sozialdemokratie an sich unter äußerst günstigen Bedingungen in den Wahlkampf einzog. Sie hat sich das neue Wahlrecht auf den Leib geschnitten, hat auch die jüngsten kaum in die politische Erziehung eingetretenen und zum Radikalismus neigenden Elemente an die Wahlurne gerufen, sie hatte den größten Vorteil von der Erregung, die in einem Millionenheere nach einem mehr als vierjährigen Kampfe in jedem Einzelnen als Ergebnis irgendwie erlittenen persönlichen Unrechts zurückbleibt. Sie hatte schließlich die politische Macht in den Händen und nutzte sie in strupelloser Weise für ihre Wahlzwecke aus. Wenn jemals die alte Regierung so in die Wahlen eingegriffen hätte, wie es diesmal die Arbeiter- und Soldatenräte taten, wenn jemals ein Landrat sein Landratsamt derartig in ein parteipolitisches Büro umgewandelt hätte, wie es die Soldaten- und Arbeiterräte in ihren Institutionen und mit den ihnen zur Verfügung stehenden Staatsautomobilen taten, dann wäre wohl keine Wahl in Deutschland unbeanstandet geblieben. Trotzdem ist das Ergebnis für die Sozialdemokratie kein glänzendes zu nennen. Sie hat die Vorrechtsstellung des Landes gegenüber der Stadt beseitigt, der alte Begriff der Fläche neben der Einwohnerzahl ist bei dem jetzigen aufgezwungenen

Wahlgesetz verschwunden, die Zahl der Wahlkreise von 397 auf 437 erhöht und trotzdem ist die Zahl der sozialdemokratischen Wahlstimme von 111 nur auf etwa 188 gestiegen. Wir glauben kaum, daß damit die Hoffnungen der Sozialdemokratie voll befriedigt worden sind.

Wären die Wahlen in einen späteren Zeitraum gefallen, so dürfte es wohl keinem Zweifel unterliegen, daß die Reaktion gegen die sozialdemokratische Herrschaft noch stärker eingesetzt hätte. Die kurze Zeit, in der die neue Regierung wirkte, hat vielen die Augen darüber geöffnet, daß Kritizieren leichter ist als Regieren, Niederreißen leichter als Aufbauen. Man hat den Militarismus zerstört und sieht als Ergebnis die Preisgabe der Ostmark und die ewigen Kämpfe mit den Spartakisten im Reiche. Man hat solange den Arbeitgeber als den Ausbeuter hingestellt, daß die Zügellosigkeit der Lohnbegierde jetzt die Regierung zwingt, sich mit aller Entschiedenheit gegen die übertriebenen Forderungen der Arbeiter zu wenden. Man hat nach der Sozialisierung der Unternehmungen gerufen und muß jetzt erkennen, daß man das Wirtschaftsleben totschrüge, wenn man es nach den sozialistischen Theorien durchführte. Man hat ein neues Zeitalter sozialer Gerechtigkeit und des Aufsteigens der geistig Befähigtesten versprochen und präsentierte dem deutschen Volke einen Adolf Hoffmann als Kultusminister. Die Ernüchterung trieb Hunderttausende aus dem sozialistischen Lager, und die Hoffnung auf eine sozialistische Mehrheit in der deutschen Nationalversammlung wurde zuschanden.

Dabei mußte sich die Sozialdemokratie nicht nur gegen die bürgerlichen Parteien, sondern auch gegen die Unabhängigen wenden. Man kann nicht bestreiten, daß die Wahl den Unabhängigen einen namentlich in der Stimmenzahl zum Ausdruck kommenden Erfolg gebracht hat. Auf der einen Seite haben sie die Kraft zu ihrer Agitation aus der Tatsache gezogen, daß die sozialistische Regierung, die in unbefränkter Macht für die Ausführung ihrer Ideen volle Bewegungsfreiheit hatte, in dem Augenblick von der Durchführung des sozialistischen Programms zurückschreckte, wo an sich die Möglichkeit gegeben war, es in die Praxis umzuwandeln. Der dogmenstarr gewordene Proletarier wurde leicht auf den Widerspruch aufmerksam, der zwischen der allein selbigen machenden Lehre des Marxismus und denjenigen Konzessionen bestand, welche die Sozialdemokratie notwendigerweise

dem praktischen Leben, namentlich auf wirtschaftlichem Gebiete bringen mußte. Auf der anderen Seite schmeichelt es dem Machinstinkt der Arbeiterklasse, diejenige Klassenherrschaft auszustoßen, welche durch das System der Arbeiter- und Soldatenräte geschaffen war und die mit der Nationalversammlung naturgemäß ein Ende haben mußte, wenn der Gedanke der Demokratie zu Ende gedacht werden sollte. Wie stark die Erregung in den Kreisen der Unabhängigen über die Regierungssozialisten war, zeigen die durch die Zeitungen gemeldeten Vorkommnisse der Mißhandlung des sozialdemokratischen Abgeordneten Hoch, die insofern eigenartig berührten, als Hoch innerhalb der Mehrheitssozialisten die schärfste Tonart vertrat und selbst durchaus dem Radikalismus zuneigte. Auch die zwiespältige Rolle, an welcher die Unabhängigen in Berlin durch ihr Lavieren zwischen den Mehrheitssozialisten und der Liebknechtgruppe gelitten haben, hat ihre Anziehungskraft nicht in dem Maße gemindert, wie man hätte annehmen sollen. Mit 2 800 000 Stimmen hat die unabhängige Sozialdemokratie einen Achtungserfolg errungen, der jedenfalls beweist, daß der Kampf Scheidemann gegen Haase und Ledebour noch nicht auskämpft ist, und daß wir mit dem Fortbestehen einer starken radikalsozialistischen Richtung um so mehr rechnen müssen, je mehr die Sozialdemokratie selbst in einem parlamentarischen Ministerium gezwungen sein wird, die Probe auf das Exempel zu machen, wie sozialistische Theorien sich in die Wirklichkeit umsetzen lassen.

Von den bürgerlichen Parteien behauptet die Deutsche demokratische Partei, einen großen Wahlerfolg erzielt zu haben. Mit einer Keffame, die an die Inserate großer Warenhäuser erinnert, posaunte ihr Leiborgan, das „Berliner Tageblatt“, den Sieg der Demokratischen Partei aus. Bei Licht besehen, steht dieser Erfolg in keinem Verhältnis zu den Tiraden, die der Wahl selbst vorangingen. Was man demokratische Zeitungen, so mußte man annehmen, daß die demokratische Partei bis auf kleine, bedeutungslose Splitter die beiden alten Liberalen in sich aufgenommen hätte, daneben aber durch die starke Betonung des demokratischen Gedankens auch gleichzeitig das Sammelbeden für viele Elemente geworden wäre, die auf dem Boden demokratischer und republikanischer Gesinnung den Weg von der Sozialdemokratie in das Bürgertum im Anschluß an diese Partei, die ja auch Raum für einen Hello v. Gerlach hatte, gefunden hätten. Nun hatten die beiden liberalen Parteien bei den letzten Wahlen etwa 3 400 000 Stimmen,

das hätte bei dem jetzigen Wahlrecht, falls die demokratische Partei auch nur die Vereinigung des gesamten Liberalismus wäre, ihr eine Stimmenzahl von 8—8½ Millionen geben müssen. In Wirklichkeit ist sie hinter einem solchen Ergebnis weit zurückgeblieben. Dasselbe gilt von der Zahl der Mandate. Die beiden liberalen Fraktionen besaßen im letzten Reichstag 90 unter 397 Mandaten; dazu kam diesmal eine Vermehrung der Mandate, so daß die Deutsche demokratische Partei, wenn sie eine Vereinigung des gesamten Liberalismus darstellte, 100 Mandate hätte erreichen müssen, um den alten Besitzstand des Liberalismus zu wahren. Trotz der starken Anziehungskraft, die sie infolge ihrer geschickten Propaganda, ihrer an amerikanische Verhältnisse gemahnenden Geldmittel, ihrer einflußreichen Presse und infolge des Vorsprungs besaß, den sie vor allen anderen bürgerlichen Parteien hatte, ist sie auch hier weit zurückgeblieben.

Die parlamentarische Situation gibt ihr allerdings die von ihr erstrebte Stellung als mitregierende Partei. Ob diese Stellung für sie politisch-praktische Erfolge zeitigen wird, muß abgewartet werden. Schon künden sozialdemokratische Führer an, daß diejenige Partei, welche mit der Sozialdemokratie regieren wolle, auch die Verpflichtung hätte, nicht nur demokratische, sondern sozialistische Politik zu machen. In der Frage der wirtschaftlichen Freiheit, in den großen kulturellen Fragen und vor allem in den Verfassungsfragen wird es der Deutschen demokratischen Partei nicht leicht sein, einen Ausgleich mit der Sozialdemokratie zu finden, vielleicht sogar unmöglich werden, den Ausgleich in sich selbst herzustellen. Erleben wir doch gerade in diesen Tagen, wie lebhaft der Widerstreit der Meinungen über die Verfassungsfragen innerhalb der eigenen Partei tobt. Die gegenwärtige Regierung hat den Entwurf einer deutschen Reichsverfassung durch Herrn Dr. Preuß ausarbeiten lassen, dem sie in den Herren Dr. Cohn und Rosenfeld zwei Mitarbeiter zur Seite stellte. Herr Preuß sieht in einer Zerstückelung Preußens den besten Weg der Bildung eines neuen deutschen Staatenbundes, und glaubt, dem deutschen Volke eine Verfassung vorschlagen zu dürfen, die zum Präsidenten des deutschen Reiches auch eine Persönlichkeit zuläßt, welche mindestens seit 15 Jahren Deutscher ist, was für Leute, wie Kurt Eisner und ähnliche Einwanderer, die besten Anwartschaften eröffnet. Die Erregung über die Zerschlagung des alten Preußens hat die Deutsche demokratische Partei in Berlin

bewogen, Herrn Preuß von sich abzuschütteln und ihn durch das Berliner Parteisekretariat auffordern zu lassen, eine etwa auf ihn fallende Wahl nicht anzunehmen. Herr Preuß ist gewählt und denkt vorläufig gar nicht daran, dieser Aufforderung seiner Berliner Parteifreunde zu folgen. Er kann sich auch mit Recht darauf beziehen, daß in seiner eigenen Partei die Anschauung über die Erhaltung Preußens geteilt ist, braucht er doch nur auf den Aufruf der Demokratischen Partei für Niedersachsen zu verweisen, welcher dort der gegenwärtigen Strömung weit entgegentritt und für ein selbständiges Niedersachsen eintritt. Denkt man sich demgegenüber die Rolle derjenigen Nationalliberalen, welche zur Demokratischen Partei übergegangen sind, welche aber im Innern Anhänger des unitarischen Gedankens geblieben sind, so darf man es der Zukunft überlassen, ob hier eine Einheitlichkeit der Auffassung auch nur in der Deutschen demokratischen Partei selbst zu erzielen sein wird, welche die Gewähr dafür gibt, daß die Stimmen der Fraktion in den grundlegenden Verfassungsfragen einheitlich abgegeben werden. Nationalliberale Politiker, welche stark für den Eintritt in die Demokratische Partei eintraten, betonten damals Parteifreunden gegenüber, daß ja diese Vereinigung in der Demokratischen Partei eigentlich nur die Vereinigung für ein Wahlbündnis sei und daß sich vielleicht in der Nationalversammlung der Vorgang in der Frankfurter Paulskirche wiederholen würde, in welcher die Fraktionsbildung auch erst nach den Wahlen erfolgt wäre.

Unter den Parteien, welche der Regierung nicht angehören werden, hat die Deutsche Volkspartei unter denkbar ungünstigen Verhältnissen in dem Wahlkampf gestanden. Die wiederholt aufgenommenen Einigungsverhandlungen und die Vertagung der endgültigen Entscheidung auf der Sitzung des Zentralvorstandes der Nationalliberalen Partei haben ihr erst spät die Möglichkeit gegeben, überhaupt in den Wahlkampf einzugreifen und sie hat dadurch unersehliche Wochen verloren. Vielfach waren inzwischen die Organisationen aufgelöst und teils zur Demokratischen Partei, teils zur Deutschnationalen Partei übergegangen. Langsam nur hat sich die Rückbildung vollzogen. In den Stimmen der Deutschnationalen Volkspartei stecken viele Hunderttausende alter nationalliberaler Stimmen, so in Baden, Württemberg, in vielen Teilen des Königreichs Sachsen, Schlesien und anderwärts. Geschlossen standen nur wenige Provinzorganisationen hinter der Deutschen Volkspartei, als der Wahlkampf begann,

und sie mußte nun, nachdem die anderen schon Tausende für sich auf ihr Programm festgelegt hatten, als letzte Partei den Wahlkampf beginnen. In vielen Bezirken war es in der kurzen Zeit überhaupt unmöglich, zur Aufstellung von Kandidaten zu gelangen, Mittel standen der Partei nur in beschränkter Weise zur Verfügung. Das Märchen von Geldern der Schwerindustrie ist eine glatte Erfindung der Gegner, die ihrerseits gar keine Bedenken trugen, da, wo Führer der Schwerindustrie, wie Generaldirektor Eich von den Mannesmannwerken, sich ihr angeschlossen, sich deren persönliche und finanzielle Unterstützung gefallen zu lassen. Ein Märchen auch, daß die Deutsche Volkspartei Wahlrechtsgegner als Kandidaten aufgestellt hätte. Herr Friedberg, der in wenig vornehmer Weise die Zertrümmerung der alten Nationalliberalen Partei noch in den letzten Tagen des Wahlkampfes besorgen wollte, konnte nichts weiter vorbringen, als daß unter einem Ausruf der Deutschen Volkspartei ein einziger früherer Wahlrechtsgegner mit seinem Namen gestanden hätte. Höhnisch wies die Demokratische Partei darauf hin, daß die Deutsche Volkspartei gar nicht zur Fraktionsbildung gelangen würde; führende Persönlichkeiten aus dem nationalliberalen Lager suchten ihre Freunde davon abzuhalten, sich der Deutschen Volkspartei anzuschließen, indem sie darauf hinwiesen, daß die Partei „wahrscheinlich nur 4, höchstens 8 Mandate erringen würde“. In dem alten Stammlande der Partei, in Hannover, hatten die Verhältnisse in Berlin einen solchen Abscheu erregt, daß der Wunsch nach der Selbständigkeit Hannovers geradezu mit Naturgewalt sich Bahn brach und damit den Welfen hunderttausende von Stimmen zuführte. In Westfalen glaubte die Deutsch-nationale Volkspartei Erbin der Nationalliberalen Partei werden zu können und hatte sich kräftig in die Agitation gestürzt. In Köln, Duisburg, Arefeld waren zunächst die nationalliberalen Organisationen restlos zur Demokratischen Partei übergegangen. Wenn trotz aller dieser widrigen Umstände die Partei im ersten Anlauf etwa 1½ Millionen Stimmen auf sich vereinigen konnte (die Ziffern des Reichsanzeigers sind vollkommen irreführend und geben die Stimmen der Partei nicht richtig an), und wenn sie 22 Mandate errang, so ist dies ein Erfolg, den man ihr überhaupt nicht zugemessen hatte, auch wenn die Gegner sich jetzt auch aus taktischen Gründen anders stellen. Dabei birgt die Fraktion eine Reihe hervorragender Persönlichkeiten in sich, die die Gewähr dafür geben, daß sie bei den wichtigen Fragen

des Verfassungslebens hervorragend vertreten sein wird, und die Erfahrungen des Wahlkampfes lassen der bestimmten Erwartung Raum geben, daß die Rückkehr vieler Hunderttausende aus dem demokratischen Lager zur Deutschen Volkspartei erfolgt, und die Partei als Partei des deutschen Liberalismus gegenüber der deutschen Demokratie ihren alten Charakter als Mittelpartei wieder erhält und zur alten Bedeutung sich weiterentwickeln wird. Wie selbst auf sterilem Boden Erfolge der Deutschen Volkspartei zu erzielen sind, zeigen die Ergebnisse der Wahlen in Berlin und Charlottenburg, wo die Demokratische Partei gegenüber ihrem früheren Einfluß in der Reichshauptstadt eine geradezu erstaunliche Niederlage erlitt und zum erstenmal seit dem Bestehen des Reiches erleben mußte, daß sie nicht mehr die Mehrheit unter den bürgerlichen Parteien der Reichshauptstadt vertrat. Mit Ausnahme der Magdeburgischen Zeitung, die das, was ihr an Sachlichkeit der Argumentierung gegenüber denjenigen fehlte, die die alte Nationalliberale Partei fortsetzen, durch Gehässigkeit ihrer Kampfweise zu ersetzen suchte, sind die großen führenden Blätter der Nationalliberalen Partei treu geblieben. In geradezu vorbildlicher Weise hat namentlich die Kölnische Zeitung den Trennungsstrich zwischen Demokratie und Liberalismus gezogen und die unvergänglichen Gedanken liberaler Staatsanschauung auch für die Gegenwart in einer Reihe vorzüglicher Artikel dargelegt. Die alten Organisationen sind um Tausende von Mitgliedern gestärkt. Da, wo die Organisationen Lücken aufweisen, werden sie geschlossen werden, die nächsten Wahlen werden die Partei als eine Reichspartei, die in allen Landesteilen Deutschlands mit um den Erfolg ringt, ebenbürtig an der Seite der anderen Parteien sehen.

Die alte Konservative Partei ist nicht mehr. Aus ihr ist in Verbindung mit Gruppen der Freikonservativen und der Christlich-Sozialen die Deutschnationale Partei entstanden. Die prononcierten Persönlichkeiten des Kriegsreichstags fehlen in ihr. Es ist schade um eine so geradlinige Persönlichkeit, wie es Graf Westarp war, den auch seine Gegner ungern im Parlament vermissen werden. Man nahm vielfach an, daß die Führung in die Hände des freikonservativen Außenleiters v. Kardoff übergehen würde. Aber gerade ihm war das Wahlgluck nicht hold, und er wird der Nationalversammlung nicht angehören. Welche Stellung die Partei unter diesen neuen Verhältnissen einnehmen wird, läßt sich deshalb schwer voraus

ragen. An sich hat die Partei an zahlenmäßiger Stärke am meisten verloren und durch die neuen Verhältnisse gelitten. Irgendeine Gefahr für eine Reaktion von rechts besteht angesichts der heutigen Verhältnisse überhaupt nicht mehr. Deshalb bestand und besteht für die Deutsche Volkspartei kein Grund, den Kampf gegen die Deutschnationale Volkspartei etwa in den Vordergrund zu stellen. Ihr weiteres Verhältnis zu dieser Partei wird von der Entwicklung in der Nationalversammlung selbst abhängen.

Ungebrochen, in alter Stärke, tritt das Zentrum als Christliche Volkspartei in die Nationalversammlung ein. Ob der Zentrumsturm den Stürmen der Gegenwart Troß geboten hätte, wenn nicht Adolf Hoffmann als Kultusminister eine Art neuen Kulturkampfes in Deutschland erwirkt hätte, kann füglich bezweifelt werden. Stark war in den Kreisen der christlichen Gewerkschaften das Emanzipationsbedürfnis von der Zentrumspartei, und nur durch große Konzessionen vermochte das Zentrum überhaupt noch diese starken Arbeiterorganisationen bei der Stange zu halten, setzte dadurch aber wieder die Parteitreuere des katholischen Mittelstandes und der Landwirtschaft einer starken Belastungsprobe aus. Vielfach glaubte und hoffte man, daß der konfessionelle Charakter irgendeiner Partei durch die Ereignisse des Krieges überhaupt ausgelöscht worden wäre. Vielleicht hätte sich das Bedürfnis nach einer ausgesprochen katholischen Partei gar nicht mehr aufrecht-erhalten lassen, wenn nicht die unabhängige Sozialdemokratie in ihrem unvergleichlichen Kultusminister das Zentrum aus aller Not befreit hätte. Als Christliche Volkspartei versuchte das Zentrum auch in evangelischen Kreisen Anhängerschaft zu gewinnen und in einigen Bezirken, wie in Berlin, wo auch evangelische Pfarrer ihm zur Seite stehen, ist ihm dies auch gelungen. Im allgemeinen aber haben die alten Traditionen zwar die deutschen Katholiken im wesentlichen bei der Fahne des Zentrums gehalten, haben aber auch die evangelische Bevölkerung davon abgehalten, sich der Christlichen Volkspartei anzuschließen.

Unter sozialistisch-demokratischer Herrschaft wird also zunächst die Nationalversammlung im neuen Deutschland stehen. Ihre Feuerprobe wird diese politische Koalition bei den Verfassungsfragen zu bestehen haben. Aber nicht von der Verfassung wird im wesentlichen das künftige Geschick Deutschlands abhängen, sondern davon, ob die Ver-

hältnisse im Innern sich selbst so konsolidieren, daß wir überhaupt noch ein Volk von nationalem Willen und wirtschaftlicher Kraft bleiben. Was wir seit dem 9. November durchleben, war eine Periode der Auflösung. Wir warten auf die Periode des Aufbaus im Innern. Erst aus ihm kann die Richtung für den Aufbau nach außen kommen.

Berlin, 29. Januar 1919.

3. 2. 1919

Aufgaben der Nationalversammlung.

Erledigung der Verfassungsfragen. — Herstellung geordneter Zustände. — Noske, der zweite Ludendorff. — Amerongen. — Kaiser und Kaisertum. — Wo sind die Illusionisten. — Selbstbesinnung und Würde.

Der Deutschen Nationalversammlung in Weimar sehen die weitesten Kreise des deutschen Volkes mit so großen Erwartungen entgegen, daß es notwendig ist, vor Übertreibung zu warnen. Zwei Dinge sind nämlich durchaus voneinander zu scheiden: die Erledigung der Verfassungsfragen für das Reich und die weit wichtigere der Herstellung geordneter Zustände im Innern. Selbst wenn die verfassunggebende Versammlung sich in einer großen Einmütigkeit zu einer Neuordnung der Verhältnisse im Reiche zusammensindet und wenn die Nationalversammlung als solche, was leider noch gar nicht feststeht, einen geordneten Verlauf nimmt und der Wunsch der Vertreter des deutschen Volkes nach einem Wiederaufbau des Reiches mit vereinten Kräften deutlich in Erscheinung tritt, so wäre doch für unsere Entwicklung nicht das geringste gewonnen, wenn nicht zunächst die Fundamente für diese Weiterentwicklung dadurch gelegt würden, daß eines gesichert wird, was das A und O unserer deutschen Zukunft ist: die Schaffung einer Zentralgewalt mit ausreichender Autorität. Wie sehr es daran fehlt, das sehen wir doch heute trotz der Niedererschlagung der Spartakusunruhen in der Reichshauptstadt an allen Ecken und Enden. Mancher Arbeiter- und Soldatenrat glaubt sich befugt, seine eigenen Ansichten denjenigen der Reichsbehörden entgegenzusetzen oder doch mindestens mit den Reichsbehörden über die zweckmäßige Form des Regierens diskutieren zu können. Herr Noske, der anscheinend im kleinen Finger mehr Energie besitzt als seine Kollegen im Räte der Volksbeauftragten in ihrer ganzen Hand, hat richtig erkannt, daß es notwendig ist, die Ministerarbeit der kommunistischen Partei mit Entschiedenheit zu bekämpfen, und aus diesem Grunde hat er die Expedition nach Bremen angeordnet; aber

genau wie bei dem Vorgehen gegen die Matrosen im Schloß sehen wir alsbald die Regierung in Verhandlungen und Konzessionen und sehen die Einigung der unabhängigen radikalen Elemente mit den ausgesandten Truppen, so daß bis zur Stunde noch nicht feststeht, ob diese an sich richtige Aktion mit einer Stärkung oder Schwächung der Zentralgewalt endet. Dazu kommt die Nachricht von dem Beschluß des Weimarer Arbeiter- und Soldatenrates, der sich gegen die Zuziehung auswärtiger Truppen nach Weimar zum Schutz der Nationalversammlung wendet, und die allerdings von anderer Seite noch nicht bestätigte Meldung der Berliner Börsen-Zeitung von einer Besetzung des Telegraphenamtes in Weimar durch die Unabhängigen. Spartakusunruhen in Berlin werden für die nächsten 14 Tage erwartet. Im Osten sind die Verhältnisse nach wie vor schwachvoll. Der Deutsche ist vogelfrei, und unsere Freiwilligen-Kompanien zum Grenzschutz können nicht im entferntesten ersetzen, was wir durch die Zerstörung des „Militarismus“ aufgegeben haben. Ist es der bolschewistischen Regierung in Rußland wirklich gelungen, ein Heer zusammenzubringen, und führt sie dieses Heer gegen die ostpreussischen Grenzen, dann ist es mehr als fraglich, ob wir in Deutschland es vermögen, unsere Fluren vor diesem furchtbaren bolschewistischen Einfall zu schützen.

Man sieht an diesen Verhältnissen, wie leicht das Niederreißen und wie unsäglich schwer das Wiederaufbauen ist. Das deutsche Heer, die herrlichste Institution dieser Art, hat man entzwei geschlagen, nun sucht man künstlich einen Ersatz für das, was man nicht mehr besitzt. Der Weg der Regierung bewegt sich in Konzessionen. Die Verordnung über die Kommandogewalt führt zu stürmischen Protestkundgebungen des alten Offizierkorps, das sich mit Recht dagegen wehrt, nunmehr auch durch die Regierungskundgebung die Achselstücke zu verlieren, die den Mitgliedern des Offizierkorps in den ersten wilden Revolutionstagen vom Leib gerissen worden sind. Sie sehen in ihrer künftigen Stellung nicht mehr diejenige Autorität gesichert, die notwendig ist, um im Heere die Disziplin aufrecht zu erhalten. Auf der anderen Seite treiben manche Soldatenräte gegen den „neuen Ludendorff“, gegen den „Bluthund“ Noske, den sie der Gegenrevolution bezichtigen, die stärkste Opposition, und so bleibt das Ergebnis des Ganzen eine Halbheit, die den Eindruck erweckt, daß die Regierung sich genau dessen bewußt ist, wie notwendig die

Wiederaufrichtung der Autorität ist, daß sie innerlich mit der ganzen Organisation der Arbeiter- und Soldatenräte längst fertig ist, aber nunmehr die Geister, die sie gerufen hat, nicht los zu werden vermag und ihre eigenen Gedanken ohne diese nicht mehr durchzuführen in der Lage ist.

Dasselbe, was von dieser politischen Lage im Reiche gilt, muß noch in viel schärferem Maße von der wirtschaftlichen Lage ausgesprochen werden. Wir stehen vor der größten wirtschaftlichen Katastrophe, wenn es nicht gelingt, die Kohlenproduktion wieder einigermaßen auf die alte Höhe zu bringen. Wie eine Volkskrankheit zieht der Bolschewismus durch die großen Betriebe der Bergwerksindustrie, zieht die Arbeitsscheu durch die Lande. Deutschland ist so reich an innerlicher Arbeitsintensität und wirtschaftlicher Kraft, daß es selbst durch die Niederlage nicht dauernd zu zerstören wäre, wenn es jetzt alle Kräfte zusammennimmt und verstärkt, um wieder auf die Beine zu kommen. Erst dann steuern wir dem Chaos entgegen, wenn so weiter gewirtschaftet oder nicht gewirtschaftet wird wie gegenwärtig. Die augenblickliche Arbeitslosenunterstützung, die in der Form, in der sie gewährt wird, geradezu eine Prämie auf die Niederlegung der Arbeit ist, hat in hohem Maße zu dem Zustand der Arbeitsscheu wie er jetzt besteht, beigetragen. Der Zusammenbruch aller Autorität ist durch den Tod des Bergwerkdirektors Jokusch gekennzeichnet, der freiwillig aus dem Leben schied, um seinen Arbeitern durch seinen Tod ein Beispiel dafür zu geben, daß das den Arbeitern so beneidenswert erscheinende Los der Bergwerksdirektoren unter den jetzigen Verhältnissen ein schlimmeres war, als der Tod es sein konnte. Wir nähern uns mit unheimlicher Schnelligkeit russischen Zuständen und gehen den Weg der russischen Entwicklung, wenn wir nicht die Kraft finden, durch straffe zentrale Gewalt dieser Zustände endgültig Herr zu werden. Von der Lösung dieser Aufgaben hängt heute mehr ab als von der Lösung der Verfassungsfrage durch die Versammlung in Weimar, denn alle Beschlüsse der Weimarer Versammlung sind bei Nichtherstellung geordneter Verhältnisse nicht das Papier wert; auf das sie gedruckt werden.

*
*
*

In Amerongen in Holland hat der Kaiser am 27. Januar das 60. Lebensjahr vollendet. Der Sturz aus höchster Erdengröße nicht

nur zur Einsamkeit des Privatmannes, sondern auch zur Sorge um eine ungewisse, von Gefahren umdrohte Zukunft ist wohl selten seit den Zeiten Napoleons I. tragischer zum Ausdruck gekommen, als in seinem Sturz. Auch das Bild des letzten Trägers der Hohenzollernkrone schwankt in der öffentlichen Meinung der Welt und in der Meinung seines Volkes. Auch von ihm gilt das Wort, das der Dichter Ulrich von Hutten in den Mund legt: „Nicht war, was ich getan, allwege gut, ach bald gebrach's an Kraft und bald an Mut, hier von des Glückes Huld ward ich begrüßt, dort hab ich eigne Schuld, wie schwer, gebüßt.“ Niemand aber wird dem Kaiser vorwerfen können, daß sein Wirken anders als von ernstestem und edelstem Willen eingegeben war. Das Romantisch-Mystische in seiner Persönlichkeit, das u. a. in seiner Auffassung des Gottesgnadentums zum Ausdruck kam, ist ihm durch die Erziehung von Hirs^zpeter in der Zeit, in der der Mensch Eindrücken am empfänglichsten ist, in der Jugend, eingeimpft worden. Was ihm fehlte, das waren kraftvolle Persönlichkeiten in seiner Umgebung, die ihm entgegengetreten wären und gegen diese Einflüsse gewirkt hätten. Seltsam kontrastierte in ihm diese Auffassung, die ihn wie Friedrich Wilhelm IV. als „Romantiker auf dem Throne des Cäsaren“ erscheinen ließ, mit seiner Erfassung moderner Ideen und seinem lebendigen Interesse für alle Fragen von Technik, Wirtschaft und Verkehr. Die alte national-liberale Partei unter Bassermanns Führung hat dem, was in seiner Persönlichkeit zu sehr zum persönlichen Regiment neigte, scharfen Widerstand entgegengesetzt. Es soll in dieser Beziehung nur an die Interpellation Bassermanns erinnert werden, in der unser alter Führer gegen diese Ausschreitungen scharfen Einspruch erhob, nicht nur in der Daily-Telegraph-Affäre, sondern schon vorher in der ersten Interpellation zur Zeit der Bülow'schen Kanzlerschaft. Großen politischen Fehlern des Kaisers stehen Tatsachen gegenüber, die von einer Auffassung der Dinge zeugen, in denen die Geschichte ihm Recht gegeben hat. Der Konflikt mit Bismarck, der niemals mit der Entlassung Bismarcks enden durfte, zeigt doch, daß Bismarck die moderne Auffassung nicht teilte, die der Kaiser, der in diesen sozialen Fragen Frieden haben wollte mit seinem Volke, von den Forderungen der Arbeiterschaft hatte. Die Erwerbung Helgolands war unter den gegebenen Umständen eine weltpolitische Tat, sein Eintreten für den Mittelands-Kanal zeigte ein leider von dem Preußischen Dreiklassenparlament

nicht richtig gewürdigtes Verständnis für die wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands. Die Liebenswürdigkeit, die von seiner Persönlichkeit ausstrahlen konnte, suchte er in den Dienst der Politik zu stellen, sein Bestreben in seiner Regierungszeit war sicher, als Friedenskaiser zu sterben und sein Land zur höchsten wirtschaftlichen Blüte zu entfalten.

Wenn er die ihm verfassungsgemäß gegebenen Schranken überschritt, lag die Schuld dann nur an ihm, oder nicht vielmehr an dem saturierten Bürgertum, das überhaupt keine politischen Freiheitsideale in einer Zeit großen wirtschaftlichen Aufschwungs besaß, lag es nicht an seiner Umgebung, die nicht den Mut hatte, diesem Überschreiten seiner Befugnisse entgegenzutreten, sondern ihrerseits zusammen mit dem Bürgertum diese Eigenschaften noch wesentlich unterstützte? Deshalb ist es eine der bedauerlichsten Erscheinungen in der Gegenwart, zu sehen, daß dasjenige Bürgertum, das dem Kaiser, den es, auch wenn er auf falschem Wege wandelte, nicht genug umjubeln konnte, jetzt die Schuld am Ausgang des Krieges allein zuschiebt, von der Schuld der Clemenceau, Lloyd George, Tswolski und der anderen sich aber abwendet und dadurch einmal politische Selbsterfleischung betreibt, auf der anderen Seite aber in einer Würdelosigkeit ohnegleichen das Andenken an die Zeit verdunkelt und in den Schmutz zerrt, die doch schließlich Deutschlands große Zeit gewesen ist und die uns in der Erinnerung das große Deutsche Reich zeigen wird, das wir auf lange Zeit, vielleicht für unser ganzes Leben nicht wiedersehen werden. Es gab Byzantiner des Kaisertums und es gibt leider auch — und vielfach sind es dieselben Leute — Byzantiner der Republik. Eine Partei wie die alte Nationalliberale Partei, die an der Spitze des alten Programms stehen hatte: Treue zu Kaiser und Reich, kann nicht ohne weiteres ihre alte Tradition verleugnen. Diesem Gedanken entsprang der Entschluß, zum 60. Geburtstag des Kaisers ihm ein Zeichen des Gedankens und der Würdigung seines Wirkens zu übersenden und ihm einen friedlichen Lebensabend zu wünschen. Falsche Auslegung hat versucht, diesem Wunsch den Gedanken einer royalistischen Bewegung zu unterschieben. Das ist, wie die „Nationalliberale Korrespondenz“ richtig feststellte, eine völlige Verdrehung der Tatsachen. Es ist kein Zweifel darüber, daß auch die Deutsche Volkspartei, wie sie wiederholt erklärt hat, sich mit den gegebenen Tatsachen abfindet und auf dem Boden der deutschen Republik mitarbeiten wird. Aber niemand kann verlangen, daß diejenigen,

ein halbes Jahrhundert überzeugte Träger der monarchischen Idee gewesen sind, nun als Republikaner auftreten und alles hinter sich werfen und vergessen, was sie bisher als Ideal vertreten hatten. Die Frage der Republik ist schließlich in den Novembertagen nicht der Brennpunkt der Revolutionsbewegung gewesen. Herr Scheidemann hat den Beschluß des sozialdemokratischen Parteivorstandes wegen Abdankung des Kaisers dem Prinzen Max von Baden vortragen, er war aber seinerseits damit einverstanden, daß diese Frage zunächst für die Verhandlungen des Kriegskabinetts zurückgestellt würde. Als dann die bürgerlich demokratische Presse, voran die „Frankfurter Zeitung“, den Kampf gegen den Kaiser eröffnete, konnte nunmehr auch der „Vorwärts“ nicht zurückstehen, und dadurch kam die Kaiserfrage in den Mittelpunkt der Debatte, in dem sie zunächst nicht gestanden hatte. Die Rede, mit der der Kaiser die neuen Minister begrüßte, hatte auch weite demokratische Kreise, wie z. B. den Abg. Haußmann, völlig befriedigt. Die Revolution ist viel weniger durch die Kaiserfrage als durch die Einziehung der Munitionsarbeiter in Berlin zum akuten Ausbruch gekommen. Viele von denen, die heute den Eindruck machen wollen, als seien sie stets überzeugte Republikaner gewesen, haben bis wenige Tage vor der Revolution zwar mit der Abdankung des Kaisers und des Kronprinzen gerechnet, aber alle Gedanken der Beseitigung des Kaisertums von sich gewiesen und in der Übertragung einer Regentschaft auf den Enkel des Kaisers die beste Lösung der Frage gesehen. Auch führende Mitglieder der Nationalliberalen Reichstagsfraktion, die jetzt zu der Demokratischen Partei übergegangen sind, haben in einer hierüber abgehaltenen Fraktionsitzung mit aller Entschiedenheit zum Ausdruck gebracht, daß sie am Kaisertum schon als einem Symbol der deutschen Einheit festhielten, und der Beschluß der Fraktion, sich an einer Aktion gegen den Kaiser nicht zu beteiligen, ist damals einstimmig gefaßt worden. Wie töricht deshalb, in einer Rundgebung, die davon spricht, daß man unter Anerkennung der gegebenen Verhältnisse die jahrzehntelang vertretenen Ideale an sich nicht aufgibt, eine royalistische Aktion zu sehen!

Ängstlich haben zaghafte Gemüter von der Wirkung solcher Rundgebungen auf das Ausland gesprochen. Wer sich über die Wirkung von Maßnahmen auf das Ausland Illusionen hingibt, das sollte doch bei dem jetzigen Stand der Dinge keinem Zweifel unter-

liegen. Die größten Illusionisten sind doch diejenigen gewesen, die geglaubt und dem deutschen Volke vorgeredet haben, daß die Wege der deutschen Demokratie durch ihre Wirkung auf das Ausland zu einer glücklichen Zukunft Deutschlands führen würden. Wäre das der Fall, dann hätte einmal schon die einsetzende demokratische Entwicklung zum parlamentarischen System in Deutschland, so hätte weiter die Revolution und die Schaffung einer sozialistischen Regierung zu Verhältnissen führen müssen, bei denen Deutschland die Möglichkeit gehabt hätte, durch seine Vertreter auf die Entwicklung der künftigen Weltgeschehnisse mitbestimmend einzuwirken. Statt dessen stehen wir vor Waffenstillstandsbedingungen, wie sie seit Karthagos Niedergang keinem Lande wieder auferlegt worden sind. Unsere Transportmittel wurden uns in rigorosester Weise entzogen. Der Auslieferung der Lokomotiven und Waggons folgt die Auslieferung der deutschen Handelsflotte, die Hungerblockade besteht fort und die Bestellung der Felder wird durch die Abgabe der landwirtschaftlichen Maschinen noch weiter erschwert. Was uns bisher geschehen ist, gibt nicht den geringsten Grund zu irgendeiner Hoffnung auf Entgegenkommen seitens unserer Feinde. Der Frieden wird ein Gewaltfrieden furchtbarster Art. Unsere wirtschaftliche Erdrosselung ist das Ziel unserer Feinde. Mit vollem Recht hat ein Sozialist wie Paul Lensch in einem flammenden Aufsatz im „Tag“ der Regierung vorgeworfen, daß sie nichts getan hätte, um durch einen Appell an das gesamte Weltproletariat nunmehr das revolutionär-demokratische Deutschland auszuspielen gegenüber diesen Gewaltfriedensabsichten und die Völker als Bundesgenossen für ihre eigene Auffassung anzurufen. Ob die Regierung nicht dazu kommt, weil sie durch die inneren Kämpfe so in Anspruch genommen ist, oder ob sie selbst daran zweifelt, diesen Einfluß noch ausüben zu können, mag dahingestellt bleiben. An der Tatsache, daß die Wirkung der Demokratisierung auf unsere Feinde bisher gleich Null gewesen ist, besteht kein Zweifel. Und wie hatte man einst schon von der Frau Friedberg-Bayer-Hertling einen Einfluß auf das Ausland erwartet! Nein, wenn wir in englischen Zeitungen lesen, mit welcher Verachtung man dort davon spricht, weil Deutschland sich von allen früheren Traditionen abwendet, um nur das Wohlwollen seiner Feinde zu erbetteln, dann wird man über die Wirkung auf das Ausland anderer Ansicht sein müssen als diejenigen, die da glauben, durch fortgesetzte Betonung demokratisch-republikani-

scher Gesinnung Vorteile für Deutschland zu erringen. Der neue Staatssekretär des Auswärtigen, Graf Brodthorff-Ranzau, scheint denn auch von der Ergebnislosigkeit dieser Bemühungen überzeugt zu sein. Seine letzten Kundgebungen atmen wieder den Geist der Selbstbefinnung und der Würde. Wir sind überzeugt, daß dieser Geist gerade bei Völkern wie dem französischen und englischen mehr Eindruck hervorrufen wird als das Vorgehen jener Kreise, die bisher auf dem Pluskonto ihrer auswärtigen Politik seit den Tagen der Revolution nichts zu buchen haben.

Berlin, 3. Februar 1919.

22.2.1919.

Weimar und die Politik.*)

Der Geist von Weimar. — Von Schiller und Goethe zu Ebert und Scheidemann. — Gröbers Widersprüche. — Demokratische Unwahrhaftigkeiten. — Monarchie oder Republik. — Der Geist von Potsdam. — Reich und Einzelstaaten. — Illusionen über Illusionen. Ein Lichtbild. — Arbeiten und nicht verzweifeln.

Vielleicht sollte eine tiefere Symbolik darin liegen, daß die Deutsche Nationalversammlung nach Weimar berufen wurde. Oft ist seitdem von dem Geist von Weimar gesprochen worden, und die davon sprachen, legten in diese Worte gleichzeitig einen prononzierten Gegensatz hinein gegen den als überwunden geglaubten Geist von Potsdam. Im Anschluß an die Großen des Geistes, die dort Ewigkeitswerte geschaffen haben, welche noch heute zum Kulturbesitz aller Nationen gehören, sollte gewissermaßen die alle Völker umspannende Kulturgemeinschaft als Anfang der neuen Zeit des Völkerbundes durch Weimar dargestellt werden. Uns klingt aus Weimar auch ein anderer Ton. Wir denken an das Schillerwort: „Nichtswürdig ist die Nation, die nicht ihr Alles freudig setzt an ihre Ehre“, und denken daran, daß Goethe einst als höchstes Glück der Erdenkinder die Persönlichkeit gepriesen hat. Der eine Ausspruch ein flammendes Bekenntnis zum nationalen Gedanken, der andere eine Grundidee des Liberalismus verkörpernd, der nicht demokratische Gleichmacherei, sondern Bildung der Persönlichkeiten durch die Kulturerziehung des Staates bedingt. Wir denken auch des Großen von Weimar, der auf der Höhe des Erdenwissens stehend, einmal ausgesprochen hat, daß alle Errungenschaften der Kunst und Wissenschaft das große Gefühl nicht aufwiegen können, einer mächtigen Nation anzugehören.

Dieser Geist von Weimar sprach nicht aus allen Reden, die wir

*) Anm.: Die nachfolgenden Ausführungen geben den Gedankeninhalt der bei der Kundgebung der Deutschen Volkspartei in der Philharmonie am 22. Februar 1919 gehaltenen Rede Dr. Stresemanns wieder.

dort gehört haben. Nicht jeder Mensch wächst mit seinen größeren Zweeden. Auch Herr Ebert nicht. Die Rede, die er bei Eröffnung der Nationalversammlung hielt, entsprach nicht der Größe der Stunde. Die Welt lauschte auf den Flügelschlag deutschen Geistes und hörte eine Kleinliche Parteireden. Noch tiefer in die Niederungen der Parteipolitik stiegen die einzelnen Reichsminister, die ganz vergessen zu haben scheinen, daß sie von der Ministerbank und nicht in Wahlversammlungen sprachen. Entweder war es Mangel politischer Erziehung oder beabsichtigte Taktik, daß gegen jeden Redner der Opposition ein Aufgebot von mehreren Ministern erfolgte, so daß tagelang die Diskussionen von Weimar nichts anderes als Monologe der Regierung boten. Allerdings waren auch diese Einzelgespräche der Minister und Abgeordneten der Regierung darum nicht uninteressant, weil es bei der Zusammensetzung des heutigen Reichsministeriums an Auseinandersetzungen innerhalb der verschiedenen Flügel der Mehrheit nicht fehlte.

Von demokratischer Seite wird es jetzt oft so hingestellt, als wenn die Verbreiterung der Regierungsbasis durch den Eintritt des Zentrums ein großer Erfolg der Demokratischen Partei wäre. Vor Tische las man's anders. Da las man, daß die Demokratische Partei die ausschlaggebende Rolle im Parlament spiele und daß sie mit der Sozialdemokratie zusammen im Reiche und in den Bundesstaaten die neue Ära einleiten und uns neuen Zielen entgegenführen würde. Auf beiden Seiten, sowohl bei der Sozialdemokratie wie bei der Demokratie, scheint man aber das Risiko für zu groß gehalten zu haben, auf der Grundlage von zwei Fraktionen die Mehrheitsbildung zu versuchen. Zudem hat die Sozialdemokratie wohl ziemlich deutlich zu erkennen gegeben, daß sie auf den guten Willen der Demokratischen Partei gar nicht angewiesen sei und mit den Arbeitersekretären des Zentrums weit bessere Politik in vielen Fragen machen könne, als wie mit der innerlich absolut nicht einheitlichen Deutschen demokratischen Partei. So sehen wir denn heute eine Regierung auf breiter Grundlage, aber in sich die größten Gegensätze bergend. Man kann sich kaum einen größeren Gegensatz von Weltanschauungen denken, wie die Rede Scheidemanns auf der einen, die Rede Gröbers auf der anderen Seite. Der eine preist die Revolution, der andere erklärt sie für unnötig, der eine dankt den Arbeiter- und Soldatenräten, der andere übt an ihnen die schärfste Kritik, der eine begrüßt

den Zusammenbruch des Militarismus, der andere dankt dem alten Heer. Der „Vorwärts“ hat ja dann auch die Rede Gröbers eine provokatorisch-reaktionäre genannt — ein netter Anfang einer politischen Ehe. Was Gröber ausführte, waren viele Gedanken, die auch von der Opposition später in ihren Reden zum Ausdruck gebracht worden sind. Gegen einen Gedankengang in der Gröberschen Rede muß allerdings entschiedener Einspruch erhoben werden. Der Zentrumsführer suchte die Anerkennung der Republik durch seine Partei, die früher auf streng monarchischer Grundlage gestanden hatte, damit zu überbrücken, daß er den Satz prägte, jede Obrigkeit sei von Gottes Gnaden. Wäre das richtig, dann wäre jede Sparatatusbande, die irgendwo die Gewalt an sich reißt, das moralische Recht, zu regieren, in sich tragen. Dieser Satz, eine politische Entgleisung großen Stils, trüge die Rechtfertigung jeder Gewalt Herrschaft in sich und ist deshalb zurückzuweisen.

Treten bei den Sozialdemokraten und im Zentrum Gegensätze zweier verschiedener Parteien hervor, die eine verschiedene Weltanschauung trennt, so sehen wir andererseits den Kampf der Meinungen auch innerhalb der Deutschen demokratischen Partei selbst entbrennen. Als die Preußenwahl in Berlin ausgefochten wurde, da hat die Deutsche demokratische Partei das größte Gewicht darauf gelegt, für die Unzerstörbarkeit Preußens einzutreten. Fast zu der gleichen Zeit hat der niedersächsische Parteitag der Deutschen demokratischen Partei gegen einige wenige Stimmen sich für ein freies Niedersachsen erklärt. Friedberg wies in einem Aufsatz darauf hin, daß das heutige Preußen nicht nur geschichtlich, sondern auch wirtschaftlich eine Einheit darstelle, die man nicht zerstören dürfe, da die großen agrarischen Ueberschuß-Provinzen im Osten den gegebenen Ausgleich in den Industrie-Provinzen im Westen sowohl wirtschaftlich wie steuerlich finden. Ihm trat von Riehtosen, ein Vorstandsmitglied der Deutschen demokratischen Fraktion der Nationalversammlung, entgegen, indem er ziemlich unverblümt den Entwurf von Dr. Preuß verteidigte. Neben grundsätzlichen Gegnern jeder Sozialisierung, Männern des alten Manchesterturns, sitzen in der Partei Persönlichkeiten, die nichts darin finden würden, wenn man von ihnen sagen würde, daß ihr Denken auf sozialistischer Gedankengrundlage aufgebaut sei. Unitarier streiten mit Anhängern der Partikulargewalt in Deutschland.

So ist die heutige Regierungsmehrheit, die von einigen Seiten so hingestellt wird, als sei sie die gegebene Zusammenfassung gleichstrebender politischer Kräfte, weder sachlich an sich gefestigt, noch überhaupt eine schlagkräftige politische Einheit. Man wird ihre weitere Entwicklung mit Interesse verfolgen können. Schwierig war die Kabinettsbildung angesichts der Ansprüche der Fraktion, die den Gedanken, daß der Ministerpräsident sich selber seine Mitarbeiter auswählen müsse, völlig zunichte macht. Bis heute sind die Unterstaatssekretäre noch nicht ernannt, und bei diesen wie bei den Ministerstellen war anscheinend das Angebot größer als die Nachfrage. Trotzdem wurde es für nötig gehalten, der bis ins einzelne noch gar nicht konstituierten Regierung bereits ein Vertrauensvotum mit auf den Weg zu geben, das aber die in der ganzen Lage liegenden Schwierigkeiten nicht aus dem Weg räumen wird.

An praktischer Arbeit hat man in Weimar zunächst die provisorische Verfassung verabschiedet. Die Deutsche Volkspartei hat dieser Verabschiedung keine Schwierigkeiten in den Weg gelegt, da wir der Meinung waren, daß höher als alle Verfassungsfragen zunächst einmal der Gedanke stehen müsse, eine Zentralgewalt zu schaffen, von der Autorität ausginge und die zu regieren in der Lage sei und geordnete Verhältnisse wieder herstellt. Die großen grundsätzlichen Auseinandersetzungen werden erst dann zum Austrag kommen, wenn es sich um die Verabschiedung der Reichsverfassung handelt. Schon jetzt kündigen sich diese Auseinandersetzungen an. Sie betreffen zunächst die Staatsform, die Frage Monarchie oder Republik. Raumann hat davon gesprochen, daß die Monarchie im großen Fegfeuer der Welt ihren Befähigungsnachweis nicht geliefert hätte. Das berührt besonders schmerzlich bei einem Mann, der einst das Ideal seines Lebens in dem Zusammenwirken von „Demokratie und Kaisertum“ sah, der noch kurz vor dem Ausgang des Krieges den Gedanken, die er sich über die Gestaltung der Dinge machte, den Titel „Der Kaiser im Volksstaat“ gab. Ob Friedrich Raumann wohl wirklich zum überzeugten Revolutionär geworden ist? Wir haben doch aus dem Munde von Frau Zieg das eine gehört, daß selbst der Reichspräsident Ebert der Meinung gewesen sei, daß die Revolution unnötig gewesen sei, also wohl auch der Meinung, daß man mit der alten Monarchie hätte weiterarbeiten können, die nach Aufnahme des parlamentarischen Systems in die deutsche Ver-

fassung durchaus die Möglichkeit einer Verbindung von Kaisertum und Volksherrschaft gegeben hätte. Die Deutsche Volkspartei hat ihre Stellung zu der Frage Monarchie und Republik durch die Erklärung festgelegt, die Dr. Rieber bei den Beratungen der Deutschen Nationalversammlung verlesen hat. Die Frage der Staatsform ist für die Gegenwart eine Tatfrage geworden, diese Tatfrage ist im Sinne der Republik entschieden. Wir können uns daher der Mitarbeit an dieser Republik nicht entziehen und wollen es nicht. Aber daraus wollen wir keinen Hehl machen, daß wir einmal Gegner der Revolution sind und bleiben werden, daß in unseren Herzen kein Raum ist für die Empfindung, als wenn mit dem 9. November 1918 irgend ein Wendepunkt in der deutschen Geschichte eingetreten sei, den wir innerlich irgendwie begrüßten. Wir lassen uns das, was geschichtlich Großes für alle Zeiten mit der preußischen und deutschen Monarchie und mit dem Hohenzollerntum verbunden ist, nicht aus dem Herzen reißen. Wir wollen uns auch durch keine Parteilgende die geschichtliche Wahrheit verdunkeln lassen, daß Deutschland das, was es geworden ist, im wesentlichen der Tatkraft seiner Monarchen aus dem Geschlecht der Hohenzollern verdankt — dieses Geschlecht hat, nehmt alles nur in allem, auf dem Throne mehr Persönlichkeiten geboren, die weit über Durchschnittsgröße der Herrscher hinausragten, als andere Geschlechter. Wir haben kein Sonnentönigtum in Potsdam erlebt, sondern der Geist von Potsdam war der Geist restloser Hingabe an den Staat und das Staatsganze, war die Aufgabe des Lebens eines Einzelmenschen im Dienste der Allgemeinheit. Von dem Großen Kurfürsten an, der den Blick über die Meere wendete und die Möglichkeit kolonialisatorischer Betätigung für sein kleines Land erfaß, über Friedrich Wilhelm I., von dem an Preußen sich zur Größe durchzuhungern begann, über Friedrich den Großen, bei dessen Namen Goethes Vater zuerst den Flügel Schlag des Begriffes „Deutschland“ empfand, bis zu dem großen Kaiser, der die Einheit des Reiches vollendete: welche Fülle von großen Gestalten, die aus der Geschichte nicht verschwinden werden! Gerechtigkeit wird die Geschichte auch angebeihen lassen dem letzten Träger der Hohenzollernkrone, Wilhelm II. Mag er in vielem geirrt haben, mögen seine Wege nicht immer die richtigen gewesen sein, so teilt er das mit allen Menschen, auch mit allen großen Menschen, denen Unfehlbarkeit nicht verliehen wird; aber sein Wollen war rein und edel, sein Bestreben eingegeben von dem Gedanken,

dem Lande zu dienen. Wenn wir Abschied nehmen müssen von einer Geschichte, die uns in einem halben Jahrtausend Großes und Unvergängliches gegeben hat, dann wollen wir wenigstens würdig und ehrfürchtig diesen Abschied gestalten und uns wehren gegen die aus Niedrigkeit geborenen Schmähungen, die jetzt gegen den letzten Träger der Kaiserkrone emporspritzen, verübt von denjenigen, die vielleicht nicht byzantinisch genug sein konnten, so lange das Kaisertum in der Macht war, und die es jetzt glauben beschimpfen zu können, wo es darniederliegt. Wir denken an die Worte unseres Freundes Rahl, der in der Nationalversammlung in Weimar Verständnis auch von dem Gegner dafür verlangte, daß demjenigen, der den Tag von Versailles persönlich miterlebt hatte, mit dem 9. November 1918 eine ganze Welt versunken sei, eine Welt aber, die wiederleuchtet in unserer Erinnerung, einer Erinnerung, die uns allein erhebt über das Dunkel des Alltags, über die Zukunft, der wir entgegengehen: „Was vergangen, kehrt nicht wieder, aber stieg es leuchtend nieder, leuchtet's lange noch zurück.“

An die Stelle des Kaisers ist der Reichspräsident getreten. Seine Befugnisse sollen in der endgültigen Verfassung niedergelegt werden. Gegenwärtig steht der Präsident, ebenso wie der Ministerpräsident, unter der Herrschaft des Parlaments, und diese Situation ist wenig erfreulich, denn sie schaltet die Persönlichkeit aus der Verfassung aus. Wir wünschen, daß der Reichspräsident aus der Volksabstimmung hervorgehe, um ihn dadurch unabhängiger gegenüber dem Parlament zu machen. Er soll der Repräsentant des ganzen Volkes, nicht der Repräsentant einer Parlamentsmehrheit sein, wie er ja auch seinerseits, im Gegensatz zu dem Ministerpräsidenten, dem Parlament nicht verantwortlich ist. Allerdings haben manche Demokraten heute schon eine große Scheu vor dieser Volksabstimmung. Das „Berliner Tageblatt“ tritt dafür ein, daß der Präsident vom Parlament und nicht vom Volke gewählt werde. Es ist eine eigenartige Situation, die Demokratie als Vorkämpferin für die Wiedereinführung der indirekten Wahl in Deutschland tätig zu sehen. Wie leicht ist man doch hier bereit, Grundsätze zu opfern, wie kraft tritt das Verlangen nach reiner Parteiherrschaft hier in die Erscheinung. Hoffentlich wird die Sozialdemokratie diese Angst vor dem Volke nicht mitmachen und ihre grundsätzliche Überzeugung wahren. Soll der Reichspräsident nicht zu einer Puppe in der Hand der Parteien herabsinken, dann

muß ihm ferner auch die Möglichkeit des aufschiebenden Vetos gegen Beschlüsse des Parlaments gegeben werden, dann muß er weiter die Möglichkeit haben, gegen solche Beschlüsse, die ihm als schädlich erscheinen, den Appell an das Volk durch die Volksabstimmung zu richten, ebenso wie wir dem Volk die Möglichkeit geben wollen, bei genügender Zahl der Petenten den Antrag auf Volksabstimmung über bestimmte Gesetze zu stellen. Die Erfahrung in denjenigen Ländern, in denen solche Volksabstimmungen eingeführt sind, hat gezeigt, daß das Volk in seiner Gesamtheit weit mehr Verständnis für einen maßvollen, vernünftigen Fortschritt der Gesetzgebung hat, als ein von Parteileidenschaften zerwühltes Parlament.

Zu den wichtigsten Aufgaben der Nationalversammlung wird dann die Schaffung eines Volksheeres gehören. Wir wollen es aufbauen nach den Erfahrungen dieses Weltkrieges als ein Volksheer, in dem die Schäden des alten Systems, die Ueberspannung auf dem Gebiete der Militärstrafen, des völlig unzulänglichen Beschwerde-rechts aufgehoben sind, in der die moderne Auffassung von Menschenwürde zum Ausdruck kommt gegen jede Vergewaltigung. Aber wir wollen ebenso keinen Zweifel daran lassen, daß wir uns ein Heer nur denken können unter den alten Begriffen der Befehlsgewalt, der Rangabzeichen und der gesicherten Stellung des Offizier- und Unteroffizierkorps. Es ist eine eigentümliche Ironie der Geschichte der Revolution, daß die sozialistische Regierung heute wehmütig die Offiziere zurückeruft, denen der Pöbel der Revolution die Achselklappen heruntergerissen und für die man kein Wort der Anerkennung gehabt hat, obwohl sie ihr Leben ebenso treu hingegeben haben wie irgend ein anderer in diesem Weltkriege. Heute bildet man die Freikorps Graf Dohna und Hülsen, heute erinnert man an die Anziehungskraft der Namen alter Regimentskommandeure und erkennt, daß ohne die Autorität, welche die Revolution hinweggefegt hat, kein Heer, kein Staat, keine Organisation bestehen kann. Dann spreche man aber auch nicht von dem Zusammenbruch eines Systems, dann erkenne man auch einmal an, was unser Freund Kahl in der Nationalversammlung zum Ausdruck gebracht hat, daß nicht die Führer der Revolution, sondern daß das preußische Beamtentum in seiner Pflichttreue den Staat in den Revolutionstagen vor dem Zerfall und der Anarchie bewahrt hat, so wie die Pflichttreue des Offizier- und Unteroffizierkorps uns vor dem völligen Niederbruch in militärischer Beziehung schützte.

Die heftigsten Kämpfe werden sich bei der Verfassungsvorlage auf dem Gebiet der Stellung von Reich und Einzelstaaten abspielen. Die finanziellen und wirtschaftlichen Bedürfnisse des neuen Deutschland fordern, daß die Reichseinheit gefestigt werde. Das Reich wird auf viele Gebiete seine Kompetenz erstrecken müssen, die ihm bisher versagt war. Aber die Reichseinheit fordert keine Zerrümmerng Preußens. Gerade von sozialistischer und demokratischer Seite ist es unlogisch, jetzt davon zu sprechen, daß Preußen in der alten Form nicht weiterbestehen könne, daß man die Hegemonie Preußens brechen müsse. Womit hat man denn von dieser Seite früher die Abneigung der Süddeutschen begründet? Man hat darauf hingewiesen, daß das liberale und demokratische Empfinden im Lande den Junkerstaat, den Staat des Dreiklassenwahlrechts, den Staat des Geistes von Potsdam erkenne und sich dem widersetze. Der Junkerstaat ist nicht mehr da, Preußen ist genau so ein Hort der Demokratie wie irgend ein anderer Freistaat Deutschlands. Also können auch alle diese früheren Beweggründe jetzt gerade von demokratischer Seite nicht geltend gemacht werden. Man spricht in schönen Worten davon, daß Preußen in Deutschland aufgehen müsse, daß die Reichseinheit um so gesicherter sei, je mehr gleichartige, einander nicht überragende Staaten das künftige Reich bildeten. Das mag für den Augenblick ganz gut klingen, aber die Nationalversammlung macht die Verfassung nicht nur für die Gegenwart, sondern sie soll ein Fundament legen für alle Zukunft. Wir hoffen, daß die Reichseinheit tief verankert sei und daß sie uns erhalten bleiben müsse in alle Zukunft. Aber wir dürfen die Augen davor nicht verschließen, daß viel Loslösungsbestrebungen heimlich genährt werden in verschiedenen Teilen Deutschlands. Wir wissen nicht, welchen Stürmen das neue Reich noch ausgesetzt sein wird. Belämen jemals aber Bestrebungen die Oberhand, welche den Bestand des Reiches gefährdeten, dann bliebe nur ein starkes Preußen der Hort der Zukunft, bliebe der Kern, aus dem sich das Deutsche Reich wieder entwickeln könne. Deshalb werden wir uns bei aller Anerkennung der aus der Stammeseigenart der Deutschen hervorgehenden Bestrebungen auf Pflege der Stammeseigenschaften und ihre weitestgehende Berücksichtigung denjenigen Bestrebungen widersetzen, die darauf hinausgehen, den Geschichtszusammenhang aufzulösen und etwa nach amerikanischer Art aus dem einen Großen, geschichtlich und wirtschaftlich Festgefühten

ein Konglomerat innerlich unzusammenhängender Gebilde zu formen und damit zu zerstören, was die Geschichte in Jahrhunderten aufgebaut hat.

Im besonderen muß dabei widersprochen werden dem Gedanken der westdeutschen Republik, der namentlich von Zentrumsseiten mit allen Kräften gefördert wird. Man kann ein Gefühl heimlichen Grauens vor diesen Bestrebungen nicht verbergen. Wir wollen doch nicht vergessen, daß schon aus den russischen Geheimakten hervorgeht, daß Frankreichs Bestreben seit Beginn des Krieges darauf gerichtet war, einen neutralen Staat als Pufferstaat zwischen Belgien und Deutschland zu errichten. Wir wollen nicht vergessen, daß vor wenigen Tagen Heros in der „Victoire“ schrieb, daß man den Eintritt Deutschösterreichs in Deutschland ja zugestehen könne, weil Deutschland Elsaß-Lothringen und Teile Ostdeutschlands verliere und weil außerdem ein neutraler Staat von 8 Millionen Einwohnern im Westen Deutschlands errichtet werden sollte. Diejenigen, die die westdeutsche Republik fordern, mögen von dem Gedanken ausgehen, durch die Errichtung dieser Republik innerhalb Deutschlands diesen Bestrebungen entgegenzutreten. In Wirklichkeit aber spielen sie den Gegnern damit in die Karten. Für sie gilt bei der Errichtung der Republik das Faustwort: „Das Erste steht uns frei, beim Zweiten sind wir Knechte.“ Es steht ihnen frei, eine westdeutsche Republik zu errichten, den Gedanken auszusprechen, daß sie unlöslich mit Deutschland verbunden sein soll. Ist aber erst einmal diese Abtrennung vollzogen, dann würde es der Entente viel leichter werden, die künftigen Formen der westdeutschen Republik nach ihren Gedanken zu regeln, und schon spricht man in diesen Kreisen davon, daß der neue Staat eigene diplomatische Vertretungen haben solle, daß er seine Handelsbeziehungen zu anderen Ländern frei regeln solle und daß man ihm wirtschaftspolitische Zugeständnisse machen wolle, die man im übrigen Deutschland vorenthielte. Das ist der Anfang der Lockerung der Beziehungen zum Deutschen Reiche, ist der Weg zur Neutralisierung des Staates und zur Internationalisierung des Rheins, ist der beginnende Verlust der Reichseinheit. Es heißt deshalb hier *vestigia terræ*, und in diesem Sinne treten unsere Freunde unter der Führung der „Kölnischen Zeitung“ mit aller Entschiedenheit dafür ein, daß Rheinland und Westfalen im alten Zusammenhang mit Preußen bleiben und daß der Lockerung des Staatsgefüges nicht durch solche Bestrebungen Vorstoß geleistet werde.

Überaus traurig sind die Verhältnisse im Innern. Niemand wird sich des Eindruckes der Rede entziehen, die der Ministerpräsident Scheidemann in der Nationalversammlung gehalten hat und die in den Ruf ausmündete: „Gewalt gegen Gewalt.“ Aber die Sozialdemokratie wird auch nicht daran vorbei kommen, daß sie an den Verhältnissen, die heute geschaffen sind, ihr gut Teil Schuld trägt. Sie gleicht heute dem politischen Zaublerlehrling, der die Geister nicht mehr los wird, die er selbst gerufen hat. Wer so lange mit den Unabhängigen verbündet war, der kann schwer gegen Spartakus kämpfen. Herr Ebert hat in seiner Rede das Goethewort zitiert, daß derjenige das Unheil vermehrt, der in schwankender Zeit auch schwankend gedenkt wäre. Aber dieses Schwanken in schwankender Zeit war ja gerade die Charakteristik der Regierung Ebert-Haase. Die Truppen, die von der Front kamen, wurden entwaffnet, die Entwaffnung der Auführer aber wagte man nicht durchzuführen. Halbe Maßregeln verderben alles. Die Autorität wurde beseitigt, jetzt ist es schwer, sie wieder zu schaffen. Das Politisch-Tragikomische in der heutigen Situation liegt ja darin, daß die Sozialdemokratie sich wehren muß gegen diejenigen, die ihrerseits behaupten, nur die Konsequenz aus den sozialistischen Theorien zu ziehen. Kann man sich wundern über die wilden Sozialisierungsbestrebungen in Oberschlesien, dem Rheinland und Westfalen, wenn man bedenkt, daß die Sozialdemokratie jahrzehntelang die Bedeutung des Unternehmers im Wirtschaftsleben herabgesetzt und in der Art ihrer Volksreden den Kapitalismus bekämpft, den Kapitalisten als ein unnützes Glied der ganzen Wirtschaftsordnung bezeichnet hat? Kann man sich wundern über unsinnige Lohnforderungen, wenn man bedenkt, daß man jahrzehntelang trotz der sozialen Aufwärtsentwicklung Deutschlands die Arbeiter nur als die Ausgebeuteten hingestellt hat? Jetzt stehen wir vor dem großen politischen und volkswirtschaftlichen Neuaufbau, aber gerade die Sozialdemokratie an der Spitze der Regierung wird es am schwersten haben, hier durchzugreifen, nachdem so vieles von ihr zur rechten Zeit versäumt wurde. Scheidemann hat es für nötig gehalten, die Forderung aufzustellen, „das geistige Gut der Revolution vor Verschleuderung zu bewahren.“ Uns scheint es wichtiger, das Gut des Reiches vor der Verschleuderung durch die Revolution zu bewahren. Sowohl das geistige Gut deutscher Arbeitssamkeit, deutscher Ordnung und deutscher Pflichttreue, wie das finan-

zielle Gut, das in unerhörter Weise durch unnütze Ausgaben, durch Zerstörung unserer Heeresvorräte verschleudert und hingegeben worden ist. Wir haben gegen die Kreditvorlage von 25 Milliarden deshalb gestimmt, weil die neue Regierung auch bei der Forderung dieser ungeheuren Summe nicht einmal dem Antrage stattgab, in eine Kommissionsberatung über diese Forderung einzuwilligen und weil wir keinerlei Gewähr dafür haben, daß uns irgendeine Rechenschaft über die finanzielle Wirtschaft der Revolutionszeit gegeben wird. Nur auf den Grundmauern des alten Auffassungsvermögens über Autorität, Sparsamkeit usw. kann das neue Haus Deutschlands aufgerichtet werden. Ohne Herausnahme dessen, was uns das alte Deutschland in dieser Beziehung hinterlassen hat, wäre das Haus des neuen Deutschlands auf Flugland gebaut.

An diesen Aufbau werden wir erst gehen können, wenn der Friede gesichert ist. Die Demokratie versprach dem deutschen Volk den Frieden der Gerechtigkeit und der Völkerversöhnung, sobald es die Fesseln der Unfreiheit von sich geworfen hätte, sobald es als ein freies Volk sich den Eintritt in den Kreis eines Bundes freier Völker gesichert hätte. Ein neuer Typ der Weltauffassung soll ja jetzt gelten, und Raumann rief seine Grüße über den Ozean hinüber zu Wilson als dem Vertreter einer neuen Staats- und Völkerauffassung und feierte ihn als den neuen Alexander, der anders als jener russische Zar, der die heilige Allianz der Fürsten schloß, jetzt die heilige Allianz des Völkerbundes uns geben würde. Aber schon Herr Ebert sprach sich viel pessimistischer aus. Er erinnerte die Feinde daran, daß sie den Kampf gegen Kaiserismus und Militarismus geführt hätten. Beides sei gestürzt, aber der Friede komme nicht. Nein, er ist bis heute nicht gekommen, und uns steht es klar vor Augen, daß die Revolution uns nicht dem Frieden nähergebracht, sondern uns von dem Frieden entfernt und uns einen schlechteren Frieden beschert hat, als wir ihn ohne die Revolution gehabt haben würden. Raumann sagt, daß wir den Krieg verloren hätten, weil es uns an Menschenpsychologie gefehlt hätte. Wenn es irgend jemandem an Menschenpsychologie gefehlt hat, so jenen Demokraten, die da glaubten, daß unsere Feinde uns die Hand entgegenstrecken würden, sobald wir uns demokratisieren würden, sobald aus dem alten monarchischen Militärstaat der republikanisch-demokratische Staat geworden wäre. Der Deutsche unterstellt zu gern seine eigenen Ideologien anderen

*was ist
die eigentliche
Bedeutung?*

Völkern. Längst hätte er erkennen müssen, daß unseren Feinden der Kampf gegen Kaiserismus und Militarismus nur Heuchelei, nur Vorwand gewesen ist, hinter dem sich ihre Machtpolitik verbarg. Nichts schadet uns mehr als die Art und Weise, in der wir in falschverstandener Objektivität den Doldh gegen die eigene Brust richten und in einer Zeit, die den Frieden vorbereiten soll, nichts Besseres zu tun wissen, als Schuldbeweise gegen das eigene Volk und gegen die eigene Regierung zu sammeln. Wir sprechen vom deutschen Militarismus, anstatt vom englischen Marinismus zu sprechen. Wir sprechen von der Bündnispolitik Deutschlands, anstatt auf den Offensivcharakter des Bündnisses zwischen Frankreich und dem zarischen Rußland hinzuweisen. Wie das Kind auf den Weihnachtsbaum, so hoffen bei uns politische Kinder auf den Einfluß Wilsons für einen Gerechtigkeitsfrieden, obwohl wir einmal den praktischen Einfluß Wilsons, falls er ihn für uns hätte geltend machen wollen, durch unsere Wehrlosigkeit selbst vernichtet haben und obwohl andererseits die Tatsache feststeht, daß Wilson allen, auch den schärfsten Waffenstillstandsbedingungen uns gegenüber zugestimmt hat. Im Vertrauen auf Wilson ist das deutsche Heer demobilisiert worden, jetzt müssen wir infolge unserer Wehrlosigkeit alles annehmen, was die Feinde uns aufzwingen. Der Übermut der Feinde geht dabei soweit, daß sie sich nicht einmal an die von ihnen mit uns vereinbarten Waffenstillstandsbedingungen halten. Der Austausch von Mineralien und Erzen gegen die von Deutschland zu liefernden Kohlen war im Waffenstillstand vorgesehen, die deutschen Kohlen sind bis zum letzten geliefert worden, die Gegenleistung ist nicht erfolgt. Die Besetzung von Kehl, die Verhinderung der Wahlen in Elsaß-Lothringen, der Einspruch gegen die Bewachung deutschen Landes in der Ostmark sind Etappen auf dem Wege dieser feindlichen Willkür.

Demgegenüber ist es wirklich nur ein schwacher Trost, wenn Herr Erzberger davon spricht, daß wir Anspruch auf einen gerechten Frieden hätten und daß unser Eigentumsrecht an der Handelsflotte unberührt bleibe. Schon ist nicht von unserer Seite, sondern von Seiten Eberts ausgesprochen worden, daß eine Stunde kommen könne, in der Deutschland dem Beispiel des Generals von Winterfeld folgen und weitere Verhandlungen mit einem Feinde ablehnen würde, der derartig sein eigenes Wort bricht — eine eigenartige Symbolik übrigens, daß der aus der Revolution hervorgegangene erste Reichs-

präsident des neuen Deutschlands einem deutschen Volke als Beispiel einen Mann vorführt, der wie kein anderer Sinnbild und Vertreter des alten Deutschland, seines Ehrgefühls und seiner Auffassung gewesen ist.

Nein, was wir gegenwärtig erleben, war der Zusammenbruch der Illusion des Verständigungsfriedens, war der Zusammenbruch der Idee, daß die Art des Friedens abhängig sein würde von dem inneren Zustande Deutschlands. Es ist schon so und bleibt so, in diesem Kriege ging es um Sieg oder Untergang, und was den Zusammenbruch bei uns herbeigeführt hat, das war in erster Linie der Zusammenbruch des Geistes der Heimat, war der Zusammenbruch des Geistes eines Teiles der Marine und des Heeres, lange vorbereitet durch diejenigen, die sich wie jener Vertreter der unabhängigen Sozialdemokratie auf dem Arbeiter- und Soldatenkongreß in Magdeburg rühmten, die Auflösung des Heeres herbeigeführt zu haben durch eine Agitation, welche bewußt auf die Zermürbung des Heeres hinarbeitete, die Deserteure organisierte und mit russischem Golde das deutsche Heer gegen sein eigenes Land aufwiegelte. Die Männer, die die deutschen Heere führten, haben ihre strategischen Aufgaben in einer Weise gelöst, daß sie als große Männer Deutschlands in der Geschichte fortleben werden, auch nach dem Kriege. Tief bedauerlich ist es, daß der deutsche Ministerpräsident nichts Besseres wußte, als einen der Großen dieser Zeit, einen Mann wie Ludendorff, vor der Geschichte der Welt als einen Glückspieler hinzustellen, den Mann, dem wir es mit danken, daß die Russenhorden, die Ostpreußen verpesteten, nicht schon in den ersten Monaten des Krieges auch über andere Landesteile Deutschlands herfielen, der unser Heimatland davor bewahrt hat, Schauplatz der Invasion des Feindes zu werden. Das ist das Schwerste in dem Ertragen der gegenwärtigen Situation, daß wir so wenig Würde im Unglück zeigen. Nicht daß wir unterlegen sind, drückt uns nieder. Wenn ein Volk wie das deutsche im Kampf gegen den größten Teil der Welt steht und dabei unterliegt, dann brauchen wir das Haupt nicht niederzusenken. Was uns die heutige Zeit so schwer erträglich macht, das ist nur das Niederreißen dessen, was wir in diesen Jahren geleistet haben, wir Deutschen selbst, das ist das geringe Maß von Selbstachtung und Ehre, das wir uns entgegenbringen, ist die Würdelosigkeit, mit der wir uns in Stadt und Land der Lustseuche eines karnevalistischen Treibens

*10.11.18
Vom Volke
1.11.18
1.11.18*

hingeben, in Wochen und Monaten der tiefsten Schmach, die ein Volk und ein Reich je erlebt haben.

Ein einziger Lichtblick bleibt uns in diesem Bilde. Das ist die Hoffnung, ja mehr gesagt, die Wahrscheinlichkeit auf eine Verbindung Deutschlands mit Deutschösterreich, die Zusammenfassung aller Deutschsprechenden in dem Großdeutschland der Zukunft. Wir werden politisch geschwächt im Osten, Westen und vielleicht im Norden aus diesem Krieg hervorgehen. Aber ein großes Volk der Deutschen werden wir bleiben, wenn unsere Brüder aus Österreich zu uns herüberkommen. In ihnen ist das Deutschbewußtsein fester, stärker noch verankert als in uns, in ihnen wurde es nicht erstickt vom Grau des Alltags, denn sie hatten es im Kampf zu erproben und zu bewahren gegen diejenigen, die ihnen ihre deutsche Seele rauben wollten. Anders ist ihre Gemütsart im einzelnen als die unsere, der Charakter des Ausruhens des Gemütes ist ihnen mehr gegeben als uns, die der Wirbelwind der Wirtschaftsentwicklung in Hast und Unruhe, in harte Arbeit und in wilden Genuß hineingetrieben hat. Freuen wir uns, daß die österreichische Seele sich mit der unseren vermählt, denn daran können wir nicht vorbei, daß in der Zeit, in der Deutschland wirtschaftlich reicher und gewaltiger wurde, es gleichzeitig gemütsärmer geworden ist. In dem neuen Deutschland, das so vieles Gewaltige an Kraft und Macht zum Ausdruck brachte, ging uns der Typus der Menschen verloren, die nach Entwicklung der ganzen Persönlichkeit trachten, und an ihre Stelle trat der Berufsmensch, der nur aufging in dem Wirken für seine Arbeit, dem die höhere Entwicklung, die Besinnlichkeit auf die Notwendigkeit der Entfaltung aller geistigen Fähigkeiten, der Liebe für die Geistesbildung und Gesamtlebensauffassung abhanden kam im Kampf um Geschäft und Beruf. Unsere Freunde in Österreich irren, wenn sie glauben, daß wir die Herzlichkeit, mit der sie zu uns neigen, nicht mit derselben Herzlichkeit erwidern. Wir segnen den Tag, an dem Deutschösterreich mit Deutschland sich verbündet. Unsere Herzen rufen „herein“, und wir freuen uns der neuen Zeit, die uns mit ihnen verbindet, die Wien und Innsbruck, die Salzburg und Graz und die, so Gott will, auch die Perle der Länder, Deutschböhmen zu uns bringt und so das Großdeutschland bildet, in dem die Brüder vom deutschen Hause in ganz Europa vereinigt sind zu gemeinsamem Streben, zu gemeinsamer politischer Arbeit.

Schweren Zeiten werden wir entgegengehen. Über unserer Zukunft wird das Wort von Carlyle stehen: „Arbeiten und nicht verzweifeln“. Mehr als bisher wird die Arbeit des Einzelnen dem Staate gehören. Das braucht uns nicht niederzudrücken. Wir arbeiten jetzt nicht für die Gegenwart, sondern für eine Zukunft, die uns aus dem Land dieser Tage herüberführen soll in eine Zeit, in der, wenn nicht wir, so andere Geschlechter, wieder ein großes, mächtiges Deutschland erleben und ersehen sollen. Heute sind wir politisch und militärisch ohnmächtig, wirtschaftlich ohne Kraft, innerlich zerrissen und ohne Ordnung. Alle Götter haben sich von uns gewandt, es ist als wenn die Worte des Parzenliedes, die in der Festvorstellung der Iphigenie zur Eröffnung der Nationalversammlung an die Ohren der Abgeordneten klangen, für das Deutschland der Gegenwart gesprochen seien: „Es wenden die Götter ihr segnendes Auge von ganzen Geschlechtern und meiden, im Enkel die einstmaligen geliebten vielredenden Züge des Ahnherrn zu sehen“. Wir aber müssen uns trotz alledem einsetzen mit Zähigkeit für eine neue Arbeit des Aufbaues für eine neue Zukunft. Wenn irgend etwas in der Deutschen Volkspartei uns freudig in diese Zukunft sehen läßt, so ist es das Erwachen des nationalen und liberalen Gedankens in der Reichshauptstadt, die zum ersten Male seit Jahrzehnten Vertreter der Anschauungen, die die unseren sind, in ein deutsches Parlament entsandt hat. Pflegen Sie diesen Geist, säen Sie den Samen für die Zukunft und lassen Sie von der Reichshauptstadt aus, der vielbekämpften und vielbefehdeten, den Geist eines freien, selbstbewußten, aber vor allem national empfindenden Bürgertums leuchten vor dem Reiche!

26. 3. 1919.

Friedensangebot und Oberste Heeresleitung.

**Neue Formen des politischen Kampfes. — Rechtzeitige
Wahnungen der D. S. L. — Augustkonferenzen der Partei-
führer. — Das Friedensangebot vom 2. Oktober 1918. —
Unvollständige Telegramme. — Graf Roederns Behauptung.**

Die Ereignisse, die zu dem deutschen Friedensangebot geführt haben, werden durch eine Veröffentlichung der Reichsleitung erneut in den Vordergrund der öffentlichen Meinung geschoben. Anscheinend hat man in den Kreisen derer um Scheidemann die Empfindung daß der gegenwärtige deutsche Ministerpräsident bei seinem Briefwechsel mit dem General Ludendorff durchaus nicht so gut abgeschnitten hat, als er sich nach seinem letzten Briefe den Anschein zu geben suchte. Er hatte sein Schimpfwort von dem Hasardeur Ludendorff damit zu entschuldigen und zu erklären versucht, daß er behauptete, Ludendorff selbst habe den Ausdruck getan, „er komme sich wie ein Spieler vor“. Die Auseinandersetzung mit Ludendorff ergab, daß dieser in den kritischen Tagen, die dem Abschluß der Waffenstillstandsverhandlungen vorhergingen, den Ausdruck getan hatte, „er würde sich wie ein Spieler vorkommen, wenn er nicht alle Mittel ergriffe, um zum Frieden zu kommen“. Also etwa das Gegenteil von dem, was Scheidemann ihm unterstellt hatte. Trotzdem hielt es Herr Scheidemann nicht für notwendig, sich wegen dieser Verleumdung zu entschuldigen, sondern glaubte durch die Klobigkeit des Tones ersehen zu können, was ihm an sachlichen Gründen abging, so daß selbst ein demokratisches Blatt ein solches Verhalten als würdelos bezeichnete. Aber die junge deutsche Republik legt auf sachliche Würde anscheinend weniger Gewicht. Die Form, in der Herr Erzberger gegen den Abgeordneten Böglers polemisierte, die Art, wie Herr Scheidemann politische Brandreden da hält, wo man früher von dem Plaze des Reichskanzlers staatsmännische Reden zu hören gewohnt war, die Formen, in denen Herr David zu kämpfen beliebt, legen davon Zeugnis ab. Wichtiger aber als die Form ist die Sache

und in ihr besteht kein Zweifel an der völligen Unhaltbarkeit der Ludendorff zugeschriebenen Äußerung über seine angebliche Spielernatur.

Aber vielleicht ist der Vorwurf in einem tieferen Sinne berechtigt? War nicht Ludendorff, so fragen viele, wirklich der geniale Sasardeur, der alles auf eine Karte setzte, lediglich von Sieg träumte, wo fühle Überlegung ihn längst hätte erkennen lassen müssen, daß der Sieg nicht mehr zu erringen wäre? Legt nicht das Schreiben Hindenburgs vom 3. Oktober 1918 davon selbst Zeugnis ab?

Für die Beurteilung dieser Frage ist es von wesentlicher, ja von ausschlaggebender Bedeutung, wann die Oberste Heeresleitung zuerst ihrem Zweifel an der Erringung des Endsieges Ausdruck gegeben hat. Ob sie bereits, wie behauptet wird, im August 1918 zum Frieden geraten hat oder ob der 2. Oktober mit seiner Forderung des Friedensangebotes das Ergebnis der Nervenkrisis Ludendorffs gewesen wäre, wie behauptet wird. Es geht nun nicht an, daß die Reichsleitung lediglich Schriftstücke aus den Oktobertagen veröffentlicht, ohne auf die Entwicklung einzugehen, die zum Oktober führte. Schon im August 1918 hat meines Wissens General Ludendorff in einer Konferenz, an der neben dem Kaiser auch der Staatssekretär des Außern teilnahm, keinen Zweifel darüber gelassen, daß der Krieg nicht mehr zu gewinnen wäre. Es ist wohl anzunehmen, daß auch über eine derartige Konferenz von höchster Wichtigkeit amtliche Niederschriften bestehen, die zur Kenntnis der Öffentlichkeit gebracht werden müßten, wenn es sich darum handelt, ein klares Bild von der Sachlage zu gewinnen. Daß die Oberste Heeresleitung in jenen Augusttagen über den Kriegsausgang bereits sehr pessimistisch dachte, ist mir aus zwei Ereignissen jener Tage bekannt. Auf Rügen weilend, hatte ich Mitte August Gelegenheit, einen bekannten konservativen Politiker zu sprechen, der kurze Zeit vorher im Hauptquartier gewesen war und war im höchsten Grade bestürzt über den Pessimismus unserer Heerführer, von dem er mir berichtete. Am 21. August fand dann jene Sitzung im Reichsamt des Innern statt, in der nach meiner Auffassung auch die politische Leitung des Reiches sich zu der Auffassung bekannte, daß der Krieg nicht mehr zu gewinnen wäre und sobald als möglich liquidiert werden müsse. In dieser Besprechung, an der außer dem Vizkanzler von Bamer, dem Staatssekretär von Hinzp, Erzellenz Kriege und Lewald, sowie dem Ministerialdirektor Deutelmoser, von den Parteiführern Ebert, Gröber,

Westarp, Wiemer und Stresemann teilnahmen, hielt Herr von Hingé eine Rede über die politische Lage, die man nur als toternst bezeichnen konnte. Unter direkter Bezugnahme auf Besprechungen im Hauptquartier sprach Herr von Hingé davon, daß die Entente sich im Siegestaumel befinde, daß im Hauptquartier unsere Mißerfolge offen zugegeben würden. Dazu sei Österreich stark erschöpft, Bulgarien stark kriegsmüde. Angesichts dieser Lage sei es notwendig, alle Fäden für den Frieden anzuspinnen und alle feindlichen Fäden zu ergreifen. In dieser Beziehung seien bereits Beschlüsse gefaßt und die Absichten festgestellt.

Im Laufe der Debatte kam Herr von Hingé noch einmal auf diese Ausführungen zurück, als seitens eines Parteiführers die Zweckmäßigkeit eines etwaigen Friedensangebotes, das bereits aus den Worten des Staatssekretärs herausgelesen worden war, bezweifelte. Er betonte, daß man kühl abwägend und vorsichtig vorgehen müsse, zumal die Agenturberichte Kenntnis von dem Vernichtungswillen der Feinde ablegten. Aber noch einmal wiederholte der Staatssekretär seine Worte von dem Annehmen der Fühler und dem Anspinnen der Fäden, und alle Teilnehmer standen wohl unter dem Eindruck, daß angesichts der Schwere der militärischen und politisch-diplomatischen Situation eine Friedensaktion Deutschlands, vielleicht durch Vermittlung einer neutralen Macht, in Vorbereitung sei, hatte doch der in seinen Äußerungen so vorsichtig abwägende Staatssekretär ausdrücklich davon gesprochen: Die Beschlüsse sind gefaßt, die Absichten sind festgestellt.

Hat in der ersten Hälfte August eine Konferenz des Staatssekretärs von Hingé mit Ludendorff in Gegenwart des Kaisers stattgefunden, in der Ludendorff den Gedanken vertrat, daß der Krieg nicht mehr zu gewinnen sei, dann ist der logische Zusammenhang zwischen dieser Konferenz und den Ausführungen Hingés am 21. August klar gegeben. Dann muß aber auch die Legende von dem durch einen plötzlichen Nervenzusammenbruch Ludendorffs veranlaßten Waffenstillstandsangebot vom 2. Oktober als Legende gekennzeichnet und betrachtet werden.

Auch zu dem Friedensangebot vom 2. Oktober ist eine Klarstellung notwendig. Den Parteiführern ist in der Morgenstunde dieses Tages ein Exposé der Obersten Heeresleitung durch den Major von dem Busche verlesen worden. Soweit mich meine

Erinnerung nicht trügt, war das Friedensangebot damit begründet, daß die Verluste an Toten, Verwundeten und Gefangenen so groß wären, daß die Oberste Heeresleitung angesichts der Unmöglichkeit der Erringung des Sieges die Verantwortung für die Fortsetzung des Krieges nicht mehr tragen könne. Sollten allerdings, so etwa hieß es aber in den Schlußsätzen dieses Schriftstückes, unsere Feinde uns Waffenstillstandsbedingungen zumuten, welche mit der Ehre des deutschen Volkes nicht zu vereinbaren sind, so vertrauen wir, daß die Heimat sich mit uns in der Fortsetzung des Kampfes zusammensuchen wird. Herr von Payer, der diese Besprechung leitete, nahm in seinen ersten Worten nach der Verlesung noch Gelegenheit, darauf hinzuweisen, daß diese Mitteilungen trotz des „hoffnungsvollen Schlußsatzes“ uns vor ernste Entscheidungen stellten. Die Reichsleitung veröffentlicht jetzt ein Telegramm von Hindenburg aus jenen Tagen. Warum gibt sie Bruchstücke, warum verschweigt sie uns, wenn sie sowieso den Kampf um die Vorgänge jener Tage neu entfachen will, den Wortlaut dieses geschichtlichen Schriftstückes? Zeigt es doch nach meiner Auffassung den Kernpunkt der Differenz, um die noch heute gekämpft wird. Die Reichsleitung behauptet, sie sei durch die Oberste Heeresleitung gezwungen worden, die Waffenstillstandsbedingungen anzunehmen, die der Anfang vom Ende deutscher Größe waren, Ludendorff steht auf dem Standpunkt, daß er am 2. Oktober nur für einen ehrenvollen Frieden eingetreten sei, und nur einen etwaigen Waffenstillstand im Auge gehabt hätte, der die ruhige Rücknahme der deutschen Front ermöglicht hätte. Nicht unerwähnt mögen in diesem Zusammenhang die Äußerungen des demokratischen Herrn von Schulze-Gävernitz bleiben, der sich kürzlich in der „Badischen Landeszeitung“ dahin ausgesprochen hat, die Entente habe Deutschland für so wenig militärisch erledigt gehalten, daß man das Waffenstillstandsangebot als eine Kriegslist angesehen habe, um die Truppen unbehelligt vom Feind in eine neue Stellung führen zu können.

Bekanntlich ist auch hier die Legende geschäftig gewesen und hat davon gesprochen, daß die Front vor dem Zusammenbruch gestanden und die Regierung sich dem fortgesetzten Drängen der Obersten Heeresleitung auf Herbeiführung des Friedens gegenüber gesehen habe. An diesen Dingen ist eingeständenermaßen wohl das eine richtig, daß die Oberste Heeresleitung, nachdem sie sich einmal zum Friedensangebot entschlossen hatte, ihrerseits auch die baldige Herbei-

führung des Friedens für notwendig erachtete, obwohl oder gerade weil damals von einem Zusammenbruch der Front noch nicht die Rede sein konnte. Dagegen ist die bekannte Äußerung, die Bildung der Regierung müsse sofort erfolgen, der Frieden erdulde nicht mehr den Aufschub von 24 Stunden, den Parteiführern gegenüber nicht von dem General Ludendorff oder von einem Beauftragten der Obersten Heeresleitung gefallen, sondern von dem Grafen Rödern, der sich bei dieser Äußerung darauf bezog, daß er eben aus dem Hauptquartier käme und die Auffassung des Hauptquartiers damit wiedergäbe. Auch in dieser Frage wird festzustellen sein, wie weit Graf Rödern berechtigt war, eine derartige Auffassung als eine solche der Obersten Heeresleitung zu bezeichnen.

Nach Niederschrift dieser Zeilen trifft die Meldung von dem Vorstoß ein, den Herr Scheidemann erneut gegen den General Ludendorff in der heutigen Sitzung der Nationalversammlung gemacht hat. Die Einsetzung des Staatsgerichtshofs und die Art, in der Herr Scheidemann die Angriffe gegen den General Ludendorff fortsetzt, lassen eine Aufklärung der vorerwähnten Fragen um so notwendiger erscheinen.

Berlin, 26. März 1919.

S. 4. 1919.

Chaos oder Aufbau.

O, du mein Deutschland. — Fieberwahn. — Gleichartigkeit der sozialen Zustände in den kriegsführenden Ländern. — Aushalten! — Noch einmal die Augustkonferenzen der Parteiführer.

Die Deutsche Volkspartei hält am 12. April in Jena ihren ersten Parteitag ab. Selten ungeklärt sind die Verhältnisse, zu denen sie Stellung zu nehmen hat. Noch kennen wir außenpolitisch nicht einmal die Grenzen unseres Reiches, stehen innenpolitisch nur auf dem Boden einer provisorischen Verfassung, durchkämpfen den Streit zwischen den Gedanken der demokratischen Republik und den Bestrebungen, die sich das Schlagwort geprägt haben, „alle Macht den Räten“. Sowie der erste Parteitag verlegt werden mußte, weil inzwischen in Berlin revolutionäre Bestrebungen ausbrachen, so fürchten viele, daß ein Eisenbahnerstreik das Einkommen nach Jena unmöglich machen könne. Just am heutigen Morgen bringt die Presse die Nachricht, daß der Reichsjustizminister und der kommandierende General in Magdeburg verhaftet worden sei, und über Bayern lesen wir, daß die Reichsregierung als vertretungsberechtigt im Staatenausschuß nur die alte bayerische Regierung ansehe, wissen aber gleichzeitig, daß sich eine neue Räteregierung in München etabliert hat, daß Arbeiter- und Soldatenräte in anderen bayrischen Städten ihr zustimmen. Wir stehen vor einem Arbeiterrat-Kongreß in Berlin, dem viele mit Bedenken entgegentreten, im Ruhrgebiet wird trotz aller Kohlennot in Deutschland gestreikt, ein Eisenbahnerstreik soll in Vorbereitung sein, in der Nacht von gestern zu heute sind die Reinhardttruppen zu Berlin alarmiert gewesen o, du mein Deutschland!

Unter solchen Umständen können wohl Zweifel darüber auf-tauchen, ob die Verhandlungen der Nationalversammlung oder ob die Parteitage der einzelnen deutschen Parteien, die jetzt nacheinander

einsetzen, große Bedeutung beanspruchen dürfen. Vielleicht ist alle Arbeit umsonst, vielleicht müssen wir durch das Chaos des Bolschewismus erst hindurch, ehe wir wieder zu Zuständen kommen, in denen die parlamentarische Arbeit den Untergrund besitzt, ohne den sie nicht fruchtbar arbeiten kann. Aber so tief wir auch sinken mögen, wir dürfen den Glauben an Deutschlands Zukunft nicht verlieren. Wir irren jetzt einher zwischen Fieberwahn und Delirium. Die Entbehrungen des Krieges und sein furchtbarer Ausgang geben zwar keine Entschuldigung, aber eine Erklärung dafür. Vielleicht auch eine Erklärung dafür, weshalb das fiebertrante Volk fortgesetzt gegen sich selbst wütet, den Arzt vom Krankenbett stößt und sich in Selbstanklagen überbietet. Auch in den siegreichen Ländern sind ja die Kriegsjahre nicht ohne große Umwandlungen auf innerpolitischem Gebiet vor sich gegangen. Dort fallen natürlich der Haß und die Anklagen gegen das herrschende Regime fort, denn man klagt dort nicht um einen verlorenen Krieg. Aber mit Entsetzen steht auch Frankreich vor der Frage der Erhaltung des Gleichgewichts in seinem Budget, muß auch seinerseits 12 Milliarden Franks aufbringen, um dies zu erreichen, und tröstet sich vergeblich mit dem Gedanken, daß Deutschland diese Summe zahlen würde. In England hat bisher die überragende Genialität Lloyd Georges den sozialen Umsturz verhindert. Aber auch er muß bis zu 80 Prozent nachgeben, um auf sozialem Gebiete einigermaßen den Frieden erhalten zu können. Beinahe mit photographischer Treue spiegelt sich in England diejenige Bewegung wieder, die auch deutsche Unternehmer- und Arbeiterkreise erfaßt hat. In England besteht wie in Deutschland seit dem Ausgang des Krieges eine Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeitgeber-Organisationen und Gewerkschaften. Ebenso wie in Deutschland haben aber auch in England die alten beruflich gegliederten Gewerkschaften den Einfluß außerordentlich verloren und Organisationen des Betriebes bemühen sich, die alten Gewerkschaftsorganisationen abzulösen und einen realen Machtfaktor in der neuen Arbeiterbewegung zu wählen. Die englischen Bergarbeiter fordern wie die deutschen den 6-Stunden-Tag und haben ihre Macht dadurch außerordentlich zu steigern gewußt, daß sie sich mit den Arbeitern des Verkehrs und Transportes zu einem Dreibund der führenden Arbeiterorganisationen zusammengeschlossen haben. Die Sozialisierung der Bergwerke wird in England wie bei uns gefordert, nur besteht zwischen dem englischen und dem deutschen Wirtschaftsverhältnis der

große Unterschied, daß die englischen Bergwerke sich noch im Besitz von 1700 Unternehmern und Unternehmungen befinden, während sie in Deutschland durch das Kohlen Syndikat längst auf der Grundlage starker kapitalistischer Zusammenfassung organisiert sind. In England ist es, wie gesagt, Lloyd George gelungen, den Generalstreik abzuwenden und noch einmal Ordnung im Lande zu erhalten. Aber der siebenstündige Arbeitstag ist bewilligt, die Sozialisierung, wenn auch in unbestimmter Form, zugesagt und neue Kämpfe kündigen sich an, zumal auch in England die Zahl der Arbeitslosen so groß ist, daß man die Demobilisierung verlangsamen will, weil man nicht weiß, wo Arbeit für diejenigen zu schaffen ist, die heute dort, wie bei uns, erwerbslos sind und durch die Erwerbslosen-Unterstützung das Kommunal- und das Reichsbudget belasten. Neben der Gleichartigkeit der sozialen Erscheinungen, die sich in diesem Bilde der englischen Wirtschaft wiedergibt, sind diese Streiflichter aus dem englischen wirtschaftlichen und sozialen Leben aber auch deshalb bedeutungsvoll, weil sie die Auffassung derjenigen stützen, die der Meinung waren, daß die wirtschaftliche Lage im 5. Kriegswinter für alle kriegsführenden Nationen eine so furchtbare werden würde, daß alle den Frieden suchen müßten, weil ihre Völker zu müde wären, um den Krieg weiter zu führen. Nur durfte Deutschland dann bei diesem Kriege der Nerven nicht die Nerven zuerst verlieren. Der neue Herr Reichsminister Dr. David hat in der Nationalversammlung in Weimar gegenüber dem Abgeordneten Dr. Stresemann höhrend gesagt, Dr. Stresemanns Kriegsprogramm habe eigentlich nur in drei Worten bestanden, nämlich „Aushalten, aushalten, aushalten!“ Es ist für die Entwicklung der Verhältnisse tief bedauerlich gewesen, daß dieses einfache Programm nicht von Herrn Dr. David und seiner Partei begriffen worden ist, die Verhandlungen wegen des Friedens konnten dann den Charakter wirklicher Verständigung tragen, während heute der frühere sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Paul Lensch seine sozialdemokratischen Parteigenossen mit Recht verhöhnt, weil sie geglaubt hätten, Deutschland brauche nur zu bereuen, die Hohenzollern wegzujagen und sich zu demokratisieren, um sofort der Liebling der bisherigen Feinde zu werden, die ja bekanntlich den Kampf nur für die „Befreiung“ der Völker vom Joch reaktionärer Einrichtungen geführt haben.

Die letzte politische Umschau der „Deutschen Stimmen“ hat die Öffentlichkeit in hohem Maße beschäftigt und die gesamte maßgebende Presse hat die Mitteilungen über die Augustkonferenzen der Parteiführer und die Stellung Ludendorffs im Sommer 1918 übernommen. Anscheinend war die Reichsleitung durch diese Veröffentlichung peinlich überrascht und sie gab ihrem Ärger durch eine Veröffentlichung in den Berliner Politischen Parlamentarischen Nachrichten Ausdruck. Wie nervös man auf jener Seite war, geht daraus hervor, daß man zunächst die Notiz gegen die „Deutschen Stimmen“ an die Presse gab, sie dann zurückzog und sie einen Tag darauf doch noch einmal der Presse übermittelte. Mit einem großen Aufwand von Entrüstung wurde zum Ausdruck gebracht, daß in unseren Ausführungen der leichtfertige Vorwurf der Fälschung historischer Dokumente enthalten sei und daß die Regierung dies auf das allerschärfste zurückweise. Um diese Entrüstung aufbringen zu können, mußten die Politischen Parlamentarischen Nachrichten sich so hinstellen, als wäre in der politischen Umschau der „Deutschen Stimmen“ der Vorwurf erhoben worden, daß die Regierung den Brief Hindenburgs an die Reichsregierung nur unvollständig, bruchstückweise veröffentlicht hätte. In Wirklichkeit gingen, wie unsere Leser wissen, unsere Ausführungen nach ganz anderer Richtung. Es war darauf hingewiesen worden, welche geschichtliche Bedeutung dem Exposé zukomme, das von Herrn von dem Busche den Parteiführern am 2. Oktober verlesen worden ist, weil sich aus dieser im Auftrage von Hindenburg und Ludendorff der Regierung und den Parteien übermittelten Darlegung deutlich ergab, daß man zwar auf Seiten der Obersten Heeresleitung ein Friedensangebot für notwendig erachtete und auf einen Waffenstillstand hinarbeitete, aber keineswegs gewillt war, bedingungslos die Waffen zu strecken, sondern das Weiterkämpfen der Armee und den Aufruf an das Volk zur entschlossenen Verteidigung von Haus und Hof für den Fall ins Auge faßte, daß uns unehrenhafte Waffenstillstandsbedingungen auferlegt würden. In diesem Sinne war in den „Deutschen Stimmen“ gefragt worden, warum die Regierung nur Bruchstücke gebe, warum sie nicht das Exposé der Obersten Heeresleitung veröffentliche? Es ist daher nichts als Spiegelfechtereie, wenn man jetzt auf jener Seite den Eindruck zu erwecken versucht, als hätten wir der Regierung eine Fälschung des Hindenburgbriefes vorgeworfen, während man gleichzeitig um die Hauptfrage der Veröffentlichung

jenes Exposés herumgeht und damit die alte Taktik weiter verfolgt, dem deutschen Volke nur dasjenige zur Kenntnis zu bringen was der gegenwärtigen Regierung in ihrem Parteinteresse zu liegen scheint. *)

Berlin, 8. April 1919.

*) Aber das fände sich nicht wieder?

13. 11. 1919

Die politische Lage.*)

Gerechtigkeit für die Vergangenheit. — Schuld des Bürgertums. — Monarchie und sozialer Gedanke. — Monarchie und Parlamentarismus. — Das Kaisertum als Symbol der Einheit. — Großdeutschland und die republikanische Idee. — Abdankung des Bürgertums. — Sozialisierung und Rätesystem. — Das soziale Parlament. — Organisation der geistigen Arbeit. — Siedlungspolitik. — Kulturelle Fragen. — Das Reich und Preußen. — Selbständigkeit der Deutschen Volkspartei. — Die Schuldfrage. — Vom kommenden Frieden.

In seinem letzten Briefe an Humboldt hat Goethe den Satz niedergeschrieben: „Der Tag ist wirklich zu absurd. Konfuse, verwirrende Lehren und verwirrter Handel walten über der Welt.“ Dieser Satz klingt so, als wenn er für die Gegenwart geschrieben wäre. Verwirrende Lehren, verwirrter Handel walten über der Welt. Das hat begonnen mit dem Tage, den man uns jetzt in manchen Bundesstaaten als künftigen Nationalfeiertag vorschlägt, nämlich mit dem Tage der deutschen Revolution. In der Frage, ob wir den 9. November als einen nationalen Feiertag oder als einen Tag nationaler Trauer ansehen, darin allein schon scheiden sich die Geister. (Sehr richtig!) Wer der Auffassung ist, daß jener 9. November ihm das neue Deutschland gebracht hat, das seinem Ideal entspricht, der gehört nicht in unsere Mitte (lebhafteste Zustimmung); seine Auffassung liegt fernab von derjenigen, die uns besetzt.

Man spricht davon, dieser 9. November habe den Zusammenbruch eines Systems gebracht, daß innerlich morsch und faul und abbruchreif gewesen wäre. Man spricht davon, seit dem 9. November gäbe es ein freies deutsches Volk, das endlich die Fesseln der Unfreiheit von sich geworfen hätte, das sich nicht mehr absolut regieren lassen brauche.

*) Rede auf dem Parteitage der Deutschen Volkspartei zu Jena am 13. April 1919.

Ist das richtig? Wir sind nicht lediglich dazu da, um die Lobpreis der alten Zeit zu sein, und wir haben dazu umso weniger Veranlassung, als wir die Schwäche, die in dem alten Deutschland lag, rechtzeitig erkannt und rechtzeitig Abhilfe verlangt haben. Ich darf Sie darauf hinweisen, wie oft und entschieden auch die alte Nationalliberale Partei, der die meisten von uns, die sich heute hier befinden, vorher angehört haben, sich dagegen gewendet hat, daß ein Überwuchern gesellschaftlicher Engherzigkeit gerade in den höchsten Beamtenkreisen die Ausnutzung aller geistigen Kräfte der Nation nicht in dem Maße möglich machte, wie es notwendig war in einer Zeit, die schon anzeigte, daß um den Bestand des Reiches noch einmal gekämpft werden mußte. Ich darf Sie darauf hinweisen, daß alles das, was man in dem Vorwurf des persönlichen Regiments zusammenfaßt, uns als Kritiker gesehen hat. Die erste Interpellation im alten Deutschen Reichstag, die sich gegen das persönliche Regiment wandte, trug den Namen Bassermann. Die erste Interpellation angesichts der Daily-Telegraph-Affäre war von demselben Führer der Nationalliberalen eingebracht. Wir durften das, weil wir als Anhänger der Monarchie die Krone vor einer Umgebung schützen wollten, die sie über ihre verfassungsmäßigen Kompetenzen im Unklaren ließ. Wenn in der Gegenwart rückblickend vielfach ein Bild gezeichnet wird von dem letzten Träger der Kaiserkrone, wobei ihm dieses persönliche Hervortreten als ein Unrecht angetreidet wird, dann, sollten wir gerecht abwägend vor zwei Dingen die Augen nicht verschließen: daß das, was an persönlichem Willen über die Schranken der alten Verfassung hinaus sich in dem letzten Träger der Hohenzollernkrone geltend machte, einmal die Schuld des deutschen saturierten Bürgertums war (sehr wahr!), das sich nicht dagegen wandte und nur lau uns unterstützte, wenn wir auf solche Dinge hinwiesen (Zustimmung), und daß es zweitens auch ein Ausfluß der Epigonenzeit staatsmännischer Kunst war, in der kein Bismarck da war, der stets die Reichskanzlerkompetenz gegenüber der Monarchie durchgesetzt hat bis zum letzten, der nicht einen Augenblick länger im Amte geblieben wäre, als es ihm mit der Auffassung verträglich erschien, die er von dieser Abgrenzung hatte. (Zustimmung.)

Wir haben uns weiter gegen das gewehrt, was wir als einen Fehler der alten Zeit ansahen, jene Überheblichkeit der Bürokratie gegenüber dem praktischen Leben, die in den Ausstrahlungen des

Kriegssozialismus sozusagen ihren Gipfelpunkt gefunden hat und damit unendlich viel an wirtschaftlicher Kraft bei uns zerstört hat. Wir haben uns immer und immer wieder gegen das gewandt, was wir als Hauptfehler unserer auswärtigen Politik erkennen mußten: das Verkennen der Tatsache, daß in dem mehr und mehr demokratisch werdenden Weltzeitalter die öffentliche Meinung der Welt ein Machtfaktor sei, der für nationale Interessen eingesetzt werden müsse. Wir haben niemals in unserem Deutschen Reiche, aber, seien wir gerecht, auch in unserer eigenen deutschen öffentlichen Meinung ein Verständnis für diese Aufgabe im rechten Sinne gehabt. Der Regierung fehlte die Initiative, dem Reichstag fehlte die Großzügigkeit. Die Regierung berief sich darauf, daß ihr Mittel abgelehnt worden wären, um genügend aufklärend im Auslande zu wirken — eine schlechte Entschuldigung; denn, erkannte sie die Notwendigkeit die öffentliche Meinung als Machtfaktor für sich einzusetzen, wie das England in glänzender Weise verstand und damit diesen Krieg gewonnen hat, dann hatte sie die Pflicht, sich mit der Ablehnung nicht zu beruhigen, dann hatte sie die Pflicht, an das Volk zu appellieren, dann hatte sie führend zu sein, anstatt sich führen zu lassen.

Den Machthabern des alten Deutschlands fehlte das Vertrauen in die Kräfte des Volkes. Dieses mangelnde Vertrauen zu den im Volke ruhenden Kräften hat dazu geführt, daß wir in dem führenden Bundesstaate Deutschlands bis in den Krieg hinein an einem Wahlrecht festgehalten haben, das längst vor dem Kriege, das längst im Frieden hätte beseitigt werden müssen (sehr wahr!), das unendlich viel dazu beigetragen hat, daß soziale und politische Verheerung in Preußen und Deutschland Platz greifen konnte. (Zustimmung.)

Hier liegt auch die große parteigeschichtliche Schuld des liberalen Bürgertums, das seinerseits in diesen Fragen hätte führend sein müssen (sehr richtig!) und das, wenn es die Führung gegen Regierung und konservative Mehrheit übernommen hätte, sich durchgesetzt hätte zu jeder Zeit, in der es den Mut zur Agitation in diesem Sinne gehabt hätte. (Sehr richtig.) Wäre man zu der Zeit, als Bülow erkannte, daß diese Dinge geändert werden mußten, an seine Seite getreten und hätte den Kampf aufgenommen, auch den Kampf in der Form, daß man den Acheron bewegte, um sich für diese Forderungen einzusetzen, dann hätte es keine Mehrheit mehr gegeben, die dem gemeinsamen Ansturm der Liberalen in dieser

Frage hätte Widerstand leisten können. Die Schuld liegt an dem gesamten Liberalismus und sie liegt, wenn Sie weiter sehen und sich einmal die Vergangenheit unter größeren Gesichtspunkten ansehen, darin, daß wir in der Tat in der Zeit, in der Deutschland groß und mächtig wurde, ein materielles Bürgertum gehabt haben, saturiert, seine politischen und seine kulturellen Ideale vergessend. (Sehr wahr!) So, wie wir früher in zu weitgehendem Maße lediglich das Volk der Dichter und Denker waren, so wurden wir in zu weitgehendem Maße lediglich das Volk der wirtschaftlich schöpferischen und rechnenden Akademiker. Die große Anziehungskraft der Sozialdemokratie gegenüber den bürgerlichen Parteien lag nicht nur im Klassenkampfcharakter, lag nicht nur im Neid, sie lag auch daran, daß im Sozialismus eine Idee lebendig war, während die bürgerlichen Parteien vielfach Zweckmäßigkeitspolitik trieben (sehr richtig!) und man überhaupt nicht mehr sah, daß die Drifflamme einer Idee ihnen voranleuchtete. Lernen wir aus dem, was die Vergangenheit in dieser Beziehung zeigt, für die Zukunft.

Bei den Regierenden fehlte das Vertrauen zum Volke, um mit diesem Volke Politik zu machen, um das Volk national zu erziehen und dadurch die Monarchie so tief zu fundieren, daß sie unangreifbar gewesen wäre; es fehlte infolge dieser ganzen Entwicklung aber auch diejenige Erziehung des deutschen Volkes in staatlichen Dingen, die in anderen Ländern, unbeschadet der jeweiligen politischen Herrschaft einer Partei, den Staatsgedanken als solchen im Volke fest fundiert hat. Blicken Sie nach England, blicken Sie nach Frankreich. Die Parteien wechseln, konservativ heute, liberal morgen, starke sozialistische Minderheiten mitwirkend. Nichts wird all das, was sich ändert an Herrschaft irgendeiner Partei, an dem Unverrückbaren im englischen Herzen ändern, daß der englische Staatsgedanke, der unverrückbare Leuchter des englischen Volkes ist. (Sehr wahr!) Das ist das Endergebnis einer politischen Erziehung von Jahrhunderten, die uns fehlt, die wir hätten nachholen können in der Zeit seit Gründung des Reiches, wenn wir mehr Wert auch auf staatsbürgerliche Erziehung auf der einen Seite und Durchdringung mit politischen Gedanken in unserem ganzen Bürgertum auf der anderen Seite gelegt hätten. *) (Sehr wahr!) Täuschen wir uns nicht: Gewerkschaftlich organisierte Arbeiter in der Vergangenheit verstanden im allgemeinen mehr von Politik als der akademische Bürger der Vergangenheit. (Sehr richtig!)

*) Ja, mit dem Gewerkschaftler verstand man sich besser als mit dem Akademiker. 135

Es ist ein trauriges Bild, das das deutsche Bürgertum geboten hat. (Zustimmung.) Wir müssen zurück zu der Auffassung, daß politische Arbeit ein Teil der Lebensaufgabe des Menschen ist. Jetzt ist es viel schwerer aus den Trümmern eines unglücklichen Krieges heraus das Neue aufzubauen, das hätte aufgebaut werden müssen in der Zeit, die hinter uns liegt.

Sie sehen daraus, daß es mir ganz fern liegt, lediglich den bequemsten Ausgangspunkt zu wählen, das Elend der Gegenwart mit dem Glück der Vergangenheit zu vergleichen und daraus die Folgerungen zu ziehen, daß das Heutige das völlig Angreifbare, das Vergangene das allein Lobenswerte wäre. Aber wenn wir den Blick richten auf die Vergangenheit mit all ihren Schwächen, die ich offen einräume, und die infolge der mangelnden Ausbildung des Staatsgedankens auch dazu führte, daß man zu spät den Weg ging zum parlamentarischen System, zu vertrauensvollem Zusammenarbeiten zwischen Parlament und Staatsregierung, das ich, vielfach umbraut deshalb auch von Kämpfen innerhalb der eigenen Partei, in dringendster Weise im Frühjahr 1917 zu schaffen im Reichstag nahegelegt habe, — ich sage: wenn all das auch Anklagepunkte sein mögen gegen die politische Entwicklung in dem jungen Reiche, so ändert das nichts an der Tatsache, daß die Entwicklung zum Besseren nur den Weg der Evolution, niemals den Weg der Revolution gehen durfte. Es ist eine Lüge gegenüber der Öffentlichkeit, zu sagen, die Revolution habe in Deutschland das System des Absolutismus gestürzt. Als sie kam, da war das Deutschland, das sie stürzte, ein Land, in dem die Monarchie in dem Verhältnis zu Volk und Staat stand, wie sie in England steht. Seit Jahrhunderten hat die deutsche Demokratie die englische Verfassung als ihr Vorbild angesehen. Wenn sie heute auch ihrerseits den 9. November feierte, dann feiert sie den Tag, an dem ihr Ideal in Deutschland zusammengebrochen ist, an dem das parlamentarisch-konstitutionell-monarchische System der Republik Platz machte. Deshalb war schon an sich für jeden Liberalen der Tag, der diese Entwicklung unterbrach, kein Tag irgendwelcher Genugtuung, und für jeden, der monarchisch denkt, ist es ein Tag der Trauer. Aber höher noch als die Liebe zur Monarchie steht der Gedanke zu Volk und Vaterland, und das Traurigste an jenem 9. November ist neben dem Sturz der Monarchie und der alten Staatseinrichtungen die Würdelosigkeit, mit der diese Revolution sich gegen das nationale

Empfinden im Volke gewandt hat. (Lebhafte Zustimmung.) Kein Volk, das die Taten vollbracht hätte, die das deutsche Volk im Weltkriege vollbracht hat, wäre fähig gewesen, seine eigene Fahne in den Staub zu ziehen, denen, die zurückkamen von der Front, die draußen gekämpft hatten, die Kofarden herunterzureißen; kein Volk, das das Offizierkorps besaß, das wir besessen haben, wäre fähig gewesen, es so schamlos zu beschimpfen, wie es beschimpft worden ist. (Lebhafte Zustimmung.)

Es erscheint mir, als wenn es nötig ist, auch als eine Partei, die auf Massen sich stützt, doch nicht den Schwindel der Popularitätshascherei mitzumachen (Beifall), sondern darauf hinzuweisen, daß, was im einzelnen hier und da gesündigt worden sein mag — und es gibt keinen Stand, in dem nicht gesündigt worden ist —, wir alle Veranlassung haben, an das zu denken, was an Aufopferung, Hingabe und Pflichterfüllung das alte preußische Offizierkorps in diesem Weltkriege geleistet hat. (Stürmischer Beifall.)

Wir wollen aus dieser Zeit der nationalen Schmach und Würdelosigkeit unser Volk zurückführen zu dem alten Stolz auf Deutschland, Deutschlands Größe und Deutschlands Weltbestimmung. An sich sollte eine derartige Gefinnung selbst den deutschen Revolutionären möglich sein. Denn revolutionäre Bewegungen brauchen sich nicht im Widerspruch zu nationalem Empfinden zu vollziehen. Mögen diejenigen, die in Deutschland glauben, daß ein revolutionäres Deutschland mit den alten Fahnen des Reiches unvereinbar sei, sich ein Beispiel an denen nehmen, die in Frankreich zwar ein Königtum stürzten, aber die Feinde des Landes vor sich hertrieben und den Aufruf zur nationalen Verteidigung erließen; mögen sie sich ein Beispiel nehmen an denen, die in England durch Umwälzungen ein neues Zeitalter schufen, die aber gleichzeitig die heiße Liebe zu ihrem englischen Vaterlande und den starken Gedanken nationaler englischer Würde damit verbanden. — Was wir hier in Deutschland erleben, das ist in bezug auf die neue Zeit ein Schwelgen in Worten, ohne daß sich irgendwelche Taten zeigen, sodaß als Endergebnis mit dem Zusammenbruch des Alten ohne Aufbau des Neuen sich naturgemäß die Sehnsucht nach dem Alten geradezu mit Behemeng mehr und mehr im Volke wieder lebendig macht.

Zu den Phrasen, mit denen wir bei uns überschüttet werden, gehört die eine, daß wir die Errungenschaften der Revolution sichern

müssen. (Lachen.) In Wirklichkeit sehen wir seit jener kurzen Zeit doch nur das eine: einen nationalen, einen wirtschaftlichen, einen finanziellen und, was das schlimmste ist, einen moralischen Niedbruch des deutschen Volkes ohnegleichen. Es lösen sich alle Bande frommer Scheu. Das erste, was wir zu fordern haben, woran wir zu arbeiten haben, wird die sittliche Wiedergeburt des deutschen Volkes sein, ohne die das ganze Verfassungswerk, ohne die alle Außen- und Innenpolitik elendiglich Schiffbruch erleiden muß.

Was ist es denn, was uns der 9. November gebracht hat an Freiheiten, an neuem Geist, an neuen Gedanken? Er hat uns die Republik in Deutschland gebracht. Lassen Sie mich über die Frage: Monarchie oder Republik hier offen sprechen. Die Frage der Monarchie ist eine Verstandesfrage, und sie ist eine Gefühlsfrage. Vom Standpunkt des Verstandes und vom Standpunkt des Gefühls bekenne ich als meine Auffassung, daß für unsere deutschen Verhältnisse die Monarchie das Gegebene war und das Gegebene gewesen wäre (lebhafter Beifall). Alle Entwicklung kann sich nur auf dem geschichtlich Gewordenen aufbauen. (Sehr richtig!) Vieles lebt und webt in uns an Empfindungen, über deren Ursprung wir uns innerlich nicht Klarheit zu schaffen vermögen. Was ist denn unser Denken und Empfinden, was ist denn das, was wir deutsche Seele nennen? Ist denn das in der Zeit entstanden, in der die äußerlichen Eindrücke des Lebens, unserer Umgebung auf uns eindringen? Lebt denn und webt denn in dem, was wir denken und empfinden, nicht irgendein Nachklang aus den Zeiten vor hundert, vor tausend Jahren, die das gebildet haben? (Sehr wahr!) Kann man sich denn alle diese Gegenwart, uns als Menschen denken ohne die Ahnen, die vor uns gewesen sind? Wir sind doch nichts als das letzte Glied einer Kette, die vor uns gewesen ist, die in Zukunft sein wird, und all dieses Unwägbar, alle diese Seelenstimmung, all das geschichtlich Gewordene kann niemand dadurch herausreißen, daß er sich an den Schreibtisch setzt und Paragraphen einer neuen Verfassung formuliert (lebhaft Zustimmung).

Das geschichtlich Gewordene fortzuführen wäre zunächst dasjenige gewesen, was uns veranlaßt hätte, wenn die Entscheidung bei uns lag, an der Monarchie festzuhalten, und dann das zweite Verstandesmäßige: Gerade in einer Zeit großer sozialer Gegensätze, großer Umballungen wirtschaftlicher Macht erscheint mir die monarchische Re-

gierung für die Fortentwicklung eines gesunden sozialen Gedankens eine bessere Gewähr als die Republik. Das Kaisertum und der Monarch in seiner Höhe stand jeder Beeinflussung durch große Kapitalmächte viel freier und unabhängiger gegenüber als im allgemeinen irgendein Ministerium einer Republik (sehr richtig!). Es ist kein Zweifel, daß wir das Volk der Sozialpolitik gewesen sind, denn die Sozialpolitik hatte im kaiserlichen Deutschland ihre Geburtsstätte. Ich darf Sie an die Rede erinnern, die einstmals der alte Bebel in Amsterdam auf dem Sozialistenkongreß gehalten hat. Da hat er gegenüber Jean Jaurès, der die Deutschen mitleidig aufforderte, nun doch auch einmal in die Reihe der freien Völker einzutreten, zum Ausdruck gebracht: die französischen Genossen möchten sich einmal Mühe geben, das an Sozialpolitik in Frankreich durchzuführen, was in Deutschland schon besteht; sie möchten sich Mühe geben in ihrer Steuergesetzgebung den sozialen Gedanken der preußischen Einkommens- und Vermögenssteuer durchzuführen gegenüber dem französischen System, das im wesentlichen auf indirekten Steuern beruhte, und als er zu einer Schilderung dieses sozialen Gedankens in Deutschland überging und gute Worte dafür fand, und ihm die Franzosen höhniisch zuriefen: „Vive l'empereur!“, erwiderte der alte Bebel, er wolle ihnen auch das eine noch sagen: Im kaiserlichen Deutschland werde nicht auf streikende Arbeiter geschossen, wie in der französischen Republik unter dem sozialistischen Handelsminister Millerand.

Ich glaube, daß diese Rede Bebels die Verhältnisse der alten Zeit zwischen dem kaiserlichen Deutschland und der kapitalistischen Republik Frankreich richtig kennzeichnete. Man mag in bezug auf die Gegenwart darauf einwenden, daß der starke Einschlag sozialistischer Auffassung in unserer gesamten Politik ein Ueberwuchern des Kapitalismus verhindern werde. Wir wollen in dieser Beziehung die Entwicklung abwarten. An der Fortführung einer gesunden Sozialpolitik werden wir nicht zweifeln brauchen. Diese Fortführung war auch niemals durch die bürgerlichen Parteien in Frage gestellt, aber ob alles das, was sich für mich mit dem Begriff des kapitalistischen Einflusses in der Regierung und in der Öffentlichkeit verbindet, namentlich nach der Richtung des mobilen Kapitals, durch die neue Republik in seine Schranken gewiesen werden wird, das erscheint mehr als zweifelhaft nach all den Entwicklungen, die im republikanischen Staatswesen vorliegen. (Sehr wahr!) Selbst durch die demokratischen

Reden ging bei der Verfassungsdebatte eine Angst vor Entwicklungsmöglichkeiten, die in dieser Richtung liegen. So bleibt das eine bestehen, daß der soziale Gedanke und das Zurückdrängen kapitalistischer Einflüsse in der Monarchie besser gewährleistet gewesen wäre, als die Republik es uns gewährleisten kann.

Wir hatten seit Hertlings Rücktritt die konstitutionelle Monarchie auf der Grundlage des parlamentarischen Systems. Damit war jede Besorgnis vor einem persönlichen Regiment beseitigt. Dabei waren nicht, wie konservative Anklagen behaupten, Persönlichkeitswerte der Monarchie vernichtet. Ein Nikolaus II. als theoretisch absoluter Herrscher war praktisch ohne Einfluß; ein Eduard VII. als theoretisch schwacher Herrscher wußte seiner ganzen Zeitepoche den Stempel seines Geistes aufzuprägen.

Wir waren in der alten Nationalliberalen Fraktion in den ersten Novembertagen noch zusammen zur Beratung der Frage, ob ein Einfluß auf die Abdankung des Kaisers ausgeübt werden sollte, und wir haben uns einstimmig dagegen erklärt aus dem Gefühl heraus: Fällt Kaiser und Kronprinz, kommt die Zeit eines kaiserlichen Kindes, wird auch nur das Kaisersymbol verkümmert durch die Zeit einer Prinzregentschaft, dann kommt schon dadurch soviel ins Wanken von dem alten Einfluß der Kaiserkrone, daß auch das letzte gestürzt werden kann (sehr wahr!). In uns war die eine Empfindung gemeinsam, die wir alle zum Ausdruck brachten, als die Gefahr einer traurigen deutschen Zukunft aufdämmerte: Die Einheit Deutschlands ist in Gefahr, wenn das Symbol der Kaiserkrone nicht mehr diesem Deutschland voranschwebt (sehr richtig!). Daß dieses Gefühl ein richtiges war, das zeigen uns die augenblicklichen Verhältnisse. Niemals würden die Abtrennungsbestrebungen aus Preußen sich derartig hervorgewagt haben, wenn es noch einen König von Preußen gäbe. (Sehr richtig!) Heute fehlt der Mittelpunkt, um den sich alles Nationale findet. (Sehr wahr!) Ein Ebert ist dieser Mittelpunkt nicht (Heiterkeit), und die Karikaturen von Staatsmännern, von denen Herr Geheimrat Rahl sprach, sind es, weiß Gott, auch nicht. Sie haben auch hier zerstückelt, ohne irgend etwas Entsprechendes an die Stelle setzen zu können.

Für uns steht es so, wie unser Freund Rahl in der Nationalversammlung in Weimar sagte: Wer, wie er, den Tag von Versailles noch miterlebt habe, für den sei mit dem 9. November

eine ganze Welt versunken. Auch für uns ist eine Welt versunken mit diesem Tage, und es war eine große, es war eine schöne Welt; es war eine Welt, in der der Einzelne das Gefühl hatte, als Deutscher stolz und mächtig dazustehen unter den Völkern der Erde. Deshalb wird man uns das eine nicht verwehren können, sondern es wird sogar unsere Pflicht sein, es zu pflegen: die Erinnerung an diese große Zeit der Vergangenheit (Beifall), und wenn es jemals eine Entwicklung in den Einzelstaaten gäbe, in der ein Kultusminister irgendwelchen neuen Geistes unsere Jugend erziehen wollte, indem er diese Vergangenheit verlästerte und das neue Zeitalter vom 9. November ab etwa datieren wollte, dann werden wir unsere Jugend selbst lehren und ihr die deutsche Vergangenheit zeigen, in der zu leben und zu träumen das Beste ist, was uns in den Sabbathruhestunden dieses Lebens in dieser Gegenwart noch übrig bleibt. (Stürmischer anhaltender Beifall.) Das ist es, was wir zum Ausdruck gebracht haben mit der Erklärung, welche die Fraktion in der Nationalversammlung in dem Satz abgab: Wir lassen uns die Erinnerung an die große Zeit der Hohenzollern in Deutschland nicht rauben.

Bedeutet das nun das eine, daß wir Träger sein wollen einer monarchischen Gegenbewegung, einer großen Bewegung auf Wiederherstellung der Monarchie? Nein, das bedeutet es nicht. Aus dem Grunde, weil der Weg zu dieser Monarchie nur durch einen Bürgerkrieg hindurchgehen könnte und weil uns bei aller Liebe und bei aller innerlichen monarchischen Veranlagung das Volk und das Ganze höher stehen muß als dieser Gedanke und diese Empfindung. Wir dürfen nicht von einem Blutbad zum andern schreiten. Wir dürfen nicht die endlich zu suchende Einheit des Ganzen dadurch aufs neue aufs schwerste in Frage stellen. Wir müssen uns auch des einen klar sein, daß Großdeutschland nur zu schaffen ist auf republikanischer Grundlage. Ganz anders sind die Empfindungen der Deutsch-Österreicher als die der Reichsdeutschen, und das können wir verstehen, denn zu Habsburg und zur letzten Kaiserin von Oesterreich-Ungarn irgendwie ein Gefühl der Liebe und des Vertrauens zu haben, dazu hat kein Grund vorgelegen. (Sehr wahr!) Wer so das eigene Volk verrät, wie es von dieser Stelle verraten worden ist, der hat damit selbst den Sand auf das Grab geschaufelt, in dem die Habsburger liegen. (Sehr wahr!) Deshalb

ist bei der ganzen Situation auch nicht einmal in irgendeinem Bürgertum dort ein Verständnis für eine Wiederherstellung der Monarchie. Der Weg zu Großdeutschland und der Weg zu innerer Ruhe kann nur gehen auf dem Boden republikanischer Staatsform. Deshalb arbeiten wir an ihr mit, bewahren das große Geschichtliche in der Erinnerung, lassen es nicht verdunkeln und haben in dem Sinne die Stellung eingenommen, die wir zum Ausdruck gebracht haben. (Sehr richtig!)

Was uns die Revolution außer der Tatsache der Republik gebracht hat, war, wie ich sagte, der Geist der Auflösung auf sittlichem Gebiete. Erlassen Sie es mir, das ganze Bild vor Ihnen aufzurollen, das sich seit dem 9. November ergeben hat. Der Rest des Volksvermögens ist vergeudet. Wir sind so bettelarm, daß wir nicht mehr wissen, womit wir die Lebensmittel bezahlen sollen, die wir für die Ernährung des Volkes brauchen. Das Heeresgut ist dahingegangen. Milliarden sind verschleudert. Es brach alles zusammen, was irgendwie noch sittlicher Anstand war, und es brach das Pflichtgefühl der Arbeiter zusammen. Wenn irgend etwas furchtbar ist, dann ist es der Gedanke, daß im Hafen von Hamburg, der einstmals Milliarden Güter in die Welt hinaustrug, amerikanische Lebensmittelschiffe mit Ballast hinausgehen mußten, weil das Deutsche Reich nicht so viel produziert hatte, um einen 6000-Tonnendampfer damit beladen zu können. (Hört, hört!) Nennt Ihr das Errungenschaft der Revolution, so habt Ihr Recht, aber Ihr habt nur das Recht, Euch dieser Errungenschaft zu schämen. (Sehr wahr!)

Wir haben einen Finanzbedarf von $7\frac{1}{2}$ Milliarden, die aufgebracht werden sollen. Ob sie aufzubringen sind — die Fragestellung heißt schwere Zweifel auslösen. Und trotzdem bin ich der Meinung, daß wir auch über diese Zeit, auch über ihre finanzielle Not hinwegkommen können, wenn wir eins wieder hätten: die Wiederaufnahme der alten wirtschaftlichen Tätigkeit. Denn es liegt nicht so, daß wir etwa wirtschaftlich zusammengebrochen wären, weil die Welt draußen keine deutschen Waren mehr will, weil wir ganz arm wären in der Möglichkeit der Erzeugung von Werten; nein es besteht in der Gegenwart ein derartiger Warenhunger im Innern und außen, daß die Leipziger Messe dieses Jahres die bedeutendste sein würde, die wir seit langem gehabt haben, wenn man nur das eine wüßte, daß es in Deutschland noch Arbeiter gibt, die arbeiten,

damit Deutschland Waren verkaufen kann. (Lebhafte Zustimmung.) Wir würden sicherlich in den ersten Jahren nach dem Kriege, sobald wir wieder Rohstoffe hätten, eine Zeit der Hochkonjunktur haben, weil die Welt nach Waren dürstet. Ich weiß von Kaufleuten, daß Millionenaufträge aus dem Auslande vorliegen in allen möglichen deutschen Artikeln. Die Aufkäufer Amerikas sitzen in Holland und warten auf das liefernde Deutschland, und in der Zeit erkaufen die Kohlengruben, in der Zeit stürzen die Schächte ein, gehen die Hochöfen zu Bruch, in der Zeit zahlen wir, ein bettelarmes Volk, Hunderte von Millionen an Arbeitslose, die aus freiem Willen arbeitslos sind, weil sie die Pflicht zur Arbeit nicht mehr in sich fühlen. (Lebhafte Zustimmung.) Das ist der moralische Niederbruch, den uns die Zeit gebracht hat, die die Freiheit verkünden schien und die nur die Zügellosigkeit verkündete und die sich jetzt, wo sie mit Verantwortung beladen ist, vergeblich bemüht, die Massen zu bannen, die sie selber gerufen hat. Das ist ja das Charakteristikum unserer Zeit, daß die deutsche Sozialdemokratie in dieser wildbewegten Zeit uns kein Hort und kein Halt ist gegenüber diesen Erscheinungen. Sie bricht, wie ich gestern im Zentralvorstand schon ausführte, programmatisch zusammen. Sie steht vor Zerfetzungsercheinungen, deren sie sich vergeblich Herr zu werden bemüht.

Der letzte bürgerliche Kanzler des Deutschen Reiches war auch in der Beziehung schlecht beraten, als er glaubte, alles zum besten zu kehren und zum Heil zu wenden, wenn er einem Sozialdemokraten die Reichskanzlerwürde übergäbe und damit gewissermaßen die Abdankung des Bürgertums vor der neuen Zeit unterzeichnete. (Sehr wahr!) Ich muß das eine sagen: Dieses Verhalten des Prinzen Max von Baden am 9. November war ein schmählicher Verrat an der von ihm vertretenen Sache. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.) Das war nicht mehr Schwäche, sondern grenzte an Charakterlosigkeit. (Lebhafte Zustimmung. — Zwischenruf des Geheimrat Kahl: Hochverrat!) So eilig hatte es der Prinz mit seiner Flucht, daß er uns, die Führer der bürgerlichen Parteien, die wir im Reichskanzlerpalais bei ihm waren, um mit ihm die Lage zu besprechen, nicht mehr empfing, sondern uns nur das Manifest mit der Mitteilung sandte, daß er Herrn Ebert mit seiner Nachfolgerschaft betraut hätte (Pfui!) und in dem er uns mitteilte, daß der Kaiser abgedankt hätte, was der Wahrheit nicht entsprach, was in diesem

Augenblick eine weltgeschichtliche Lüge war. (Pfui!) Das ist das Schlimme, daß derjenige, der der erste sein sollte auf der ragenden Pyramide des deutschen Bürgertums, das Zeichen gab für die vollkommene Feigheit und für den Zusammenbruch, den wir im deutschen Bürgertum leider in den nächsten Revolutionswochen erleben mußten. Darin haben die Unabhängigen recht: In den ersten Wochen konnte die Sozialdemokratie erreichen, was sie wollte, denn es gab ja niemand, der ihr entgegentrat, nachdem der Reichskanzler als Deferteur vorangeflohen war.

Jetzt sehen wir, wie falsch die Auffassung war, daß die Sozialdemokratie als solche in der Lage sein würde, uns in der neuen Zeit den Weg zu weisen. Sie sieht die Massen nach links ausbrechen. In ihrem Kampf um die Vorherrschaft innerhalb der Sozialdemokratie kämpft sie mit mangelndem Erfolge aus dem Grunde, weil die Massen instinktiv empfinden, welcher ein abgrundtiefer Gegensatz liegt zwischen den ein halbes Jahrhundert lang vorgetragenen sozialistischen Theorien und der Praxis der heute mit Verantwortung beladenen Regierung.

Die Unabhängigen haben vor den Mehrheitssozialisten das eine voraus, daß sie der Masse als die Prinzipientreuen gelten (sehr richtig!) Was ich der Sozialdemokratie zum Vorwurf mache, ist, daß sie nicht die Charakterstärke hat, offen dem Volke zu sagen, daß sich das Erfurter Programm nicht durchführen läßt (sehr richtig!), sich bewußt auf den Boden der Gegenwartsarbeit zu stellen und sich von dem allein seligmachenden Dogma des Marxismus freizumachen. So sucht sie den Eindruck zu erwecken, als sei sie die Erbin der alten sozialistischen Anschauungen und muß nun natürlich erleben, daß sie als unwahrhaftig gilt und daß weite Mengen sie als Verräterin ansehen. An dieser Haltlosigkeit und diesem Mangel am politischen Charakter wird sie zugrunde gehen, wenn sie nicht zur rechten Zeit den Trennungsstrich findet. Man kann die deutsche Arbeiterschaft, gewerkschaftlich geschult, hoch gebildet in politischer Beziehung, für den Gedanken gewinnen, sich in dem neuen Reich, in dem es keine Reaktion zu bekämpfen gibt, auch auf den Boden wirtschaftsgeschichtlicher Tatsachen zu stellen. Der Versuch, die alte Sozialdemokratie zu sein und die alte Lehre doch in der Tat verleugnen zu müssen, wird zu einem Zusammenbruch führen. Wir sehen gleichzeitig, daß der Einfluß der Gewerkschaften gemindert ist, sehen deshalb die

Sozialdemokratie in der Regierung eine Politik führen, die schwankend ist, die zwischen brutaler Gewalt auf der einen Seite und unangebrachter Nachgiebigkeit auf der anderen Seite haltlos hin und her schwankt.

Daher auch die Unsicherheit der gesamten Regierung in zwei Fragen, die gegenwärtig aktuell sind, der Frage der Sozialisierung und der Frage des Räteystems. Lassen Sie mich dazu unsere Auffassungen darlegen. Ich darf sagen „unser e Auffassungen“, weil die Verhandlungen des Zentralvorstandes eine weitgehende, wenn nicht eine völlige Übereinstimmung in diesen Fragen ergeben haben. Wir lehnen von uns aus jeden Gedanken an irgendeine Manchesterwirtschaft in dem Sinne ab, als wenn wir den Individualismus als solchen als das alleinige Prinzip in der Wirtschaftserzeugung ansehen. Aber dieser Individualismus ist längst vor der neuen Zeit bei uns durchbrochen gewesen durch die Sozialpolitik auf der einen Seite, die Steuerpolitik auf der anderen Seite. Neben dieser ethischen Durchbrechung kam die praktische durch die Staatsbetriebe in der Eisenbahn, im Bergbau, auf anderen Gebieten. Um was es sich jetzt handelt, das ist, die Grenze der Individualwirtschaft, aber auch gleichzeitig die Grenze der Staatswirtschaft zu finden, und da scheint es uns, daß unbeschadet dessen, ob man die Ersetzung der Individualwirtschaft durch die Staatswirtschaft im einzelnen für möglich, für praktisch, für wünschenswert hält — und es gibt solche Fälle —, der wirtschaftliche Zustand Deutschlands in der Gegenwart uns unbedingt dazu drängt, uns jetzt gegen die Vermehrung des Staatsbetriebes zu wehren. Aus dem wirtschaftlichen Zusammenbruch dieser Zeit führt uns der Staatsbetrieb nicht heraus. (Sehr richtig!) In die neue Zeit zu der Wiederanknüpfung der Tausende von Fäden im Welthandel mit der Wiederaufrichtung der deutschen Wirtschaft können nur diejenigen führen, die uns in der Friedenszeit an die zweite Stelle im Welthandel gebracht haben. Das sind die Menschen, die als Persönlichkeiten auf diesem Gebiet der Welt ein ragendes Beispiel von Fleiß, von Pflichttreue, von Organisationsfähigkeit und von starkem Charakter gegeben haben. (Sehr wahr!) Diese köstliche Initiative, dieses köstliche wirtschaftliche Persönlichkeitsgut hieße es aufgeben, wenn man sie hineinzwängen wollte in die Fesseln einer Staatswirtschaft. Nach dieser Richtung hin werden wir in der Gegenwart uns wehren gegen alles, was da glaubt, eine neue Wirtschaft dadurch bilden zu können, daß man die Kriegswirtschaft

verewigt, die uns doch die Grenzen dieser Staatswirtschaft und ihre Einseitigkeit so als praktische Lehre vor Augen geführt hat, daß man annehmen sollte, niemand trüge Verlangen danach, daß diese Zeit verlängert wird. (Sehr wahr!)

Wir werden uns dagegen wehren auch aus finanziellen Gründen. Die Überführung der Einzelbetriebe in die Staatswirtschaft wäre nicht Vermehrung, sondern, ich sage es als meine Überzeugung als Volkswirtschaftlicher, wäre Verminderung der Einnahmen im Lande wie im Reiche. (Sehr wahr!) Ein sozialistisch zusammengesetzter Staat als Arbeitgeber ist ja schon an sich parteipolitisch hilflos gegen jede, auch die exorbitanteste Forderung, die ihm gestellt wird. (Sehr wahr!) Er soll dankbar sein, wenn das Risiko, diesen Kampf durchzuführen, von ihm genommen wird und nicht allein auf seinen Schultern liegt (Zustimmung), dankbar, wenn er der Vermittler sein kann in diesen Dingen, in denen er die Interessen der Allgemeinheit vertritt und nicht gleichzeitig Partei ist und parteipolitisch vielleicht Einbuße zu erleiden fürchtet, wenn er nicht allen Forderungen nachkommt.

Wir haben auch hier ein lebendiges Beispiel: das Beispiel Rußlands. Bis heute hat die Regierung nicht auf meine Frage in der Rationalisierungsversammlung geantwortet, ob sie dem Ausschuß für Handel und Gewerbe nicht darlegen wolle, wie sich das russische Budget verändert hat, seitdem die Rationalisierung der Industrie durchgeführt ist. Nach unwidersprochenen Meldungen, die mir geworden sind, haben sich seit der Rationalisierung der russischen Industrie die Einnahmen aus Handel und Gewerbe in Rußland um 66²/₃ Prozent vermindert. (Hört, hört!) Das war das Ergebnis dessen, wovon man dem Arbeiter gesagt hat: Dir fließt jetzt der Mehrerertrag zu, die Allgemeinheit wird jetzt den großen Gewinn bekommen, den früher wenige in die Tasche steckten. Ein Wort von Lenin ist mir einmal berichtet worden, das mir bezeichnend erscheint, das auch psychologisch so interessant ist, weil es die Verbindung von Brutalität und Opferung von Menschen auf der einen Seite, von Sentimentalität auf der anderen Seite für die heutigen Verhältnisse in Rußland ausdrückt: „Wir sind ja längst tot; es kommt nur niemand, um uns zu begraben.“ Das ist schließlich das Ergebnis von zwölf Monaten Bolschewismus. Man wartet nur darauf, daß jemand die Erbschaft übernimmt, hat niemand, der sie liquidiert, ist innerlich fest davon überzeugt, daß man dies alles zugrunde gerichtet hat. In Unterredungen mit rus-

fischen Politikern, die den bolschewistischen Ideen nahestanden, ist mir in den Herbsttagen 1918 gesagt worden: Der Bolschewismus ist in Rußland gescheitert an der russischen Bauernschaft, die auf die Zustimmung, sich sozialisieren zu lassen, mit Maschinengewehren geantwortet hat (hört, hört!). Er würde bei uns an derselben Tatsache und zweitens daran scheitern, daß bei der viel feiner verästelten, verzweigten, auf den Weltmarkt angewiesenen deutschen Industrie es allerdings nicht erst zwölf Monate dauern würde, bis alles so kaputt regiert ist, daß es niemand mehr gibt, der das Experiment weiter machen wird. (Sehr wahr!) Darum sollte man hier, anstatt antibolschewistische Plakate mit Ungeheuren wie Meerlazen an die Wand zu kleben, lieber einmal tausende von Vorträgen in Deutschland über russischen Bolschewismus und über seine Wirkungen auf die russische Volkswirtschaft halten (sehr richtig!), damit man den Kampf mit diesen Ideen in den Volksversammlungen aufnimmt, um dadurch dem Gift dieser Ideen entgegenzuwirken. Ihm entgegenzuwirken einmal in Arbeiterkreisen und zweitens ihm entgegenzuwirken auch in denjenigen Kreisen der Intelligenz, in denen sich heute vielfach Leute an die Spitze bringen lassen, die weiter nichts zu verlieren haben, die damit kokettieren, Bolschewisten zu sein (sehr richtig!) und die meiner Auffassung nach viel gefährlicher sind und viel eher niedergeschlagen zu werden verdienten als diejenigen, bei denen doch noch eine Spur von wirklichen Idealen vorhanden ist, wenn sie für diese Dinge eintreten. (Zustimmung.)

Denn, wollen wir uns doch über eines nicht irren: in der Frage der Sozialisierung steht für die Arbeiter in erster Linie eine ideale Forderung. Man sagt ihm: Du sollst nicht arbeiten für die Unternehmer, du selbst sollst teilhaben an dem Ertrag der Arbeit. Das ist es, was jetzt vielfach durch die weiten Kreise der Arbeiter und Angestellten geht, was dann diesen Kampf als einen idealen erscheinen läßt. Deshalb müssen wir hier*) zwei Fragen ganz ruhig und leidenschaftslos erörtern: die Frage, ob und inwieweit sich eine erhöhte Freude der Arbeiter und Angestellten in dem Unternehmen dadurch erzielen läßt, daß man sie an der Wirtschaft dieses Unternehmens teilnehmen läßt, ohne aber gleichzeitig die verantwortliche Leitung irgendwie derjenigen Funktionen zu entkleiden, die in ihrer Hand

*) D. h. in der Sitzung des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei vom 12. April 1919.

und, wie ich hinzufügen möchte, allein in ihrer Hand bleiben müssen, weil ihr das Risiko, das damit verbunden ist, von niemand abgenommen werden kann. Die zweite Frage ist die, ob es möglich ist, dem großen Gedanken, daß, wer Werte schafft, auch an den von ihm geschaffenen Erträgen teilnehmen soll, durch eine Sozialisierung des Ertrages zu entsprechen, das heißt dadurch, daß das Reich zum Mitbesitzer aller Unternehmungen gemacht wird, daß es, von einer gewissen Verzinsung der Unternehmungen an, an allen Überschüssen mit teilt. Wir haben gestern gehört, daß hervorragende Führer der Industrie durchaus dem Gedanken zustimmen. Alles, was an aufpeitschender Kritik dem Arbeiter gesagt wird, daß er die großen Gewinne eines Werkes sieht und sagt: ich habe sie mitgeschaffen und habe keinen Teil daran, fällt in dem Augenblick fort, in dem das Reich Mitbesitzer aller Unternehmungen auch in diesem Sinne ist. Es erfaßt dadurch die Steuer an der Quelle. Es steuert nicht im einzelnen das Einkommen oder das Vermögen in wahnsinnigen Proportionen hinweg. Wir müssen den Mut haben, gegen den Gedanken einer exorbitanten Vermögensabgabe Sturm zu laufen (sehr richtig!), Sturm zu laufen aus dem Grunde, weil einmal der kleine Rentenbesitzer, weil alle diejenigen, die hier vielfach in weit größeren Entbehrungen als der industrielle Arbeiter ihr Leben fristen usw., nicht gezwungen werden können, von dem was der Ertrag ihrer Lebensarbeit ist, große Prozentsätze wegzugeben (sehr richtig!), und zweitens, weil, wenn wir in Zukunft den großen Bedarf des Reiches durch die Erträge unserer Volkswirtschaft und namentlich unserer industriellen und gewerblichen Tätigkeit decken wollen, wir ihr nicht die Mittel nehmen dürfen, durch die sie den Wiederaufbau auf dem Weltmarkt allein in die Wege leiten kann. (Sehr richtig!) Wir brauchen heute Kredit im Auslande. Das Reich hat keinen Kredit — das ist auch eine Errungenschaft der Revolution (sehr wahr!) —, aber der Privatmann, die einzelne große Firma hat noch Kredit. Ich darf darauf hinweisen, daß eine Hamburger Firma neulich in einer Konferenz mit berechtigtem Stolz sagte: Wir mit unsern Konzern haben auch nach der Niederlage Deutschlands einen Kredit von einer Milliarde, sobald wir ihn beanspruchen. Dieser Kredit gründet sich auf die unbegrenzte Hochachtung der Welt vor den Leistungen der deutschen Industrie, des deutschen Kaufmanns. (Sehr wahr!) Er hat die unbedingte Überzeugung, daß er sich wieder herausarbeiten

wird. Nehmen Sie ihm nicht durch eine zu weit gehende Vermögensabgabe die Möglichkeit, wieder groß zu werden, unterbinden Sie auch nicht die Lust an der Steigerung des Gewinnes, aber beteiligen Sie das Reich an allem, was seine Initiative, was die Verbesserung deutscher Technik, was deutscher Unternehmungsgeist als Gewinn schaffen. Das ist meiner Auffassung nach die einzige Möglichkeit, die Finanzaufgaben zu lösen, die dem Reiche bevorstehen und sozial versöhnend und finanziell ertragreich zugleich zu wirken.

Ich komme zu der zweiten Frage, ob die Mitwirkung der sozialen Organisationen in den Unternehmungen sich nicht in einer Weise ermöglichen läßt, die auch hier brausende und gärende Ideen in ein vernünftiges Bett zwingt. Damit ist nichts getan, daß man eine neue Idee, die im ersten Augenblicke toll erscheint, einfach von sich abweist. Da scheint mir, als wenn die Entwicklung der Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Industrie, die wir vor uns gesehen haben, und die wir mit photographischer Treue in der Entwicklung des englischen Industrierates sehen, uns den Weg weist. Wenn heute unsere Industrie mit den Gewerkschaften zusammen diese Arbeitsgemeinschaft bildet, wenn wir einen Schritt weitergehen, wenn wir denken, daß andere große Berufszweige sich hier anschließen (Zuruf: Die Landwirtschaft!), die Landwirtschaft in erster Linie, dazu das Handwerk, das ja sowieso hinzugenommen werden muß, dann auch die Angliederung aller der geistigen Arbeiter, dann kann auf diesem Gebiete ein Parlament entstehen, das schaffend arbeitet, das die Möglichkeit hat, die Einseitigkeit zu vermeiden, die einem Zentralarbeiterrat anhaften wird. Im einzelnen kann da die Frage gelöst werden: Welche Wirtschaftspolitik müßt Ihr gemeinsam treiben, um die Sozialpolitik durchzuführen, die Ihr als Arbeiter verlangt? Dann werden alle die alten Gegensätze von Freihandel und Schutzzoll als verstaubte Theorien erscheinen, dann wird auf diesem Gebiete die Möglichkeit gegeben sein, an Stelle des Gedankens des Klassenkampfes den neuen Gedanken des wirtschaftlichen Zusammenarbeitens aller Stände zu setzen. Ich habe die Überzeugung, daß die Zusammensetzung eines solchen sozialen Parlamentes, das auf dieser paritätischen Grundlage aufgebaut werden müßte, sich mit dem heute vertretenen Gedanken der Zusammenfassung der Räte vereinigen läßt, nur daß nicht der Betrieb als solcher die Urzelle für die Wählbarkeit sein, daß nicht der Einzelne von seinem Berufe getrennt sein kann, sondern daß für

die Gewerkschaft und ihre Entwicklung innerhalb dieser Gesamtentwicklung Platz sein muß und daß die letzten Machtmittel angewandt werden müssen gegen jeden Terror, der sich gegen irgend eine Minderheit kehrt. Dann müssen wir versuchen, in praktischer Arbeit dasjenige auszugleichen, was heute in den wildstürmenden Ansprüchen sich auch mit Forderungen geltend macht, die unerträglich, die undurchführbar sind. Lassen Sie uns versuchen, den Gedanken dieser Betriebsräte, ihrer Mitwirkung am Produktionsprozeß durchzudenken. Wir dürfen nicht davor zurückschrecken, dem Gedanken der Mitwirkung der Arbeiter und Angestellten an der Produktionsförderung in gewissem Maße zu entsprechen. Haben wir uns doch daran gewöhnt, daß ein Mitbestimmungsrecht der Arbeiterchaft in den sie selbst angehenden Fragen in der Einstellung und Entlassung und aller anderen sozialen Betriebsfragen heute konzediert und in Zukunft als etwas selbstverständliches angesehen werden wird. Wir müssen und werden sowohl eine Formel als auch eine Praxis finden, welche die führende geistige und technische Leitung des Betriebes denjenigen überläßt, welche durch die Vorbildung und Leistung dazu bestimmt sind, welche aber eine weniger kontrollierende als fördernde Mitwirkung eines Betriebsrates zuläßt. Wird doch in dem Maße, in dem der Staat selbst in seiner Finanzgebarung von dem Ertrag der Unternehmungen abhängt, auch das allgemeine Interesse an dieser Frage interessiert sein. Ich kann diese Frage hier nicht im einzelnen ausführen, aber ich glaube, daß die Idee einer Mitwirkung der Betriebsräte und die Idee eines sozialen Parlamentes, das aber nicht einseitig einen Zentralarbeiterrat darstellen darf, nicht negativ bekämpft, sondern praktisch gelöst werden muß. (Sehr richtig.)

Es wird etwas anderes entstehen, als was früher das berufsständische Parlament sein sollte und doch wird dieses soziale Parlament gleichzeitig einen Ausgleich bieten, der mir nach zwei Seiten wünschenswert erscheint. Einmal weil die Berufsstände im alten Reichstage meist zu kurz kamen und im neuen Reichstage wahrscheinlich wieder zu kurz kommen werden (sehr richtig!), so daß es ihnen nur wünschenswert sein kann, wenn sie hier Gelegenheit haben werden, mit zur Geltung zu kommen, und zweitens weil Sie, glaube ich, das Parlament der Zukunft stärken, wenn Sie es wieder einführen auf die großen politischen und kulturellen Gedanken (sehr richtig!) und es von der blöden Interessenwirtschaft befreien, in der wir in den letzten

Jahren versunken waren. (Lebhafte Zustimmung.) Erst dann, wenn wir diesen Weg der Entwicklung gemacht haben, wenn man die ganzen Wahlkämpfe unter dem Gesichtspunkte großer Ideen wertet, werden wir auf diesem Gebiete wieder einigermaßen zu einer Gesundung unseres gesamten politischen Lebens kommen. Die Entlastung, die wir dadurch bekommen, daß diese Fragen in einem anderen Parlament vorgearbeitet werden, schätze ich auch nach der Richtung hin als etwas Positives. Deshalb glaube ich, daß wir positiv mitarbeiten können an dieser gesetzgeberischen Frage, die ja gleichzeitig eine hoch sozialwirtschaftliche Frage ist, auch in der Frage der Eingliederung des Räteystems in die bestehende Organisation der deutschen Arbeitsgemeinschaft und ihres Ausbaues zu einem sozialen Parlament.

Ich möchte eine weitere Anregung hinzufügen: Nachdem einmal der Rätegedanke alle Kreise bis in die hohe Beamtenchaft hinein ergriffen hat, sollten wir als die Führer des liberalen Gedankens in Deutschland uns angelegen sein lassen, an die Spitze der geistigen Arbeiterräte zu treten, die sich bilden werden, um auch auf diesem Gebiete dafür zu sorgen, daß hier die Führung nicht wieder in die Hände solcher gegeben wird, die in kosmopolitischen Ideen schwärmen oder die vielleicht gar anarchistischen Gedanken sich zuwenden. Wir haben erfreulicherweise schon Zusammenfassungen der akademischen Berufsstände zu großen Organisationen von Hunderttausenden. Gehen diejenigen von uns, die zu den Intellektuellen gehören, da hinein, versuchen wir hier die Führerschaft zu erlangen und dafür zu sorgen, daß nicht überall, wo neue Strömungen entstehen, sie in das Bett falscher Anschauung geleitet werden. (Zustimmung.)

Und dann ein zweites. Wir sind uns gestern darüber klar geworden, daß wir im neuen Deutschland positiv etwas bieten, etwas schaffen müssen, das dem Einzelnen mehr gibt als Theorien von idealem Wert. Finanziell können wir dem Einzelnen keine Entlastung geben, denn die Belastung wird alle bis aufs tiefste drücken; aber wir müssen zur Gesundung unseres ganzen Lebens mit führend sein auf dem Gebiete der Siedlungspolitik. (Lebhafte Zustimmung.) Wir müssen alles daran setzen, um diese Umpflanzung von der Großstadt auf das Land herbeizuführen, und dies kann nur geschehen, indem wir uns gleichzeitig zu dem gesunden Kern der Bodenreformgedanken bekennen (sehr richtig!), zu dem gesunden Kern, den

ich darin sehe, daß das Land und Boden, der mit uns gewachsen ist, auf dessen Entwicklung der Gesamtheit des Volkes ein maßgebender Einfluß zustehen muß, von jeder Privatspekulation freigemacht wird (Beifall), daß derjenige, dem wir eine Scholle geben, sie nicht dazu erhält, um sie mit Nutzen wieder veräußern zu können und sie weiter und weiter zu steigern, sondern daß wir ihn anfällig machen wollen auf Grund der modernen Formen, die ihm die Möglichkeit geben, dort auch für sich und sein Geschlecht und die, die nach ihm kommen, auf alle Zeiten zu sitzen, ihn frei zu machen von allen diesen spekulativen Gedanken und dadurch die Möglichkeit einer Gesundung unseres Volksganzen zu schaffen. Ich sehe diese Gesundung nicht nur im Physischen. — Gewiß liegt sie im Physischen vielleicht zuerst; Geheimrat Badhaus hat gestern darauf hingewiesen, daß schon einmal das zerschlagene Preußen sich an seiner Landwirtschaft wieder erholt hat, und daß wir diese Urkräfte in erster Linie stützen und stärken müssen, das haben wohl dem blödesten Auge der Krieg und seine Erscheinungen bewiesen. Die Achtung vor dem Lande ist wieder groß geworden; aber es ist meist nur die materielle Achtung vor den Vorräten, die auf dem Lande sind. (Heiterkeit.) Etwas anderes muß auch in uns groß werden: die sittliche Achtung vor dem Lande, vor dem Dorf, vor der Einsamkeit (Beifall). Wenn irgend etwas uns verflacht hat, dann ist es doch die Großstadt gewesen. (Sehr richtig!) Nirgends mehr geht die Einzelpersonlichkeit zugrunde als in diesen Stätten der Massensuggestion. (Sehr richtig!) Dort ist die Sensation zu Hause, dort denkt der Meinungsmacher für alle die andern; dort wird gläubig hingenommen, was in immer neuen Ausgaben der Presse an Vielheit der Erscheinungen und Gedanken auf den Einzelnen einströmt, ohne daß sich darauf eine Lebensanschauung und eine Persönlichkeitsentwicklung aufbauen kann. Es gilt noch heute, was Goethe im „Faust“ als Plutus dem Knaben Lenter sagen läßt, den er hinwegführt aus dem großen Festestrubel und dem er zuruft: Zur Einsamkeit, da bilde deine Welt! Die Großen unseres Volkes sind meist aus dieser Einsamkeit gekommen. Es fehlt uns in der Hast der Entwicklung der Gegenwart die Sabbatruhe des Gemüts, in der der Einzelne Zwiesprache mit sich pflegt. Das Große und Gute in uns, alle Gedanken der Liebe zum Vaterlande, alle Gedanken sittlicher Erneuerung, alle Gedanken, daß der Mensch ein Lebensziel in sich haben müsse, um des Lebens würdig zu sein, die bilden sich

nicht auf dem Potsdamer Platz und im Gewirr der Tausende, die mit Stoßen und Drängen durch die Straßen eilen, als wenn sie nur lebten um des Lebens willen. Je mehr wir Menschen haben, die wieder diese Einsamkeit lieb gewinnen, die wieder die Möglichkeit haben, diejenige Verbindung des Menschen mit der Urmutter Natur herzustellen, aus der die Großen unseres Volkes fast immer die Antäuskräfte des Gemütes gewonnen haben, je mehr diese Möglichkeit gegeben ist, umso mehr sollten wir sie nicht nur vom physischen, nicht nur vom realen Standpunkt, sondern auch vom Standpunkt der geistigen Erneuerung unseres Volkes aus begrüßen. (Stürmischer Beifall.)

In diesem Zusammenhange konnte ich zu Ihnen von dem Kulturprogramm der Deutschen Volkspartei sprechen, auf das wir den größten Wert deshalb legen, weil wir die Bedeutung der Geistesfragen für die Zukunft unseres Vaterlandes als hochwichtig und mächtig einschätzen. Ich verzichte darauf, daß hier im einzelnen zu tun, weil ich die Hoffnung habe, daß unser verehrter Vorsitzender, Herr Geheimrat Rahl, das nachher in der Aussprache tun wird, verweise Sie nur auf die Anträge in der Verfassungskommission, die den Namen Rahl tragen und die alle die kirchlichen Fragen umfassen, auch die Anträge, die unsere Freunde Runkel, Beuermann und Ahmann in der Frage der Schulpolitik gestellt haben und auf die Ausführungen, die ich selbst zu der Eingabe des Deutschen Lehrervereins in der Nationalversammlung machen konnte.

Zweierlei möchte ich nur herausheben als leitende Grundgedanken unserer Auffassung: das ist unbeschadet der Stellung der Kirche, die in dem neuen Deutschland eine neue werden wird, die Überzeugung, daß die Religion als Fundament unserer sittlichen Erziehung unerschüttert bleiben soll auch in der Schule, unbeschadet der Entwicklung der Schulverhältnisse im übrigen, und ein zweites, daß wir innerhalb der Erziehung des Volkes die Freimachung aller geistigen Kräfte zur höchsten Leistung durch diejenige Möglichkeit der Entwicklung erreichen wollen, die in einer neuen Form der Schulorganisation liegen soll. Wie das im einzelnen durchzuführen ist, darüber werden diejenigen bestimmen, die auf diesem Gebiete die geborenen Führer sind, unsere Pädagogen und Lehrer. Aber zu diesen beiden Gedanken, von denen ich den zweiten geradezu als den Grundkern liberaler Empfindungen hinstellen möchte, weil der Liberalismus Entwicklung

der Persönlichkeit ist, in ihm müssen, glaube ich, alle unsere Anstrengungen auf diesem Gebiete für die Zukunft wurzeln.

Wir stehen, wie ich schon sagte, in wirtschaftlichen, in großen volkswirtschaftlichen, finanziellen, sozialen, kulturellen Fragen vor großen Aufgaben. Zu diesen großen Aufgaben kommt die eine noch hinzu: das Verfassungswerk für das neue Deutschland zu schaffen. Ich kann im Rahmen dieses Vortrages nicht auf die Einzelheiten dieses Werkes eingehen; aber zwei Gedanken will ich auch hier in den Vordergrund stellen: den Gedanken der Reichseinheit und den Gedanken der Unantastbarkeit Preußens. (Lebhafter Beifall.) Diese beiden Gedanken sind miteinander verbunden. Wer an Preußen die Hand legt, der legt auch die Hand an die Reichseinheit (sehr wahr!); wem die Reichseinheit lieb ist, der darf Preußen nicht zerschlagen wollen, und deshalb müssen wir uns gegen alle Bestrebungen wehren, die hier auftreten. *)

Sie haben verschiedene Quellen. In Hannover leben zum Teil alte dynastische Erinnerungen, leben alte Vorstellungen von der Stellung des welfischen Adels, beispielsweise bei dem alten hannoverschen Königshause. Andererseits sind im Rheinlande entweder neben Führern, die aus patriotischen Motiven zu handeln glauben, weil sie durch eine Westdeutsche Republik dem Pufferstaat Rheinland zuvorzukommen denken, solche, bei denen nicht alle Fäden zerrissen sind, die geistig hinübergehen nach dem Westen, oder es sind Leute, die in einem Ausfluß des Egoismus, wie offen gesagt worden ist, als Ratten das sinkende Schiff verlassen möchten (sehr wahr!), die der Meinung sind, daß sie besser fahren, wenn sie nicht dem armen, ohnmächtigen Deutschland der Zukunft angehören. Die Toren, die, abgesehen von der Erbärmlichkeit dieser Gesinnung, sich auch in dem einen täuschen, daß Frankreich nach diesem Kriege ebenso geschwächt ist wie Deutschland (sehr richtig!), daß dieser Krieg seine großen zerstörenden Wirkungen nicht nur bei uns zum Ausdruck gebracht hat, daß es fraglich ist, wem der Wiederaufbau zuerst gelingen wird, wenn die sittlichen Kräfte bei uns wieder lebendig gemacht werden!

Das ist die eine Quelle. Die andere fließt bei denen, die jetzt Entwürfe an die Öffentlichkeit bringen, die frei von geschichtlichem Sinn sind, oder die sich in einem innerlichen Gegensatz zur Geschichte befinden, und die das Volk von seiner Geschichte loslösen wollen

weil sie glauben, daß damit auch die Bahn für Ideen frei wird, die nicht mehr mit der Vergangenheit behaftet sein werden.

Das alles steht in fundamentalem Gegensatz zu unseren Empfindungen. Wir sind nicht eine Preußenpartei. Unser langjähriger Führer, mein verehrter Freund Bassermann, hat als Süddeutscher jahrelang die Partei geführt. Sie ist entstanden in einer Zeit, da der Nationalverein sich zuerst bildete, als Rudolf von Bennigsen, als Hannoveraner damals noch außerhalb Preußens stehend, den Gedanken vertrat, daß Preußen den Kern des nationalen Deutschlands zu bilden habe. Wir wissen, was alles an Rauhem, Einseitigem, was an Edigem und Sprödem in diesem Preußen liegt. Trotzdem bleibt das eine, was Bülow einmal, als er Süd und Nord verglich, in die Worte gefaßt hat: Im Süden war der deutsche Geist, im Norden die staatenbildende Kraft. Beides muß sich miteinander vermählen, der Geist und die staatenbildende Kraft. Wir waren geistig groß und politisch ohnmächtig, ehe die staatenbildende Kraft Preußens beides miteinander verschmolz, und das wird auch für die Zukunft so bleiben. Deshalb erscheint mir der vielfach bei einzelnen Demokraten und Sozialisten zum Ausdruck kommende Haß gegen Preußen als die grenzenloseste geschichtliche Undankbarkeit, die sich jemals ein Volk hat zu Schulden kommen lassen. (Lebhafte Zustimmung.)

Der Geist von Potsdam! Ja, wenn es die andern sagten, die Feinde, die darunter gelitten haben in verlorenen Schlachten — das könnte man verstehen. Das deutsche Volk sollte seinem Himmel danken, wenn es noch ein Heer besäße, in dem der Geist von Potsdam lebendig wäre. (Stürmischer Beifall.) Alle die Machthaber, die so schnell dabei waren, hier das Alte niederzureißen — jetzt möchten sie manches aus dem Grabe hervortragen, wenn sie es nur wieder zur Auferstehung bringen könnten. (Lebhafte Zustimmung.) Jetzt versuchen sie durch manchmal übertriebene Brutalität das zu ersetzen, was ihnen verloren gegangen ist, als sie das alte Heer in der Weise verlumpen und verludern ließen, wie es ihnen kürzlich von einem ihrer eigenen Leute gesagt worden ist.

Deshalb, meine ich, sind wir hier die Erben alter, guter Überlieferung der Partei der Reichsgründung, wenn wir eintreten für die Reichseinheit und eintreten für die Unteilbarkeit Preußens, und wenn wir uns nicht nur wehren gegen die Loslösungsbestrebungen, sondern zur Offensive aufrufen gegen sie und die an den Pranger stellen

die in dieser Zeit der Not nichts Besseres wissen, als neue deutsche Kleinstaaten zu begründen und dadurch den Grund zu späterer politischer Ohnmacht Deutschlands zu legen. (Lebhafter Beifall.)

Unitarismus und Föderalismus — das weite Gebiet erlassen Sie mir abzuhandeln. Die Ausführungen, die Heinze in Weimar gemacht hat, geben Ihnen die Auffassung wieder, die sich bei uns wieder spiegelt, die das eine zeigt, daß dieser Unitarismus, das dieses völlige Aufgehenwollen in dem einen Deutschland ein Gedanke ist, der sich an der geschichtlichen Überlieferung in Deutschland stößt. Das sehen wir ja daran, daß selbst unabhängige Sozialisten, wenn sie Minister in einem Einzelstaat werden, manchmal viel partikularistischer reden als die Träger des alten Regimes geredet haben. (Sehr richtig!) Es bleibt eben dabei, daß der alte Bismard — über den wir allerdings hinausgewachsen sind, wie wir gehört haben (Lachen) — doch der große geniale Staatsmann war, der die Form gefunden hat, in der sich Deutschlands Eigenleben mit Reichsmacht allein vereinigen läßt. Mögen sich lebensunfähige Gebilde in Zukunft zu lebensfähigen, zusammentun; das wird gut sein. Die großen Dinge, Eisenbahnen, Post, Kanäle, Heer, alles das werden wir einheitlich zusammenfassen in der Reichskompetenz. Aber bleiben wird die Vielgestaltigkeit deutschen Lebens. Sie soll bleiben, und sie ist ein Plus in unserer Entwicklung, wenn sie nur zusammengehalten wird durch den ehernen Reif deutscher Kraft und deutschen Bewußtseins zu Macht und Größe. (Beifall.)

In dem Sinne waren unsere Ausführungen gehalten, in dem Sinne arbeiten wir in der Verfassungskommission und arbeiten darin auch gegen alles das, was sich jetzt auch nach dem 9. November neu zeigt an Verlassen alter, geschichtlicher Vergangenheit.

Würdeloses Verlassen alles Großen in unserer Geschichte war auch die Aufgabe der alten Reichsfarben schwarz-weiß-rot. (Lebhafter Beifall.) Ich bin der letzte, der nicht innerlich eine Liebe zu den Farben schwarz-rot-gold hätte. Wer empfinde sie nicht hier in Jena, hier, wo im „Gasthaus zur Tanne“ die deutsche Burschenschaft gegründet worden ist, hier, wo sie uns im „Burgkeller“ in den Farben der „Arminia“ entgegenleuchteten und, wer von uns Burschenschafter war, wer hat sie nicht mit Stolz getragen und daran gedacht, daß in dieser Farbe der Gedanke zu deutscher Einheit sich durchsetzte gegen Kleinlichkeit und geger Philisterhaftigkeit oben und unten. Aber das ist Vergangenheit in der Geschichte, das ist klein gegenüber dem, was

in 50 Jahren sich mit den Farben schwarz-weiß-rot an erlebter Geschichte für uns auf ewig verbunden hat (Beifall), an Erinnerung an alle diejenigen, die unter diesen Farben in den Tod gegangen sind, auch an die Führer unserer Schiffe, unserer U-Boote, an Erinnerung an unsere stolze Handelsflotte, deren Erscheinen mit diesen Farben ein Fest war für die Deutschen draußen im Auslande, die, wie dies kürzlich in einem wundervollen Briefe an Herrn Geheimrat Kahl gesagt war, die Farben grüßten im letzten Urwalde von Südamerika, denen sie ein Zeichen waren für das große deutsche Hundertmillionenvolk in der Welt und für seine Kraft und Weltbestimmung, das sich auch einer Niederlage nicht scheuen braucht nach einem Kriege, in dem wir gegen Staaten mit 1200 Millionen vier Jahre lang kämpften und den Heimatboden freihielten vom Feinde. Wahrlich, es wäre schmähslich, wenn sich für ein Aufgeben dieser Farben jetzt eine Mehrheit in einem sich deutsch nennenden Parlament fände. (Anhaltender stürmischer Beifall.)

Allerdings, seltsam brauen sich hinter manchem Hirne die Gedanken: haben wir es doch erlebt, daß im Verfassungsausschuß von einem demokratischen Führer der Antrag gestellt wurde, den Ausdruck „Deutsches Reich“ durch „Deutscher Bund“ zu ersetzen, weil die Worte „Deutsches Reich“ französisch hießen: „Empire allemand“, und weil man den Franzosen nicht zumuten könne, dieses „Empire allemand“ auch noch in Zukunft zu ertragen. (Erregung.) Es ist tief bedauerlich, daß solche Empfindungen überhaupt nur in einem deutsch empfindenden Herzen zum Ausdruck kommen können, ein Zeichen beginnender Knochenweichung in nationaler Beziehung (sehr wahr!), ein Zeichen jener Illusionspolitik, die da glaubt, durch ein Sichbeugen vor der Welt da draußen für Deutschland auch ein kleines Plätzchen an der Sonne erobern zu können (Zuruf: erbetteln zu können), während das eine feststeht, daß nur durch Selbstachtung und Bekundung dieser Selbstachtung Deutschland jemals eine gleichberechtigte Stellung erringen wird. (Sehr richtig!)

Auch auf dem Gebiete der inneren Politik sehen wir heute seltsame Erscheinungen. Auf Grund des parlamentarischen Systems wurde eine Regierungsmehrheit gebildet mit dem Erfolge, daß Führer dieser Mehrheit gegen die Regierung Oppositionsreden halten und dabei zum Ausdruck bringen, daß nur die Rücksicht auf die Mitwirkung ihrer Partei in der Regierung sie veranlaßt, ihre Reden

nicht in eine schärfere Form zu kleiden. Wir sahen das Auseinandergehen von Ministern wegen großer Differenzen in den wichtigsten Fragen, die augenblicklich zur Debatte stehen. Lesen Sie die Rede von Scheidemann über die Sicherung der Errungenschaften der Revolution, und lesen Sie die gut nationale Rede von Dr. Pfeiffer, die er zu der großen deutschen Zukunftsfrage gehalten hat, und Sie werden die Empfindung haben, daß hier sehr verschiedene Pferde vor einen Wagen gespannt sind. Nichts ist törichter als die Auffassung, daß diese Mehrheit nun gewissermaßen die Verankerung künftiger deutscher Regierungsform sei. Wir werden uns darauf einrichten müssen, daß im Laufe der Zeit ganz andere Entwicklungen nach links oder rechts entstehen können. Nichts ist deshalb törichter, als wenn man wie Kinder, die im Dunkeln sind und sich durch lautes Singen Mut machen wollen, in den Kreisen dieser Mehrheit von der einflußlosen Opposition spricht. (Heiterkeit.)

Wir sehen ja heute schon, wie große Schwierigkeiten die Sozialdemokratie hat, sich überhaupt zu behaupten. Auch die Demokratie kämpft innerlich gegeneinander, Friedberg gegen Preuß in der „Deutschen Juristenzeitung“, der seine ganze alte Kampfesfreudigkeit für Ideen zeigt, die mit Demokratie nichts zu tun haben (sehr wahr!). Wir sehen auf der andern Seite das Zentrum, das eigentlich verpflichtet wäre, Adolf Hoffmann ein Denkmal zu setzen mit der Inschrift: „Dem Bewahrer der Einheit des Zentrums, die dankbare Partei“ (Heiterkeit), denn ohne die Tölpelhaftigkeit dieses Ministers wäre vielleicht die große Krise in der Zentrumspartei zum Ausbruch gekommen.

In all dieser Entwicklung, in diesem Wirrwarr der sozialpolitischen Fragen und des Kampfes um unsere nationale Gestaltung stehen wir als Deutsche Volkspartei. Die Stärke unseres Einflusses ist nicht gegeben durch das Ergebnis der letzten Wahlen. Das Ergebnis der Wahlen war ein befriedigendes angesichts der Schwierigkeiten der Situation, angesichts der Tatsache, daß wir die letzte auf dem Plan erscheinende Partei waren und daß uns vom 15. Dezember bis 19. Januar nur knapp fünf Wochen überhaupt gegeben waren, um auf den Plan zu treten und die Wahlen durchzuführen.

Wir waren bereit, mit denjenigen mitzugehen, die eine vereinigte liberale Partei schaffen wollten. Wir haben es abgelehnt, uns mit jenem linken demokratischen Flügel zu vereinigen, der hinzu-

kam, von dem wir uns scheiden wie Feuer und Wasser, von dem uns scheidet auf der einen Seite deutschbewußte Empfindung gegenüber kosmopolitischem Denken, von dem uns scheidet der Liberalismus, der die persönliche Entwicklung in den Mittelpunkt stellt, gegenüber der Ode demokratischen Mehrheitsfanatismus. (Sehr richtig!) Wir sind eine liberale Partei, wir wollen das in den Mittelpunkt unserer gesamten Auffassung der Kulturfragen, der Wirtschaftsfragen, der großen politischen Fragen stellen, wir sind und bleiben selbständig nach rechts und nach links. Es ist unsere parteigeschichtliche Aufgabe, diejenigen aufzunehmen, die zu Hunderttausenden aus dem demokratischen Lager in das Lager des Liberalismus zurückkommen werden (sehr richtig!), nachdem sie in der Demokratie unter falschen Voraussetzungen für kurze Zeit eine politische Heimstätte gefunden haben. ^{x)} Wenn wir die Entwicklung unserer jungen Organisation sehen, das Anschwellen ihrer Mitglieder zu Tausenden in Westfalen, in Hamburg, in Hessen, in der Reichshauptstadt, dann zeigt sich, daß, wie es in allen Berichten aus dem Lande zum Ausdruck kommt, wir eine gute Zukunft für uns haben, daß wir gerade aus diesem Lager wie aus dem Lager von rechts diejenigen zurückbekommen, die der Auffassung sind, daß nur auf der Grundlage unserer Bestrebungen das deutsche Bürgertum in den Teilen, die immer zu uns gehört haben, sich zusammenfinden kann. Es wird die Zeit kommen, wo man, nachdem man alles zerschlagen hat, an einen Wiederaufbau gehen muß. Dann wird die Zeit sein für positive Mitarbeit unserer Partei, denn man wird die Kreise, die zu uns gehören, bei diesem Wiederaufbau gar nicht entbehren können. Das ergibt sich aus der ganzen Situation.

Aber auch Selbständigkeit nach rechts gegenüber der Deutschnationalen Volkspartei. Alle die im Schwange befindlichen Legenden von Verschmelzung der beiden Parteien, die uns so erscheinen lassen, als wenn wir der Annex der Deutschnationalen Volkspartei wären, sind eine Erfindung. (Beifall.) Wir haben die feste Überzeugung, eine gute Zukunft vor uns zu haben; wir haben nicht die Absicht, irgend etwas von unserer Selbständigkeit aufzugeben. (Beifall.)

Lassen Sie mich zum Schluß ein Wort über unsere außerpolitische Lage sagen, über das, was uns in den nächsten Wochen bedroht, die über Deutschlands Schicksal entscheiden. Ein Wort kommt einem dabei in den Sinn, das Wort des Dichters:

x) *Viele dieser Kreise sind...*

Denk' ich an Deutschland in der Nacht,
Dann bin ich um den Schlaf gebracht.

Das ist jetzt wohl der Eindruck, unter dem wir alle stehen. Von unserer politischen, wirtschaftlichen Ohnmacht, unserm finanziellen Zusammenbruch habe ich gesprochen. Das alles sollte uns veranlassen, unser Letztes zusammenzunehmen, um wieder unsere außenpolitische, unsere weltpolitische Stellung aufzubauen. Statt dessen sehen wir, wie wir uns zerfleischen mit Anklagen über Deutschlands Schuld am Kriege. Das ist geradezu politischer Sadismus. (Sehr richtig!)

Schuld am Kriege! Wann wird einmal in dieser Frage überhaupt volle Klarheit da sein auf Grund der Kenntnis aller Vorgänge, nicht nur auf Grund derer, die veröffentlicht worden sind? Die sozialdemokratische Regierung hatte nichts Besseres zu tun als mitzuteilen: sie wolle die deutschen Akten veröffentlichen. Die Sozialdemokratie hätte es tun sollen als internationale Partei, unter der Bedingung, daß die übrigen Nationen daselbe tun (sehr richtig!), denn man muß wissen, was in den entscheidenden Tagen nicht nur in Berlin, sondern, wenn nicht in offiziellen Depeschen, so doch in geheimen Dokumenten niedergelegt ist, von Grey, von Iswolksi, von den Franzosen und von all den anderen. Wir leben der ganz falschen Auffassung und lassen uns in sie hineinbringen, daß wir die Schuld am Kriege hätten auf Grund der Vorgänge der letzten vier Wochen vor dem Kriege. Daß unsere deutsche Diplomatie — Gott stärke sie (Heiterkeit) — in diesen vier Wochen vor dem Kriege vielleicht ebenso haltlos und ungeschickt gewesen ist wie andere, mag vielleicht zutreffen. Aber die Schuld am Kriege ist ein Kapitel, das nicht mit dem 28. Juni 1914 beginnt (sehr richtig!), das liegt in der ganzen Entwicklung, in der, wie auch ein Zentrumsmann wie Pfeiffer sagte, die Persönlichkeits Eduard VII., diese große Weltkaalition gegen Deutschland, in der die Milliardenanleihe Frankreichs an Rußland, in der die Einführung der dreijährigen Dienstzeit in Frankreich stattfand, eine Entwicklung, in der die anderen Nationen für ihren Militarismus ganz andere Opfer gebracht haben als das von allen Seiten bedrohte Deutsche Reich.

Schuld am Kriege! Gewiß, Schuld am Kriege in höherem Sinne war vielleicht jene deutsche Außenpolitik, die es verstand, sich gleichzeitig Rußland und England zu Feinden zu machen. (Sehr

wahr!) Das aber ist ein Kapitel, das auf dem Gebiete politischer Unzulänglichkeit der Leiter steht (sehr richtig!), das aber nicht moralische Schuld gegenüber der Welt bedeutet.

Ein Zweites ist die Frage der Schuld am Ausgange des Krieges, die Frage der Überschätzung unserer eigenen Macht. Das eine werden wir, die wir für den Kampf bis zum Letzten eingetreten sind, zugeben: Wir sind Illusionisten in einem gewissen, haben uns getäuscht über die feelische Widerstandsfähigkeit der deutschen Nation. Aber auch diese Täuschung konnte nur deshalb eintreten, weil man seit dem 4. August lediglich von dem Kapital der Begeisterung der ersten Tage gelebt hat und nichts getan hat, um diese feelische Widerstandsfähigkeit zu festigen. (Sehr wahr!) Und man hätte doch lernen können von jenem Clemenceau, den wir vielfach in ganz falschem Lichte uns zu sehen gewöhnt hatten (sehr wahr!), ein Mann von unbedingtem politischen Willen. Man hätte von ihm lernen können, der seiner Zeit das Wort gesprochen hat, das man allen Werken über diesen Krieg voranschreiben sollte: „In diesem Kriege, der nicht nur ein Krieg der Waffen, sondern ein Krieg der Völker ist, wird dasjenige Volk siegen, das eine Viertelstunde länger als das andere an seinen Sieg glaubt.“ Unter diesem Gesichtspunkt hat er seine Politik gestellt, und unter diesem Gesichtspunkt hat er Caillaux verfolgt, hat er alle Zeitungen verboten, die irgendwie den Siegeswillen der Franzosen verspotteten, ist er, als die Kanonen Paris beschossen, in die Kammer gegangen und hat mit eiserner Stirn gesagt: „Es steht militärisch glänzend“ und hat doch dadurch gesiegt, daß er die Suggestion des Sieges in den Seinen so lange festhielt, bis die Hilfe kam, die sie rettete. Hätte man das französische Volk in seiner öffentlichen Meinung so führerlos hin- und herschwanken lassen wie das deutsche Volk, dann wäre es auch zusammengebrochen. (Sehr wahr!) Deshalb sage ich, wenn wir vom Siege gesprochen haben, immer nur vom deutschen Siege und von seiner Gewißheit, so war es das, was jeder Politiker zu sagen die Pflicht hatte (Zustimmung), was er zu sagen hatte 24 Stunden vor dem Zusammenbruch (sehr wahr!), um bis zur letzten Stunde wenigstens diesen Glauben nicht erschüttern zu lassen. (Beifall.)

Waren wir Illusionisten in dem Glauben an die Widerstandsfähigkeit der Seele des deutschen Volkes, dann waren doch diejenigen viel mehr die Getäuschten, die der Meinung waren, daß wir einen

billigen Frieden erhalten könnten, sobald wir nur das „Kriegsziel“ der Gegner erfüllten, Deutschland in die Reihe „freier Nationen“ durch Demokratisierung und Republikanisierung zu überführen. Wir haben beides getan und haben trotzdem Waffenstillstandsbedingungen, Hungerblockade und Demütigungen bis aufs tiefste gelitten, wie sie seit Karthagos Untergang noch keinem Volke zugemutet worden sind. (Sehr richtig!) Daß jetzt die tapfere Armee, die in Ungarn unter Madajsen focht, gefangen nach Serbien geschickt wird, obwohl sie nicht kriegsgefangen, sondern nur interniert war, das zeigt den Geist, von dem sich unsere Feinde leiten lassen, die es nur besser als wir verstanden haben, ihre wahren Ziele ethisch zu umkleiden. Selbst ein demokratischer Pazifist wie Graf Czernin hat in einer Rede, die eine Anklagerede gegen deutsche Politik sein sollte, doch auf Grund seiner Erfahrungen als österreichischer Ministerpräsident den Satz ausgesprochen, daß gegenüber dem Deutschen Reiche bei der Entente nur ein Wille vorhanden war: der Wille auf Vernichtung.

Was die öffentliche Meinung, was das Anspannen der seelischen Kräfte des Volkes vermag, das haben die letzten Wochen uns ja gezeigt. Das wehrlose deutsche Volk erzwang durch das Aufkommen nationaler Würde die Verhinderung der polnischen Landung in Danzig. Hätte man auf diesem Instrument der öffentlichen Meinung zu spielen verstanden seit dem Unglückstage des 2. Oktober, — man hätte uns nicht zugemutet, die Waffenstillstandsbedingungen anzunehmen, wenn das ganze Volk sich dagegen gewehrt hätte, statt daß es sich so widerstandslos in sein Schicksal schickte. (Sehr wahr!)

Nun stehen wir vor dem Frieden, vor dem, was aus Deutschland werden soll. Sind wir aber den rechten Weg zur Vorbereitung gegangen? Ich glaube nicht. Wie traurig war es, daß die Nationalversammlung in Weimar sich nicht einmal dazu aufschwingen konnte, die elsass-lothringischen deutschen Vertreter zuzulassen (sehr richtig!), die im Namen derjenigen Elsass-Lothringer, die bei Deutschland bleiben wollten, beratende Stimme in der deutschen Nationalversammlung verlangten! Glauben Sie wohl, daß die Franzosen sie im entgegengesetzten Falle zurückgestoßen hätten? (Lebhafte Rufe: Nein!) Wir haben dagegen die Stimmen, die davon sprachen, daß Elsass-Lothringen deutsches Land sei, zum Schweigen gebracht, da, wo sie vor der ganzen Welt hätten sprechen können (sehr richtig!). Wenn ihre Stimme auch übertönt worden wäre durch Rundgebungen aus dem jetzt von

den Franzosen besetzten Elsaß-Lothringen. Diese Tribüne in Weimar mußte ihnen zum ersten Treu-Grüße an die deutsche Nationalversammlung freigestellt sein (sehr wahr!). Traurig und kläglich ist es, daß hierüber eine Einigung nicht zu erreichen war. Denn wir wollen doch das eine festhalten, und es wird vor unsern Augen stehen immerdar: Dieses Elsaß und weite Teile von Lothringen, sie sind deutsches Land und sind deutschen Blutes. Mag vom Straßburger Münster die Tricolore wehen, — der Bau, der dort ragt, ist geboren aus deutschem Geiste, er hat nichts zu tun mit französischen Geiste; das ist die Stätte, wo einer der Größten, die jemals deutschen Geist über die Welt trugen, die großen Empfindungen von deutscher Baukunst in sich aufnahm, das alles lebt und webt in deutschem Wesen und lebt und webt in deutschem Geiste, und deshalb werden wir niemals vergessen, daß Elsaß-Lothringen deutsch ist, und daß es geistig immer zu uns gehören wird, und daß es unsere Aufgabe sein wird, diesen geistigen Besitz in tatsächlichem Besitz Deutschland zu erhalten. (Brausender, langanhaltender Beifall.)

Wir haben am Begrüßungsabend die Grüße aus dem Saargebiet vernommen. Alle diejenigen von Ihnen, die dort anwesend waren, haben sich der tiefen Bewegung nicht entzogen, als sie hörten von jener Kundgebung, die in Saarlouis von dem französischen Befehlshaber zugunsten Frankreichs erzwungen werden sollte, und die ausklang in dem wunderbaren Bekenntnis der dort unter französischer Besetzung stehenden Deutschen: „Lieber deutsche Fron als welschen Lohn; lieber deutsche Not als welsches Brot.“ Wenn das die Gesinnung wäre, die überall in Deutschland bestände — wie ganz anders hätte unser Geschick sich gewandt. (Sehr wahr!)

Das Saargebiet — von Rheinland nicht zu sprechen — Schleswig, unsere Nordmark, wie die Ostmark, alles das ist deutsches Land, für das wir uns einzusetzen haben. Wir grüßen die Ostmark, in der es kein unzweifelhaft polnisches Gebiet auch im Sinne Wilsonscher Formulierung gibt. (Sehr wahr!) Daß in Posen heute polnischer Fanatismus sich gegen Deutsche austoben kann, das ist auch nur eine Errungenschaft der Revolution, die unser Heer zugrunde gerichtet hat. (Sehr richtig!) Wir sehen, was wir dadurch verloren haben, wir sehen, wie gut es war, daß wir von der Linie des ewigen Nachgebens unter dem Vorsitzenden der Waffenstillstandskommission uns abwandten und zu dem Geiste der Politik zurück-

kehrten, dessen Träger wohl der gegenwärtige Staatssekretär des Äußeren ist.

Wir müssen hinaus über diese starke Betonung des deutschen Charakters dieser Lande, aber auch das eine betonen und zum Ausdruck bringen, daß wir verlangen, als Kolonialmacht weiter zu bestehen (lebhafter Beifall), daß wir das Recht deutscher kolonialisatorischer Tätigkeit geltend machen. Wir geben unsere Bedeutung in der Welt auf, wenn wir den Wunsch aufgeben, auf diesem Gebiete mit anderen Nationen den Wettbewerb zu pflegen.

Nun lassen Sie mich meine Ausführungen schließen mit einem Gruß an Deutsch-Österreich (bravo), an diejenigen, die jetzt darauf rechnen, zu Deutschland zu kommen. In dem Groß-Deutschland, das aus der Vereinigung der deutschen Lande mit dem deutsch-österreichischen Gebiete entstehen wird, haben wir vielleicht den einzigen Lichtpunkt in der Gegenwart zu erblicken. Dieses Groß-Deutschland wird arm und ohnmächtig ins Leben treten. Österreich selbst hat bereits seine Perlen und sein Geschmeide hingegeben, um Lebensmittel zu erhalten, und es wird finanziell vielleicht noch schlimmer dastehen als wir. Trotzdem müssen wir eines fordern: daß unsere Unterhändler sich jetzt nicht verlieren in Einzelheiten finanzieller und wirtschaftlicher Auseinandersetzungen (sehr richtig!), sondern daß sie die Tatsache der Vereinigung des deutschen Reiches mit Deutsch-Österreich als politische Tatsache vor der Welt kundgeben (lebhaft Zustimmung), sonst haben wir mit dem, was wir deutsche Gründlichkeit nennen, vielleicht einen weltgeschichtlichen Moment versäumt, jetzt, wo die große Arbeit der Entente einsetzt, um Deutschland - Österreich für sich zu erlangen.

Wir wissen, daß schon einmal in der Zeit tiefsten Niederganges unser Volk auch arm, politisch ohnmächtig und niedergedrückt gewesen ist; das war in der Zeit nach dem Frieden von Tilsit; das war damals, als der König von Preußen sein Goldgeschloß verkaufte, um mit seinem Beitrag zu geben für die Kriegsschulden, die Preußen aufzubringen hatte. Ärmlich war damals das Leben, eng war es und begrenzt in äußerlicher Hinsicht. Aber es war die Zeit, in der einmal das größte Werk eines deutschen Dichters, der Faust erschien, es war die Zeit, in der die Wiedergeburt des Volkes auf liberaler Grundlage hervorgerufen wurde durch die Stein-Hardenbergsche Gesetzgebung, die das Bürgertum aufrief zur Selbstverantwortung in den Städten, die die Bauernschaft aufrief zur freien Selbstverwaltung

auf dem Lande. Und erstanden ist aus der Zeit tiefsten Niederganges, aus der Zeit tiefster Demütigung das starke, das große Deutsche Reich der Vergangenheit. So dürfen auch wir nicht in Resignation verfallen, wie traurig es auch jetzt um uns stehe. Der lebendige deutsche Volksgeist, so sehr er jetzt unter Halden und Schutt darniederliegt, an der Oberfläche nicht zum Ausdruck kommt, er ist trotz alledem doch schließlich vorhanden. Lassen Sie uns zusammen arbeiten, lassen Sie diese unsere Zusammenarbeit tragen durch das eine, das über allen unseren Arbeiten stehen muß, durch den unerschütterlichen Glauben an Deutschlands Zukunft. (Jubelnder, sich immer wiederholender brausender Beifall.)

17. 5. 1877

Wilson's Frieden.

Hannibals Lachen. — St. Helena. — Nicht ganz wie 1815. —
Weltrevolution. — Die Rächer. — Fichtes Mahnung.

Als den Karthagern die erste Geldzahlung bei der Erschöpfung von dem langwierigen Kriege schwer fiel und es auf dem Rathause nur Trauer und Tränen gab, wollte man gesehen haben, daß Hannibal lachte. Und da ihm Hasdrubal das Lachen bei der allgemeinen Wehklage verwies, da er doch selbst die Ursache der Tränen wäre, so sprach er: „Wenn man ebenso, wie man die Mienen des Gesichts mit den Augen sieht, auch die Stimmung im Innern sehen könnte, so würde es sich auch deutlich ergeben, daß dieses von Euch getadelte Lachen nicht aus einem fröhlichen, sondern aus einem vor lauter Unglück fast empfindungslosen Herzen kommt. Und doch ist es lange nicht so unzeitig, als diese Eure abgeschmackten und unstatthaften Tränen sind. Da hättet Ihr weinen sollen, als uns die Waffen genommen, die Schiffe verbrannt, die Kriege mit dem Auslande untersagt wurden! Denn das ist die Wunde, an der wir niedersinken. — Als dem besiegten Karthago seine Waffenrüstungen abgenommen wurden, als Ihr es von nun an wehrlos und hilflos zwischen die vielen bewaffneten Völker Afrikas hingestellt sahet, da seufzte niemand; jezt aber, da die Steuer aus eigenem Vermögen aufgebracht werden soll, heult Ihr, als würde der Staat zu Grabe getragen. Wie sehr fürchte ich, Ihr werdet nächstens empfinden, daß Ihr heute nur über das erträglichste Ubel geweint habt.“

Seit nach Livius jene Sätze im Senat zu Karthago gesprochen wurden, sind über zwei Jahrtausende verflossen. Heute wiederholt sich, was damals Geschichte war, in fast photographischer Treue. Der Vergleich Rom-Karthago hat sich während des Krieges vielen von uns aufgedrängt, nur daß wir glaubten, die Römer zu sein, während wir doch die Karthager waren. Einer von den Dichtern, die uns der Krieg geraubt hat, Georg Fod, hat schon in seinen

Friedensgedichten von dem Hohn des Engländers gesprochen, „Karthago ja — aber ohne Hannibal“. Dieser Hohn war unberechtigt: Wir hatten unsern Hannibal, und wir haben auch die Schlacht bei Cannä geschlagen, standen vor Paris wie Hannibal vor Rom. Aber wie damals römische Staatsgesinnung über karthagische Unbeständigkeit den Sieg davontrug, so siegte auch diesmal der Geist eines Clemenceau, der alle Widerstände niederwarf, gegenüber dem Geist der Zerfetzung in unserer deutschen Heimat, die nicht bis zum letzten auszuhalten vermochte, weil sie an den Vernichtungswillen des Feindes nicht glauben wollte, und weil ihr die Illusion des Verständigungsfriedens so oft vor Augen geführt wurde, bis sie selbst daran glaubte. Es war ja klar: nicht gegen das deutsche Volk führte England und Frankreich Krieg, sein Haß galt nur der Hohenzollern-dynastie: no terms with the Hohenzollern. Das parlamentarisch regierte England wandte sich nur gegen das in seiner Verfassung rückständige Deutschland, Wilson würde der Freund Deutschlands werden, wenn erst die Gewalten gefallen wären, die eine unzulässige Herrschaft über das Volk ausübten. Schritt für Schritt wichen wir zurück in dem Depeschenwechsel zwischen Wilson und der deutschen Regierung, die erst verschämt und dann unverschämt ausgesprochene Forderung der Beseitigung des Kaisers wurde schließlich durch die Revolution erfüllt. Den Waffenstillstandsvertrag schloß bereits die sozialistisch-demokratische Republik. Seine Bedingungen waren furchtbar. Aber wiederum kam der lockende Zuspruch, je schlechter der Waffenstillstand, desto besser die Friedensbedingungen. Wilson wollte ja nur Garantien haben, daß der Krieg nicht wieder aufgenommen werden könne. Hatte er diese Garantien, dann konnte er um so mehr dafür sorgen, daß Deutschland gleichberechtigt im Räte der Völker als ein freies Volk sein Schicksal neu gestalten könne. Hatte er doch Menschheitsgrundsätze von erhabener Weisheit verkündet — allerdings nicht eigenes Gewächs, sondern von Kant entlehnt — und hatte man doch feierlich vor der ganzen Welt verbrieft, daß diese Grundsätze die Grundlagen des kommenden Völkerfriedens sein sollten.

Die Friedensbedingungen sind gekommen — nun geht ein Aufschrei durch das ganze Land. Am meisten schreien diejenigen auf, die Anhänger des pazifistischen Gedankens gewesen sind. Das ist psychologisch natürlich, denn ihnen muß die ganze Welt ihrer Anschauungen zusammenbrechen. „Die Welt“, so sagte der Ministerpräsident Scheide-

mann in seiner Rede vom 12. Mai, „ist wieder um eine Illusion ärmer“. Der Demokrat Haußmann, ebenfalls Führer auf internationalen Kongressen für Volksverständigung, fand das Wort, das wie eine Schuldanklage gegen die ganze pazifistische Demokratie mit unheimlicher Wucht wirkte: Hätten wir diese Friedensbedingungen geahnt, dann hätten wir das Heer nicht entwaffnet. Die Weltgeschichte wiederholt sich. Auch über dem Aufschrei Deutschlands in dieser Gegenwart tönt das Lachen Hannibals: „Da hättet Ihr weinen sollen, als uns die Waffen genommen, die Schiffe genommen, die Kriege mit dem Auslande (siehe Polen!) untersagt wurden. Denn das ist die Wunde, an der wir niedersinken.“

* * *

Deutschland, das waffenlos ist, hat nur noch die moralische Macht, sich gegen den Weltbetrug zu wehren, der in einem Frieden liegt, der auf Grund ganz bestimmter Bedingungen zustande kommen sollte, und der jetzt nur Bedingungen enthält, die man nur als Ausfluß des politischen Sadismus bezeichnen kann. Lieft man das Friedensdokument, so sieht man deutlich, wer bei den einzelnen Bedingungen federführend gewesen ist. Alles das, was uns demütigen soll bis aufs tiefste, was in allen Einzelheiten durchdacht ist, um dieses deutsche Volk moralisch minderwertig erscheinen zu lassen, das hat französische Rachsucht in den Vertrag hineingeschrieben. Alles, was dazu bestimmt ist, uns wirtschaftlich auf alle Zeiten zur Ohnmacht zu verdammen, das hat englische Berechnung zum Ausdruck gebracht. Sie spielen ihre Rolle gut als Beltrichter und als Erneuerer der politischen Welt. Partei und Richter in einer Person laden sie den deutschen Kaiser vor das Tribunal, das sie selbst bilden. England weiß, was die öffentliche Meinung der Welt bedeutet und will den letzten Schimmer auswischen, der vielleicht davon sprechen könnte, daß die Schuld an diesem Weltkriege irgendwo anders als bei Deutschland lag. Seltsam, daß England trotzdem aus der Geschichte nicht gelernt hat, daß nichts falscher ist als Märtyrer zu schaffen. Die Rolle, die Hudson Lowe auf St. Helena als Kerkermeister Napoleons spielte, war eine wenig dankenswerte und ist bis heute ein Flecken auf dem Schilde seiner Ehre. England selbst hat sich bemüht, diese Seite aus seiner Geschichte wieder herauszustreichen

und hat mit großer Geste die sterblichen Überreste Napoleons von St. Helena nach Paris zurückgesandt.

Wollen wir nicht vielleicht auch einmal in Deutschland anfangen, die napoleonischen Zeiten mit anderen Augen zu betrachten, als wir es bisher taten? Hat es nicht vielleicht auch damals eine Northcliffe-Presse gegeben, die Napoleon genau so als gewalttätigen Eroberer und war-lord hinstellte, wie die Northcliffe-Presse es in diesen Tagen gegenüber Wilhelm II. tat? Wollen wir nicht einmal der Frage näher treten, ob hinter den Kriegen, die angeblich Napoleon in unerfättlicher Eroberungsgier verursachte, nicht stets England stand, das in dem Frankreich Napoleons genau so die ihm gefährliche kontinentale Macht mit aufsteigender Flottengeltung sah wie in dem Deutschland Wilhelms II.? War die Kontinentalsperre Napoleons gegenüber England denn etwas anderes als der Ausschrei gegen die Diktatur des Seeräubers England? Die Geschichte liebt Wiederholungen, sie zeigt uns auch in dem Beginn dieses Weltkrieges dieselbe Art englischer Politik, wie sie während der ganzen Zeit des damals sich zerfleischenden Europa geführt wurde. Ich habe schon im Frieden die Auffassung vertreten, daß die deutschen Stämme in der Schlacht bei Leipzig zwar für Preußen den Aufstieg zur Unabhängigkeit, für England aber die Weltherrschaft erfochten haben. Der einzige Sieger, den das Jahr 1815 sah, war England, das einem verbluteten, wirtschaftlich und finanziell schwachen Europa als Weltgebiete gegenüberstand. Sicher hat England dieselbe Rolle auch in diesem Kriege spielen wollen. Nur ist die Rechnung diesmal nicht nach Wunsch ausgegangen. Englands Opfer sind größer geworden, als es jemals in Aussicht nahm, und neben ihm steht als Weltgewinner Amerika, an das es einen Teil seiner finanziellen Übermacht schon heute abgegeben hat, an das es seine Stellung als Weltfrachtenführer, auf dem sein Reichtum im wesentlichen beruhte, vielleicht abgeben wird. Deshalb will eine reine Freude nicht aufkommen. Das Spiel ist noch nicht ausgespielt, man kennt noch nicht sein Ende.

*
*
*

Denn alles, was wir heute erleben, trägt den Charakter des Provisorischen an sich. Wir erleben nicht einen Weltkrieg, sondern eine Weltrevolution, die alles aufs tiefste aufwühlt, und die auch nicht zu Ende sein wird, wenn dieser Krieg selbst seinen Abschluß

gefunden haben wird. Der Kampf der Mächte untereinander mag zu einem gewissen Abschluß kommen, der Kampf zwischen Sozialismus und Kapitalismus tobt weiter. Auch der Kampf der Waffen hat noch kein Ende gefunden. Das gilt nicht nur für die russischen Verhältnisse, wo bolschewistische Armeen gegen solche des alten Regimes, rote gegen weiße Garden kämpfen, das gilt für den deutschen Osten, wo das Deutschtum nicht gewillt ist, sich waffenlos polnischer Willkür auszuliefern; das kann in wenigen Jahren sowohl für den Balkan wie für russische Gebiete gelten, in denen die Entente zwar den Frieden jezt, aber nicht auf die Dauer mit Waffengewalt durchführen kann. Dazu kommt die Rückwirkung der Verwendung farbiger Truppen auf die Verhältnisse in den von Farbigen bewohnten Erdteilen. Unbeschadet dessen, ob Deutschland diesen Frieden annimmt oder nicht, die Welt ist weiter in Gärung sowohl politisch wie wirtschaftlich und niemand weiß noch, welches das Ende dieser Entwicklung sein wird. Manches erinnert an die Zeit, die von der französischen Revolution bis zur heiligen Allianz ein Vierteljahrhundert hindurch die Welt ähnlich aufwühlte, beginnend mit der Proklamation der Menschenheitsrechte, eine Revolution, politisch durchgeführt von den Führern des dritten Standes, wechselnde Völkerbündnisse, Schlachten ohne Ende, alte Königsgeschlechter, die von Thronen steigen, Republik, Konsulat, Kaiserreich, dazwischen das Entstehen und Vergehen neuer Staaten bis zu einer schließlichen Konsolidierung der Dinge, so ist damals ein Vierteljahrhundert lang die Sturmflut über Europa gebraust. Wer soll annehmen, daß heute nach 5 Jahren des Weltkrieges die große Weltrevolution unserer Zeiten bereits ihr Ende gefunden hat?

Das soll nicht ein Gedankengang sein, der etwa zum Ausdruck bringt, daß wir uns in alles schiden wollten, weil die Dinge sich doch wieder zusammenziehen werden! Nein, mit dem faden Trost, daß die Dinge ja so nicht bleiben können, ist uns nicht gedient. Die Deutsche Nationalversammlung hat selten Stunden der Größe, die im Gedächtnis tief haften bleiben. Aber ein Großes hatte die Sitzung vom 12. Mai. Das war die spontane Kundgebung, in der mit Ausnahme der Unabhängigen das ganze Haus unter Erheben von den Plägen dem Ministerpräsidenten Scheidemann zu dem „Unannehmbar“ zujubelte, das die Ablehnung der Friedensbedingungen aussprach. Der zweite große Moment war die Schlußansprache des

Präsidenten Fehrenbach: Ihm gab in dieser Stunde ein Gott zu sagen, was das deutsche Volk empfindet. Die persönliche Wirkung seiner Rede war wohl die größte, die in den letzten Jahren ein Redner in der deutschen Volksvertretung ausgelöst hat. Da sprach nicht der Präsident des Hauses, da sprach nicht der Parteipolitiker, da sprach der deutsche Mann, der den Geist seines Volkes verteidigte gegen die Angriffe von außen, da sprach der Christ, der aufschrie gegenüber dem Christentum, das feierliche Verträge hohnlachend bricht und Knechtschaft und Sklavenarbeit eines Volkes ohnegleichen herbeiführen will und da sprach schließlich der deutsche Vater, der seine Söhne aufruft zum Rachekampf für die Zukunft. Wie sich die Worte von seinem Munde lösten, *memores estote, inimici, ex ossibus ultor* — als die Worte von den Kindern, die mit dem Willen erzogen würden, die Sklavenketten zu brechen, hinausgestoßen wurden in den Kuppelsaal der Universität direkt unter dem Bilde, das Fichte zeigte, wie er einst die preußische Jugend anfeuerte zum Kampf in den Befreiungskriegen, und wie diese Schlussworte anklangen in dem „Deutschland, Deutschland über alles“, das war eine unvergeßliche feierliche Stunde. Es lag in diesem Auftreten etwas von bleibender Größe. Die Wirkung war gewaltig auf alle, die deutsch empfanden. Eines steht fest: Wir sind vielleicht verloren, wenn wir den Frieden nicht unterzeichnen, aber wir sind sicher verloren, wenn wir ihn unterzeichnen. Möge dann die Kommission, welche unsere Reichsämtler beaufsichtigen, welche unsere Finanzen regeln soll, auch die Regierung Deutschlands übernehmen. Was ein Land wie Belgien jahrelang ausgehalten hat, müssen wir dann auch aushalten. Aber es bliebe wenigstens das eine, daß wir nicht selbst unser moralisches, politisches und wirtschaftliches Todesurteil unterzeichnet und damit das Schaffott bestiegen, nachdem wir vorher unsere Schuld selber der Welt zum Ausdruck gebracht hätten. Eines bleibt uns in aller Wirrnis dieser Tage, eines, was Johann Gottlieb Fichte auch in seinen Reden an die Deutsche Nation gesagt hat und was für jene Zeit galt wie es für die heutige gilt: Besiegt sind wir, aber ob wir nun zugleich auch verachtet und mit Recht verachtet sein und zu allem anderen Verlust auch noch die Ehre verlieren wollen, das wird immer noch von uns abhängen.

Berlin, 14. Mai 1919.

Das bittere Ende.

Hände, die nicht verdorren. — Die unmögliche Taktik der Heimat. — Das Duell Brodtkorff gegen Erzberger. — Richthofen. — Das Kabinett Erzberger. — Der ausgeträumte Traum der Demokraten. — Die Deutsche Volkspartei als die liberale bürgerliche Mittelpartei. — Ihre großen Aufgaben. — Scapa Flow. — Wenn wir noch ein Schwert hätten.

Wer am 12. Mai nach der Kundgebung der Deutschen Nationalversammlung in der Aula der Berliner Universität gesagt hätte, daß dasselbe Plenum sechs Wochen später mit einer Mehrheit von einhundert Stimmen den Friedensvertrag der Entente annehmen würde, der wäre als ein Lästler bezeichnet worden. „Die Hand möge verdorren, die diesen Frieden unterzeichnet,“ so hatte damals der Ministerpräsident Scheidemann gesprochen. In wunderbaren Worten, deren Wirkung in diesen Blättern gekennzeichnet worden ist, hatte der Präsident des Hauses, Fehrenbach, die Empfindung der Versammlung noch einmal zusammengefaßt. Der Führer der sozialdemokratischen Partei, Hermann Müller, hatte davon gesprochen, daß niemand mehr zusammenbrechen würde unter diesen Friedensbedingungen, als die deutsche Arbeiterklasse, daß die Annahme der Friedensbedingungen das Ende der deutschen Sozialpolitik bedeuten würde. Sechs Wochen später billigte die Sozialdemokratie, zusammen mit der Zentrumspartei, die fast in nichts abgeänderten Friedensvorschläge. Zwar ist Scheidemann aus dem Kabinett ausgeschieden, aber an seine Stelle tritt ein anderer sozialdemokratischer Führer. Derselbe Hermann Müller ist heute, weil er an einigen internationalen Kongressen teilgenommen hat, Staatssekretär des Auswärtigen, Herr Dr. David ist geblieben, und was einst Verbrechen im deutschen Volke war, das zu erfüllen gebietet heute politische Weisheit. Ein tiefer Zug der Resignation, um nicht zu sagen der Zermürbung der Seelen, ging durch die Diskussion der Nationalversammlung an dem

geschichtlichen Tage des 22. Juni, da wir die Hoffnung auf eine deutsche Zukunft für lange Zeit begruben. Fragt man sich, was inzwischen vorgegangen ist, so wäre es verfehlt, Kritik üben zu wollen an den Männern, denen die dornenvolle Aufgabe zufiel, in Versailles das deutsche Reich, das deutsche Volk zu vertreten. Worte dankbarer Anerkennung hat Geheimrat Rahl dem Grafen Broddorff-Rantzau namens der Deutschen Volkspartei, darüber hinaus aber wohl namens weiter Kreise des deutschen Volkes, bei seinem Abschiede zugerufen. In der Tat — Graf Broddorff-Rantzau hat unter unendlich schwierigen Verhältnissen das Menschenmögliche versucht, um für das deutsche Volk einen Frieden zu erreichen, der ihm Licht und Luft zum Leben gelassen hätte. In würdiger Weise hat er schon bei der ersten Sitzung der Friedensdelegation gegen den unverschämten Hohn protestiert, in den Clemenceau die Eröffnungsrede gekleidet hatte. Er kannte die Rede Clemenceaus nicht und war an sein Manuskript gebunden. Nur in der Form, daß er seine Erwiderung sitzend verlas, kam der Protest gegen die Annahmung jenes Viererates zum Ausdruck, der sich berufen fühlt, der Welt Gesetze zu geben, und der seine geheimen Beratungen Weltdemokratie nennt. Die Gegenvorschläge, die Broddorff-Rantzau zusammen mit den Sachverständigen ausarbeitete, gingen in den Angeboten bis an die Grenze des Möglichen, aber sie ließen dem deutschen Volke die Lebensmöglichkeit. Wäre die Vertretung Deutschlands in seiner Hand und in derjenigen der deutschen Sachverständigen geblieben, und hätte das deutsche Volk ihn unterstützt, dann sähe der Frieden wohl anders aus. Aber einmal war die Front des deutschen Volkes von vornherein durchbrochen. Hervorragende Publizisten, kenntnisreich und begabt, aber zu sehr darauf bedacht, nur ja die persönliche Note erklingen zu lassen und sich um Gotteswillen nicht einer Massenmeinung anzuschließen, vertraten in viel gelesenen, international beachteten Blättern die Parole der Unterzeichnung. Die unabhängige Sozialdemokratie drohte mit Erhebung, wenn der Frieden nicht in allen Bedingungen angenommen würde; ein Verfahren, das etwa der Taktik entspricht, als wenn ein Teil der Arbeiter bei einem Streik mit Streikbruch droht, falls man sich auf die Bedingungen der Arbeitgeber nicht einigen würde. So fehlte von vornherein die Einheitlichkeit der deutschen Front. Den kläglichsten Eindruck machte, wie oft, der Vorwärts, der sich stolz Zentralorgan der deutschen

Sozialdemokratie nennt, und der an einem Tage mit allen Ausbrüchen der Leidenschaft für die Nichtunterzeichnung eintrat, komme, was da wolle; der am anderen Tage erklärte, sein „Nein“ sei nur ein bedingtes, der am dritten Tage den Alliierten den höhnischen Vorschlag machte, Deutschland als eine Kolonie zu verwalten, und der zur Abwechslung am vierten Tage die Gründe für die Annahme des Friedensvertrages entwickelte. Wohl loberte in den ersten Wochen die Empörung in allen Landen auf. Wohl stand insbesondere die Ostmark treu zu ihrer alten Heimat, aber die einheitliche Front war von Anfang an durch flaffende Liden unterbrochen. Der Wille der Nationalversammlung konnte nicht zu einem Ausdruck gelangen, dem die sittliche Kraft eines Verzweiflungsschreis des ganzen Volkes innewohnt hätte.

Das waren die Widerstände, mit denen die deutsche Delegation in der Öffentlichkeit zu rechnen hatte. Dazu kamen, von der Öffentlichkeit weniger beachtet, die um so heftigeren Widerstände hinter den Kulissen. Wenn Weimar recht berichtet, dann hat Graf Brocdorff-Rantzau in bitterster Weise, als sich die Sachverständigen von ihm verabschiedeten, darüber geklagt, daß ein Mitglied des Kabinetts in der Zeit, in der er (Brocdorff-Rantzau) sich bemüht hätte, durch Gegenvorschläge von der Entente Milderungen zu erlangen, fortgesetzt gegen die Delegation gearbeitet und zu erkennen gegeben hätte, daß er für Unterzeichnung des Vertrages sei. Man braucht den Namen dieses Ministers nicht zu nennen. Das Duell Brocdorff gegen Erzberger—Richtshofen spielt vom ersten Tage der Tätigkeit des Außenministers an. Herr Erzberger, sonst so auskunftsbereit, hat nie mit einem Satze ausgesprochen, daß er den Frieden nicht unterzeichnen würde, und so wurde im Auslande, das sich nach Frieden sehnte, denjenigen, die ungeduldig waren, weil der Frieden sich verzögerte, tröstend gesagt, wenn das Kabinett Scheidemann fällt, würde das Kabinett Erzberger den Frieden schließen. So ist es denn auch gekommen. Herrn Erzberger gelang es, wieder einmal die Zentrumsparthei in den Bann seiner Ideen zu ziehen und damit die Mehrheit sicherzustellen. Wer einmal die politische Geschichte dieses Weltkrieges schreibt, der sollte einen besonderen Abschnitt der Zeit widmen, die vom 19. Juli 1917 zum 22. Juni 1919 führt. Und über dieser ganzen Periode steht der Name Erzberger. Er war der erste, der den Zweifel an dem deutschen Sieg in die deutsche Öffentlichkeit trug

und dadurch dem deutschen Siegeswillen den ersten tödlich treffenden Streich schon in den Sommermonaten vor 2 Jahren versetzte. Er war es, der im Kabinett des Prinzen Max von Baden von einer Konzession zur anderen drängte. Bekanntlich wollte das Kabinett in dem ersten Notenentwurf an Wilson sich auf die bedingungslose Abtretung Elsaß-Lothringens gar nicht einlassen, sondern auch die Elsaß-lothringische Frage mündlich im Friedensvertrag erörtern. Auf Erzbergers Drängen ging man bedingungslos auf die 14 Punkte Wilsons ein, auf Erzbergers Drängen gab man die Tätigkeit der U-Bootflotte, das einzige, was die Alliierten noch fürchteten, preis, auf Erzbergers Drängen nahm man den Waffenstillstand in seiner Totalität an, ohne die geringsten Milderungen zu versuchen, auf Erzbergers Drängen wurden die weiteren Waffenstillstandsbedingungen akzeptiert bis der Ausschrei des Handels und der Industrie gegen die fortgesetzten Konzessionen sich sträubte, bis Graf Brocdorff-Rantzau ziemlich deutlich die Kabinettsfrage stellte. Eine Zeitlang schien es, als wenn Erzbergers Einfluß ausgeschaltet sei, statt seiner ging nur sein Freund Giesberts nach Versailles. Inzwischen aber arbeitete sein großer Einfluß in Deutschland, um die Minen gegen Graf Brocdorff-Rantzau zu legen. Heute ist Herr Erzberger nicht nur faktisch, sondern auch formal der mächtigste Mann in Deutschland. Gegenüber den persönlich sympathischen, ihm aber an Erfahrung und Routine nicht gewachsenen Männern wie Bauer und Müller drückt er dem ganzen Kabinett, das ein Kabinett Erzberger ist, seinen Stempel auf. Was weiter in den nächsten Tagen und Wochen in bezug auf Deutschland geschieht, wird von ihm beeinflusst sein. Der 22. Juni 1919 war persönlich sein größter Sieg. Nur scheint es fraglich, ob er die Folgen dieses Sieges überdauern wird.

Denn inzwischen ist der Blod der Mehrheitsparteien gesprengt. Die Zahl der Anhänger Richthofens in der Deutschen demokratischen Partei war doch weit geringer, als die Öffentlichkeit annahm. Der Wilsontraum war ausgeträumt. Die ehrlichen Pazifisten in der Deutschen demokratischen Partei sahen ihre Illusion an der harten Wirklichkeit zerplatzen, die alten Nationalliberalen erinnerten sich der Überlieferungen, unter denen sie aufgewachsen waren, in der Wählerschaft regte sich mächtig der Widerwillen gegen eine Haltung, die die ganze Partei nur noch als im Schlepptau der Sozialdemokratie befindlich erscheinen ließ. Von bekannten Persönlichkeiten warben

*) Abrogand ist E. ... 175
 ...
 ...
 ...

Payer, Richthofen und Zöphel für einen Eintritt in die neue Regierung, aber die Mehrheit wünschte die schon vom parteipolitischen Standpunkt aus kaum erträgliche Mitwirkung in dieser Regierungskombination zu beenden. Zwar auch hier eine Halbheit: Alle glänzende Dialektik Schiffers konnte nicht darüber hinweghelfen, daß die Stimmenenthaltung bei dem Vertrauensvotum für die neue Regierung gar zu deutlich den Wunsch erkennen ließ, die Brücke zur Regierungsmehrheit nicht abzubrechen. Alles fließt und man wird abwarten müssen, wohin die Entwicklung in der Deutschen demokratischen Partei treibt. Sie beherbergt verschiedene Elemente in sich, die wenig miteinander gemein haben. Für viele dürfte der Traum internationalen kosmopolitischen Denkens ausgeträumt sein. Die alten liberalen Gedanken dringen auch in der Wirtschaftspolitik durch und formen sich zum Protest gegen die Mechanisierung sozialistischer Auffassung. Schon sprechen Provinzzeitungen von der Notwendigkeit, daß sich die Liberalen in Deutschland zusammenschließen möchten gegen diejenigen, die lediglich in einer demokratisch-sozialistischen Ehe das Heil der Zukunftsentwicklung sähen. Klein erscheint gegenüber der Zukunftsentwicklung des Reiches und seinem Wiederaufbau alles, was heute Parteipolitik bedeutet. Aber man wird die Empfindung nicht los, als wenn Gärungen im Volke vorhanden sind, welche die alten Parteitraditionen noch einmal so umstoßen können, wie es die Novemberstürme des Jahres 1918 getan haben. Männer liberaler Grundanschauung mit festem nationalen Empfinden finden sich heute sowohl im deutschnationalen, wie im deutschdemokratischen Lager. Neben Konservativen hier, ausgesprochenen Demokraten dort. Die Deutsche Volkspartei will die ausgesprochene Partei des deutschen liberalen Bürgertums sein, die die berechtigten Überlieferungen liberaler Grundanschauung unter Ablehnung jedes Manchesterturns ebenso treu bewahren will, wie sie an dem Gedanken festhält, daß dem deutschen Volke eine Zukunft nur dann gegeben ist, wenn an die Stelle internationaler Träume die nationale Selbstbefinnung tritt. Immer wieder kommen aus dem Lande besorgte Stimmen, die da fragen, ob die Partei ihre Selbständigkeit aufgeben wolle. Davon ist keine Rede und wird nie die Rede sein. Aber wenn sich die liberale Wählerschaft in Deutschland wieder zusammenfinden will, so wird ihr die Deutsche Volkspartei gern die Heimstätte bereiten und jedem gern offenstehen,

der in den Grundanschauungen mit ihr eins ist. Die „Kölnische Zeitung“ klagte kürzlich darüber, daß die Partei ihr Programm noch nicht aufgestellt und das Volk zur Mitarbeit an der Partei auf Grund eines solchen Programms eingeladen habe. Dem in den ersten Septembertagen zusammentretenden Zentralvorstand der Partei wird der Programmwurf, an dem alle Ausschüsse arbeiten, vorgelegt werden, und viele werden sicherlich zu den alten Fahnen des nationalen Liberalismus zurückkehren, die sich im Novemberrausch von ihm abgewendet hatten und da inzwischen gelernt haben, vieles zurückzunehmen, was sie damals in Anklagen gegen diejenigen glaubten vorbringen zu können, die in der Deutschen Volkspartei die alte Überlieferung nationalen und liberalen Denkens auch im neuen Deutschland fortsetzen wollten.

Ihrer harren große Aufgaben in der Zukunft. So schlimm die Gegenwart und die nächste Zukunft ist, wir müssen mitarbeiten, um das Volk zu erhalten. Wir dürfen nicht verzweifeln! Das Auslandsdeutschtum soll sich nicht verkriechen, es soll wieder hinaus in die Welt und soll sich wehren gegen die Verleumdung des deutschen Namens. Seine Rechte werden ihm wieder erkämpft werden, auch wenn man sie ihm jetzt nehmen will. Der deutsche Industrielle darf nicht verzweifeln, er muß wieder anfangen zu arbeiten, so sehr man ihm die Gleichberechtigung auf dem Weltmarkte sperrt, so sehr Generalstreiks und unsinnige Lohnforderungen ihm allen Wettbewerb im Auslande zu erschweren versuchen. Der Kaufmann darf nicht verzweifeln, auch wenn törichte Planwirtschaft seine Individualität ersetzen will, anstatt ihm die Möglichkeit zu geben, sich für Deutschlands wirtschaftlichen Wiederaufbau wieder einzusetzen. Freudlos werden die Jahre sein, die uns erwarten. Wirtschaftlich werden wir arm und im Verhältnis zur Vergangenheit elend dastehen. Aber wir haben nicht in den Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwungs das Materielle zu sehr überschätzt und das Ideelle damals zu sehr zurücktreten lassen? Jetzt regen sich die Geister. Das auch an Menschen verarmte Deutschland muß alle Talente heranziehen, die sich ihm bieten. Unsere Volksschullehrer und Hochschullehrer sehen ein Gebiet weiterer neuer Entwicklung vor sich. Unsere Jugend erfüllt sich mit neuen Idealen. Sie fühlt instinktiv, daß sie die Trägerin der neuen Entwicklung in Deutschland ist. Vieles gärt in ihr. Extreme Richtungen gewinnen zunächst die Oberhand, der falsch

verstandene Individualismus tobt sich im Radikalismus nach rechts und links aus. Aber wenn man alles sieht, was in der Jugend nach Leben und Entfaltung drängt, dann hat man doch die Empfindung, daß mindestens auf diesem Gebiete die Geister wach werden. Die große Sehnsucht nach einer Idee, die das Leben beherrscht und der die Lebensaufgaben unterstellt sind, das metaphysische Denken gewinnt wieder mehr die Oberhand gegenüber der materiellen Lebensbege, zu der uns die Maschine verurteilt hatte. Wir dürfen nicht untergehen, und wir wollen nicht untergehen, so trübe auch der Tag des 22. Juni 1919 auf uns lastet, und so trübe die nächste Zukunft uns in ihrem undurchdringlichen Grau anschaut.

Beginnt es auch in den Schichten zu tagen, die bisher als größte Verächter nationaler Empfindung galten? Wir haben kürzlich in den „Deutschen Stimmen“ als ein Dokument der Kriegsgeschichte jene bittere Klage wiedergegeben, die in Wilhelmshaven gegen die Marine zu der Zeit geschleudert wurde, als man tannenumkränzt unsere Flotte nach Scapa Flow abführte, als die Marinedivision in den Großstädten die Träger revolutionärer und bolschewistischer Ideen waren. Daß jene heftige Anklage in dem Rufe der Verachtung ausmündete, hat nicht der ganzen Marine gegolten, das hat Korvettenkapitän Hinzmann in seinem Buche „Marine, Krieg und Umsturz“ klar zum Ausdruck gebracht. Jetzt will die Marine selbst den Fluch wegwaschen, der seitdem auf ihr lastete. Wie ein Fanal beleuchtet die Versenkung der deutschen Flotte und die Aufnahme dieser Tat in der Öffentlichkeit den beginnenden Sieg des deutschen Gedankens in weiten Schichten des Volkes. Lieber die Schiffe in die Luft sprengen, als sie dem Engländer lassen, das war die Idee, die jener kühnen Tat zugrunde lag. Ihr, die ihr das Schwarzweißrot nicht mehr ertragen zu können glaubtet, die ihr die alten Reichsfarben aufgeben wolltet, beugt euch in Achtung vor denen, die noch einmal auf der stolzen deutschen Flotte die Kriegsflagge hielten und dann ihre Schiffe dem Meeresgrund überantworteten, um so Deutschland vor dem Schimpf und der Schande zu retten, die in der Auslieferung der Flotte bestanden hätte. Gewiß, das mag internationale Verwickelungen geben, schon sprechen Angsthäfen in Weimar vom Vormarsch der englischen Armee zur Strafe für dieses Vorgehen.

Vielen aber, denen dieser Tag ein Tag des Niederbruchs war, feuchteten sich die Augen im Stolz, als sie davon hörten, daß die einstmalige stolze kaiserliche Marine 24 Stunden vor Übergabe ihrer alten Kriegsschiffe die Vernichtung der ehrlosen Auslieferung vorzog. Wir grüßen die Treuen, die diesen Schritt taten, die Marineuniform hat ihre Ehre dadurch wieder in Deutschland gewonnen. Wie ein Empfinden, das herüberklang aus den Gewässern der englischen Küste war es, als am Nachmittag nach der Abstimmung in der Nationalversammlung in einem Kaffeehause in Weimar das Lied ertönte: Stolz weht die Flagge schwarz-weiß-rot. Die Bedenklichen allerdings, die politischen Philister, diejenigen, die von ihrer Verantwortung Tag und Nacht sprechen, die werden die Köpfe schütteln und die Hände ringen. So rangen sie die Hände im königlichen Schlosse in Berlin, als Nord die Konvention von Tauroggen schloß, so stöhnten sie im Senat von Karthago, als Hannibal Sagunt belagerte, so schüttelten sie den Kopf als Schill auszog zum Kampfe gegen Napoleon. Sie ringen auch die Hände über die Deutschen in der Ostmark, die Widerstand leisten wollen, vielleicht auch über jenen Hauptmann im Osten, der die Brücke sprengte, auf der die Hallertruppen weiterbefördert werden sollten, weil er in seinem einfachen politischen Verstand nicht einsah, weshalb er dazu beitragen sollte, die Henkersknechte des Deutschtums ungefährdet in ihre Aufmarschstellung gelangen zu lassen. Aber bei jenem Offizier und den Tapferen von Scapa Flow spiegelte sich etwas deutsches Empfinden und von höheren Gesichtspunkten gesehen mehr groß empfundene Politik ab, als in den Reden derer, die dem deutschen Volke sagten, daß es nun alles über sich ergehen lassen muß. Denn wenn wir dem Geiste von Scapa Flow treu geblieben wären, dann hätte uns der Weg niemals zu diesem Frieden von Versailles geführt.

Das war auch der Grundton, der die Rede durchzog, die Geheimrat Rahl für die Deutsche Volkspartei hielt. „Wenn wir noch ein Schwert hätten.“ Wie oft haben sich deutsche Männer und Frauen diese Frage vorgelegt, die Unabhängigen riefen dazwischen: „Das Heer war schon aufgelöst, als die Revolution kam.“ Nein, das war es noch nicht, trotz aller geschickten Propaganda der feindlichen Front und trotz der Zermürbung durch die Heimatfront. Die Schale war faul und wurmfressig geworden, aber ein Kern von Hunderttausenden deutscher Sitzeiter hielt noch stand, und wenn auch nur

noch diese Hunderttausend weitergekämpft hätten, und wenn wir die Friedensverhandlungen geführt hätten, mit der Feder in einer, aber dem Schwerte in der anderen Hand, dann hätte man uns wohl zurückdrängen können bis zum Rhein, aber man hätte uns nicht einen Friedensvertrag vorlegen dürfen, in dem wir wie ausgestoßene Hunde unter den Völkern der Erde behandelt werden. Dann hätte die Entente die große moralische Belastung zu tragen gehabt, ob sie ihre Söhne weiter verbluten lassen wollte um des Ausmaßes des Friedens willen. Jetzt steht kein Heer dem Feinde mehr entgegen, und deshalb stimmen 237 deutsche Abgeordnete für den furchtbarsten Frieden, der je einem Volke auferlegt wurde. Aus der Rede Kahls, der wieder einmal, wie einst ein unparteiisches Blatt schrieb, als das Gewissen der deutschen Nation sprach, klang es heraus wie der Ruf Siegfrieds: „Ein Schwert verhielt mir der Vater, ich fand es in höchster Not. Wälse, Wälse, wo ist dein Schwert!“ Wir rufen nach dem Schwert, aber kein Gott kann es uns wiedergeben. Wir besaßen es einst, und es war der köstlichen eines, das einem Volke gegeben wurde. Aber wir zerbrachen es mutwillig an den Schandtagen der Revolution und ziehen deshalb zunächst als Volk und Reich in eine Zukunft von Elend und Schande.

Weimar, 22. Juni 1919.

5. 11. 1919.

Zum Jahrestag der Revolution.

Die Vorgänge des 9. November. — Kaiserfrage, Sozialdemokratie und Demokratie. — Parlamentarisierung in Preußen. — Verhandlungen Dr. Davids wegen Regierungsbildung. — Nationalliberale Fraktion und Eintritt in die Regierung. — Weshalb erstand der Monarchie kein Kämpfer? — Die Bilanz der Revolution. — Kein Frieden nach außen und innen. — Wirtschaftliche und soziale Zerrüttung. — Der Fehler der Revolution: kein nationaler Impuls. — Ausblick in die Zukunft. — Alles flieht. — Nicht Feler — sondern Überwindung des Irrgeistes des 9. November.

Die deutsche Republik feiert den Jahrestag ihres Bestehens. Von der Freitreppe des deutschen Reichstags aus hat der Führer der Sozialdemokratischen Partei, der Minister unter Kaiser Wilhelm II., Herr Scheidemann, sie ausgerufen. Die monarchisch hohenzollernschen Traditionen in Brandenburg-Preußen, die ein halbes Jahrtausend die Traditionen des kaiserlichen Deutschland, die fast eines halben Jahrhunderts Dauer in sich schlossen, brachen zusammen. Alles, was an gärenden Problemen in der heutigen politischen Gegenwart liegt, Gegenwarts- und Zukunftsorgen und Hoffnungen steigen in diesen Tagen vor uns auf. Die Geister im neuen Deutschland scheiden sich nach der Stellung, die sie zum 9. November einnehmen.

Im deutschen Reichstag hat man sich kürzlich über die parteipolitischen Vorgänge des 9. November unterhalten. Es ist notwendig, auf sie zurückzukommen, um ein wirkliches Bild dieser Vorgänge zu gewinnen, wobei mir gestattet sei, auch auf persönliche Eindrücke dieses Tages zurückzugreifen. Was sich in der Reichshauptstadt in den letzten Wochen vor dem 9. November abspielte, war ein zäher Kampf der Revolutionisten und der Revolutionsfanatiker. Die dem

interfraktionellen Ausschuß angehörigen Vertreter der nicht sozialdemokratischen Parteien wurden mittelbar Zeuge dieses Kampfes. Der Sozialdemokratie drohten die Anhänger fortzulaufen, die radikale Berliner Arbeiterschaft neigte den Unabhängigen zu. Scheidemanns Eintritt in die Regierung hatte die Sachlage für die Sozialdemokratie nicht erleichtert, sondern eher verschärft. Der Frieden, ja der Waffenstillstand stand noch aus und auch die fortgesetzte Nachgiebigkeit gegenüber den Wilsonschen Forderungen führten zu immer tieferen Demütigungen, aber nicht zu dem erhofften Frieden. Eine strupellose Agitation hatte den Weg geöffnet für die Auffassung, daß der Frieden am Kaiser scheitere. Innerhalb der Mehrheitsparteien kafften hier von vornherein Gegensätze. Erzberger, der sich für seine Person von vornherein den Propagandaapparat des Kriegspresseamtes hatte zur Verfügung stellen lassen, war damals noch gar nicht republikanisch gesinnt, sondern trat mit aller Entschiedenheit für das Verbleiben des Kaisers auf dem Thron ein. Ein Aufsatz nach dem anderen erschien, um den Nachweis zu erbringen, daß die Forderungen Wilsons nicht dahin gingen, das Kaisertum zu beseitigen, oder den Kaiser zur Abdankung zu zwingen. Auf der anderen Seite war Scheidemann in entgegengesetzter Richtung tätig. Sein erster Versuch, dem Prinzen Max von Baden klar zu machen, daß an ein Verbleiben des Kaisers auf dem Throne nicht zu denken sei, scheiterte damals an dem Widerspruch des Prinzen-Reichstanzlers, der in seinem ersten Eindruck die richtige instinktive Empfindung dafür hatte, daß der badische Prinz nicht als Person zum Senker an der Hohenzollernndynastie werden dürfe. Prinz Max erklärte sich nach den damals innerhalb der Parteien verbreiteten Mitteilungen außerstande, die von Scheidemann verfaßte Denkschrift über die Notwendigkeit der Abdankung des Kaisers entgegenzunehmen und Scheidemann verschob zunächst die Ausführung des Beschlusses des sozialdemokratischen Parteivorstandes in dieser Frage. Er und seine Freunde erklärten im interfraktionellen Ausschuß, wie schwierig ihre Stellung gegenüber dem Parteivorstand durch diese Haltung würde, waren aber anscheinend zunächst gewillt, alles zu tun, um eine ruhige Abwicklung dieser Frage zu gewährleisten. Im interfraktionellen Ausschuß war eine Mehrheit für eine Initiative in der Frage der Abdankung des Kaisers nicht vorhanden. Dagegen waren die Führer des Zentrums, dagegen die Nationalliberalen,

ohne Unterschied der Person, dagegen auch der größere Teil des Fortschritts. So schien es, als wenn in dieser Frage zunächst die bürgerliche Einheitsfront geschlossen bliebe. Auch Herr Haußmann, der heutige Demokratenführer, machte damals die Bestrebungen auf Beseitigung des Kaisertums nicht mit, wirkte vielmehr darauf hin, daß die Ansprache, die der Kaiser bei dem Empfang des neuen Kabinetts gehalten hatte und von der er sich große moralische Wirkung in der Öffentlichkeit versprach („Kaisertum ist Dienst am deutschen Volke“) weite Verbreitung finden sollte.

In diese Situation kam zunächst eine Wendung dadurch, daß die „Vossische Zeitung“ an hervorragender Stelle die Mitteilung brachte, daß Herr Scheidemann dem Reichskanzler Prinzen Max von Baden im Auftrag des sozialdemokratischen Parteivorstandes die Abdankung des Kaisers nahegelegt hätte. Ich hatte Kenntnis davon erhalten, daß die „Vossische Zeitung“ diese Notiz bringen wollte und hatte vergeblich versucht, die Veröffentlichung, von der ich mir einen schlimmen Einfluß versprach, zu verhindern. Ob es richtig ist, was mir später mitgeteilt wurde, daß die Veröffentlichung mit der geheimen Einwilligung des Ministers Scheidemann erfolgte, stehe dahin. Tatsache ist jedenfalls, daß im interfraktionellen Ausschuß Herr Scheidemann nunmehr erklärte, nachdem die bürgerliche Presse die Diskretion über diese Vorgänge verletzt und nachdem die „Frankfurter Zeitung“ ohnedies die Vorgänge ungeniert erörterte, sei es für ihn unmöglich, noch auf den „Vorwärts“ im gegenteiligen Sinne einzuwirken. Es werde also nunmehr auch im „Vorwärts“ der Kampf gegen den Kaiser beginnen. Das geschah denn auch bald. Damit war aber schon der geistige Weg für die Republik mittelbar vorbereitet, denn die Erörterungen blieben nicht bei der Persönlichkeit des Kaisers haften, sondern gingen bald zu einer Kritik der monarchischen Grundform des Kaiserreichs selbst über. *)

Auch die nationalliberale Fraktion sah sich genötigt, zu diesen Fragen Stellung zu nehmen. Das Ergebnis ihrer Erörterungen gipfelte in einem Bekenntnis zum Kaisertum und in dem Beschluß, sich an irgend einer Aktion für die Abdankung des Kaisers nicht zu beteiligen. Wenn mich die Erinnerung nicht täuscht, ist nur ein einziger Vertreter der Fraktion in seinen Äußerungen von dieser Stellungnahme abgewichen. Mit großer Entschiedenheit trat bei diesen Verhandlungen einer der hervorragendsten publizistischen Vertreter der heutigen

*) Man muss in der Lage sein, die Notwendigkeit von
einer bestimmten Maßnahme abzulesen, sonst
von mir ist es nicht möglich, einen so wichtigen
-Abhang zu vermeiden.

Demokratischen Partei gegen die Erschütterung des Kaisertums auch nur durch eine Enkelherrschaft ein, indem er darauf hinwies, daß das Kaisertum das Symbol der deutschen Einheit sei, und daß die Gefahr bestände, daß die Einheit gefährdet würde, wenn das Symbol selbst geschwächt würde. Bezeichnend war, daß damals gerade aus national-liberalen süddeutschen Kreisen in Telegrammen an die Parteileitung dringend dafür eingetreten wurde, dem Treiben auf Abdankung des Kaisers entgegenzutreten. Gegenteilige Kundgebungen sind meines Wissens von keiner Seite erfolgt. Entsprechend dieser Stellungnahme lehnten die nationalliberalen Vertreter im interfraktionellen Ausschuß eine Beteiligung an irgendwelchen Bestrebungen ab, welche auf die Abdankung des Kaisers hingen. Es ist daher unwahr, wenn Prinz von Baden kürzlich in einer von ihm gegebenen Darstellung es so hinzustellen versuchte, als wenn der interfraktionelle Ausschuß auf die Abdankung des Kaisers gedrängt hätte. Ob Fortschritt und Zentrum in den letzten Tagen vor der Revolution in ihrer Stellung gegenüber der Abdankungsfrage schwankend geworden sind, entzieht sich meiner Kenntnis. Die nationalliberalen Vertreter im interfraktionellen Ausschuß halten jedenfalls niemals ein Fehl daraus gemacht, daß sie sich an einer solchen Aktion nicht beteiligen würden und da ein Beschluß als „Beschluß des interfraktionellen Ausschusses“ ohne ihre Mitwirkung nicht möglich war, so kann auch der interfraktionelle Ausschuß den Prinzen Max nicht bestimmt haben, dem Hauptquartier eine solche Erklärung abzugeben. Auf die von mir veranlaßte Berichtigung gegenüber den irreführenden Behauptungen des Prinzen Max von Baden ist denn auch von ihm keine Antwort erfolgt, und konnte wohl auch nach Lage der Sache nicht erfolgen.

Die Kaiserfrage stand also in den letzten Wochen und Tagen vor der Revolution so, daß der sozialdemokratische Parteivorstand und einzelne demokratische Organe unter Führung der „Frankfurter Zeitung“ darauf hindrängten, daß der Kaiser zugunsten seines Enkels auf den Thron verzichten sollte. Dagegen war ein offizielles Bestreben auf Ergänzung der Monarchie durch die republikanische Staatsform bis zu jener Zeit noch von keiner Seite zum Ausdruck gebracht worden. Inzwischen wurde in den nächtlichen Versammlungen der Berliner Fabrikvertreter der Kampf zwischen der gemäßigten und der radikalen Richtung immer stürmischer ausgefochten. Haase und Ledebour

kämpften für die Revolution. Scheidemann, David und Landsberg dagegen. Die Sozialdemokratie suchte durch Fortführung der politischen Reformen der revolutionären Bewegung Herr zu werden. In den letzten Tagen vor der Revolution stellte sie im interfraktionellen Ausschuß den Antrag auf Einführung des parlamentarischen Systems in Preußen, um dadurch die Lösung der preußischen Wahlrechtsfrage im Sinne des Reichstagswahlrechts sicherzustellen. Wir waren im interfraktionellen Ausschuß davon überzeugt, daß auf diesem Gebiete etwas geschehen müsse, denn der Eindruck der Landtagsverhandlungen nach außen war ein niederdrückender, und die Massen hatten die Empfindung, daß die Regierung energielos der wahlrechtsfeindlichen Mehrheit gegenüberstände. Nach einer Abend Sitzung begab ich mich im Auftrag des interfraktionellen Ausschusses zum Staatsminister Dr. Friedberg, um ihm die Bitte vorzutragen, die möglichst sofortige Parlamentarisierung in Preußen durchzusetzen, wobei die Regelung so gedacht war, daß Friedberg als preußischer Ministerpräsident an die Spitze des Staatsministeriums treten und im übrigen ein Ministerium aus den Mehrheitsparteien bilden sollte. Dr. Friedberg, der in der vorrevolutionären Zeit stets ein entschiedener Gegner des reinen parlamentarischen Systems gewesen war und höchstens einer vorsichtigen Parlamentarisierung zuneigte, setzte auch noch an diesem Tage — es war der 8. November! — diesem Gedanken sein Nein entgegen. Er war bereit zu demissionieren und einer Mehrheitsregierung zu weichen. Für seine Person aber lehnte er entschieden ab, bei einem derartigen Akt mitzuwirken. Der interfraktionelle Ausschuß selbst hatte inzwischen an diesem Tage gleichzeitig den Antrag für die sofortige Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts einschließlich des Frauenwahlrechts durch das Reich unterzeichnet. Man wollte den Widerstand Preußens gegen das gleiche Wahlrecht nunmehr durch das Reich brechen. Die Sozialdemokratie hatte inzwischen in der Kaiserfrage am 7. November ein Ultimatum an den Reichskanzler gestellt. In den interfraktionellen Sitzungen berichtete sie darüber, daß es ihr von Nacht zu Nacht schwerer würde, dem Ansturm der Radikalen zu widerstehen. Einzelne Mitglieder betonten, wie erschreckend groß die Zahl der Arbeiter sei, die bewaffnet zu den Verhandlungen kämen. Der 7. und 8. November mit dem Ultimatum der Sozialdemokratie in der Kaiserfrage und den politisch umwälzenden Beschlüssen des interfraktionellen Ausschusses in der Wahlrechtsfrage

sowie in der Frage der Parlamentarisierung Preußens vermochten indes den Lauf der Ereignisse nicht mehr aufzuhalten. Wie so oft in den Zeiten revolutionärer Gärung waren die Versuche, den Lauf des Geschehens zu hemmen, nur Stunden weit von den Geschehnissen selbst entfernt. Es kam der 9. November und mit ihm die Entscheidung im Sinne der Revolution.

Am 9. November betrat ich gegen 9 Uhr morgens das Reichstagsgebäude und zwar durch das Portal V, das mich am besten nach meinem im 2. Obergeschoß belegenen Zimmer führte. Es fiel mir zunächst nicht weiter auf, daß an dem Eingangsportal etwa 12 Soldaten postiert waren, denn ich nahm an, daß nach den letzten unruhigen Tagen eine Wache zum Schutz des Reichstages vom Kommando aus gesandt worden sei. Später erfuhr ich, daß diese Soldaten Abordnungen von Berliner Regimentern bezw. von sozialdemokratischen Teilen dieses Regimentes waren, die sich zu Scheidemann und Ebert begeben und diese über die Stimmung der Berliner Garnison informieren sollten, und erhielt schon auf dem Wege zu meinem Zimmer Nachricht von dem entscheidenden Umschwung der Dinge. Herr von Richthofen, der mich erwartete, teilte mir mit, daß er den Reichstagsabgeordneten Dr. David bereits im Reichstag gesprochen und von ihm erfahren hätte, die Revolution sei nicht mehr aufzuhalten, sie sei in der Nacht vom 8. zum 9. November beschlossen worden. David ersuchte darum, daß sich die Fraktionen der Mehrheit im Reichstag parat halten sollten, um sich gegebenenfalls an der Regierungsbildung zu beteiligen. Für den eventuellen Eintritt in die Regierung seien von der nationalliberalen Fraktion Dr. Junk und er in Aussicht genommen. Ein Blick aus dem Fenster meines Zimmers nach dem Spreeufer an der Sommerstraße zeigte mir bereits die Bedeutung des Tages. Arbeiter, Männer, Frauen, Mädchen strömten aus den Arbeitsstätten in großen Massen heraus und ordneten sich zu Demonstrationen, ohne daß bisher allerdings Waffen bei der Menge bemerkt wurden. Wir gingen dann zur Sitzung des interfraktionellen Ausschusses. Hier war man sich binnen kurzem darüber klar, daß es keinen Zweck hätte, innerhalb der Parteien zu verhandeln, zumal die Sozialdemokratie fehlte. Auf meinen Antrag wurde beschlossen, die Sitzung abzubrechen und sich in das Reichskanzlergebäude zu begeben, um mit dem Prinzen Max über die Lage zu verhandeln.

Dieser Versuch mißlang. Prinz Max von Baden war für die Vertreter der drei bürgerlichen Parteien nicht zu sprechen und nicht zu sehen. Wir standen in dem großen Saal und harrten der Dinge, die da kommen sollten. Zwischendurch gab Herr Haufmann einige Aufklärungen über die Verhandlungen des Kanzlers mit der Sozialdemokratie, aus denen hervorgehoben zu werden verdient, daß Herr Scheidemann den Vorschlag gemacht hatte, ein Vertreter des Reichskanzlers solle mit Scheidemann oder mit einem anderen sozialdemokratischen Abgeordneten in die Kasernen fahren, der Reichskanzler werde sich dann durch seinen Vertrauensmann davon überzeugen können, daß die Truppen auf Seiten der Sozialdemokratie ständen. Das Ergebnis der Verhandlungen des Prinzen Max mit der Sozialdemokratie wurde uns dann durch ein Extrablatt bekanntgegeben, daß der Prinz-Reichskanzler uns überreichen ließ und aus dem wir zu unserm Erstaunen erfahen, daß der Kaiser und der Kronprinz abgedankt hätten und daß der Reichskanzler Herrn Ebert mit der Führung der Geschäfte betraut habe. Wir gingen zum Reichstag zurück, trafen dort bereits die bekannten Revolutionsautos mit Matrosen und roten Fahnen, und dann hielt die Fraktion in ihrem Fraktionszimmer mitten unter den Hurrarufen der Revolutionäre und den Ansprachen in der Umgebung des Reichstages eine Fraktionsitzung ab, die ich mit den Worten einleitete, daß wir uns hier wohl zur letzten Sitzung der nationalliberalen Fraktion im alten Reichstag versammelt hätten. Wir besprachen kurz die einzig praktische Frage einer eventuellen Mitwirkung an der Regierungsbildung und waren einmütig der Auffassung, daß man sich einer solchen Regierungsbildung nicht versagen dürfe, stellten aber die Forderung, daß ein zu bildendes Ministerium sich lediglich als eine provisorische Gewalt betrachten und daß die künftige deutsche Staatsform erst durch die Nationalversammlung bestimmt werden dürfe. Die Fraktion lehnte also auch in diesem Stadium der Dinge jede Anerkennung der von Herrn Scheidemann ausgerufenen Republik ab. Sie befaßte sich gleichzeitig in dieser wie in späteren Sitzungen mit der Frage, wie sich die der Nationalliberalen Partei angehörenden Beamten verhalten sollten, falls keine bürgerlich-sozialistische, sondern eine rein sozialistische Regierung gebildet würde. Auch hier kam man zu der einmütigen Auffassung, daß nationalliberale Beamte sich der Mitwirkung nicht versagen sollten, daß aber als selbstverständlich gelten müsse, daß kein Beamter

von dieser provisorischen republikanischen Regierung ein Avancement annehmen dürfe, da wir jede auf Grund der Revolution gebildete Regierung als ein Provisorium ansähen, und eine in unserem Sinne rechtmäßige Regierung nur vom Tage der Nationalversammlung an anerkennen können. Die Fraktion war daher damit einverstanden, daß Herr Staatssekretär v. Krause das Reichsjustizamt weiter verwalte, war aber eigenartig davon berührt, daß Herr Schiffer entgegen den in der Fraktion besprochenen Abmachungen bald darauf das Staatssekretariat im Reichsschatzamt aus der Hand der sozialistischen Volksbeauftragten entgegennahm.

Von den Außerlichkeiten des 9. November, wie sie sich im Reichstag weiter abspielten, ist wenig von politischem Belang zu berichten. Am späten Nachmittag erfolgte die Besetzung des Reichstags durch eine revolutionäre Arbeiterwehr, die die Wandelhalle besetzten und die Abgeordneten zum Verlassen des Reichstags aufforderten. Unter dem Druck dieser Gewalt verließ ich nachmittags das Reichstagsgebäude, von allen Mitgliedern des Reichstags nur noch den Abgeordneten Prinzen Carolath erblickend. Ein Versuch, am Abend noch einmal in den Reichstag zu gelangen, da für den Abend noch eine interfraktionelle Besprechung in Aussicht genommen war, schlug fehl. Die Sitzung selbst erübrigte sich auch, da von einer Regierungsbildung mit Einschluß der bürgerlichen Parteien nicht mehr die Rede war, vielmehr die sechs Volksbeauftragten inzwischen die Übernahme der Regierung in die Hand genommen hatten. Eine Zusammenkunft der bürgerlichen Mehrheitsparteien, der Vertreter des Zentrums, der Fortschrittspartei und der Nationalliberalen Partei fand im Hause des Vizekanzlers von Payer am nächsten Sonntag Nachmittag statt, während bereits in der Wilhelmstraße und um das Gebäude des früheren Reichsamts des Innern herum die Gewehrlugeln piffen, weil man angeblich Gefechte mit reaktionären Offizieren zu bestehen hätte. Die Zusammenkunft selbst konnte unter den obwaltenden Umständen nichts anderes als ein Abschiednehmen bis zur Nationalversammlung bedeuten, eine Aktion des Parlaments war sowieso ausgeschlossen, da bedauerlicherweise der Präsident des Reichstags die Reichshauptstadt verlassen hatte.

* *

Man hat von demokratischer Seite erst kürzlich — in einem am 26. Oktober im Leipziger Tageblatt erschienenen Artikel — und in

der Magdeburger Rede des Vizekanzlers Schiffer vom 2. November höhniſch die Frage aufgeworfen, warum diejenigen, die ſich heute für das monarchiſche Syſtem einſetzen, denn nichts getan hätten, um es am 9. November zu erhalten: „Jedermann weiß, daß weder Herr Strefemann oder irgend ein anderer, als es nach dem von ihm zitierten Lieblingsausdruck Baſſermanns um Reich und Krone ging, auch nur das geringſte für die Erhaltung der Monarchie getan hat,“ ſchreibt das Leipziger Tageblatt und Herr Schiffer fragt, wo denn die Triarier der Monarchie an dieſem Tage geweſen wären. Das Leipziger Tageblatt will, wie es ausführt, nicht den Vorwurf mangelnden perſönlichen Mutes erheben, aber es ſchließt aus dem Verſagen der monarchiſchen Kreiſe auf deren Erkenntnis, „daß die Sache der Monarchie endgültig verloren, daß ihr Sturz nicht aufzuhalten war.“

Die Berechtigung der Frage an ſich ſoll nicht abgeſtritten werden; in der Tat, wenn irgend etwas den monarchiſchen Gedanken in Deutschland tödlich verwundet hat, ſo iſt es die Art, wie die Kaiſermonarchie zugrunde gegangen iſt, ohne daß ſich ein Arm für ſie rührte. Aber man darf auch in dieſer Beziehung nicht an der Situation vorbeigehen, die ſich am 9. November dem Heer, den Beamten und den Politikern bot. Wir haben erſt inzwiſchen erfahren, daß das Extrablatt des Prinzen Max von Baden eine weltgeſchichtliche Lüge war. Wir mußten mit der Tatsache rechnen, daß Kaiſer und Kronprinz auf die Krone verzichtet hätten, wir ſahen, wie ein auſerſtlichem Geblüt ſtammender Reichskanzler die Reichsgeschäfte an den Vorſitzenden der ſozialdemokratiſchen Partei abgegeben hatte. Den Truppen wurde verboten, von der Waffe Gebrauch zu machen. Von der Oberſten Heeresleitung kam keinerlei Nachricht, daß ſie ſich der Neugeſtaltung der Dinge entgegenſetze. Für wen und unter welchem Panier ſollte man denn kämpfen? Der Soldateneid band niemanden mehr, denn es gab keinen Oberſten Kriegsherrn. Der Beamteneid war hinfällig, denn es gab keinen König von Preußen. Man ſtand gewiſſermaßen unter dem Eindruck, daß ein Abkommen zwiſchen dem Kaiſerhauſe und dem Volke nach der Richtung vorläge, den neuen Gewalten mindedeſtens vorläufig zu gehorchen, um einen Bürgerkrieg zu vermeiden. Das war auch der Geſichtspunkt, unter dem die Öffentlichkeit die Frage anſah. Wir alle hatten die Empfindung, daß wir uns in einem Übergangſtadium befänden, daß die

Frage der endgültigen Gestaltung der Dinge durch die Nationalversammlung erfolgen sollte, für welche die Wahlen, durch die Bekanntmachung des Prinzen Max von Baden bereits in Aussicht genommen waren. Aus den vorher mitgeteilten Beschlüssen, die die Nationalliberale Fraktion noch am 9. November unter dem Toben der revolutionären Menge faßte, geht klar hervor, daß sie sich auch in dieser Stunde durchaus nicht der Republik unterwarf, sondern den Eintritt irgendwelcher Mitglieder davon abhängig machte, daß über die Frage der Staatsform erst die Nationalversammlung entschied, nachdem kurz vorher eine Sitzung der in Berlin anwesenden Mitglieder der Reichstags- und Landtagsfraktion mit den Mitgliedern des geschäftsführenden Ausschusses den die Partei im Reichskabinett vertretenden Staatsminister Dr. Friedberg beschlußgemäß ersucht hatte, unter allen Umständen einen Standpunkt zu vertreten, der die Erhaltung des Kaisertums in Deutschland sichere. Wäre der Erlaß des Prinzen Max von Baden und das Schießverbot nicht ergangen, so wäre der 9. November nicht zu einem unblutigen, vollen Siege der revolutionären Republikaner geworden. Jetzt höhnisch die Frage aufzuwerfen, warum die Monarchisten an diesem Tage nicht gekämpft hätten, heißt die Augen vor die Tatsachen, die damals durch das Versagen der obersten Stellen geschaffen worden, absichtlich verschließen. Außerordentlich eigenartig berührt es im übrigen, einen früheren Nationalliberalen, wie Herrn Vizetanzler Schiffer höhnisch von den Triariern der Monarchie sprechen zu hören, die er am 9. November auf den Barrikaden vermißt habe, um für ihren Kaiser zu kämpfen und zu sterben. Denn bis zum 8. November 1918 war man in nationalliberalen Kreisen der Auffassung, daß nach seinen Reden und Taten bis dahin Herr Schiffer selbst zu diesen Triariern gehörte. Diese seine frühere Auffassung scheint erst seit der Tatsache der Republik eine grundlegende Änderung erfahren zu haben.

* * *

Seit jenem 9. November ist nunmehr etwa ein Jahr vergangen. In der schnelllebigen Zeit, in der wir leben, ist ein Jahr mehr als sonst ein Jahrzehnt. Was vor der Revolution lag, erscheint wie im Dämmer ferner Vergangenheit, obwohl uns von ihm nur eine verhältnismäßig kurze Zeitspanne trennt. Wir leben in der Zeit des

durch die Revolution geschaffenen neuen Deutschland. Was hat es uns bisher gebracht?

Fest steht zunächst das Negative: er hat uns bis heute einen Frieden nicht gebracht: Weder den Gerechtigkeitsfrieden, den die Anhänger der Revolution uns als schönen Lohn deutscher Demokratisierung und Revolutionierung versprochen, noch den Frieden überhaupt. Wenn der Friede von Versailles in all seinen furchtbaren Einzelheiten durchgeführt werden würde, dann würden wir ein Land wie Persien, China oder Ägypten, von fremden Kommissionen regiert, bei jedem Schritt gegängelt, bei Unbotmäßigkeit bestraft, in der Zuteilung des Brotes zum Leben, der Rohstoffe zum Wirken abhängig von der Gnade der Eroberer. Das Idol Wilson ist zusammengestürzt. Selbst der einstige Reichskanzler von Bethmann Hollweg muß heute bitter darauf hinweisen, daß Herr Wilson vor dem amerikanischen Senatsauschuß selbst erklärt hätte, der Krieg mit Deutschland wäre auch ohne den deutschen U-Bootkrieg gekommen. Nicht die Verletzung der Seekriegsgesetze, sondern die große wirtschaftliche Verschlechterung der Vereinigten Staaten mit der Entente führte zur Beteiligung Amerikas am Weltkrieg. Das große Weltwirtschaftssyndikat, das den Weltkrieg gewonnen hat, ist besorgt dafür, daß der zu Boden geschlagene Gegner sich nicht wieder erheben kann. Die verlockenden Ideen von Völkerverbund und Völkerversöhnung und einer neuen sittlichen Erhebung des Menschengeschlechts sind längst als Betrug erkannt. Die große außenpolitische Weltillusion des 9. November ist verflogen. Alle Hoffnungen, die etwa in dem Schlagwort ausmündeten: durch die Revolution zum Frieden, sind hoffnungslos zerstört.

Die Revolution hat uns nicht die innere Versöhnung gebracht. Leidenschaftlicher als je bekämpfen sich im neuen Deutschland die neuen Parteien. Die deutsche Arbeiterschaft ist gespalten. Haase nennt Scheidemann einen Verräter. Der wildeste Terror wird gegen den Parteifeind angewendet und soweit das deutsche Volk nicht wieder apathisch geworden ist, steht es sich in den einzelnen extremen Parteirichtungen so fremd gegenüber, als sprächen die Menschen eine verschiedene Sprache. Niemand garantiert, daß der ersten Revolution nicht eine zweite folgt. Bürgerblut ist unter der Republik mehr geflossen, als unter der 500jährigen Herrschaft der Hohenzollern. Belagerungszustand, Zeitungsverbote, militärische Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung, alle die Mittel des alten Regimes,

nur verschärft und vergrößert, kennzeichnen den Stand der Dinge auf der einen Seite, der Schrei gegen die Roste-Garde und die Bluthunde tönt von der anderen Seite. Das deutsche Wirtschaftsleben ist gegenwärtig beinahe hoffnungslos verrotet. Der furchtbare Sturz der Kurve der deutschen Produktion seit dem 9. November kann nur millimeterweise eingeholt werden. Im schlimmsten Rübenwinter leisteten wir in manchen Zweigen der Industrie das doppelte von dem, was heute produziert wird. Der wirtschaftlichen Zerrüttung folgte die finanzielle. Die Ausgaben für die Kriegsführung drückten den Etat nicht mehr, dafür sind neue Milliarden schlechter Finanzführung, vergeudeten Heeresgutes und unmäßiger Löhne und Gehaltsforderungen neu hinzugekommen. Nur ein Herkules vermag diesen Augiasstall auszuräumen, der Mann, der an der Spitze des Finanzministeriums steht, hat herkulische Fähigkeiten, aber nur in seiner Unempfindlichkeit gegenüber Angriffen, die gegen ihn gerichtet werden.

Die in den letzten Kriegsjahren beginnende Durchlöcherung der deutschen Sitten wurde durch die Revolution zum Niederbruch der Sitten und der Moral weitergeführt. Der ehrliche Handel und Wandel kann vor behördlichen Schikanen und Steuern nicht aus und ein, der Mittelstand geht hoffnungslos zugrunde, aber Schieber und Wucherer bilden die neue Aristokratie des Landes und schänden den Leichnam der gemordeten deutschen Nation durch Orgien der Spiel Leidenschaft, geschmackloser Lustbarkeiten und Selbstentwürdigung. Die Korruption hat Hausrecht im neuen Deutschland erlangt. Soweit in der kurzen Zeit möglich, ist an die Stelle des alten, in manchem vielleicht engherzigen, aber sachlich und sachlich erprobten Beamten die besoldete Parteitüchtigkeit getreten.

Wer freut sich eigentlich des 9. November? Die Demokratie beginnt von ihm abzurücken, obwohl sie ihn erst bejubelte. Das Zentrum macht aus seiner Abneigung kein Hehl. Die Sozialdemokratie steht im Zeichen des Raizenjammers und einer ihrer Führer gesteht, daß die Massen sagten: wenn das Sozialismus ist, was wir heute erleben, dann wollen wir wieder zurück zum alten Regime. Die Unabhängigen fühlen sich durch den 9. November betrogen, weil die Revolution in einer Farce der kapitalistischen Republik geendet habe. Die Gefühle unserer Freunde bedarf es nicht darzulegen. Müde und armselig schleppt sich die Revolution durch das erste Jahr ihres Bestehens. Überall Niederbruch, fast nirgends ein Anfang von

Neuem. — Das ist die Novemberstimmung, in der das deutsche Volk den Jahrestag der Revolution begeht.

Suchen wir nach dem großen Fehler der Revolution, nach dem, was ihr in der Geschichte ewig als Makel anhaften wird, dann ist es das Fehlen der Idee, der nationalen Erhebung zur Durchsetzung der Lebensbedingungen des deutschen Volkes. Gewiß ist es unrichtig, das ganze Elend unserer Tage lediglich auf die Revolution schieben zu wollen. Sie übernahm eine bitter schwere Erbschaft; der Sieg im Weltkrieg war nicht mehr zu gewinnen, es ging nur noch um den ehrenvollen Frieden. Hier aber ist sie mit dem ungeheuren Schuldkonto belastet, die Zersetzung im Heere durch die Agenten der Revolution vorbereitet und durch die Regierung der Revolution nicht verhindert zu haben. Die Kriegsgefangenen, die jetzt über England und Frankreich zurückkommen, bestätigen den Eindruck, den wir alle hatten, daß kein Volk den fünften Kriegswinter physisch durchgehalten hätte. Wir konnten und mußten um Frieden bitten, aber wir mußten es tun mit dem Schwert in der Hand. Selbst wenn alle Deserteure von der Front entwichen wären, und es wäre nur ein kleines Heer an der Front zurückgeblieben, das sich kämpfend an die Maas und, wenn es sein mußte, bis zur deutschen Grenze zurückgezogen hätte, während die deutschen Junksprüche den Frieden anboten, dann wäre es sehr zweifelhaft gewesen, ob Franzosen, Engländer und Amerikaner noch mit Ungefüg gegen die deutschen Linien angerannt wären. Im Hintergrunde mußte der Gedanke der nationalen Erhebung des deutschen Volkes stehen. Auch wer im Innersten seines Herzens Monarchist ist, hätte einer Revolutionsregierung gern und freudig seine Unterstützung zuwenden können, wenn revolutionäre Funktionäre an allen Straßenenden das Volk zur Verteidigung für seine Freiheit aufgerufen hätten.

Wie ganz anders ist das Bild, das die Revolutionen anderer Völker bieten! Frankreich schickte seinen König auf die Guillotine, aber seine revolutionären Armeen legten den Feind hinweg, der sich Frankreichs Grenzen näherte. Cromwell war ein Revolutionär, aber er war ein Engländer vom Scheitel bis zur Sohle und seines nationalen Stolzes bewußt, wie es nur je ein englischer König sein konnte. Am 4. September 1870 wurde Napoleon III. des Thrones enthoben und die Republik Frankreich wurde erklärt, aber der Wille, das

Vaterland zu verteidigen, war im republikanischen Frankreich ebenso stark, wenn nicht noch stärker, wie im kaiserlichen Frankreich. Bei uns aber rissen die Revolutionäre den Offizieren und Soldaten die Epauletten und die Schwarz-weiß-roten Kofarden herunter, zerrieten den letzten Funken nationaler Leidenschaft für die Verteidigung des Vaterlandes und träumten den internationalen Austausch der Weltverbrüderung und ließen — wie ein Sozialdemokrat selbst sagte — die alte preußische Armee verlumpen und verludern.

Der Friede war nur noch unter Opfern zu erkaufen, aber daß er zum Niederbruch unserer ganzen Weltstellung führte, das ist die Errungenschaft der Revolution. Und deshalb wird der Revolutionstag nie nationaler Gedenktag in Deutschland werden. Die Revolution und die Republik, beide vermögen dem Gemüt des deutschen Volkes nichts zu geben. Die leidenschaftliche Auflehnung der deutschen akademischen Jugend und Schuljugend in den gebildeten Ständen gegen den Geist des 9. November zeigt uns den Weg in die neue Zukunft. Noch immer führte die deutsche Bildung, in der Jugend verkörpert, das Volk zu neuer Entwicklung. Die gemütsarme und in der Niedertrampelpung unserer nationalen Ehre gemütsrohe Revolution hat bei dieser Jugend ausgespielt und sich damit um ihr Zukunftsgebeten im deutschen Volke gebracht. Sie wird nie mit deutscher Größe, sondern sie wird nur in Verbindung mit dem deutschen Elend der Gegenwart genannt und von späteren Geschlechtern verflucht werden.

Gibt es aus dieser Trübnis keinen Ausblick in die Zukunft? Sollen wir hoffnungslos verzagen und lediglich im Traum der besseren Vergangenheit über die Gegenwart hinwegzukommen versuchen? Nein, das soll nicht sein! Nur müssen wir, wenn wir von Zukunft sprechen, mit anderem Maß messen, als mit dem Maßstab des Einzelmenschen. Stehen wir denn überhaupt am Ende der Entwicklung der Dinge in Deutschland, in Europa, in der Welt? Viele sehen die Zeit, die wir durchlebt haben, nur unter dem Gesichtspunkte des Krieges und glauben, ein neues Zeitalter mit einer Art Ewigkeitsdauer habe seit dem Frieden von Versailles begonnen. Eine solche Auffassung wird den Dingen in ihrer Gänze nicht gerecht. Schon der Weltkrieg selbst war doch nur die Fortsetzung der beiden Balkankriege, die ihm vorausgegangen sind, war doch in seinen Konstellationen undenkbar ohne den italienisch-türkischen Krieg, der das Prä-

ludium für die großen weltpolitischen Auseinandersetzungen bildete und seinerseits an den Burenkrieg ansetzte, der ebenso wie der vorgenannte von weltpolitisch imperialistischen Ideen eingegeben war. Gewiß, dieser militärische Kampf ist vorläufig ausgekämpft, Deutschland hat keine militärischen Mittel, das Schicksal zu wenden, und ist im Innern sterbensmüde und matt. Aber war denn das militärische Ringen nicht wiederum ein Teil einer großen Umwälzungsbewegung in der Welt, die weit über den Kampf der Waffen hinausging? Törichter Menschenwitz will einzelne Menschen verantwortlich machen für den Ausbruch solchen Weltgeschehens. Als wenn nicht die großen Grundtatsachen der Entwicklung des letzten Jahrhunderts die Bedingungen dazu geschaffen hätten. Der Aufstieg Deutschlands zum reichen mächtigen 70-Millionenvolk vor allem. Gegen dieses Deutschland kämpfte England, mit England im Bunde kämpften die Vereinigten Staaten, weil wirtschaftlich mit der Entente durch Milliardenkredite verbunden und in Deutschland den weltwirtschaftlich stärksten Nebenbuhler bekämpfend. Nunmehr aber beginnt zunächst eine neue Periode wirtschaftlicher Entwicklung, in der wir die Entente nicht mehr als eine Einheit sehen werden. Schon steht das einst von der Entente vergötterte Italien wie ein geprügeltes Rind seinen Ententegenossen gegenüber. Schon hört man zwischen all den Triumphreden der französischen Kammer deutlich den Angstschrei vor der Gefahr des wirtschaftlichen Niederbruchs heraus. England gewiß steht mächtiger da, denn je ein Weltreich auf Erden. Deutschlands wirtschaftliche Kraft liegt am Boden, seine Handelsflotte ist faktisch von den Meeren verschwunden. Aber eine amerikanische Handelsflotte ist entstanden, stärker als die deutsche es je war, und amerikanische ungeschwächte Kapitalkraft bedroht Englands weltwirtschaftliche Expansion mehr, als es Deutschlands Entwicklung jemals getan hätte. England, Amerika und Japan stehen sich nicht als Dreieck gegenüber zur Beherrschung der Welt, sondern als ein Konzern, in dem die tiefsten wirtschaftlichen und politischen Gegensätze schlummern und eines Tages zum Ausbruch kommen können.

Ideen reifen langsam, aber sie haben ein zähes Leben. Fünf Jahre hindurch hat man vom Selbstbestimmungsrecht der Völker in allen Sprachen und in allen Erdteilen gesprochen. Als es zur Tat werden sollte, wurde es niedergestampft in den Friedensbedingungen von Versailles und St. Germain. Aber den Geist kann man nicht

töten. Wir sind mit unterlegen durch die Kolonialvölker, die England zu Hilfe rief aus allen Erdteilen, aber die politische Wirkung dieser tatsächlichen Gleichberechtigung von Farbigen und Weißen in der Ententearmee im Zusammenhang mit der Idee des Selbstbestimmungsrechtes ist noch nicht bis zum Ende gediehen. Ungeklärt sind bis heute die Verhältnisse auf dem Balkan, ungeklärt der jüdisch-palästinische Staat, ungeklärt das Schicksal des Mohammedanismus, ungeklärt die Zukunft Rußlands, das als Volk und Wirtschaft nicht auf ewig ausgelöscht werden kann durch einen unglücklichen Krieg oder durch den Bolschewismus. Wohin man sieht, ragen Probleme der Neubildung von Staaten und Völkern. Das Auge sieht nichts Abgeschlossenes, sondern werdendes, nach Neubildung ringendes in Wallung und Gärung. Unwillkürlich wendet man den Blick zurück zu jener Periode der Geschichte, die mit der französischen Revolution beginnt und mit dem Wiener Kongreß zeitlich endet. Damals ging die Revolution Europas von der Idee aus. Das große Schauspiel der europäischen Umwälzung begann mit der Verkündung der Menschenrechte, führte einen französischen König auf die Guillotine, ließ Paris und Frankreich die Schreckensherrschaft eines Danton und Marrat erleben, sah Napoleon als Konsul und Kaiser aufsteigen, sah Preußens Fall und Österreichs Demütigung, sah ein Spiel mit Kronen wie mit Bällen und endete nach Leipzig in Wien auf der einen, in Sankt Helena auf der anderen Seite. Diesmal wurde die Welt zuerst erschüttert durch die großen gewaltigen militärischen Eruptionen, dann aber schufen die Erlebnisse des Krieges die geistige Revolution der Völker. Die russische Revolution war das erste Fanal einer Erhebung der Masse gegen die alten Verhältnisse. In raschem Taumel kam man von der Beseitigung des Zarentums über den Versuch einer konstitutionellen Verfassung zur Diktatur des Proletariats unter dem Bolschewismus. In Deutschland führte dieselbe Bewegung zur demokratischen Republik. Auch hier scheint die Entwicklung nicht abgeschlossen. Gegen die demokratische Republik kämpft in Deutschland der Kommunismus, gegen den Kommunismus in Rußland kämpfen die Vertreter der alten Gewalten. Noch zeigt keines der siegreichen Länder die gleichen Erscheinungen, aber niemand zweifelt wohl daran, daß der Boden in Italien ausgewühlt ist von politischen Leidenschaften eines Volkes, das sich um den Erfolg des Sieges betrogen fühlt. Niemand kann vorbeigehen an den starken Kämpfen, die in

England um die Sozialisierung des Bergbaus geführt werden, niemand kann vorbeigehen an den starken Kämpfen um die Macht, die in England die alte verbrämte Oligarchie der herrschenden Parteiführer gegen den Dreibund der großen Gewerkschaften führt, in deren gewerkschaftlichen Forderungen der politische Unterton immer deutlicher vernehmbar wird. Von der Leidenschaft der sozialen Kämpfe in Amerika ist nur wenig an unser Ohr gedrungen, aber was wir hören, spricht dafür, daß das Land, welches am längsten am Manchesterium festgehalten hat, auch am stärksten durch das gewaltige Erwachen der Arbeiterklassen erschüttelt werden kann. Noch herrscht in Frankreich Clemenceau, noch berauscht man sich an der Feier des Sieges. Wie aber die Stimmung des Volkes sein wird, wenn man erfährt, daß Deutschland nicht alle Schulden Frankreichs zahlen kann, daß auch Frankreich finanziell und wirtschaftlich zerrüttet aus dem Krieg hervorgeht, daß noch kein Garant für die an Rußland gegebenen Milliarden da ist, das vermag ebensowenig jemand zu sagen, wie jemand Auskunft darüber zu geben vermag, ob das polnische Volk, das bisher staatenbildende Kraft nicht gezeigt hat, diesmal in der Lage sein wird, einen polnischen Staat zu erhalten. Alles fliebt, alles ist in Neubildung und Gärung begriffen. Sollen wir glauben, daß in all den Zeiten, die noch kommen, in den Umwälzungen, die noch kommen, Deutschland nichts anderes sein wird als der Partia unter den Nationen, als der Vasall der Sieger? Nein, das wird nur dann sein, wenn wir uns aus dem Niederbruch des 9. November nicht zu erheben vermögen. Aber der Feiertag wird vergehen, die Gesundung wird kommen, denn im innersten Kern ist das Volk gesund. Bei allen Anklagen, die gegen den 9. November erhoben werden, wollen wir doch eines nicht vergessen: daß das deutsche Volk während der 5 Jahre des Krieges so unendlich viel physisch zu erdulden hatte, daß der Fiebertausch nach dem Niederbruch aller Hoffnungen psychologisch verständlich war. Noch ist alles dunkel und düster im Grau der Novembertage vor uns. Aber die Sonne wird einmal durchbrechen, wenn wir den Weg zurückfinden zu dem, was an dem alten Deutschland innerlich gesund und unvergänglich war. Die Anzeichen dazu zeigen sich bereits. Die Produktion in den Kohlenbergwerken fängt an zu steigen, die Streikheer finden weniger Anhang, in Massenabstimmungen wird die Akkordarbeit wieder gutgeheißen, der Drang nach Ordnung und Autorität ist namentlich auch

bei den Frauen allgemein. Wir werden ein Volk der harten Arbeit bleiben. Die leichte Genußfreude, das sanguinische Temperament des Romanen war uns nie eigen. Wir hatten keine Gentry, die bei uns, etwa wie in England, ausruhte auf dem, was die Vorfahren an Vermögen hatten. Über unserem Leben stand in der Vergangenheit der letzten Jahrzehnte das Wort der römischen Legion: sine missione nascimur, ohne Urlaub wurden wir geboren. Das hat uns hart, rauh, abstoßend und in vielem unausgeglichen gemacht, das hat die Abneigung gegen den Deutschen erweckt bei den anderen, das wird so bleiben. So karg, wie die Natur den deutschen Osten ausgestattet hat, so karg und starr wie die Dünen an der Ost- und Nordsee, so puritanisch wie ein kalvinisches Gotteshaus, so wird wohl das Leben sein, das wir zu führen haben. Mindestens wir, die lebende Generation. Alles, was wir einst groß gesehen haben an unserem Vaterlande, sehen wir nur noch durch die Schatten unserer Erinnerung. Aber die große Zeit, die schöne Zeit unseres Lebens verdanken wir denen, die vor uns mitgeschaffen hatten, dieses Preußen-Deutschland zur Größe durchzuhungern und durchzuführen. Jetzt gilt es, aus Trümmern ein neues Reich zu bauen, in dem unsere Söhne und Enkel wohnen sollen. Wenn wir zurückkehren zu den alten Ideen deutscher Arbeitslust, deutscher Sitte, deutscher Ehrfurcht vor allem Großen, deutscher Selbstachtung und Selbstbefinnung, deutschen Ordnungssinns, deutscher Autorität und jenem tiefen Inbegriff deutscher Freiheit, der nicht im Ausleben des Ichs, sondern in der Einordnung des Ichs unter die Allgemeinheit die wahre Freiheit sieht, dann werden wir auch in diesem unsern Leben eine Wegstrecke zurücklegen können zu jener Entwicklung unseres Vaterlandes, die uns einst in einem langen Zeitraum wieder zur Größe wird führen können. Nicht auf dem Weg über kosmopolitisches Denken, sondern nur auf dem Wege deutscher Wesensart. Der Weg ist lang und dornig. Nur der Geist, der unverrückbar an ein fernes schönes Ziel glaubt, vermag die Lebenskraft sich zu erhalten, die ihn über den Alltag des durch den 9. November geschaffenen Deutschland hinwegführt. Aber wie es der Geist ist, der sich den Körper baut, so wird auch dieser Geist sich den Körper des neuen Deutschland zu bauen vermögen, nicht in der Feyer, sondern in der Überwindung des Irrgeistes des 9. November.

Berlin, 5. November 1919.

Anhang

Betrachtungen zum Weltkriege

von Th. v. Bethmann-Hollweg

Zum Tode Friedrich Naumanns

17. 8. 1919.

Betrachtungen zum Weltkriege.*)

Über Bethmanns Betrachtungen zum Weltkriege ist in den „Deutschen Stimmen“ schon einmal kurz gesprochen worden. In den „Unterhaltungen am Abendliſch“, jenen gedankenvollen Überlegungen Peter Käuzleins, ist der tiefe Eindruck geschildert worden, der von der Persönlichkeit des vierten Kanzlers ausging und der ihm viele persönliche Freunde, namentlich in den Kreisen der deutschen Intellektuellen, warb. In der Tat ist gerade bei Bethmann der Mensch und die Persönlichkeit von dem Staatsmanne nicht zu trennen. Den Vorzügen seiner Persönlichkeit, in privatem Maßstab gemessen, entspringen zum Teil seine politischen Fehler. Allerdings war auch die Persönlichkeit und ihr äußerer Eindruck ein ganz anderer, als ihn sich die meisten vorstellen. Der Außenwelt erschien Bethmann Hollweg vielfach als der ruhige, abgeklärte Philosoph, den großzügige Objektivität über den Hader der Parteien wegtrug und der sich sein Urteil über Dinge und Personen nach der Weltanschauung formte, der er anhing. Nichts ist falscher als dieses Bild des leidenschaftslosen, objektiv kühlen Beobachters der Dinge. Mindestens falsch, wenn es den Bethmann der Zeit kennzeichnen will, in welcher ihm die Kanzlerwürde Deutschlands anvertraut war. In dieser Zeit lebte in ihm eine bis zu vulkanischen Ausbrüchen sich steigende, ihn beherrschende Erregtheit, die namentlich dann den ganzen Mann gefangen nahm, wenn er glaubte, daß der Kampf gegen ihn als Person geführt würde. Ein bekannter politischer Schriftsteller, der den Reichskanzler sprechen wollte, fand ihn in höchster Erregung im Zimmer auf- und abgehend, weil ihn ein nationalliberaler Geschichtsprofessor in Leipzig in einer Artikelferie angegriffen hatte. Auf das bitterste beklagte er sich einmal Bassermann gegenüber darüber, daß die Witzblätter ihn karikierten oder seine Person in falschem Licht erscheinen ließen. In den Sitzungen des Hauptauschusses versuchte

*) Th. v. Bethmann-Hollweg. Erster Teil Betrachtungen zum Weltkriege. Reimar Hobbing, Verlag, Berlin.

er vergeblich, die innere Erregung durch fortwährendes Rauchen zu dämpfen; an der Art, wie seine Gesichtszüge sie widerspiegeln, ersah man deutlich, wie leidenschaftlich ihn der dort ausgetragene Kampf bewegte. Das ist der Kanzler, wie ihn der englische Botschafter, Sir Goschen, schildert, der auf den Tisch schlägt und der seinen Gegenpartner gar nicht zu Worte kommen läßt, und der in heißen, in ihrer Tragweite von ihm nicht erfaßten Sätzen seine Anliegen hinausstößt.

Diese Leidenschaftlichkeit seines Wesens entsprang guten Charaktereigenschaften. Der Staatsmann Bethmann war von einem strengen Verantwortlichkeitsgefühl erfüllt, auf ihm lastete wie ein Alb die Sorge um Deutschlands Zukunft. Der kühlen Realpolitiker, die in dem Foreign Office in London ebenso zu Hause ist, wie in den Diplomaten aller andern Länder, war er aber schon deshalb nicht gewachsen, weil er da die Auffassungen des Privatmannes als Maßstab anlegte, wo es sich um große Politik handelte. Ein Beispiel dafür ist die in seinem Buch angeführte Klage, daß es ihm als ein ungewöhnlicher diplomatischer Brauch erschienen sei, daß Privatgespräche amtlich ausgebeutet würden. Man bedenke die Situation: Vor dem Beginn des Weltkrieges spricht der Kanzler des Reiches mit dem englischen Botschafter über den Gesamtkomplex der politischen Fragen. Er erörtert die von England in den Vordergrund gestellte Frage der belgischen Neutralität, bezeichnet diese im Vergleich zu dem furchtbaren Ereignis eines deutsch-englischen Krieges als einen Fetzen Papier, „a scrap of paper“, und glaubt, daß dieses Gespräch den Charakter einer privaten und persönlichen Aussprache haben könne, anstatt als selbstverständlich anzunehmen, daß jedes Wort dieser Unterredung Weltbedeutung erlangen könne!

Denselben Fehler begeht der Kanzler in seiner ersten Rede, in der er Deutschland mit der Schuld an Belgien durch das unglückselige Wort vom Unrecht an Belgien behaftet, das der englischen Propaganda geradezu in die Hände spielte und Grundlage für den ganzen gegen Deutschland geführten Presse-Feldzug der Entente lieferte.

Bethmann selbst bemüht sich, in seinen Betrachtungen zum Weltkrieg darzulegen, daß der ganze englische Diplomatenkreis längst einen Vorwand suchte, um in einen Weltkrieg einzugreifen und in den Deutschland hineinmanövriert werden sollte, er bringt dafür überzeugende Beweise vor. Aber gerade wenn er davon überzeugt

war, daß England nur einen Vorwand suchte, um sein imperialistisches Streben der Vernichtung Deutschlands hinter sentimentalen Floskeln zu bergen, dann durfte er niemals jenes verhängnisvolle Wort sprechen. Er irrt sich, wenn er in seinen Betrachtungen behauptet, daß die unermesslichen Nachteile, die seine Rede Deutschland gebracht hat, nur in der Vorstellung seiner politischen Gegner existierten. Die Verantwortlichkeit, die er selber fühlte, hieß es auch ziemlich unpolitisch auf andere übertragen, wenn er das Eingreifen Englands in den Weltkrieg deshalb nicht annahm, weil er glaubte, „daß auch England, vor die allerletzte Entscheidung gestellt, die Erhaltung des Weltfriedens höher schätzen werde, als seine Freundschaften.“ Er sieht überall bei seinen Feinden auch da noch die Ehrlichkeit, wo die Feinde selbst sich gar nicht mehr die Mühe geben, die Anerkennung dieser Ehrlichkeit zu beanspruchen. Eine dem ehemaligen englischen Kriegsminister Salbane nahestehende Seite legte in Veröffentlichungen in der englischen Presse dar, daß es bei den Berliner Besuchen Saldanes Aufgabe gewesen sei, die Deutschen bei guter Laune zu erhalten, während England seine Rüstungen für den Kriegsfall vollendete. Trotzdem sagte Bethmann: „Meinerseits neige ich auch heute zu der Ansicht, daß auf englischer Seite ein ehrlicher Verständigungsversuch vorlag.“ Dieselbe politische Treuherzigkeit zeigt sich bekanntlich auch in der Denkschrift zum deutschen Weißbuch, in der gesagt war, England habe Schulter an Schulter mit uns für den Frieden gearbeitet. Jetzt ist Bethmann in seinen Betrachtungen gezwungen, diese Anerkennung zurückzunehmen, und zwar, wie er sagt, auf Grund der eigenen amtlichen Veröffentlichungen unserer Gegner. Beinahe naiv mutet es dabei an, wenn er davon spricht, daß in der englischen Publizistik diese Darstellung des deutschen Weißbuches mehrfach als deutsche Anerkennung englischer Friedensliebe verwertet worden sei. An einer andern Stelle sagt Bethmann, daß er sich wohl bewußt sei, einer geschickten Regie nicht fähig zu sein. Allerdings! Auf der einen Seite die Selbstanlage wegen des an Belgien begangenen Unrechts, auf der andern Seite die für feindliche Propaganda ebenso verwertbare Äußerung von dem „scrap of paper“ und dann in dem amtlichen deutschen Weißbuch die Anerkennung für den grimmigsten Feind, daß er ehrlich für den Frieden gearbeitet habe. Mehr an ungeschickter Regie war in den ersten Tagen des Weltkrieges wohl nicht möglich. — Es bedurfte nicht der Geschid-

lichkeit eines Lord Northcliffe, um Deutschland von feindlicher Seite aus ins Unrecht zu setzen, nachdem sein eigener Kanzler dem Feinde derartig die Waffen dazu geliefert hatte.

Zu den Fragen der weltpolitischen Regie gehört die Frage der Kriegserklärung an Rußland. Bethmann stellt es so dar, als wenn er sich als Politiker in dieser Frage dem Urteil der militärischen Instanzen, namentlich des General von Moltke, gebeugt hätte, der für die Kriegserklärung gewesen wäre, weil unser für den Zweifrontenkrieg berechneter Mobilmachungsplan die sofortige Vornahme kriegerischer Handlungen vorsah. „Seiner Ansicht habe ich mich angeschlossen.“ Ist Bethmanns Rolle bei dieser Kriegserklärung wirklich eine so passive gewesen? Soviel ich weiß, hat der Kanzler in jenen unheilchwangern Tagen gegenüber seiner nächsten Umgebung gar kein Hehl daraus gemacht, daß er sich von der Kriegserklärung gegen Rußland große Vorteile in bezug auf die Stellung der Sozialdemokratie zum Krieg verspreche, vielleicht in Erinnerung an den bekannten Ausspruch Babels, der auch die Flinte über die Schulter nehmen wollte, wenn es sich darum handelte, gegen den russischen Zarismus zu marschieren. Der verstorbene Ballin hat seinen Freunden gegenüber die Szene geschildert, wie der Kanzler den bewährten Geheimen Rat Kriege, den Chef der juristischen Abteilung im auswärtigen Amt, ersuchte, die Kriegserklärung an Rußland zu formulieren, während Ballin selbst ihm davon abgeraten habe. Wiederholt ist auch in der Presse ohne Widerspruch Bethmanns behauptet worden, daß Herr von Tirpitz zu denen gehört habe, die den Kanzler gemahnt hatten, sich mit der Kriegserklärung an Rußland nicht zu überstürzen. Die Darlegung Bethmanns befriedigt daher in diesem Punkte nicht. Gerade weil es feststand, daß Rußland den Krieg gegen Deutschland wollte, gerade weil wir uns in jenen Tagen de facto bereits im Kriegszustand mit Rußland befanden, war es unverzeihlich, uns mit dem Odium dieser Kriegserklärung und ihren Folgen auf unsere Bündnisverträge zu belasten.

Wer Bethmanns Stellung zu den Fragen der inneren Politik kennt, auf die er in seinen Betrachtungen selbst nur kurz eingeht, der weiß, wie nahe ihm solche Gedankengänge lagen, die in den Mitteilungen Ballins angedeutet sind. Er wollte die Sozialdemokratie zur positiven Mitarbeit im deutschen Staatsleben erziehen. Schon als Staatssekretär des Innern hatte er ein tiefes Verständnis für die

Bedeutung, welche die gewerkschaftliche Mitarbeit am Staatsganzen für die Aplanierung der sozialen Gegensätze und für eine verständige Fortentwicklung der deutschen Politik haben konnte. Ich entsinne mich eines Abends, den ich im Hause des Staatssekretärs von Bethmann Hollweg zubachte und an dem er seiner großen Freude darüber Ausdruck gab, mit mir, in dem er einen Vertreter des einseitigen Arbeitgeber-Standpunktes zu sehen glaubte, in dieser Auffassung übereinzustimmen. Nur irrte er darin, daß er glaubte, in den Augusttagen 1914 einen besonderen Anreiz nötig zu haben, um die Sozialdemokratie für die Zustimmung zu den Kriegskrediten und, was wichtiger war, für das begeisterungsvolle Eintreten für Deutschlands Recht zu gewinnen. Wer jene Tage vor seinem Geiste neu erstehen läßt, der weiß, daß es damals keinen Abgeordneten gab, der es hätte wagen können, sich gegen den Krieg auszusprechen; die Woge der Volksleidenschaft würde über ihn hinweggebraust sein. Fragen der inneren Politik lagen damals dem Deutschen weltentfernt und hätten bei niemandem Interesse gefunden. Erst später, als es sich zeigte, daß wir einen langen, langen Krieg würden führen müssen, da tauchten diese Fragen auf und man überlegte in den Kreisen der Regierung, was geschehen müsse, um die Sozialdemokratie bei der Stange zu halten und zu gewährleisten, daß die Volkseinheit bis zum Ende des Krieges erhalten bleibe. Über die Stellung Bethmanns zu diesen Fragen werden wohl die nächsten Bände seiner Betrachtungen Auskunft geben. Aber schon hier seien einige Bemerkungen gestattet, zumal der frühere Kanzler im ersten Teile seiner Betrachtungen die preußische Wahlrechtsfrage erwähnt, allerdings nur insoweit, als er die vor dem Krieg liegenden Kämpfe um die Reform des preußischen Wahlrechts berührt. „Mit der Reform des preußischen Wahlrechts hoffte ich ein Haupthindernis gesunder Entwicklung aus dem Wege zu räumen. Die Reform scheiterte an dem mit einer Taktik der Überraschung verbundenen Widerstand der Konservativen und an Schwierigkeiten, die die Nationalliberalen in parteipolitischem Interesse erheben zu müssen glaubten. Die Modalitäten aber, unter denen das Gesetz fiel, machten jede baldige Erneuerung des Versuches, weil aussichtslos, unmöglich.“

Es lohnt sich, bei diesen wenigen aber inhaltschweren Sätzen, mit denen Bethmann hier die Frage der einstigen Kämpfe um das preußische Wahlrecht erwähnt, zu verweilen und zwar deshalb, weil

fie ein bezeichnendes Licht auf Bethmanns Persönlichkeit werfen. Was aus diesen Sätzen spricht, ist doch nichts anderes als entschlußlose, kampfes müde Resignation. Wie anders würde ein Bismarck den Kampf für eine Reform des Wahlrechts durchgeführt haben, wenn es für ihn gegolten hätte, ein „Haupthindernis gesunder Entwicklung aus dem Wege zu räumen!“ Eine einzige Auflösung des preußischen Abgeordnetenhauses mit der Parole der Reform des Wahlrechts hätte dem Kanzler, wenn er die ihm zur Verfügung stehenden Mittel angewendete, jeden Erfolg gebracht, den er brauchte. Nicht nur das Zentrum, sondern auch die nationalliberale Partei hätte ihm dabei Gefolgschaft leisten müssen, denn der Einfluß des wahlrechtsgegnerischen Teils der nationalliberalen Fraktion des preußischen Abgeordnetenhauses wäre auf einem Parteitage, sobald die Frage der Abschaffung des Dreiklassen-Wahlrechts in die Debatte geworfen worden wäre, minimal gewesen. Nur mußte im Volk die Überzeugung wurzeln, daß die Regierung gewillt war, den Kampf mit rücksichtsloser Entschlossenheit zu führen. Die Führung dieses Kampfes mußte in den Händen des Kanzlers liegen. Gewiß waren die Widerstände groß und gewaltig, aber es galt, ihnen nicht auszuweichen, sondern sie zu überwinden. Davon merkt man auch in den jetzigen rückblickenden Betrachtungen keinen Hauch. Der Kanzler Bethmann war vollkommen davon überzeugt, daß dem Staate durch die konservative Politik schwere Wunden geschlagen würden, aber er hatte nicht die Kraft, seine Überzeugung den Widerständen zum Trotz zum Siege zu führen.

Die selbe Wesensart des Kanzlers zeigt sich auch in seinem Buche in andern entscheidenden Fragen. In lapidarem Stil gibt Bethmann ein Bild seiner Auffassung der Flottenfrage. Wörtlich sagt er darüber: „Der Reichstag hat für die Marine seit der Annahme des grundlegenden Flottengesetzes stets eine freigebige Hand gehabt. Seegeltung war ein Zauberwort, dem auch mancher jener Parlamentarier nicht widerstand, deren Kritik sich sonst bis auf die kleinsten Positionen des Etats erstreckte. Im Lande wuchs mit der zunehmenden Entfernernng von der Wasserkrante der Schimmer der Romantik, der alles Seemännische umgab. Die Flotte war das Lieblingskind Deutschlands, in ihr schienen sich am lebendigsten die vorwärtsstrebenden Kräfte der Nation darzustellen. Leistungen modernster Technik und sorgfältig erwogener Organisationen wurden mit Recht bewundert. Zweifel

eines engern Kreises von Sachverständigen, ob wir mit dem Bau von Großkampfschiffen überhaupt auf dem richtigen Wege waren, kamen gegenüber einer fanatischen, im Dienste der herrschenden Richtung disziplinierten Publizistik nicht auf. Bedenken über die schwere internationale Belastung, die sich aus unserer Flottenpolitik ergeben hatte, wurden durch eine robuste Agitation niedergehalten. In der Flotte selbst war nicht überall das Bewußtsein wach, daß sie nur Werkzeug, nicht aber bestimmender Faktor der Politik zu sein hatte. Ihre Leitung lag seit langen Jahren in der Hand eines Mannes, der über sein Ressort hinaus politische Autorität beanspruchte und das politische Denken weiter Kreise nachhaltig beeinflusste. Wo Differenzen zwischen der Marine und der politischen Leitung sich andeuteten, trat die öffentliche Meinung fast ohne Ausnahme auf die Seite der ersteren. Erwägung der internationalen Kräfteverhältnisse galt leicht als schwachmütige Rücksichtnahme auf das Ausland.“

Wer zwischen den Zeilen liest, wird keinen Augenblick darüber zweifeln, daß Bethmann zu denen gehörte, die Gegner einer starken Flottenpolitik waren. Trotzdem machte er sie mit, weil er nicht die Kraft in sich fühlte, sich der öffentlichen Meinung zu widersetzen. Gegen ihn standen nach seinen eigenen Worten die Romantik, die alles Seemännische umgab und die Flotte vollstümlich mache, ferner „eine fanatische Publizistik im Dienste der herrschenden Richtung, eine Agitation und eine Persönlichkeit, die das politische Denken weiter Kreise nachhaltig beeinflusste.“ Mit andern Worten: Das Schiff des Kanzlers wurde in die Richtung getrieben, die die Wogen der öffentlichen Meinung angaben. Er selbst wußte nicht das Schiff dahin zu steuern, wohin es seiner Meinung nach gelangen mußte. Auch hier keine eigene kräftige Politik, sondern dieselbe müde Resignation, die ihn in der Wahlrechtsfrage nicht vorwärts brachte.

Dieselbe Situation hat sich schließlich für ihn in der Frage des unbeschränkten Unterseeboot-Krieges ergeben. Er hat für diesen unbeschränkten U-Bootkrieg im Hauptauschuß des Reichstages am 30. Januar 1917 mit allen Mitteln seiner Beredsamkeit gekämpft. Politische Feinde, die auch seinen Charakter anzweifeln, haben ihm hieraus den schwersten Vorwurf gemacht, weil sie behaupteten, daß er gegen seine Überzeugung gesprochen habe, um im Amte zu bleiben. Man wird hierauf zurückkommen müssen, wenn diese Fragen im Zusammenhang der Veröffentlichungen von Bethmann und Helfferich

weiter zur Debatte stehen werden. Diejenigen, die sich bemühten, in die Seele des Kanzlers einzudringen, haben eine andere Charakteristik von ihm gegeben. Sie schilderten ihn als den mit einem schweren Verantwortlichkeitsgefühl ringenden Mann, dem bei jedem Schritt, den er vorhatte, die Gründe und Gegengründe einer Aktion so plastisch vor Augen standen, daß er aus Furcht vor einem falschen Schritt entschlußlos wurde. Das mag den Menschen Bethmann als Träger der Gewissenhaftigkeit entlasten, es belastet aber aufs schwerste den Politiker; denn nichts Schlimmeres gibt es zu schwankender Zeit als den schwankend gesinnten Leiter eines Staates und eines Volkes.

Dieses Schwanken zeigt sich vor allem in jenen Fragen der inneren Politik, die uns schließlich zerrissen haben. Wir sind in die Revolution hineingetrieben worden, ohne daß bis zum 9. November 1918 an dem Dreiklassen-Wahlrecht in Preußen etwas geändert war. Es wäre eine Tat gewesen, wenn der Kaiser am 1. August 1914 mit einer großen politischen Geste das gleiche Wahlrecht in Preußen als Äquivalent für die von jedem Bürger geforderte gleiche Leistung des Kriegsdienstes proklamiert hätte. Man hätte ebenso den Grundsatz verfechten können, daß während eines Krieges auf Leben und Tod alle Fragen der inneren Politik zu schweigen hätten. Bethmann ging einen andern Weg. In allgemeinen Redewendungen und dabei in großen verheißungsvollen Worten sprach er von dem gewaltigen innern Erlebnis des Krieges, das die alten Formen sprengen und Neues gestalten müsse. Er wies dadurch dem Denken des Volkes geradezu den Weg politischer Reformen, ohne sie jedoch rechtzeitig in Angriff zu nehmen. Als sie in Angriff genommen wurden, geschah es in halber Weise, so daß die Agitation dadurch nicht entgiftet werden konnte, bis schließlich die letzten Monate des Krieges eine Zersetzung der politischen Parteiarbeit im Innern sahen, die die Vorstufe zu jenem Zusammenbruch der Seelenstimmung des deutschen Volkes darstellte, die uns zur Revolution und mit der Revolution zum Frieden von Versailles geführt hat.

Bei all dieser Kritik soll nicht verkannt werden, wie große Schwierigkeiten die innere Struktur des alten Deutschland einem Kanzler in den Weg legte. Fürst Bülow hat einmal in einer Unterredung mit Bassermann zum Ausdruck gebracht, daß das Bild seines persönlichen Wirkens deshalb vielfach in den Augen der Öffentlichkeit

ein schiefes sei, weil man nicht bedenke, wie schwer sich das Reich angesichts der bundesstaatlichen Zersplitterung auf der einen Seite, des Fehlens einer sichern Parlamentsmehrheit auf der andern Seite und schließlich wegen des unsichern Faktors des Kaisers und seiner Umgebung regieren ließe. „Wenn man wissen wollte, was ich heute leisten kann, dann hätte man mir eine genügende Spanne Zeit geben sollen, um in Art eines englischen Ministerpräsidenten, gestützt auf eine Mehrheit im Parlament, meine Ideen auch wirklich durchführen zu können.“ Das Unglück der deutschen Politik liegt in jenen 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts, in denen die staatenbildende Politik eines Bismarck kein Verständnis im Parlamente fand. Dadurch wurde der Kampf für das neue Preußen ein Kampf des Königs und des Kanzlers gegen sein Parlament, dadurch entstand auch später eine Reichsverfassung, die vielfach auf die Person des Kanzlers zugeschnitten war und die uns nach außen die große Zeit Deutschlands brachte, solange ein Bismarck an der Spitze der Reichspolitik stand und das vertrauensvolle Zusammenwirken zwischen dem alten Kaiser und seinem Kanzler anhielt, die aber mehr und mehr versagte, als die Epigonen an die Stelle des Großen traten und das unter Bismarck niedergehaltene Parlament, das nie das Bewußtsein politischer Verantwortlichkeit in sich trug, zu dieser Verantwortlichkeit herangezogen werden mußte. Hätten wir auch nur 50 Jahre lang das parlamentarische System in Deutschland und Preußen gehabt, dann wäre den Nachfolgern Bismarcks das Regieren leichter geworden. So waren die Gewalten, die regieren sollten, völlig unausgeglichen, und der in unserer Verfassung liegenden Schwierigkeiten konnte nur ein überragender Kanzler Herr werden. Diese überragende Persönlichkeit war Bethmann nicht, zumal zu den Fehlern falscher politischer Orientierung und des Mangels an politischem Instinkt auch jene dem Kampf ausweichende Resignation trat, die sich in allen Phasen seines Wirkens zeigt. Dazu trat ein gewisses eigensinniges Beharren auf dem einmal von ihm eingeschlagenen Weg und die Empfindlichkeit über jede sachliche Gegnerschaft, die als persönlich von ihm gedeutet wurde. Es schien, als wenn Bethmann als einstiger primus omnium von Schulpforta auch für die Zeit seiner politischen Wirksamkeit das Bewußtsein in sich trug, der erste zu sein und es als Anmaßung ansah, wenn ihm Kritik da begegnete, wo er glaubte, den rechten Weg gefunden zu haben.

An verschiedenen Stellen beschäftigt sich Bethmann in seinem Werke mit der nationalliberalen Partei. Hierbei unterliegt auch er der sich sonst in seinen „Betrachtungen“ von jeder Leidenschaftlichkeit fernhält und zu Objektivität zu zwingen sucht, leider dem Schlagwort. So spricht er davon, daß bei den Nationalliberalen der Einfluß der Großindustrie überwogen habe und macht ihnen beispielsweise zum Vorwurf, daß sie bei Behandlung der marokkanischen Frage für engbegrenzte industrielle Interessen die Politik des Landes hätten in Anspruch nehmen wollen. An anderer Stelle wird das Wort Großindustrie durch das Schlagwort der Schwerindustrie ersetzt. Bethmann weiß, daß zu jener Zeit, als die marokkanische Frage im Reichstag erörtert wurde, die nationalliberale Fraktion durch Bassermann und mich vertreten war. Gerade zu jener Zeit führten die sog. schwerindustriellen Kreise einen ganz ausgesprochenen Kampf gegen Bassermann und mich, der in einer heftigen Rede Dr. Bäumers im preussischen Abgeordnetenhaus und in aggressiven, rein persönlich zugespitzten Angriffen des Generalsekretärs des Zentralverbandes deutscher Industrieller, Brued, zum Ausdruck kam. Die beiden nationalliberalen Fraktionen des Reichstages und Landtages traten 1908 zu einer Sitzung zusammen, um einen Ausgleich herbeizuführen, ohne daß dieser Versuch einen praktischen Erfolg hatte. Wie sehr diese Gegensätze empfunden wurden, das hat mir sachliche und persönliche Gegnerschaft gezeigt, mit denen mich einzelne Vertreter der deutschen Schwerindustrie im Kriege und bis jetzt nach dem Kriege bekämpft haben. Denselben Angriffen, wenn auch nicht mit gleicher Heftigkeit, war Bassermann, der als süddeutscher Demokrat verschrien wurde, bis zum Kriege stets ausgesetzt. Es geht daher wahrlich nicht an, wie Bethmann es in seinen Betrachtungen tut, die Stellung Bassermanns und meine Stellung zu Fragen der auswärtigen Politik als Ausfluß schwerindustrieller Beeinflussung hinzustellen.

Das sind einige Betrachtungen, zu denen Bethmanns Buch den Politiker anregt. Ich habe nie ein Hehl daraus gemacht, ein Gegner der Bethmannschen Politik zu sein und habe das auch zu jeder Zeit offen zum Ausdruck gebracht. Das hindert nicht, das ehrliche Streben und Ringen einer Persönlichkeit anzuerkennen, deren Anziehungskraft auch aus diesem Buche spricht. Die Verhältnisse waren stärker als der Mensch, der, in schicksalschwerer Zeit auf hohe Warte gestellt, mit ehrlichem Bemühen die Aufgaben erfüllen wollte, die ihm gestellt

waren, dessen Kräfte aber an dieser Stelle versagten und nach der Art seiner Persönlichkeit versagen mußten.

Das ist das Bild des Politikers und des Menschen Bethmann, das aus seinem Buche spricht. Ein Wort aber sei noch dem Schriftsteller Bethmann gewidmet. Wer sich seiner Kriegsreden erinnert, der wird wissen, daß es ihm oft gelang, den Ton zu finden, der in der deutschen Seele widerhallte. Das gilt auch von vielen Teilen seiner Betrachtungen zum Weltkriege. In einer prägnanten, scharfen Darstellung, die alles Unwesentliche vermeidet, zeigt er sich als ein Meister des Wortes und einer hohen Darstellungsweise und das Schlusskapitel erhebt sich gegenüber unseren Feinden zu anklagender Größe. Für die Worte, die er hier findet, werden ihm noch diejenigen dankbar sein, die den Staatsmann Bethmann bekämpfen mußten, weil sie erkannten, daß seine Politik zum Scheitern verurteilt war.

Mörjch will (St. Gallen), 17. August 1919.

Zum Tode Friedrich Naumanns.

Friedrich Naumann ist kurz nach seiner Wahl zum Vorsitzenden der Deutschen demokratischen Partei aus dem Leben geschieden. Auf dem demokratischen Parteitag hielt er eine Rede über kulturelle Fragen, fernab von dem Gebiet der eigentlichen Parteipolitik. So spiegelten sich in seinem letzten großen Auftreten vor der Öffentlichkeit die beiden Grundzüge seines Wesens und seiner Persönlichkeit: der Lehrmeister auf der Kanzel, den eine glänzende Beredsamkeit, eine ihm zuströmende Fülle von Bildern, ein weites Erfassen und Anregung der Gedankenströmung des deutschen Volkes die Möglichkeit gab, auf den großen Tagungen des Evangelisch-sozialen Kongresses, auf den Pfingstversammlungen deutscher Lehrerschaft als Prozeptor Germaniae zu erscheinen — und auf der anderen Seite der praktische Politiker, in die Volksvertretung gewählt und in der Parteivertretung nach Einfluß strebend.

Wenn man Naumanns Persönlichkeit und die Wirkung, die von ihr ausging, schildern will, dann darf man wohl das eine feststellen: das Stärkere in ihm war der Prophet und Lehrmeister, das Schwächere der Politiker. Diejenigen, die ihm nahe standen und von der Macht seiner Persönlichkeit in der Zeit ergriffen wurden, als sein Name zuerst an ihr Ohr klang, sehnten sich damals nach dem Moment, wo die Stimme Friedrich Naumanns im Reichstag ertönen würde. Später, als man den Geist Naumanns in der Fraktionsmühle eingesperrt sah, da hofften seine besten Freunde vielfach, daß er den Weg aus der Parteipolitik heraus und den Weg zum Schriftsteller, Lehrmeister und Propheten wiederfinden möge.

Denn Naumann hat trotz seines Namens und seiner Persönlichkeit im Parlament nur eine geringe Rolle gespielt. Gewiß, als er zuerst im Reichstag sprach, nachdem ihn der Wahlkreis Heilbronn in die deutsche Volksvertretung entsandt hatte, da horchte das Haus auf. Auch die ältesten Zyniker dieser deutschen Volksvertretung, der

langweiligsten Redehalle der Welt, in der im allgemeinen fachliche Kommissionsreden mit breiter Behaglichkeit von der Tribüne des Hauses vorgetragen werden, und in der eine so nüchterne, bleierne Atmosphäre des Alltäglichen ruht, daß sie jedem die Schwingen lähmt, der sonst frei zu sprechen gewöhnt ist. Man war die Raumannschen Töne noch nicht gewohnt. Der Mann, der da sprach, sprach über die 397 Menschen der Halle hinweg, dem formten sich seine Gedanken zu großen gewaltigen Bildern, den trug die eigene Rede fort, und bald sprach er über den Reichstag hinweg zum Volke, über dieses hinweg zur Menschheit. Die Paragraphenschuster lächelten und fanden ihre Selbstsicherheit erst nach einer Stunde in der Wandelhalle wieder, in der ein alles herunterziehender Zynismus sich austoben darf. Aber während der Rede selbst schwiegen sie, denn sie hatten die Empfindung, die jeder hatte, der Raumann hörte, gleichgültig ob er sich zum Widerstand gegen seine Rede aufgestachelt fühlte: der Mann, der da sprach, war eine Persönlichkeit, die sich in harter Gedankenarbeit zu bestimmten Anschauungen durchgerungen hatte, und dem gegeben war, das, was er empfand, auch in wunderbarer Weise zum Ausdruck zu bringen, obwohl ihm alle äußerlichen Mittel der Stimme fehlten. Er rang mit der Idee, manchmal vielleicht, wie Lassalle, listete er auch mit der Idee. Er war im Parlament nicht der große Sprecher wie draußen in den Volksversammlungen und Kongressen, weil die nüchterne praktische Gegenwartsarbeit auf ihm lastete, weil die Kompromisse ihn einkengten. Aber durch alle Hemmungen hindurch, die manches in ihm zum Schweigen brachten, blieb die Wirkung der Persönlichkeit.

Beischämend für die Fortschrittliche Volkspartei war es, daß sie den Mann, der weit über das Mittelmaß ihrer Mitglieder hinausragte, so selten als Sprecher vorschickte. Verständlich wäre es gewesen, wenn sie davon abgesehen hätte, ihn zum Vertreter in den Kommissionen zu machen, wo der sich stets nur in großen Linien bewegende Geist Raumanns versagte und versagen mußte. Aber die Fortschrittliche Volkspartei, die stets drei Vorsitzende brauchte, um die persönlichen Aspirationen ihrer Mitglieder auszugleichen, und in der jeder sich ein Führer dünkte, konnte den neuen Mann nur schwer ertragen, Raumann wird an die ersten fünf Jahre seiner Reichstagstätigkeit kaum mit dem Gefühl innerster Befriedigung zurückgedacht haben. Man hatte bei ihm die Empfindung, daß er sich zwar freute, an

der Stelle praktischer Gestaltung der Gesetze mitwirken zu können, daß sich aber sein innerstes Wesen mit dem Gehabe deutscher Fraktionspolitik und deutscher Parlamentswirtschaft nicht vertrug — weder in der alten, noch in der neuen heutigen Form.

Nein, das, was Raumann war und was er bleiben wird, das war der große geistige Anreger und Erweder, namentlich in seiner Tätigkeit um den Anfang dieses Jahrhunderts. Wie haben wir jungen Studenten ihm damals zugejubelt in seinem Kampfe gegen die Enge und Verbohrtheit der deutschen parteipolitischen Verhältnisse. Zur Sozialdemokratie konnten wir nicht gehen. Alles in uns sträubte sich gegen ihre Regierung des Nationalen und ihren Sozialismus marxistischer Färbung. Der Liberalismus hatte jede werbende Kraft verloren, war versteinertes Manchesterium bei Eugen Richter und Kampf der verschiedensten Richtungen untereinander bei den Nationalliberalen geworden. Zu Söder zu gehen, verbot dem innerlich liberal Denkenden seine Orthodoxie und die Begleiterscheinungen des christlich sozialen Kampfes in Berlin. Da kam Friedrich Raumann und warf in diese gärende Zeit, die nach neuen Ideen suchte, den großen Gedanken der Vereinigung des Kaisertums mit der deutschen Arbeiterschaft. Er gab seinen Vorschlägen den sozialen Inhalt, der dem Liberalismus der damaligen Zeit fehlte. Er rief dem Arbeiter zu, du sollst vollberechtigter politischer Staatsbürger sein im Reiche und in den einzelnen Staaten, den sozialen Schutz und deine Emporentwicklung soll dir das Reich geben, nun aber freue dich auch, daß du ein Deutscher bist, liebe und schütze das Reich und gib dem Kaiser, was des Kaisers ist. In Wilhelm II. sah Raumann den Bahnbrecher moderner industrieller gewerblicher Entwicklung, die ihn anzog. All sein Denken war zwar nicht Großstadtdenken, wohl aber ein Empfinden für die Bedürfnisse der Masse in einem industriellen gewerblichen Lande. Vielen öffnete er erst die Augen dafür, wie riesengroß die Probleme waren, die seit unserer Sozialisierung aufgetaucht waren. Gegenüber der Romantik der Vergangenheit suchte er die Poesie auch im Saale der Spinnerei, in der großen Kraftzentrale zu formen. Seine Reden klangen in Prosa oft so, wie Arno Holz in seinen Liedern der Zeit das moderne Leben beschrieben hat: „Denn nicht am Waldrand bin ich aufgewachsen, und kein Naturlaut gab mir das Geleit, ich sah die Welt sich drehen um ihre Achsen als Kind der Großstadt und der neuen Zeit. Tagaus, tagem

umraucht vom Qualm der Essen war's oft mein Herz, das hellaufschlag und schrie, und dennoch, dennoch hab' ich nie vergessen, das goldne Wort: Auch das ist Poesie." Deshalb steht man an allen den Handzeichnungen Friedrich Raumanns industrielle Bilder am meisten. In den Weberdörfern im sächsischen Erzgebirge war ihm wohl dieser Sinn zuerst aufgegangen. So oft er auch versuchte, ein Verhältnis zur Landwirtschaft zu gewinnen, so erkannte man doch, wie schwer es ihm wurde, hier festen Grund für seine Anschauungen unter den Füßen zu haben. Sein Werben galt der Masse, die er der Sozialdemokratie entreißen und zum nationalen Wollen emporreißen wollte. „Ein wachsendes Volk wie das unsrige, muß an seine Masse glauben, wenn es nicht an seiner Masse sterben will.“ Dieser Ausspruch Raumanns in dem Jahrbuch der „Hilfe“, 1904, kennzeichnete sein ganzes Streben bis zu der Zeit des Zusammenbruches des national-sozialen Vereins. In ihm fanden sich alle diejenigen, die mit ihm daran glaubten und arbeiteten, daß es für unsere Zukunft entscheidend wäre, eine nationale Arbeiterschaft im neuen industriellen Deutschland zu erziehen. Wie viele klangvolle Namen vereinigte diese Organisation. Wie hell leuchtend sprach dort ein Mann, wie Rudolph Sohm über die Flotte, wie wirkte dort ein Max Maurenbrecher, der nach manchen Wandlungen in der Kriegszeit den Weg zur Deutschnationalen Volkspartei fand, mit seiner harten suggestiven Beredsamkeit, welchen tiefen menschlichen Eindruck machte Paul Göhre. Wie warb dort zuerst Adolph Damaschke für die Gedanken der Bodenreform. Wie vieles an Intelligenz — ein Heer von Offizieren fand sich zusammen — aber die Masse kam nicht. Sie kam nicht, obwohl auch Friedrich Raumann oft der Demagogie unterlag und seine Pfeile nach rechts schärfer waren als manche von sozialistischer Seite geschleuderten. „Ob ein Sozialdemokrat auch Christ sein kann? Gewiß, vielleicht sogar ein Konservativer.“ Ebenso wie auf dem Gebiet der Politik suchte er auf dem der Wirtschaftspolitik zu wirken. Hier verließ Raumann der Blick für das Reale, hier verirrte er sich in Theorien, welche die Meinungen der Öffentlichkeit verwirrten und deshalb nicht mehr klärend wirkten.

Wäre Friedrich Raumann der Vorsitzende des national-sozialen Vereins geblieben, der geistige Anreger und der geistige Prophet, vielleicht wäre seine Stellung in Deutschland viel stärker geworden, als nun, da er nach Auflösung des national-sozialen Vereins den

Weg zur freisinnigen Vereinigung ging, um von dort zur Fortschrittlichen Volkspartei und dann zur Demokratischen Partei zu wandeln. Wie ganz anders sprach die feurige Glut des jungen Pastors zur Jugend der damaligen Tage als wie die Rede des Parteiredners. Jeder Mensch, der mit den Problemen der Gegenwart und Zukunft ringt, gibt doch das Beste in den Augenblicken, in denen er frei ist von den Fesseln der Parteienanschauung. Die Gloden, die einst Naumann läutete und die Sturm über die Lande trugen und aufjauchzende Begeisterung entfachten, die verstummten später, als nur noch die Partei bestimmte, welche Gloden geläutet werden dürften. Wo blieb das ganze Werben um das nationale Erwecken des deutschen Arbeiters? Der Naumann, der in den Reichstag kam, der hielt keine zündenden Reden mehr für die deutsche Flotte, für die deutsche Rüstung, für die deutschen Kolonien, für das Deutschtum im Auslande. Alles das, was aus seinen ersten Reden klang, das tönte nur hier und da wieder an, obwohl hier gerade der Fortschrittler Naumann der Vollstrecker des national-sozialen Naumann hätte sein können. Wäre Naumann mit der großen Glut seiner Beredsamkeit bei dem Kampf um die letzte Militärvorlage eingetreten für Erfüllung der Regierungsforderung und für den Ausbau eines großen Volksheeres, dem jeder wehrfähige Deutsche angehört, er hätte zusammen mit dem dafür ebenfalls kämpfenden Bassermann eine Stimmung im Volke erwecken können, die uns auch damals, als man an Milliarden noch nicht gewöhnt war, eine Milliardenleistung der Vermögenden und als Gegenleistung dafür ein Heer geschaffen hätte, dem in der Schlacht an der Marne kein Armeekorps gefehlt hätte. Statt dessen glaubte Naumann nun die neue deutsche Wirtschaftspolitik meistern zu können und ging später während des Krieges zu dem Gedankenkreis Mitteleuropa über, dessen Prophet er wurde. Die Demokraten sprechen immer nur von den Illusionen anderer und schweigen von den eigenen. Die Illusionspolitik Mitteleuropas ist ausgeträumt; sie war aber in der Form, in der Naumann, der mir einmal eine Depesche sandte, die mit den Worten schloß: „Mit mitteleuropäischem Gruß, Naumann“, von Anfang an nicht lebendig. Im feindlichen Ausland benutzte man seine Darlegungen als Vorwand für den Wirtschaftskampf der Entente, und bei uns verwirrten seine Darlegungen die Geister mehr, als daß sie das Bindeglied für die Grundanschauung zu diesen Fragen wurden. Drüben aber in

Deutsch-Österreich empfanden viele Raumanns Wirken als Erlösung aus den Sorgen der Doppelmonarchie, die bereits fühlten, daß dieser Krieg über ihr Schicksal entschiebe. So ist im Kriege wohl kein deutscher Politiker in Österreich gefeiert wie Raumann. Den Weg zur Demokratie hätte Deutsch-Österreich nicht mitgemacht — die Demokratische Partei ist in Deutsch-Österreich bedeutungslos und vereinigt im wesentlichen nur jüdische Stimmen auf sich —, aber den Menschen Raumann, der ihnen mit Engelszungen von der Schicksalsgemeinschaft der beiden Völker sprach, den liebten und verehrten sie und werden seinen Tod als schmerzlichen Verlust empfinden.

So ist ein Leben dahingegangen, reich an Kämpfen, reich an Wandlungen. Aber durch diese Kämpfe gehen stets reiche Anregungen, welche die Deutschen zwangen, sich mit seinen Gedankengängen zu beschäftigen, Anregungen, die auf fast alle Parteien, auf fast alle ihre Führer von Einfluß gewesen sind durch das, was im Kern seiner Gedanken richtig war. Ihm den Dank auszusprechen für alles das, was er in der Zeit größten Manchesterturns uns gegeben hat an sozialem Empfinden, das sind ihm auch diejenigen schuldig, die es nicht mehr verstanden, daß der Mann, der wie kein anderer vom Kaiser im Volksstaat und der Verbindung von Demokratie und Kaisertum gesprochen hatte, von dem Kaisertum in seiner ersten Rede in der Deutschen Nationalversammlung glaubte auf ewig Abschied nehmen zu müssen, und die ihrerseits aufschrien, als gerade ein Raumann das Wort „Deutsches Reich“ in unserer Verfassung aus Rücksicht auf das Ausland durch „Deutscher Bund“ ersetzt wissen wollte. Nein, unser Blick wendet sich zurück zu dem Friedrich Raumann der Jahrhundertwende, der im Jahrbuch der „Hilfe“ „Patria“ in hohen schönen Worten die alte Frage: „Was ist des Deutschen Vaterland?“ neu beantwortet:

„Was ist des Deutschen Vaterland? Es ist nicht das fruchtbarste Land der Erde, ein Land ohne Palmen, ohne Baumwolle, ohne Gold; auch nicht das schönste Land, denn seine Sonne ist monatelang grau umschleiert, und seinen Gewässern fehlt der Glanz von Neapel; aber es ist unser Land, das Land unserer Vorgesichte und unseres Blutes. In diesem Lande wurde die deutsche Seele. So wenig man die geistigen Eigenschaften eines Volkes allein aus geographischen Ursachen erklären kann, so richtig ist es doch, die Natur des Landes als das Anschauungsfeld des Volksbewußtseins sehr hoch in Anrechnung zu bringen. Was die alten Germanen, Wenden und Gallier, die zuerst diesen Boden in Kultur nahmen, an Muttererde aus fernem Osten mitgebracht

haben, ist gewiß nicht unbedeutend, aber unser Wesen entstand doch erst hier zwischen Alpen, Nord- und Ostsee, hier wurde die deutsche Sprache im Lauf zweier Jahrtausende gerundet, wie sich Steine im Gebirgswasser runden. Bei allen einfachen, natürlichen Begriffen wirkte die Natur des Landes mit. Unsere Worte „Wald“, „Moor“, „Haide“, „Gebirge“, „Bach“, „Wiese“, „Feld“, „Haus“, „Garten“ sind gesättigt mit Anschauungen, die unserem Vaterlande zugehörig sind. Man übersehe dieselben Worte ins Französische oder Italienische, und man wird, falls man des Sprachgefühls nicht ermangelt, sofort empfinden, daß man von etwas anderen Dingen redet. Auch dort gibt es alle Sachen, aber in anderer Beleuchtung, unter anderem Wetter, mit anderem Gestein, in anderer Gestalt. Das Vaterland machte den Oberdeutschen anders als den Niederdeutschen, es machte beide zusammen anders als alle Völker rechts und links, nördlich und südlich.

Nun ist es ja sicher, daß der moderne Verkehr vieles vom alten heimatischen Denken und Reden abschleift. Die Volksdialekte weichen trotz treuer Pflege in einzelnen Landschaften der allgemeinen, farblosen Schriftsprache, und die Menge der modernen Begriffe vertreibt die Eindringlichkeit der alten väterlichen Urbegriffe. Die Zahl der Menschen wächst, die einen Teil ihres Lebens unter anderem Himmel zubringen, und zahlreiche Fremdlinge bringen Teile ihres Geistes und damit Wiederklänge ihrer Heimaten zu uns. Wir können und wollen nicht schollenlebend sein, weder leiblich noch geistig, wir freuen uns der ungeahnten Erweiterung des geistigen Horizontes, die der neuzeitliche Wirbel der Menschen bringt; aber soviel ist doch klar und bleibt wahr: hier sind die starken Wurzeln deiner Kraft, hier im Urboden deines Wesens, wo deine Ahnen stammelten, sangen, redeten, beteten, wo unser deutsches Volkstum in seiner Eigenart wurde.“

Wahrscheinlich hätte dieses deutsche Vaterland in seiner jetzigen Form dem Mann, der um die Seele seines Volkes rang, hohe äußere Ehren im weiteren Lebenswege noch erwiesen. In seiner Partei hätten es viele gewiß gern gesehen, wenn man ihm die höchste Ehre, die das deutsche Volk zu vergeben hat, die aus freier Volkswahl hervorgegangene Präsidentschaft der neuen deutschen Republik angeboten hätte. Nun scheidet Friedrich Naumann, eben an die Spitze einer großen Partei in Deutschland berufen, von dem Kampfplatz, auf dem er Zeit seines Lebens gestanden hat. Vielleicht zeigten die Züge körperlichen Verfalls, die man an ihm in Weimar wahrnahm, doch nur die äußerliche Wirkung der seelischen Erschütterung, die keinem erspart geblieben ist, der es ehrlich und gut mit Deutschland meinte. Und daß in ihm eine Persönlichkeit dahingegangen ist, die mit reifstem Können ausgestattet im ehrlichsten Willen und Bemühen Gutes für sein Land wollte und Großes und Bleibendes als Persönlichkeit über die Partei hinaus anregte, das werden ihm am Grabe auch Gegner seiner politischen Anschauung gern bezeugen.

Inhaltsverzeichnis
und
Sachregister.

Inhaltsverzeichnis.

| | Seite |
|---|-------|
| <u>Vorwort</u> | 3 |
| <u>In der Ära des parlamentarischen Systems</u> | 5 |
| <u>Waffenstillstand und Wilsonprogramm</u> | 20 |
| <u>Um Kaiser und Reich</u> | 34 |
| <u>Der Umsturz</u> | 40 |
| <u>Die neuen Parteien</u> | 47 |
| <u>Liberalismus oder Demokratie</u> | 53 |
| <u>Das alte und das neue Deutschland</u> | 67 |
| <u>Nationalversammlung und Parteien</u> | 90 |
| <u>Aufgaben der Nationalversammlung</u> | 99 |
| <u>Weimar und die Politik</u> | 107 |
| <u>Friedensangebot und Oberste Heeresleitung</u> | 122 |
| <u>Chaos oder Aufbau</u> | 127 |
| <u>Die politische Lage</u> | 132 |
| <u>Wilson's Frieden</u> | 166 |
| <u>Das bittere Ende</u> | 172 |
| <u>Zum Jahrestag der Revolution</u> | 181 |
| <u>Anhang:</u> | |
| <u>Betrachtungen zum Weltkriege von Th. v. Bethmann Hollweg</u> | 201 |
| <u>Zum Tode Friedrich Naumanns</u> | 212 |
| <u>Sachregister</u> | 221 |

Sachregister.

A

Abdankung des Kaisers 37, 40, 182, 184
Abdankung des Kronprinzen 37, 40
Absolutismus 136
Abtrennungsbestrebungen 140
Advoakatenregierung 12
Agadir 45
Agrarische Überschuhprovinzen 109
Akademische Berufsstände 151
Alexander von Rußland 117
Alldeutscher Verband 52
Allianz, Heilige der Fürsten 117
Allianz des Völkerbundes 117
Amerika 195
Amerongen, Kaiser in 101
Andraßy 25
Annexionistische Kriegsziele 64
Arbeiter- und Soldatenräte 32, 40, 81, 90, 101
Arbeiterorganisationen 61
Arbeiterorganisationen u. Zentrum 97
Arbeiterräte, geistige 151
Arbeiterratkongreß Berlin 127
Arbeitgeberstandpunkt 205
Arbeitsgemeinschaft in England 128
Arbeitsgemeinschaft der deutschen Industrie 149
Arbeitslosenunterstützung 101
Arbeitsministerien, sachliche 40
Artikel 9, Aufhebung des 10
Aßmann, Abgeordneter 153
Asuncion 76
Außenpolitik, deutsche 160
Auslandsdeutschtum 177

Auslieferung der Handelsflotte, Lokomotiven, Waggons 105
Auswärtiges Amt 66

B

Bachhaus, Geheimrat 152
Baden 38
Baden, von Prinz Max 51, 104, 182
Baden, von Prinz Max Rücktritt 143
Badische Landeszeitung 125
Ballin, Generaldirektor 43
Balkankrieg 194
Bassermann, Ernst 9, 13, 37, 53, 61, 76, 102, 133, 155, 201, 208, 216
Bauernbund, deutscher 65, 76
Bauernschaft, deutsche 64
Bayern 38
Beamtenschaft, preußische 41, 113
Bebel, Rede in Amsterdam 139
Befehlsgewalt 113
Belgien 65
Bennigsen, Rudolf von 28, 155
Bergarbeiter, englische 128
Berlin 96, 80, 86
Berliner Börsenzeitung 100
Berliner politische parlamentar. Nachrichten 130
Berliner Tageblatt 47, 50, 60, 63, 88, 92, 112
Berliner Universität 172
Berufsständiges Parlament 150
Beschwerderecht 113
Bessarabien 8
Bethmann Hollweg 26, 78, 191, 201, 205, 208, 209, 210

Betriebsräte [146](#)
 Beuermann, Abgeordneter [153](#)
 Bevormundungssystem [61](#)
 Binder, Dr. Prof. [58](#)
 Bismarck [25](#), [37](#), [102](#), [156](#), [206](#), [209](#)
 „Bismarck“ [43](#)
 Bodenreform [151](#)
 Böhme Dr. [76](#)
 Bolschewismus [38](#), [101](#), [146](#), [196](#)
 Bolschewistisches Organ [41](#)
 Bourgeoisie [49](#)
 Bremen [99](#)
 Brodorsff-Rangau Graf, Staatssekretär
 des Auswärtigen Amtes [106](#),
[173](#)
 Brued [210](#)
 Bukarest, Frieden von [8](#)
 Bulgarien, Zusammenbruch [7](#)
 Bulgarien, Waffenmüdigkeit [16](#)
 Bulgarien, Auflösung der Armee [24](#)
 Bülow [76](#), [102](#), [208](#)
 Bündnis Rußlands mit Frankreich [73](#)
 Bürgertum, Einflußlosigkeit des [40](#)
 Bürgertum, Sammlung des [49](#)
 Burenkrieg [195](#)
 Burian, Friedensaktion [16](#)
 Busche von dem, Major [124](#)

C

Caillaux [161](#)
 Capelle, Staatssekretär
 Urteil über die militär. Hilfe
 Amerikas [22](#)
 Carolath, Prinz von [188](#)
 Charlottenburg [96](#)
 Chauvinismus Frankreichs [36](#)
 Chauvinisten [66](#)
 Chemie in Deutschland [13](#)
 Christlich-Sozialen [96](#)
 Christliche Volkspartei [47](#), [97](#)
 Clémenceau [35](#), [71](#), [103](#), [161](#), [197](#)
 Cohn, Dr. [93](#)
 Compiègne, vor [21](#), [69](#)
 Czernin, Graf [71](#), [162](#)
 Cromwell [193](#)

D

Daily-Telegraph-Affäre [102](#), [133](#)
 Damaszke [215](#)
 Danton [196](#)
 Danzig, polnische Landung in [162](#)
 David, Dr. [26](#), [65](#), [122](#), [129](#), [172](#)
[185](#), [186](#)
 Demobilisierung [41](#)
 Demokratie und Kaisertum [110](#)
 Demokratie und Liberalismus [58](#)
 Demokratischer Parteitag [212](#)
 Demokratisches Prinzip [37](#)
 Demokratisierung [58](#)
 Deutemofer, Ministerialdirektor [128](#)
 Deutsch-bulgarische Beziehungen [8](#)
 Deutscher Bauernbund [65](#), [76](#)
 Deutsche Demokratische Partei [47](#),
[49](#), [54](#), [92](#)
 Deutsche Volkspartei [47](#), [49](#), [60](#), [87](#),
[94](#), [97](#), [103](#), [176](#)
 Deutschnationale Volkspartei [47](#), [49](#),
[94](#), [96](#)
 Deutsch-Oesterreich [86](#), [120](#), [141](#),
[217](#)
 Deutsches Reich — Deutscher Bund [157](#),
[217](#)
 Diktatur des Sechsmännerrats [41](#)
 Diktatur des Proletariats [196](#)
 Diplomatie, Deutsche [160](#)
 Diplomatie, Niederbruch der [1](#)
 Dobruschfrage [8](#)
 Dreijähr. Dienstzeit in Frankreich [180](#)
 Dreiklassenparlament [102](#)
 Dreiklassenwahlrecht [61](#), [206](#)
 Dresdner Nationalliberaler Verein [63](#)
 Durchbruch der militärischen Front
 der bulgar. Armee [24](#)
 Dynastie, Abkantung der [40](#)

E

Ebert [41](#), [110](#), [116](#), [143](#), [186](#)
 Eduard VII. [140](#), [160](#)
 Egfl, Oberst [39](#)

Einheit des Reichs 37
 Einigungsbestrebungen mit d. Deutsch-
 Demokrat. Partei 56
 Einkommensteuer 139
 Eisenbahnerstreik 127
 Eisner, Kurt 74, 93
 Elßaß-Lothringen 84
 Verhinderung der Wahlen 115,
 163
 „Empire allemand“ 157
 England 15
 Entente 180
 Entente u. westdeutsche Republik 115
 Entente im Siegestaumel 124
 Epigonenzeit staatsmännischer Kunst 133
 Errungenschaften der Revolution 137
 Erwerbslosenunterstützung 129
 Erzberger 65, 74, 118, 174, 182
 Erzberger gegen Böglers 122
 Erziehungsarbeit des Krieges 14

F

Farben, deutsche 84
 Fehrensbach, Präsident 171
 Fichte 171
 Finanzbedarf 142
 Finanzpolitik 61
 Fischbeck 55
 Flottenfrage 206
 Foch 22
 Foch Georg 166
 Föderalismus 156
 Fortschrittliche Partei 16, 50, 56
 Fortschrittliche Volkspartei 213
 Frankfurter Zeitung 55, 63, 65, 70,
 88, 104, 183, 184
 Frankreich 128
 Franz Josef, Kaiser 45
 Franzosen 161
 Frauenwahlrecht 185
 Freikonserervative 96
 Freikorps Bildung von 113
 Friedberg 55, 60, 95, 185, 190
 Friedberg-Payer-Hertling Ara 105

Frieden der Gerechtigkeit und Völkerver-
 söhnung 117
 Friedensangebot 17
 Friedensbedingungen 43, 62, 167
 Friedensdokument 172
 Friedenskaiser 103
 Friedensschritt neuer 17
 Friedericus 7
 Friedrich der Große 111
 Friedrich Wilhelm I 111
 Friedrich Wilhelm IV 103
 Frühjahrsoffensive 65

G

Generalkommandos, Willkür der 27
 George, Lloyd 15, 30, 78, 103
 Gerlach Sello von 64, 92
 Germain 91, 95
 Getreide 74
 Gewalt gegen Gewalt 116
 Gewaltfrieden 73
 Gewalt Herrschaft 109
 Gewerkschaften 97
 Glauben an den Sieg 17
 „ an Deutschlands Zukunft
 165
 Gleichmacherei demokrat. 12
 Glocke 69
 Gölhre, Paul 215
 Götzen 202
 Gottesgnadentum 102
 Grenzschutz 100
 Grey 160
 Gröber Staatssekretär 17, 109
 Großdeutschland der Zukunft 164
 Gründung der Deutschen Volkspartei
 (Gründe) 48

H

Haase 65, 81, 92, 184, 191
 Haensch, Konrad 83
 Halbane 203
 Hallertruppen 179
 Hamburg 56

Handelsflotte, Eigentumsrecht 105
 Hannover 56, 95, 154
 Hannoversches Königshaus 154
 Hanseaten 43
 Hapag 43
 Hauptmann, Abgeordneter 104, 168, 183
 Heeres, Zer schlagen und Zusammenbruch des 100
 Heeresgut 142
 Hegemonie Preußens 114
 Heinze 156
 Helfferich, Dr. 30, 207
 Helgoland Erwerbung 102
 Hertling 140
 Heró 115
 Hessen 38
 Heber, Stuttgart 64
 Hilfe 215
 Hilfsdienstgesetz 30, 78
 Hindenburg 28, 31
 Hindenburgprogramm 15
 Hinge von, Staatssekretär, üb. Österreich-Ungarns Friedensabsicht 23, 71, 123
 Hingpeter 102
 Hoch, Abgeordneter 92
 Hochkonjunktur 143
 Hochöfen 143
 Hoffmann, Adolf, Kultusminister 83, 91, 97
 Hungerblockade 105
 Hungersnot 41

I

Illusion des Verständigungsfriedens 119
 Illusionisten 62
 Illusionspolitik 65, 157
 Imperialismus 53
 Indirekte Steuern 139
 Individualismus 178
 Industriekapitäne 13
 Industrieprovinzen 109
 Innsbruck 120

Internationale Partei 160
 Internationale Strömungen 62
 Iswolski 103, 160
 Italien.-türk. Krieg 194

J

Japan 195
 Jacobsen 18
 Jaures, Jean 139
 Jena, 1. Parteitag der Deutschen Volkspartei 127
 Jolusch, Bergwerksdirektor 101
 Jüd. paläst. Staat 196
 Jutresolution 1917 65
 Jund, Dr. 49, 186
 Jungliberalismus 53
 Juni-Sitzung des Reichstags 16

K

Kabinettsbildung, Schwierigkeit d. 110
 Kahl, Geh. Univerf.-Prof., Abgeordn. 112, 113, 140, 153
 Kaiser, 101, 102
 Kaiserfrage 36
 Kaiserismus 118
 Kaisertum, Symbol deutscher Einheit 86, 140, 184
 Kaisertum und Volksherrschaft 110
 Kaiser Wilhelm-Kanal 45
 Kandidaten, Aufstellen von 95
 Kapitalismus 44
 Kapitalmächte 139
 Kapitalistische Bourgeoisie 57
 Karl, Kaiser 34
 Karthago 42, 166
 Kehl, Befegung von 118
 Kiderlen-Wächter 44
 Kiel 36
 Kieler-Woche 45
 Kirche und Staat 64, 83
 Kirche, Stellung 153
 Kirchengesetz 81, 83
 Klassenherrschaft 92
 Koalitionsministerium 9
 Kohlenruben 143

Kohlenyndit 129
 Köln 95
 Kölnische Zeitung 17, 58, 96, 115, 177
 Kolonialmacht 164
 Kommandogewalt 32, 100
 Kommunismus 196
 Kommunistische Partei 99
 Kompetenzstreitigkeiten 51
 Konjunkturpolitik 34
 Konservative Partei 11, 17, 47, 96
 Konservative Politik 206
 Konstantinopel 73
 Konstitutionelle Monarchie 140
 Kontinental Sperre 169
 Korruption 192
 Kosmopolitische Ideen 151
 Köth, Oberst, Staatssekretär für das
 Demobilisierungswesen 41
 Krause v. 41, 188
 Kreditvorlage 117
 Krefeld 95
 Kreuzzeitung 51
 Kriege Erzellenz 123
 Krieganleihe, Sicherheit der 41
 Kriegsgefangenen 193
 Kriegskredit 40
 Kriegspresseamt 182
 Kriegssozialismus 134
 Kriegstechnik 29
 Kriegsschuld 160
 Kriegszielpolitik 15
 Kronrechte 14
 Kühnmann, Staatssekretär von 6, 7,
 8, 70
 Kulturprogramm der Deutschen Volks-
 partei 153
 Rundgebungen, Wirkung auf das
 Ausland 104

Q

Landsberg 185
 Landwirtschaft 63
 Ledebour 92, 184
 Legendenbildung 68

Leipziger Messe 142
 Leipziger Tageblatt 49, 188
 Lenin 82, 146
 Lensch, Paul, Appell an das Welt-
 proletariat 105
 Lewald 123
 Liberalismus 37, 57, 96, 135
 Liebknecht 65, 80
 Lima 76
 Livius 166
 Lloyd, Norddeutscher 43
 Ludendorff,
 Ausscheiden aus der D. S. O. 25,
 26, 27, 39
 Kampf um 66, 71
 Oberst Egli über 119, 122

W

Wadensen 162
 Magdeburg 127
 Magdeburg. Zeitung 96
 Malinow 9
 Mammonistisch-kapitalistischer Staat 61
 Manchesterium 109, 145
 Mandate der Fraktionen 93
 Mann, Ritter von 79
 Marat 196
 Marine 178
 Marinismus engl. 118
 Marne 221
 Marokkanische Frage 210
 Marxismus 91
 Massensuggestion 152
 Maurenbrecher 215
 Max von Baden, Prinz 51
 Mehrheitsfanatismus 159
 Mehrheitsparteien 11, 175, 182
 Menschenpsychologie 117
 Menschenwürde 113
 Militarismus 100, 118,
 Militärstrafen 113
 Millerand, franz. Handelsminister 139
 Milliardenanleihe Frankreichs 160
 Ministerpräsident 112

Mittellandskanal [102](#)
Mittelpartei [61](#), [96](#)
Mitteleuropa [216](#)
Mohammedanismus [196](#)
Molo, Walter von [7](#)
Moltke, General von [204](#)
Monarchie [110](#), [140](#)
Monarchist [60](#)
Montagu, Mr. Engl. Minister [30](#)
Müller, Hermann, Sozialdem. Abg. [172](#)
Müller, Meiningen, Abg. [65](#)
Munitionsarbeiter, Einziehung der [104](#)

N

Napoleon I. [77](#), [102](#)
Napoleon III [193](#)
Nationalfeiertag [132](#)
Nationale Fragen [62](#)
Nationalliberale Partei und Wahlreform, Frage des parlamentar. Systems [10](#)
Nationalliberale Partei [10](#), [15](#), [27](#), [47](#), [65](#), [102](#)
Nationalliberale in Baden [56](#)
Nationalliberalen [182](#), [183](#), [210](#)
Nationalliberale Korrespondenz [103](#)
National-sozialer Verein [215](#)
Nationalversammlung, Wahlen zur [50](#), [90](#), [99](#)
in Weimar [107](#)
Nationalversammlung [187](#)
Naumann, Friedrich, Abg. [110](#), [117](#), [212](#)
Neuaufbau polit. u. volkswirtschaftl. [116](#)
Neubildung der Regierung [9](#)
Neue Freie Presse [71](#)
Neuwöln [82](#)
Neuwahlen zum preuß. Abgeordnetenhaus [26](#)
New-York [74](#)
Niederländischer Parteitag der Deutsch-Demokrat. Partei [109](#)

Nikolaus II [140](#)
Nordmark [163](#)
Northcliffe [169](#), [204](#)
Roste [99](#)

O

Oberschlesien, Sozialisierungsbestrebungen [116](#)
Oesterr. Erzherzog Ermordung [45](#)
Oesterreichs Erschöpfung [124](#)
Oesterreichs Kriegsmüdigkeit [16](#)
Oesterreichs militärische Lage [35](#)
Oesterreichs Ungarn Bündnis gefährdet [24](#)
Offensive deutsche [22](#)
Offizier- und Unteroffizierkorps [137](#)
Oberste Heeresleitung, und Kriegszielprogramm, Waffenstillstand, Neuwahlen z. preuß. Abgeordnetenhaus, U-Bootfrage [16](#), [17](#), [22](#), [24](#), [26](#), [70](#), [123](#)
Opposition [157](#)
Ostmark [118](#), [163](#)

P

Paasche, Vizepräsident des Reichstags [8](#)
„Panther“ [45](#)
Paris [167](#)
Parlament und Staatsregierung [136](#)
Parlamentarisch-konstitutionell-monarchisches System [136](#)
Parlament berufsständisches [150](#)
Parlamentar. System [185](#)
Parlamentarisierung [13](#), [15](#)
Parteilgende [111](#)
Parteipolitik der Minister [108](#)
Parteitag d. Deutschen Volkspartei [127](#)
Partikulargewalt [109](#)
Payer [16](#), [65](#), [75](#), [123](#), [188](#)
Pensionsversicherung der Privatbeamten [61](#)
Pfeiffer Dr. Abgeord. [158](#), [160](#)
Popularitätshäsherei [137](#)

Bozen 163
Potsdam, Geist von 107, 155
Prag 25
Präsident des Deutschen Reiches 93
Preuß. Dr. 93
Preußen, Unantastbarkeit 154
Preußen 155
Preußenpartei 155
Preußentag 11
Preußenwahl 109
Prinzregentschaft 140
Privatspekulation 152
Programm 177
Proletarier 91
Propaganda 93
Psychologie polit. 35
Punitiver Krieg 42

Q

Quibde Dr. 59

R

Radikalismus 38, 90, 178
Radoslawoff Sturz des 8
Rangabzeichen 113
Räteystem u. soziales Parlament 145
Rathenau Walther 86
Reaktion 91
Realpolitik 42
Regiment persönliches 133
Reich und Einzelstaaten 156
Reichsbehörden u. A. u. G.-Räte 99
Reichsdeutschen 141
Reichsfarben 156
Reichseinheit 37, 86
Reichshauptstadt 121
Reichskanzler u. Parteiführer 16, 143
Reichskompetenz 156
Reichspräsident 112
Reinhardttruppen 127
Religion 84, 153
Republikaner 60
Republikan. Staatsform 61, 63, 142
Reffortminister 14

Revolution 137, 181
Revolution französl. 196
Revolution russ. 196
Rheinland 82
Revolutionsfanatiker 181
Richter, Eugen 214
Richtshofen Frh. v. 50, 174, 186
Riedl 45
Rieher Dr. 111
Röbern Graf von 126
Rom 42, 166
Rosenfeld 93
Rückzug deutscher 29
Ruhrgebiet 127
Rumänien 27
Runkel Abgeord. 153
Rußland 100, 160, 196, 204
Rußland, Kriegserklärung 204

S

Saargebiet 163
Saarlouis 163
Sabismus polit. 160, 168
Salonifront 9
Salon Sozialisten 86
Salzmann von 24
Salzburg 120
Scapa Flow 178
Sechsmännerrat 41
Selbstachtung 157
Selbstanklage 42, 54, 160
Selbständigkeit der Deutschen Volkspartei 159, 176
Selbstbestimmungsrecht 195
Serbien 162
Siedlungspolitik 151
Siegewillen 7
Siegfriedlinie 22
Sohn, Rudolf 215
Soldatenräte 40
Solf, Dr. Staatssekretär 23
Sonnentönigtum 111
Sowjetregierung 51
Sozialdemokratie 10, 37, 47, 87, 90, 93, 108, 160, 204

Sozialisierung [87](#), [129](#), [145](#), [197](#)
 Sozialismus [88](#), [135](#)
 Sozialpolitik [14](#), [61](#)
 Spahn Dr. [65](#), [74](#)
 Spartakus [41](#), [65](#), [100](#)
 Staat und Kirche, Trennung von [83](#)
 Staatsbewußtsein [136](#)
 Staatsbürgerl. Erziehung [135](#)
 Staatsform [110](#), [111](#)
 Staatswirtschaft [145](#)
 Stein-Hardenberg'sche Gesetzgeb. [164](#)
 Steuergesetzgebung [139](#)
 Steuerpolitik [145](#)
 Stöcker [214](#)
 Stichwahl [57](#)
 Straßburger Münster [84](#), [163](#)
 Straßenkämpfe [41](#)
 Stresemann Dr. [55](#), [61](#), [124](#), [129](#)
 Südamerika [157](#)
 Süddeutschen [38](#)
 Suggestion des Sieges [161](#)
 System, altes [132](#)
 Systemfehler polit. [14](#)

S

Scheidemann, [36](#), [41](#), [65](#), [75](#), [80](#), [81](#),
[92](#), [104](#), [116](#), [122](#), [158](#), [167](#),
[172](#), [181](#), [183](#)
 Schießverbot [190](#)
 Schiffer Abgeordn. [41](#), [176](#), [188](#)
 Schill [179](#)
 Schiller [107](#)
 Schleswig [163](#)
 Schön, von [76](#)
 Schuld am Kriege [36](#), [161](#)
 Schule und Religion [84](#)
 Schulorganisation [83](#)
 Schulze-Gaevernich [125](#)
 Schwarz, weiß, rot [179](#)
 Schwerindustrie [95](#)
 Schwerin-Böwig, Graf, Präsident des
 preuß. Abgeordnetenhaus [46](#)

T

„Tag“ [105](#)
 Tarifverträge [61](#)
 Tauroggen [179](#)
 Technik [13](#)
 Tilfit Frieden von [164](#)
 Tirpitz [204](#)
 Transportkrisis [41](#)
 Transportmittel [105](#)
 Trennung von Staat und Kirche [83](#)
 Tricolore [163](#)
 Türkei [25](#)

U

U-Bootbau [27](#), [52](#)
 U-Bootkrieg [207](#)
 Unabhäng. Sozialdemokratie [91](#), [97](#),
[144](#), [182](#), [192](#)
 Unantastbarkeit Preußens [154](#)
 Ungarn [25](#)
 Unitarismus [156](#)

V

„Vaterland“ [43](#)
 Verbundene Listen [57](#)
 Verfassung [110](#)
 Verfassungsfragen [93](#)
 Verfassungsgebende Versammlung [99](#)
 Verfassungswert [154](#)
 Verhältnisse im Innern [116](#)
 Verhältniswahlssystem [49](#), [57](#)
 Vermögenssteuer [139](#)
 Versailles, Frieden von [140](#), [191](#), [195](#)
 Verständigungsfrieden [42](#)
 Vierbund [23](#)
 Vögler, Abgeordneter [122](#)
 Völkerbund [42](#), [62](#), [191](#)
 Völkerbund, Versöhnung [191](#)
 Volksabstimmung [113](#)
 Volksbeauftragte [80](#), [99](#), [188](#)
 Volkshेर [113](#)
 Volksrechte [78](#)
 Volksvermögen [142](#)

Vorwärts 183
Vossische Zeitung 183

W

Wachhorst de Wente 76
Waffenstillstand, Bitte um 35
Waffenstillstandsbedingungen 32, 40,
42, 62, 175
Wahlgesetz 91
Wahlkreise 91
Wahlrechtsfrage 185
Wahlrecht gleiches 11, 78
Wahlreform 10
Warenhunger 142
Weber, Prof. 55, 87
Weimar 101, 107
Werbuch deutsches 203
Welt am Montag 47, 50
Weltanschauungen 108
Welthandel 145
Weltrevolution 169
Weltproletariat 105
Weltwirtschaftsindydit 191
Westarp, Graf 69, 96, 124
Westdeutsche Republik 115, 154
Westfalen 95, 116
Westfront 21
Wiederaufbau 67
Wiener 124
Wien 120
Wiener Kongreß 196

Wilamowitz-Möllendorf 83
Wilhelm II. 111
Wilhelmshaven 178
Wilson 25, 27, 33, 44, 86, 117, 167, 182
Winterfeld General von 118
W. L. B. Berichte 22
Wirtschaftliche Entwicklung Deutsch-
lands 13
Wirtschaftl. Katastrophe 101
Wirtschaftsleben 192
Würde im Unglück 119

Y

Yord 179

Z

Z. E. G. 87
Zentralarbeitserrat 150
Zentralgewalt 99
Zentralorgan der Sozialdemokratie
21, 173
Zentralverband deutscher Industrieller
64, 76
Zentralvorstandssitzung letzte der Na-
tionalliberalen Partei 53, 94
Zentrum 38, 97, 182
Zerstübelung Preußens 93
Zettelkastenpolitik 65
Zieg Frau 110
Zusammenbruch des alten Systems
76.

Von **Dr. Gustav Stresemann**
erschienen früher:

Wirtschaftspolitische Zeitfragen

Zweite, vermehrte Auflage

1911

Großoktav 260 Seiten

geh. M. 4.—, geb. M. 5.— und 15 % Teuerungszuschlag

Verlag **F. Emil Boden, G. m. b. H., Dresden**

Michel horch, der Seewind pfeift..!

Kriegsbetrachtungen

Zweite Auflage

1917

164 Seiten geh. M. 3.—

Reichsverlag, Berlin-Zehlendorf

Macht und Freiheit

Vorträge, Reden u. Aufsätze

1918

202 Seiten geh. M. 5.—, geb. M. 6.—

und 40 % Teuerungszuschlag

Carl Marhold, Verlagsbuchhandlung

Halle (Saale)

Staatspolitischer Verlag G. m. b. H.,
Berlin SW 48, Friedrichstr. 226.

Ludendorff, von Dr. Wilhelm Spickernagel, dritte erweiterte Auflage,
mit faksimiliertem Brief des Generals an den Verfasser und einem
Kunstblatt nach dem Gemälde von Graf v. Kaldreuth

geb. M. 6.50, Halbheinen geb. M. 9.50

Auf noch besserem Papier gedruckt, die Kunstbeilage in Gravüren-
Handdruck. Ganzheinen

geb. M. 30.—

Vaterländische Predigten, von Friedrich Schlegelmacher. Eine Auswahl.

Band I Kampf und Niederlage

geh. M. 3.—

Band II Neubau und Aufstieg

geh. M. 3.50

Beide Bände vereinigt sind auch gebunden zu haben.

Wir heißen Euch hoffen! Vier akademische Reden von Reinhold Seeberg

geh. M. 2.50

Deutschland als Volksstaat, von Geh. San.-Rat Dr. Konr. Küster

geh. M. 2.—

Englische Politik, von Korv.-Kapitän a. D. Werner Dette

geh. M. 2.—

Die Ideenwelt des Bolschewismus, von H. Bosse

geh. M. 2.—

Die kompromittierten Politiker, von Jan Essfen

geh. M. 1.75

Zur Frage der Reichseinkommensteuer, von Geh. Ober-Regierungs-
rat von Eynern

geh. M. 1.75

Hindenburg, der Führer in unsere Zukunft. Eine Studie von
Josef Buchhorn.

Aus den Sonnentagen Deutscher Weltgeltung. Türkische
Erinnerungen von F. Rauch.

Walter Flex und seine Dichtung, von Otto Bräus.